



140. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. September 2018, 09.30 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 12835

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten

Martin Geiser 12835

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten

Peter Tomaschko 12835

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Dr. Markus Söder.... 12835 12843

Natascha Kohlen (SPD)..... 12845 12850

Thomas Kreuzer (CSU)..... 12852 12854 12860

Florian von Brunn (SPD)..... 12860 12882

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)... 12861 12868

12868

Manfred Ländner (CSU)..... 12868

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 12869 12875

Horst Arnold (SPD)..... 12874

Erwin Huber (CSU)..... 12875

Alexander Muthmann (fraktionslos)..... 12876

Markus Blume (CSU).... 12877 12879 12880 12881

12882

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 12880

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 12881

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER
**"Mobilfunkabdeckung verbessern - die Chan-
cen von National Roaming nutzen!"**

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 12882

Erwin Huber (CSU)..... 12884

Annette Karl (SPD)..... 12886

Markus Ganserer (GRÜNE)..... 12888 12889

Klaus Holetschek (CSU)..... 12889

Klaus Stöttner (CSU)..... 12890

Staatsminister Franz Josef Pschierer..... 12891

Abstimmung

**über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangele-
genheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7
der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten
werden (s. Anlage 1)**

Beschluss..... 12893

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**über die Bayerische Landeszentrale für politi-
sche Bildungsarbeit (Drs. 17/22908)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/23943)

Michael Hofmann (CSU)..... 12893

Martin Güll (SPD)..... 12894

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 12895

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 12896

Staatsminister Bernd Sibler..... 12897

Beschluss..... 12898

Schlussabstimmung..... 12898

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern - Bayerisches Klimagesetz (Drs. 17/21585)
 - Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
 (Drs. 17/23941)

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
für ein Bayerisches Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (Drs. 17/21763)
 - Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
 (Drs. 17/23942)

Martin Stümpfig (GRÜNE).....	12898	12903	12909
Florian von Brunn (SPD).....	12900	12901	12906
			12908
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU).....	12902	12904	
Herbert Woerlein (SPD).....		12904	
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER).....		12904	
			12910
Hans Ritt (CSU).....	12906	12907	
Staatsminister Dr. Marcel Huber.....	12907	12908	
			12910

Beschluss
 zum SPD-Gesetzentwurf 17/21763..... 12910

Namentliche Abstimmung
 zum GRÜNEN-Gesetzentwurf 17/21585..... 12911

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
 (s. a. Anlage 2)..... 12918

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Artenschutz in Bayern - Bayerisches Artenschutzgesetz (Drs. 17/23106)
 - Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
 (Drs. 17/23936)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	12911
Tanja Schorer-Dremel (CSU).....	12912
Florian von Brunn (SPD).....	12915
Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....	12916
Staatsminister Dr. Marcel Huber.....	12917

Beschluss..... 12918

Einsetzung eines Zwischenausschusses (s. a. Anlage 3)

und

Schluss der Tagung

Beschluss zur Einsetzung
 eines Zwischenausschusses..... 12918

Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u. a. (SPD)
Kommunalen Resolutionen Rechnung tragen - Sondergebiet erweitern (Drs. 17/20809)

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
 (Drs. 17/23831)

Beschluss..... 12918

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wettbewerb "Kunst am Bau" am Obersalzberg ausschreiben (Drs. 17/22227)

Beschlussempfehlung des
 Wissenschaftsausschusses (Drs. 17/23839)

Beschluss..... 12919

Schlussworte

Präsidentin Barbara Stamm.....	12919
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD).....	12922
Stellvertretender Ministerpräsident Joachim Herrmann.....	12925

Feststellung des Schlusses der Tagung 12927

Schluss der Sitzung..... 12927

(Beginn: 09.33 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen und eröffne die 140. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Das ist die letzte Vollsitzung unseres Hauses in dieser Legislaturperiode.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich – er ist anwesend – Herrn Kirchenrat Breit und Herrn Prälat Dr. Wolf sehr herzlich danken, dass wir zu Beginn dieser letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode – wir haben das über die Fraktionen hinweg besprochen – eine ökumenische Andacht miterleben durften. Vielen Dank, Herr Kirchenrat Breit und Herr Prälat Dr. Wolf.

(Allgemeiner Beifall)

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde vorab erteilt. Die Regierungserklärung sowie die anschließende Aussprache werden unmittelbar vom Bayerischen Rundfunk übertragen. Auch dafür ein Dankeschön.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, um eines ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 24. September verstarb im Alter von 92 Jahren Herr Martin Geiser. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1962 bis 1978 an und vertrat für die SPD den Wahlkreis Schwaben. Während seiner Abgeordnetentätigkeit war er unter anderem Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, im Ausschuss für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung sowie im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Neben seinem Engagement in der Landespolitik war er über viele Jahre hinweg auch im Stadtrat von Kaufbeuren kommunalpolitisch aktiv, wo er sich erfolgreich und verdienstvoll für die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort eingesetzt hat. Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

– Ich bedanke mich bei Ihnen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen, und zwar konnte unser Kollege Peter Tomaschko am 22. September einen halbrunden Geburtstag feiern. Ich wünsche ihm im Namen des Hauses alles Gute und vor allen Dingen Gesundheit. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein besonderer Tag. Es ist der letzte Sitzungstag in dieser Legislaturperiode. Aber es ist ein Tag in einem besonderen Jahr. Wir begehen "100 Jahre Freistaat Bayern". Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Begriff Freistaat prägt das Bild Bayerns in Deutschland und außerhalb. Er symbolisiert, dass Bayern etwas ganz Besonderes ist. Andere sind Bundesländer, wir sind Freistaat. Darauf sind wir stolz, und wir wollen es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist erfolgreich. Bayern ist ein Lebensgefühl. Wir sind ein Land, das einen besonderen Charakter und viele Charakterköpfe hat. Bayern ist Musterland und Blaupause für andere. Wenn ich mit anderen Ministerpräsidenten rede, dann höre ich immer wieder den gleichen Satz: Wir wollen dahin, wo ihr Bayern schon seid. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein besseres Lob für Bayern gibt es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Was ist das Besondere an unserem Land? – Bayern besteht aus Herz und Verstand. Bayern ist Rekordhalter und überall an der Tabellenspitze. Bei Wirtschaft und Arbeit ist Bayern Zukunftsland für viele Menschen, nicht nur in Bayern, sondern auch außerhalb. Wir haben in den letzten zehn Jahren über eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben Vollbeschäftigung in fast allen Regionen und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Unser Wachstum ist enorm. In den letzten 20 Jahren ist unsere Wirtschaftskraft um knapp 50 % gestiegen, weit mehr als in jedem anderen Land in Deutschland. Mittlerweile leben über 13 Millionen Menschen in Bayern. Vor 100 Jahren waren es übrigens noch rund 6,2 Millionen. Blicken wir uns ganz objektiv in Deutschland um, stellen wir fest: Keiner ist so erfolgreich wie wir. Ich frage Sie: Ist das Zufall? – Nein, das ist das Ergebnis einer langfristigen, stabilen Politik in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch das sicherste Land. Wir haben die wenigsten Straftaten und die höchste Aufklärungsquote. Wir haben die meisten Polizisten und die beste Polizei in ganz Deutschland. Ich sage ganz klar: Chemnitz wäre in Bayern nicht passiert. Das Hamburger G-20-Chaos wäre in Bayern nicht passiert. Silvester Nächte wie in Köln wären in Bayern nicht passiert; denn Bayern ist das Land der Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Ist das Zufall? – Nein, das ist das Ergebnis einer langfristigen, stabilen Politik in Bayern.

Bayern ist Bildungsland. Wir bieten der Jugend beste Chancen. Bayerische Schüler sind bei Bildungsvergleichen immer ganz vorne dabei. Kein Flächenland investiert pro Kopf so viel in seine Bildung wie wir. Wir haben Schulen, die ganzheitlich lehren, Universitäten, die international forschen, und Lehrer, die unsere Kinder großartig unterrichten. Ich frage Sie: Ist das Zufall? – Nein, das ist das Ergebnis einer langfristigen, stabilen Politik im Freistaat.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch das finanziell stärkste Land. Wir machen keine Schulden, wir tilgen sogar alte Verbindlichkeiten. Wir haben genügend auf der hohen Kante, um für alle Herausforderungen gewappnet zu sein. Nur so nebenbei: Wir versorgen nicht nur unser eigenes Land, sondern unterstützen sogar über den Länderfinanzausgleich eine Menge anderer Länder, die sich selbst so nicht finanzieren könnten. Manchmal hätten wir dafür mehr Respekt und Dankbarkeit in Deutschland verdient.

(Beifall bei der CSU)

Man könnte die Liste endlos verlängern. Auf jedem Politikfeld überall das gleiche Bild: Bayern ist vorne. Der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt eindeutig und belegt: Stabile und langfristige Politik führt zu Wohlstand und Erfolg. Gibt es Gegenbeispiele? – Klar. Unser ehemals stärkster Konkurrent Baden-Württemberg fällt langsam, aber sicher zurück. Während wir beim Wirtschaftswachstum weiter an der Spitze stehen, wird Baden-Württemberg nach jüngsten Berichten sogar von Berlin oder Bremen überholt. In der Bildung rutscht Baden-Württemberg im Fach Deutsch sogar von Platz fünf auf Platz dreizehn und damit in die Nähe der Abstiegsplätze ab. Dieses Beispiel belegt: Ein Regierungswechsel kann sich langfristig zum Nachteil für ein Land entwickeln. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind objektiv stark. Wir sind aber auch ein Land des Lebensgefühls und der Gefühle. Keiner hilft so sehr wie Bayern. Keiner lebt so intensiv wie wir. Bayern ist das Land des Ehrenamtes, der Tradition und der Lebensfreude. Wir sind das Land mit den meisten Feiertagen, den schönsten Festen und dem mit Abstand positivsten Lebensgefühl. Überall in der Welt liebt man die bayerische Lebensart. Dieser Tage kann man es auf dem Oktoberfest erleben. Das Oktoberfest ist das sicherste Fest. Viele Gäste tragen Dirndl und Lederhosen, genießen Schweinsbraten und Bier und möchten zumindest für einige Stunden einmal gerne selbst Bayern sein. – Meine Damen und Herren, das gibt es in keinem anderen Land der Welt.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht nur meine eigene Aussage. Das wird von außen objektiv bestätigt. Die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" schrieb jüngst: Bayern ist Deutschlands Märchenland, in Bayern ist eben alles besser.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Und Sie sind der Märchenkönig!)

– Am letzten Sitzungstag, an dem die Demokratie in Deutschland bewertet wird, sollten wir einmal miteinander versuchen, in diesem Hohen Haus Anstand und Respekt zu zeigen, ein einziges Mal.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Ich lese noch einmal vor, was die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" geschrieben hat: Bayern ist Deutschlands Märchenland, in Bayern ist eben alles besser. Der bayerische Erfolg ist laut der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" eben kein Zufall, sondern – Zitat –: Der bayerische Wohlstand ist staatsgemacht.

Einen besseren Beleg dafür, dass Bayern funktioniert und dass dies die Politik gemacht hat, habe ich noch nirgendwo gelesen. Das sollten wir auch anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Damit könnte alles gesagt sein. Müssen wir überhaupt noch über die Zukunft reden? Die Daten stimmen doch. Die Gegenwart funktioniert. – Ich sage Ihnen: mehr denn je. Wir neigen auch in diesem Hohen Haus dazu, über viele Fragen zu streiten, manchmal auch über die kleinen Dinge – diese sind auch wichtig –: ein Funkmast zu wenig, ein Windrad zu viel oder ein Schlagloch, das beseitigt werden muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das angesichts der Herausforderungen in dieser Zeit aber wirklich das Entscheidende? – Ich sage Ihnen: Es geht um mehr.

Jeder, der glaubt, dass wir einfach nur ein wenig reparieren müssen, der irrt. Jeder, der glaubt, dass es einfach so weiter geht mit der Welt, ist blau- oder grünäugig. Das Leben ist wie ein Laufband. Wer stehen bleibt, der fällt zurück. Nur wer das Tempo hält, der bleibt auf gleichem Niveau.

Unsere Welt dreht sich schneller und, ehrlich gesagt, auch anders als früher. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass die Welt, in der wir leben, unübersichtlicher und ungemütlicher wird. Internationale Konstellationen verändern sich rasanter und rascher, als wir glauben. Alte Gewissheiten müssen neu sortiert werden. Dass wir Deutsche unter der neuen Präsidentschaft in den USA sogar als wirtschaftliche Gegner eingestuft werden, ist völlig neu. Auch wenn uns Großbritannien manchmal geärgert hat, kann ich mir Europa ohne Großbritannien bis heute noch nicht richtig vorstellen. Meine Damen und Herren, ein ungeordneter Brexit wird Europa nicht nur wirtschaftlich grundlegend verändern. Das ist keine rein wirtschaftliche Frage.

Über den Kontinent weht ein Wind der politischen Veränderung. Überall in Europa, nicht nur im kleinen Kosmos Bayern, werden etablierte Parteien durch populistische oder populäre Bewegungen ersetzt. Ich persönlich sage ganz offen, dass ich mit dem Begriff "Bewegung" ohnehin historisch-semantic fremdle. Auch in Deutschland spüren wir diesen Wind, der selbst vor Bayern nicht haltmacht. Alle Volksparteien stehen vor einer neuen Herausforderung. Radikale Bewegungen entstehen, Ränder werden stärker, das Parteiensystem zersplittert und zerfasert. Die digitale Demokratie verändert den Charakter der Politik rasant. In den Filterblasen und Echokammern des Internets werden Einzelinteressen immer radikaler befeuert. Ich sage Ihnen eines: Der Moment des Ausgleichs, der zum Wesen der Demokratie gehört, verkümmert zusehends. Jeder schaut nur noch auf sich und sein maximales Eigeninteresse. Meine tiefe Überzeugung ist: Volksparteien werden dringender denn je gebraucht. Nur sie sind im Endeffekt Garant für Stabilität. Es braucht eine Kraft, die ausgleicht und das große Ganze sieht, nicht "ego first", sondern Gemeinwohl, Ausgleich und Kompromiss. Meine Damen und Herren, das bietet Bayern mehr als jedes andere Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zum streitbaren Eigeninteresse gehört zum Gemeinwohl auch die Identität. Wenn wir ehrlich sind, bedeutet Globalisierung nämlich auch Egalisierung. Irgendwie wird alles gleich und seelenlos. Diesen Verlust an Identität, den man an den Fußgängerzonen fast aller Metropolen erkennen kann, wollen wir

in Bayern nicht. Unser Ziel und unsere Grundvision ist, ein Land zu bleiben, das trotz Veränderungen seine Seele und seine kulturelle Identität behält. Wir möchten daher einen neuen Heimatbegriff prägen. Wir wollen modern und weltoffen sein, aber gleichzeitig bayerisch bleiben. Bayern muss in einem immer stärker werdenden Orkan der Veränderung das ruhende Auge sein, in dem man Schutz, Halt und Zukunft zugleich findet. Dies ist die Aufgabe und das Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir bauen Brücken. Wir gehen die Herausforderungen der Zeit konstruktiv statt destruktiv an. Wir sind optimistisch statt fatalistisch, entschlossen statt planlos.

Wir brauchen ein Kursbuch für die Zukunft. Während andere Regierungen sich blockieren und lähmen, machen wir Zukunft. Wir zeigen jede Woche, dass der Freistaat Bayern handlungsfähig ist. Wir legen jede Woche politische Konzepte zur Lösung von Problemen vor. Das ist übrigens der grundlegende Unterschied, der Bayern derzeit in der Politik prägt. Wir haben bayerische und keine Berliner Verhältnisse im Freistaat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Seehofer!)

Leben und leben lassen ist unser Credo. Darin unterscheiden wir uns übrigens von Ideologen und Populisten. Die Ideologen versuchen ständig, die Welt nach ihrem eigenen Weltbild zu formen, und zwingen die Menschen mit Verboten und Sanktionen dazu, genau dieses Weltbild anzunehmen. Die Populisten beschreiben indes nur Probleme, bieten aber keine Lösungen an; sie säen Verunsicherung und destabilisieren die Demokratie.

Wir in Bayern sind anders: Wir bauen Brücken.

Erstens. Wir bauen Brücken für ein menschliches Bayern. Mehr Menschlichkeit in Bayern heißt, wirklichen und sozialen Halt in den Lebensphasen zu geben, in denen es besonders auf Hilfe ankommt. Wir zeigen in unserem Land Respekt vor der älteren Generation und wollen, dass die Menschen in Würde daheim alt werden können. Bayern geht bei der Pflege seinen eigenen Weg. Natürlich bauen wir die Pflegeplätze aus. Natürlich stellen wir viele neue Pflegekräfte ein. Wir wollen sogar einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz schaffen. Diese Pflegeplatzgarantie sichert überall in Bayern, in Stadt und Land, Hilfe. Das wird nicht über Nacht gehen, aber das ist unser klares Ziel.

Einzigartig ist unser Landespflegegeld in Höhe von 1.000 Euro. Wir zeigen damit, dass wir nicht eine nur technokratische Hilfe anbieten, sondern wir unterstützen damit die Familien, die mit ihrer Liebe und ihrem Respekt füreinander eintreten. Diesen Respekt vor den Familienangehörigen, der in dem Landespflegegeld zum Ausdruck kommt, gibt es nur in Bayern. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Bayern soll das Familienland sein. Übrigens wird nur in Bayern die Wahlfreiheit der Familie respektiert. Viele wollen den Familien gerne vorschreiben, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Wir nicht!

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist doch unglaublich!)

Wir erlassen keine Verbote, sondern machen Angebote. Wer Betreuung braucht, bekommt sie. Bis 2020 schaffen wir 42.000 neue Plätze in Kindertagesstätten. Wir schaffen längere Öffnungszeiten, auch in den Ferien. Wir schaffen einen Rechtsanspruch auf Betreuung in der Grundschule, und 10.000 Hortplätze gehören zu einem intensiven Ausbau dieser Betreuung. Ich sage aber auch: Mit dem Familiengeld in Höhe von 6.000 Euro für die Kleinsten geben wir die Möglichkeit, eine Zeit lang zu Hause zu erziehen. Dieses Familiengeld ist nicht nur eine soziale Leistung, sie ist ein ganz bestimmtes Angebot an Freiheit für die Familien, weil sie damit selbst entscheiden können, wie sie erziehen wollen. Wer dieses Familiengeld heute noch als Herdprämie bezeichnet, der lässt Respekt vor der Freiheit der Eltern vermissen. Wir tun das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Schule funktioniert. Früher war der Schulstart eine der umstrittensten Fragen. Dieser Schulstart war hervorragend. Warum? – Vor wenigen Tagen haben wir das G 9 reibungslos und hervorragend auf den Weg gebracht. Wir haben in diesem Schuljahr 4.300 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt. Andere Bundesländer tun sich damit schwer. Sie stellen zum Beispiel nicht so viele Lehrer ein. Baden-Württemberg hat vor einigen Jahren sogar beschlossen – das ist jetzt geändert worden –, Lehrpersonal abzubauen und Schulen wie das Gymnasium in Einheitsschulen umzuwandeln. Ich sage Ihnen eines: Die Zeit der Experimente an Schulen ist vorbei. Wir wollen Stabilität an den Schulen, weil Lehrer, Eltern und auch Schüler klare und berechenbare Schulmodelle brauchen, die wir in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Unterrichtsausfall!)

Unstrittig gehört zur Menschlichkeit auch bezahlbarer Wohnraum. Mittlerweile wissen wir alle, glaube ich, dass wir dabei an einem Strang ziehen müssen. Der Wohnungsgipfel in der vergangenen Woche in Berlin, bei dem Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam miteinander arbeiteten, zeigt das. Die Wohnungsnot in Bayern ist zum Teil Ergebnis unseres wirtschaftlich starken Erfolges und des damit verbundenen Zuzugs nach Bayern. An einigen Stellen ist die Wohnungsnot aber auch hausgemacht. Die Landeshauptstadt gibt sich mittlerweile zwar sehr viel Mühe – das wird auch ausdrücklich anerkannt, in den letzten zwei, drei Jahren ist eine Menge passiert –, sie hat es aber zu lange versäumt, Wohnungen zu bauen. Es wurde zu wenig, zu niedrig und vor allem auch zu langsam gebaut.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und Sie haben privatisiert!)

Deswegen ist es wichtig und klar, dass der Freistaat jetzt einspringt und dabei mithilft, bezahlbaren Wohnraum so rasch wie möglich zu schaffen. Wir schaffen Wohnraum für Normalverdiener,

(Zurufe von den GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

für die Mittelschicht, um die sich viel zu wenige in Deutschland kümmern. Wir in Bayern legen ein klares Bekenntnis ab: Es gibt nicht nur Superreiche und Hartz-IV-Empfänger, sondern auch die Normalverdiener und die Mittelschicht, die mehr Interesse und mehr Engagement des Staates verdienen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben doch 30.000 Wohnungen verkauft! Sie waren doch ein Teil des Problems!)

Wir bauen und beschleunigen das Bauen, vergessen aber auch die aktuelle Situation nicht. Mit der Verlängerung der Bindungsfrist von Sozialwohnungen von 25 auf 40 Jahre – das ist ein wirklich ganz bewusstes Signal – schaffen wir für bis zu 60.000 Mieter eine tatsächlich wirksame Mietpreisbremse, und zwar ohne Juristerei, aber mit einem klaren Signal. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass in Berlin die Sätze für das Wohngeld geändert werden, damit auch mehr Bayern davon profitieren können.

Der Freistaat Bayern gibt jetzt fast 900 Millionen Euro zur Verbesserung der Wohnungssituation aus. Wir geben nicht nur für den Mietwohnungsbau, der auch entscheidend ist, Geld aus, sondern auch für das Wohneigentum. Bei den Wohnungen geht es nicht nur um München, sondern um ganz Bayern. Mit dem Baukindergeld des Bundes ist ein guter Start gelungen. Mit dem zusätzlichen Baukindergeld von Bayern und der Bayerischen Eigenheimzulage startet eine junge Familie mit zwei Kindern mit bis zu 40.000 Euro ins

Wohneigentum. Wo gibt es das in Deutschland? Wo wird endlich wieder etwas für das Eigentum gemacht? – Wir tun es. In Bayern zählt nämlich, anders als in anderen Ländern, Eigentum noch etwas.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir bauen Brücken für ein menschliches Bayern, aber auch für ein modernes Bayern. Das moderne Bayern ist wichtig. Es bedeutet nämlich Technologie. Wir wollen in Bayern nicht darauf warten, dass anderswo innovative Standards gesetzt werden; ich möchte, dass wir das selbst schaffen. Es war immer die große Stärke Bayerns, einen Schritt voraus in die Zukunft zu blicken. Alfons Goppel und Franz Josef Strauß haben es geschafft, Bayern vom Agrarland zum Industriestaat zu machen. Edmund Stoiber hat Bayern zum Hightech-Land entwickelt. Wir stehen jetzt an der Schwelle zur Digitalisierung.

Wir investieren in Bayern allein in diesem Jahr knapp 20 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung; das ist mehr als die gesamten Haushalte der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Bremen zusammen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die sind auch kleiner!)

In Bayern arbeitet die Forschungsavantgarde Deutschlands. Wir versammeln die schlauesten Köpfe der Welt und entwickeln die Zukunft. Hören Sie zu! In all Ihren Programmen höre ich nichts vom Thema Zukunft. Ich höre immer wieder Gegenwartsbeschreibungen, aber nie etwas von der Zukunft. Digitalisierung, Robotik, künstliche maschinelle Intelligenz, Hyperloop, Lufttaxis, Raumfahrtprogramm, digitale OP-Säle und Quantencomputer – die Liste ließe sich endlos verlängern. Während andere noch davon träumen, hat die Zukunft in Bayern längst begonnen. Wir öffnen jeden Tag neue Türen zu unbekanntem Welten. Wir reden nicht nur davon, sondern wir gestalten jeden Tag ein Stückchen Zukunft mehr.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir bauen Brücken zwischen Stadt und Land wie kaum ein anderes Land in Deutschland. Wir wollen eine ganzheitliche Entwicklung Bayerns. Dazu gehört ein starker ländlicher Raum. Bei allen Diskussionen über die Wohnungsnot, die wir derzeit führen, dürfen wir den ländlichen Raum auf keinen Fall vergessen. Er soll weiter lebendiger Lebens- und Wirtschaftsraum mit tiefer bayerischer Identität sein. Wir waren die Ersten, die eine Heimatstrategie und ein Heimatministerium entwickelt und auf den Weg gebracht haben. Ich kann mich noch daran erinnern, welchen Spott und welchen Ärger es darüber gab. Heute sind wir mit unserer Grundidee und mit unserer

Struktur Vorbild im In- und Ausland, wie wir es schon 1970 mit unserem Umweltministerium waren. Bayern setzt Trends, die am Anfang belächelt und hinterher nachgemacht werden. Das ist die Realität, die wir erleben.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen diese Entwicklung fort. Wir sind mittendrin und sind auch besser geworden. Der Prozess ist aber noch nicht am Ende. Zur Stärkung des ländlichen Raums gehört natürlich die Fortsetzung des Breitbandausbaus; Glasfaser muss überall in Bayern in jedes Haus kommen. Zur Stärkung des ländlichen Raums gehören auch die Erhöhung der kommunalen Finanzen und die weitere Verlegung von Bildungseinrichtungen und Behörden in den ländlichen Raum. Ich halte das für ganz entscheidend. Unsere erste große Behördenverlagerung wirkt überall hervorragend. Wir setzen sie fort. Wir werden Behördensatelliten einrichten und eine zweite Behördenverlagerung in den ländlichen Raum vorbereiten. Wir werden die Regionen generell mit mehr Kompetenzen versehen. Bayern soll dezentraler werden. Wir brauchen kein zentralistisches Bayern, sondern mehr Chancen und mehr Verantwortung in den Regionen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage: Zum ländlichen Raum gehört auch die Landwirtschaft. Wir wollen unsere bäuerliche Kultur mit kleinen Betrieben und mit Familienbetrieben erhalten, sei es mit Bio- oder in konventioneller Bewirtschaftung. Meine Damen und Herren, man muss sich überlegen, wie Bayern bei der Landwirtschaft dasteht. Ich sage Ihnen: Wir sind bei all den ökologischen Standards in Bayern mit Abstand das stärkste Bundesland, wenn es um die Agrarwirtschaft geht. Kein anderes Land kann das schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Allein ein Vergleich mit Schleswig-Holstein – dort war ein Grüner viele Jahre für die Umwelt und die Landwirtschaft zuständig –,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vielleicht sollten Sie Bayern mit Helgoland vergleichen!)

zeigt, dass Bayern je Hektar landwirtschaftlicher Fläche etwa achtmal so viel wie Schleswig-Holstein in die Ökologie investiert. Unsere Gewässer sind sauberer als anderswo. Wenn es heißt, man bräuchte eine Verbesserung in der Ökologie der Landwirtschaft, kann man nur sagen: Wir machen das. Also braucht es nichts anderes als die gegenwärtige Politik; denn sie setzt genau auf diesen Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Aber mir geht es nicht nur um die Fakten, mir geht es auch ein bisschen um den Respekt für die Landwirtschaft. In der Öffentlichkeit werden unsere Landwirtinnen und Landwirte ständig attackiert. Ihnen wird unterstellt, sie würden das Tierwohl zu wenig achten, sie würden die Böden belasten, die Gewässer gefährden und die Artenvielfalt gefährden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eure Kontrolleure beaufsichtigen das!)

Wie wir letztens gelesen haben, sollen unsere Bauern sogar schuld am Klimawandel sein. Ich sage nur, wie absurd das ist. Wir sollten unsere Landwirte nicht angreifen, wir sollten ihnen dankbar sein; denn sie sind die Heimat-, Natur- und Landschaftspfleger Bayerns. Das könnte der Staat gar nicht leisten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir stehen wirklich dazu, dass dieses Land durch Klima-, Arten- und Umweltschutz ökologisch weiterentwickelt werden muss. Aber ich sage Ihnen eines: nicht durch Verbote. Wir sind der Meinung, mit Verboten erreicht man das Gegenteil. Wichtig sind Angebote, aber nicht immer Verbote.

So sind Fahrverbote der falsche Weg. Ich sage ganz klar: Bayern ist Autoland und soll es auch bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Damit auch das klar ist: Der Diesel soll in Bayern seine Zukunft behalten. Egal, welche Lösung nun in Berlin gefunden wird, eines ist für mich ganz klar und muss der Maßstab sein: Die Dieselfahrer und die Steuerzahler können nicht für die Fehler anderer aufkommen. Da hat Bayern eine ganz klare Meinung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Das Auto ist das eine, der öffentliche Nahverkehr das andere. Wir wollen Bayern zu einem Musterland des öffentlichen Nahverkehrs ausbauen. Wir haben dafür mehr ausgegeben als andere; 100 Millionen Euro gab es extra dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Lieber Kollege Dürr, mir wird in der nächsten Periode manches fehlen, aber solche Zwischenrufe nicht, wenn ich das sagen darf.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir sehen uns wieder! – Heiterkeit – Glocke der Präsidentin – Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Das entscheidet der Wähler!)

– Das stimmt, das ist wahr, Herr Piazzolo. Das entscheidet alles der Wähler. Er hat auch Interesse, das zu hören, was wir hier reden, und er hat kein Interesse an dem Zwischengeschrei; das glaube ich nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Zwischenrufe sind erlaubt!)

Wir machen den öffentlichen Nahverkehr zu einem Musterbeispiel, wie man das machen kann:

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwischenrufe sind keine Majestätsbeleidigung!)

mit einheitlichen Tarifen, einem klaren Takt, besseren Anschlüssen und mehr Komfort. Das gilt für den ländlichen Raum und genauso für die Großstädte. Gerade in den Großstädten erleben wir einen extremen Verkehrsstress. Dort müssen wir stärker agieren und brauchen ein besser abgestimmtes System aus ÖPNV, Individual- und Fahrradverkehr. Deswegen ist es unser klar erklärtes Ziel, den öffentlichen Nahverkehr besser und häufiger fahren zu lassen und attraktiver zu machen. Mit neuen Linien wie einer Ring-S-Bahn um München, mehr Fahrzeugen auf den Linien, 2.000 Bussen, 100 Trambahnen, 50 U-Bahnen und mittelfristig einem Ein-Euro-Ticket bauen wir Verkehrsstress im Ballungsraum ab.

Mit der jüngsten klaren Entscheidung des Bundes, am Bau der zweiten Stammstrecke nicht nur festzuhalten, sondern auch die Finanzierung neu zu regeln, sind wir auf einem guten Weg. Ich bitte alle parteipolitisch Aktiven in München – das richtet sich auch an Herrn Hartmann, mit dem ich gestern Abend die Gelegenheit hatte, darüber zu sprechen –: Bitte geben Sie Ihren Widerstand gegen die zweite Stammstrecke auf; denn nur sie wird im Endeffekt den Durchbruch zu einem deutlichen Abbau des Verkehrsstress in München bringen.

(Beifall bei der CSU)

Also Stadt und Land Hand in Hand.

Viertens. Wir bauen – das ist ganz wichtig für viele Bürgerinnen und Bürger – Brücken zwischen Humanität und Ordnung. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik beweist Bayern wie kein zweites Land, wie man als Staat in dieser schwierigen Zeit, in der Zeit von Verunsicherung und Ängstlichkeit, die richtige Balance von Humanität und Ordnung finden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit 2015 haben wir in

Bayern über 800.000 Menschen, Flüchtlinge, untergebracht und versorgt. Der Freistaat Bayern hat für den Bereich Asyl und Integration seit 2015 fast 9 Milliarden Euro aufgewendet. Das ist übrigens fast genauso viel, wie die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg, um die großen zu nennen, zusammen dafür ausgegeben haben.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich möchte ausdrücklich sagen: Geld ist nicht alles an Humanität, aber der objektive Beleg dafür, welche große Hilfe der Staat, aber nicht nur der Staat gegeben hat.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich sage noch einmal ausdrücklich allen, die in dieser Zeit mitgeholfen haben, Dank, den Ehrenamtlichen, den Kommunalpolitikern, den Flüchtlingshelfern und auch den Kirchen. Eine solche Solidarität und Humanität gibt es in Bayern wie in kaum einem anderen Land. Ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall bei der CSU)

Auch ein persönliches Wort zu den Kirchen: Viele stellen mittlerweile die Kirche als Institution infrage. Andere wollen den Religionsunterricht abschaffen. In der Tat treten auch Unzählige aus der Kirche aus. Ich glaube fest daran, dass die Kirchen als Institution ein ganz wesentlicher Bestandteil der bayerischen Identität und Hilfe für die Menschen im Land sein können. Deswegen ist jedenfalls für mich ganz klar: Wir in Bayern stehen zu den Kirchen, wir stehen zum Kirchenrecht und halten am Religionsunterricht fest. Während in anderen Ländern diskutiert wird, ob Kreuze abgehängt werden und manche in Bayern sagen, aufgehängte Kreuze sollen wieder entfernt werden, bleiben wir dabei und lassen sie hängen, weil sie Teil einer religiösen Identität sind.

(Beifall bei der CSU)

Neben Humanität und Identität sorgen wir in Bayern aber auch für Ordnung. Dies ist ganz wichtig. Beide Seiten müssen richtig ausbalanciert sein. Unser Grundsatz ist klar: Wer zu uns kommt, rechtsstaatlich anerkannt und integrationswillig ist, soll wirklich die besten Startchancen haben, wie in kaum einem anderen Land. Ich sage aber auch: Wer zu uns kommt, nicht anerkannt wird, Straftaten und Gewalttaten begeht, der muss das Land so rasch wie möglich wieder verlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bei allem Respekt habe ich überhaupt kein Verständnis, wie man gegen die Abschiebung von Straftätern ernsthaft demonstrieren kann. Das versteht die Mehrzahl der Bürger in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube übrigens, dass die Art der Politik, mit Demonstrationen allein die Parlamente ersetzen zu wollen, ein Teil des Problems der Verunsicherung ist. Die einen demonstrieren für mehr Zuwanderung, andere demonstrieren mit Hass. Schauen Sie einmal genau auf die Bilder von Chemnitz. Dort hat die AfD – das möchte ich bewusst erwähnen – ihre bürgerliche Maske verloren. Wer seit an seit mit NPD, Pegida und gewaltbereiten Hooligans marschiert, der zeigt sein wahres Gesicht. Die AfD ist nicht mehr nur Protest; sie ist Strategie. Wer die Weiße Rose als Symbol missbraucht, der handelt schäbig und unanständig.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir müssen das bei aller Diskussion darüber, ob das Märtyrer-Fragen auslöst, noch klarer und noch deutlicher benennen, und wir werden möglicherweise auch im nächsten Landtag über die eine oder andere Regel unseres Parlamentarismus reden, weil bestimmte Gruppen bewusst versuchen, ungeschriebene Regeln, die wir bei allem Streit hier miteinander beachten, auszunutzen, um das Parlament und den Parlamentarismus zu diskreditieren. Wer so auftritt wie die AfD, wer freien Waffenbesitz und Bürgerwehren fordert, der will doch nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wer sich dann sogar in Veranstaltungen selbst als Strafe Gottes bezeichnet, der hat in einem Parlament überhaupt nichts verloren.

(Allgemeiner Beifall)

Ich sage aber auch: Es wird nicht reichen, die AfD zu benennen und sie als das zu zeigen, was sie ist. Wir brauchen ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, die verunsichert sind und möglicherweise mit ihren Sympathien für die AfD nicht dieser politischen Kraft, aber uns ein Signal geben wollen, dass sie eine politische Veränderung von uns erwarten.

Wir bieten in der Asylpolitik wirksame Lösungen an. Wir haben – ich denke, das kann man sagen – als einziges Bundesland tatsächlich eine Strategie entwickelt, die in der Kürze der Zeit umgesetzt wurde: Grenzpolizei, Anker-Zentren und das Landesamt für Asyl und Rückführungen bilden einen Dreiklang für eine ausbalancierte Asylpolitik.

Meine Damen und Herren, mit der Grenzpolizei verhindern wir illegale Zuwanderung und schrecken – das ist sehr wichtig – Schlepper und Schleuser ab. Wir setzen ein Signal für die internationale Schlepper- und Schleuserszene – das sind übrigens die ganz Bösen –, und die ersten Fahndungserfolge, auch dieser Tage wieder, bei Schleppern und Schleusern zeigen, dass die Grenzpolizei wirkt.

Das Landesamt für Asyl stellt sicher, dass eine bessere Balance zwischen Integration und Abschiebung entsteht. Wir wollen Menschen, die eine Ausbildung und Anstellung haben und gut integriert sind, mehr Chancen geben hierzubleiben; das gilt vor allem für Pflegekräfte und für das Handwerk.

Ich sage aber genauso deutlich: So, wie wir den einen mehr Chancen geben wollen, wollen wir gegenüber den anderen ein klares Signal setzen, und das können wir jetzt mit der Möglichkeit eigener Abschiebeflüge. Meine Damen und Herren, Straftäter und Radikale müssen klar wissen, dass es in Bayern eine Abschiebehaft gibt und sie nicht erwarten können, dass der Rechtsstaat an der Stelle Fehler macht. Im Gegenteil: Wer sich so verhält, muss mit der ganzen Konsequenz des bayerischen Rechtsstaats rechnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Anker-Zentren sorgen dafür, dass wir nicht mehr Jahre, sondern nur drei Monate bis zu einer Entscheidung im Asylverfahren brauchen. Drei Monate!

(Christine Kamm (GRÜNE): 18 Monate sind die Leute da drin!)

Das führt für alle Beteiligten zu einer viel besseren Klärung der Bleibeperspektive.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Liebe Frau Kamm, ich sage auch deutlich: Mit der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen setzen wir die richtigen und nicht mehr die falschen Anreize – und das will die Bevölkerung!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Praxis zeigt, dass das nicht nur Theorie ist: Bis Ende August sind insgesamt 15.400 Asylsuchende nach Bayern gekommen. Früher hatten wir 10.000 in einem Monat. Im gleichen Zeitraum, in dem 15.400 gekommen sind, haben 10.600 das Land wieder verlassen.

Wissen Sie, was der richtige Kompass ist? – Die Richtigen bleiben, und es gehen aber auch die Richti-

gen. Ich finde, wir zeigen, wie man in der Praxis mit einer richtigen Balance von Humanität und Ordnung eine gute, eine nachhaltige und eine wirksame Asylpolitik machen kann. Das traut sich kein anderes Bundesland zu!

(Beifall bei der CSU)

Zu unserem Staatsverständnis gehören aber auch Sicherheit und Schutz. In anderen Bundesländern erleben wir mittlerweile Tendenzen, dass Straftaten mehr oder weniger kaum verfolgt werden oder ganze Stadtteile aufgegeben werden. Meine Damen und Herren, für uns ist klar: Sicherheit und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir stehen zu unserer Polizei und stärken unserer Polizei den Rücken, nicht nur finanziell, sondern auch emotional. Wir stellen 3.500 neue Polizistinnen und Polizisten überall im Land ein, bezahlen unsere Polizisten besser und statten sie mit neuer Technik aus.

Das umstrittene Polizeiaufgabengesetz halte ich persönlich für einen zentralen Schritt, um den Polizeibeamten Rückhalt zu geben. Wir merken doch: Gewalt gegen Polizisten nimmt überall in Deutschland zu. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen unsere Beamten dabei nicht alleine lassen; sie haben Rückendeckung, Rückhalt verdient.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Was gab es für Vorwürfe gegen dieses Gesetz: "Endloschaft", "Demontage der Privatsphäre", "Machtbefugnisse wie vor 1945", um nur einige Schlagwörter zu nennen. All diese Parolen wurden widerlegt. Oder kennen Sie irgendeinen Vorwurf, der sich bestätigt oder der in der Praxis zu Problemen geführt hat? – Das Gegenteil ist der Fall. In anderen Bundesländern beginnt man, dieses Gesetz zu kopieren; denn es hilft nicht nur der Polizei, sondern es hilft vor allem den Bürgern gegen Gefahren aus dem Darknet, gegen Gefahren wie Amoklauf oder Stalking.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin entsetzt, wenn ich jetzt erlebe, wie GRÜNE und FDP zusammen mit der Linkspartei gegen dieses Gesetz und damit indirekt gegen die Polizei klagen. Die Jugend der Linkspartei skandiert bis heute klare Sätze über die Polizei wie "Bullenstaat – Wir haben dich zum Kotzen satt!" Was sollen junge Polizistinnen und Polizisten denken, wenn derart über sie geredet wird und am Ende GRÜNE und FDP mit solchen Gruppen gemeinsame Sache machen? – Wir finden das falsch, und wir sagen dazu Nein.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Fünftens. Wir bauen Brücken zu einem freiheitlichen Bürgerstaat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dürr, ich bitte Sie jetzt wirklich, dass Sie sich so verhalten, wie es sich für einen Parlamentarier in diesem Hohen Haus gehört.

(Beifall bei der CSU)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Für mich ist sehr wichtig: Der Staat muss bei Schutz und Sicherheit stark sein. Der Staat sollte sich aber mehr zurückhalten, wenn es um die Freiheiten der Bürger geht. Wenn es um Ehrenamt, Handwerk, Mittelstand und Landwirtschaft geht, denke ich, meine Damen und Herren, brauchen wir weniger Staat. Ausufernde Kontrollen und immer mehr Bürokratie sind ernsthafter Ausdruck von Misstrauen.

Ich finde, wir sollten die Chance nutzen, im Freistaat Bayern eine neue Kultur des Vertrauens zu entwickeln. Ich möchte daher mit Wirtschaft und Ehrenamt einen Pakt der Freiheit schließen: Wir haben in den letzten Jahren mit der Paragrafenbremse schon erste Erfolge erzielt. Viel wichtiger ist es aber – und das berichtet uns unser Entbürokratisierungsbeauftragter jede Woche –, den Vollzug genauer zu betrachten. Es kann nicht sein, dass die Durchführung einer Vereinsfeier oder eines Bürgerfestes nahezu ein Jurastudium erfordert, um alle Vorschriften zu verstehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist aber leider so! Das müsst ihr ändern! Das solltet ihr ändern!)

Wir müssen das ändern und gehen ähnlich wie bei der Datenschutz-Grundverordnung einen neuen Weg. Wir werden nicht alle Gesetze aus Berlin oder Europa ändern können, aber mit mehr Beratung und weniger Bußgeld und mit mehr Kooperation statt Konfrontation schaffen wir es, meine Damen und Herren, eine neue Kultur zu etablieren. Mich nervt ohnehin diese um sich greifende Verbotskultur: Tempolimits, Fahrverbote, Fleischverbote, Werbeverbote oder Genderverbote. Bayern soll ein Freistaat und kein Verbotsstaat sein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lassen Sie uns auch über unsere Verfassung nachdenken. Die Bayerische Verfassung ist eine großartige Verfassung und ein wunderbares Dokument.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir sollten aber gemeinsam überlegen, wie wir sie in der nächsten Legislaturperiode sensibel weiterentwickeln können. Ich möchte daher, wenn es die Wählerinnen und Wähler wollen, zu einer Verfassungskommission einladen. Wir sollten über folgende Punkte nachdenken: neue Verfassungsziele wie Klima-, Landschaftsschutz und Pflege, digitale Rechte und digitale Teilhabe, ein ausdrückliches Bekenntnis gegen Extremismus jeder Art und – ich bleibe dabei, und man erlebt es jeden Tag wieder – frischen Wind für unsere moderne Demokratie durch eine klare Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten. Ich halte das für ein national und international unglaublich wichtiges Signal.

Lassen Sie uns das nach dem Wahlkampf vorurteilsfrei überlegen. Ich möchte, dass Bayern die modernste und vorbildlichste Demokratie in Deutschland bleibt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Sechstens. Wir bauen Brücken in die Welt. Wir sind Bayern, Deutsche, aber auch Europäer. Die erste Kabinettsitzung, die ich im Ausland gemacht habe – oder überhaupt eine Auslandsreise –, war in Brüssel bei der Kommission. Dies war ein klares Signal dieser Staatsregierung, und wir wollen das jedes Jahr fortsetzen. Wir glauben auch, dass wir als überzeugte Europäer aufgrund der geografischen Lage das perfekte Bindeglied zwischen Ost und West und eine Drehscheibe im Herzen Europas sind. Meine Damen und Herren, wir wollen dabei nicht nur ein Ja zu Europa, sondern auch ein Ja zu einem Europa der Regionen sagen. Wir werden nächstes Jahr im Europawahlkampf erleben, dass sich weniger die Frage "konservativ oder sozialdemokratisch", sondern vielmehr die Frage "populistisch oder die Gemeinschaft, die wir darstellen" stellen wird. Deshalb wird es wichtig sein, die Regionen zu stärken. Wir wollen dazu einen Beitrag leisten und erarbeiten mit anderen Regionen Vorschläge zur Stärkung der Mitwirkungsrechte. Wir wollen, dass der Ausschuss der Regionen zu einer zweiten europäischen Parlamentskammer mit ähnlichen Mitwirkungsrechten wie der Bundesrat wird. Meine Damen und Herren, ich glaube, dies wäre ein ganz starkes Signal. Wir brauchen in Europa keine separatistischen Bestrebungen, sondern integrative Entwicklungen. Die Regionen müssen aber größere Kompetenzen bekommen, um in Europa besser eingebunden und gestärkt zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind ein international geschätzter und geachteter Partner, auch außerhalb Europas. Unsere Wirtschaft ist exportorientiert und international erfolgreich. Wir haben ein starkes Auslandsnetzwerk, das sich sehen lassen kann. Mir ist es wichtig, dass wir uns künftig nicht nur um die Wirtschaft kümmern, sondern auch sonst mehr tun. Wir sind nicht nur für den Austausch von Wirtschaftsgütern, sondern auch von Werten verantwortlich. Mit einem neuen Bayerischen Auslandsinstitut wollen wir ein internationales Netzwerk für den Jugendaustausch gründen. Dabei geht es um das Verständnis von unterschiedlichen Kulturen, Werten und Lebensgewohnheiten.

Meine Damen und Herren, gerade die jungen Menschen sind die Zukunft. In den letzten 20 Jahren wurden solche Prozesse heruntergefahren. Das hat zu manchen kulturellen Debatten geführt, selbst im Rahmen der Partnerschaft mit den USA. Ich möchte, dass wir auf diesem Feld wieder dort anknüpfen, wo wir einmal waren. Ich möchte, dass wir unsere Verbindungen in die Welt stärken und zeigen, dass wir nicht nur gute Arbeitsplätze haben, sondern dass sich die Werte, die wir in Bayern haben, weltweit sehen lassen können. Sie sorgen in der Welt für Verständnis, Achtung und Respekt.

(Beifall bei der CSU)

Diese Brücken bauen wir. Das ist unser Kompass. Meine Damen und Herren, ich glaube, dieser bayerische Weg ist in diesen paradoxen Zeiten der wirtschaftlichen Stabilität einerseits und der demokratischen Verunsicherung und Spaltung andererseits der richtige. Bayern war schon immer ein Land der Stabilität. Bayern ist einzigartig und ein Musterfall. Bayern wird übrigens auch bewundert und geschätzt. Meine Damen und Herren, ich möchte, dass dies auch so bleibt. Ich möchte nicht, dass Bayern von anderen belächelt wird. Ich möchte, dass Bayern diese besondere Form der Bewunderung behält. Deshalb ist es mir wichtig, dass eine völlig zerfaserte und völlig zersplitterte Demokratie, die sich nur mit sich selbst beschäftigt und keine Lösungen für die Bürger bietet, nicht das Bild von Bayern ist. Bayern soll stark und stabil bleiben. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage dies ausdrücklich: Jeder soll die aktuellen Debatten als Weckruf verstehen. Natürlich kann jeder diese Debatten wägen, wie er will, aber wenn sich Regierungen nur noch mit sich selbst beschäftigen, schafft dies wenig Vertrauen bei den Bürgern. Ich glaube, die Menschen wollen kein Vor und Zurück und

kein Hin und Her, sondern eine klare Politik, die sagt, was sie denkt, und macht, was sie sagt.

Meine Damen und Herren, ich habe in meiner ersten Regierungserklärung etwa 100 konkrete Maßnahmen angekündigt. Nicht jede Maßnahme muss man bejubeln. Aber alle diese Maßnahmen würden umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Das kann niemand bestreiten, ob es einem gefällt oder nicht. Diese Staatsregierung zeigt national und vielleicht sogar international, dass sie eine Regierung ist, die entschlossen handelt, die politisch etwas tut und die etwas umsetzen kann. Ich sage es einmal so: Wir haben in sechs Monaten mehr vorangebracht als Regierungen in anderen Bundesländern in einem ganzen Jahrzehnt. Das muss uns erst mal einer nachmachen.

(Beifall bei der CSU)

Für mich ging es nie darum, nur einen Sprint bis zum 14. Oktober hinzulegen. Für mich geht es um einen Bayern-Marathon für zehn Jahre. Seien wir ehrlich: Wir stehen auch vor der Herausforderung, dass sich unser Parlament verändert. Dabei geht es nicht nur um die Zusammensetzung. Unser Parlament kann voller werden, vielleicht wird es auch ganz anders in seiner Kultur. Deshalb möchte ich in dieser Regierungserklärung einen Appell an alle Bürgerinnen und Bürger richten, sich Zeit zu nehmen und zu überlegen, was für sie und unser Land das Beste ist. Egal, wie am Ende die Mehrheiten aussehen, ist eines klar: Wir wollen eine stabile, eine starke und eine moderne Demokratie, aber keine Links- oder Rechtsextremen im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein persönliches Wort: Auch ich als Ministerpräsident habe in diesen sechs Monaten eine Menge Erfahrungen gemacht. Darunter waren viele spannende und gute Erfahrungen. Natürlich habe ich auch Fehler gemacht, aber ich habe jeden Tag dazugelernt. Jeden Tag gab es neue Herausforderungen. Ich habe täglich Begegnungen mit unzähligen Menschen in Bayern. Viele unterstützen mich, manche fragen, manche sind skeptisch. Das ist Demokratie. Es gibt auch welche, die mir Folgendes sagen: Herr Söder, auch wenn ich Ihre Politik nicht in allen Punkten teile, müssen Sie es wohl richten. Irgendeiner muss das Land zusammenhalten. Sie sind der Ministerpräsident für Bayern.

Meine Damen und Herren, daher sage ich Ihnen aus tiefer Überzeugung: Wir werden dieses Land, den einzigartigen Freistaat Bayern, in schwieriger Zeit zusammenhalten und trotz aller Unterschiede das Wohl aller Bürger im Blick haben. Das garantiere ich. Eines kann ich versprechen: Bayern wird, egal, bei welcher

Herausforderung, stark sein, stabil bleiben und seinen Weg gehen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Bitte: Bei allem Wahlkampf, lassen Sie uns immer Respekt voreinander zeigen. Ich habe den Eindruck, dass dieser Appell in den letzten Wochen von allen verstanden und angenommen wurde, ich sage ausdrücklich "von allen". Wir reden immer vom "Hohen Haus". Diesen Anspruch müssen wir auch erfüllen, jeder Einzelne von uns. Respekt ist die Basis für Demokratie. Wir haben unterschiedliche Meinungen und sind in der Tat völlig unterschiedliche Charaktere und Charakterköpfe. Eines nehme ich jedoch jedem in diesem Hause ab, nämlich dass er nach seinem besten Wissen und Gewissen das Beste für Bayern tut. Streit in der Sache ist notwendig. Wenn wir uns jedoch nicht gegenseitig in unserer persönlichen Ehre respektieren, dann dürfen wir auch nicht erwarten, dass das andere tun. Ich möchte, dass der Bayerische Landtag auch ein Muster für den Respekt vor der Person ist. Streit in der Sache ja, wir müssen einander aber respektieren. Ich möchte, dass dies im Bayerischen Landtag auch auf Dauer so bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, bei meinem engagierten Kabinett, beim gesamten Präsidium und – das sei mir gestattet – ganz besonders bei unserer Präsidentin Barbara Stamm bedanken. Ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wirtschaftlich geht es uns so gut wie nie; gleichzeitig sind die Menschen so verunsichert wie nie. Wir haben eine ganz schwierige Aufgabe zu lösen. In dieser Zeit ist es mir persönlich eine große Ehre, dem Freistaat Bayern als Ministerpräsident dienen zu dürfen. Ich gebe zu: Es gab schon leichtere Zeiten. Wenn eine Herausforderung da ist, muss sich ihr ein jeder von uns stellen. Mein Wunsch an alle, die am politischen Prozess mitwirken: Lassen Sie uns daran arbeiten, dass dieses Bayern auch im 100. Jahr des Bestehens des Freistaats Bayern stark und stabil ist. Stabilität ist die Voraussetzung für Wohlstand und Erfolg. Stabilität hält ein Land zusammen. Stabilität schafft Ruhe und ist das beste Mittel gegen Extremismus.

Ich werde alles dafür tun, dass Bayern stabil bleibt. Konrad Adenauer sagte einmal: "Keine Experimente!" Ich sage: Keine Spielereien mit dem Freistaat Bayern! Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie

uns alle daran arbeiten, dass dieser Freistaat Bayern auch in der Zukunft stabil bleibt.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ist der CSU-Parteitag zu Ende?)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredzeit der Fraktionen wurde im Ältestenrat festgelegt. Die Redezeiten für die Fraktionen werden jetzt aber neu eingestellt; ich runde die Redezeiten für die Fraktionen um acht Minuten auf und eröffne jetzt die Aussprache. Als erste Rednerin für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Kohnen bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, wir beide haben nur wenige Dinge gemeinsam. Dazu gehört aber unser Geburtsjahr 1967. Das bedeutet, uns wurde vieles geschenkt: ein wiederaufgebautes, wirtschaftlich starkes Land sowie eine funktionierende und lebendige Demokratie. Unsere Generation hat das alles auf dem Silbertablett überreicht bekommen. Besser kann man es eigentlich gar nicht erwischen.

Unsere Aufgabe ist es, dieses Erbe zu erhalten und weiterzuentwickeln. Bei der Wirtschaftskraft gelingt uns das, was aber maßgeblich an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land liegt. Für uns als SPD ist dabei die Frage wesentlich, ob jeder davon profitiert. Darüber werden wir uns im Folgenden noch auseinandersetzen. Aber seien wir ehrlich: Egal, welche realistische Konstellation in Bayern nach der Wahl regiert, Bayern wird wirtschaftlich stark bleiben.

Mit dem anderen Bestandteil unseres Erbes ist es schwieriger; denn es zeigt sich, dass die Demokratie in Deutschland und auch in Bayern in schwierigem Fahrwasser ist. Unsere Generation von Politikerinnen und Politikern trägt die Verantwortung dafür, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und zu verteidigen. Die beiden Hauptaufgaben, vor denen die neue Bayerische Staatsregierung in diesem Herbst stehen wird, sind: erstens, Bayerns Erfolg und seine Stärke so zu nutzen und zu gestalten, dass alle die hier leben, davon etwas haben;

(Beifall bei der SPD)

zweitens, die Demokratie und die demokratische Kultur in Bayern zu stärken und den menschenfeindlichen Populismus zurückzudrängen.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident, bewerben sich wieder um eine leitende Funktion in der nächsten Staatsregierung – so war Ihre Rede zumindest zu verstehen – und stehen kurz vor dem Ende einer etwa sechsmonatigen Probezeit. Diese gilt es heute zu bewerten. Es gilt zu überprüfen, ob Sie den oben beschriebenen Aufgaben gewachsen waren, ob Sie sich dieser Aufgaben tatsächlich vollständig bewusst sind und ob Sie dafür die notwendige moralische Reife mitbringen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, wir haben, wie gesagt, nicht viel gemeinsam, aber das schon: Wir kommen in Bayern viel herum, in diesen Wochen ganz besonders. Dabei fällt einem neben der Schönheit unseres Landes immer wieder die Vielfalt Bayerns ins Auge. Genau das ist unsere Identität. Unsere bayerische Identität liegt in dieser Vielfalt. Es ist die Aufgabe von uns Politikern, in dieser Vielfalt das Gemeinsame zu betonen, Gegensätze zu überwinden und das Land zusammenzuführen. Das gilt bis heute, und heute vielleicht mehr als je zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Was Bayern ausmacht, sind die vielen positiven Aspekte der Vielfalt, die interessanten Unterschiede, die unterschiedlichen Kulturen und Dialekte, die verschiedenen Lebensweisen und Ziele der Menschen sowie die unterschiedlichen Religionen und Konfessionen. Wenn wir durch dieses Land reisen und mit den Menschen sprechen, sehen wir aber auch Unterschiede und Ungleichgewichte. Wir sehen, dass die technischen und wirtschaftlichen Veränderungen in unserer Gesellschaft Gewinner und Verlierer produzieren. Wir sehen auch, dass die Wanderungsbewegungen innerhalb Bayerns von den ländlichen Räumen in die Metropolen auf beiden Seiten Herausforderungen mit sich bringen. Wir sehen leerstehende Häuser in manchen Ortschaften Hochfrankens einerseits und Schlangen von Menschen beim Besichtigungstermin für eine Münchner Wohnung andererseits. Wir sehen die vielen bayerischen Dörfer ohne eigene Bushaltestelle einerseits und die Enge in den Münchner S- und U-Bahnen andererseits.

Wir sehen in Bayern starken Reichtum, stellen aber auch versteckte Armut fest. Manchmal muss man sehr genau hinsehen, warum zum Beispiel ein Kind beim Schulausflug nicht mitfahren kann und fehlt. Das macht es manchem leichter, bei der Armut in unserem reichen Land wegzusehen. Sie, Herr Ministerpräsident, sind dafür das beste Beispiel. 245.000 Kinder sind in Bayern von Armut bedroht. In manchen Gegenden, etwa in Hof oder Schweinfurt, ist es jedes

fünfte Kind. Dazu haben Sie als Ministerpräsident letzte Woche in unserem Duell bei den "Nürnberger Nachrichten" gesagt – ich zitiere –: "Ich weiß nicht, ob die Zahlen immer so stimmen." Nun ja. Das sind Zahlen Ihrer eigenen Staatsregierung, und darauf will ich mal vertrauen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD):
Hört!)

Diese Zahl passt nicht in das Bayernbild, das Sie zeichnen wollen. Aber wer verantwortungsvolle Politik machen will, muss das ganze Bild betrachten. Es geht darum – das habe ich anfangs gesagt –, unsere wirtschaftliche Stärke zu erhalten und weiterzuentwickeln, damit alle etwas davon haben. Wir als SPD wollen ein starkes Bayern für alle Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Darüber, wie wir Bayern wirtschaftlich und sozial weiterentwickeln wollen, haben wir grundsätzlich verschiedene Auffassungen. Das hat Ihre Regierungserklärung heute wieder gezeigt.

Bei meinen Gesprächen erzählen mir viele Menschen in ganz Bayern ihre Sorgen und Wünsche. Es sind die unterschiedlichsten Menschen, und deshalb erzählen sie die unterschiedlichsten Dinge, auch Ihnen. Einige Dinge kommen immer wieder vor, zum Beispiel: In meinem Dorf fährt der Bus nur zweimal am Tag. – Manchmal höre ich auch: Bei mir fährt gar kein Bus – oder: Ich finde keinen Kitaplatz für mein Kind. – Manchmal auch: Jetzt habe ich einen Kitaplatz, aber die Kita schließt viel zu früh – oder: Ich schaffe die Pflege meiner Mutter nicht mehr, aber bei uns im Ort gibt es keinen Pflegeplatz. – Am häufigsten höre ich natürlich: Unsere Wohnung ist für unsere Familie viel zu klein, aber wir finden einfach nichts Größeres, das wir uns leisten können.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Diese Anliegen sind zwar sehr unterschiedlich, haben aber eines gemeinsam: Der sogenannte freie Markt kann sie nicht lösen. Das kann nur der Staat, und damit nur die öffentliche Hand.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten
Alexander König (CSU))

– Herr König, keine Angst, das sagt nicht nur die SPD, sondern es ist eine Logik, und die versuche ich Ihnen nochmals nahezubringen.

Bayern ist durch die soziale Marktwirtschaft stark und erfolgreich geworden, aber auch durch Unternehmergeist und zupackende Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer mit starken Gewerkschaften. Das ist wohl unstrittig – Sie nicken. Unstrittig ist aber auch, dass der freie Markt nicht für das Gemeinwohl sorgt. Der freie Markt bringt keine Busse in jeden Winkel Bayerns. Der freie Markt will Profit, nichts anderes. Natürlich rechnet es sich betriebswirtschaftlich nicht, eine Kita für ein paar Kinder, deren Eltern länger arbeiten müssen, länger offenzuhalten.

In einem Punkt ist das Versagen des Marktes am deutlichsten, nämlich wenn es darum geht, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen, etwa in Ingolstadt, Erlangen, Aschaffenburg, Regensburg oder München. Da hilft uns der freie Markt nicht weiter.

Herr Ministerpräsident, das gilt auch, wenn Sie, wie in den letzten sechs Monaten geschehen, Geld nach dem Gießkannenprinzip über das Land verteilen. Ein Familiengeld für Eltern von Kindern im zweiten und dritten Lebensjahr gibt wirklich nur diesen Eltern die Möglichkeit, mehr für Kinderbetreuung zu bezahlen. Für Eltern mit älteren Kindern gibt es nichts. Es schafft auch keine neuen Kitaplätze. Es schafft auch überhaupt keine Kitas, die morgens früher öffnen, nachmittags länger oder in den Ferien offen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ein Pflegegeld schafft keine Pflegeplätze. Herr Ministerpräsident, deshalb ist es unehrlich, wenn Sie jetzt eine Pflegeplatzgarantie geben. Warum? – Pflegeeinrichtungen werden mehrheitlich von gemeinnützigen und privaten Trägern betrieben. Die tun das, was sich rechnet. Das müssen sie auch tun, weil sie auf dem freien Markt sind. Sie können gar nichts garantieren. Deshalb ist Ihre Pflegeplatzgarantie unehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Dasselbe gilt für den Wohnungsmarkt. Die Mehrheit der Mietwohnungen in Bayern ist in Privatbesitz. Das kann niemand bestreiten. Dazu haben Sie als Finanzminister und Sie als CSU während ihrer Regierungszeit beigetragen. Auch wenn Sie es nicht mehr hören mögen oder nicht mehr hören können, sage ich: Der Freistaat hat 33.000 öffentliche Wohnungen an Privatinvestoren verkauft.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

– Ich komme gleich dazu. Der Herr Ministerpräsident hat vorhin gesagt: Es gehört zu Anstand und Respekt zuzuhören. Das gilt auch für Sie.

(Beifall bei der SPD)

Beginnen wir noch einmal. Auch wenn Sie es nicht hören mögen: Der Freistaat Bayern hat 33.000 öffent-

liche Wohnungen an Privatinvestoren verkauft. Auch wenn Sie etwas anderes behaupten, die Begründung dafür war: Der Markt wird es schon richten.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Herr König, ich komme dazu. Der Fraktionsvorsitzende Herr Kreuzer hat das vor zwei Wochen beim Bayerischen Rundfunk mir gegenüber zugegeben. Die staatlichen Wohnungen wurden nicht an ein Konsortium bayerischer Städte verkauft, weil die PATRIZIA mehr gezahlt hat. Über die Kommunen hat Herr Kreuzer wörtlich gesagt: Die haben nicht genug geboten. Der Markt hat mehr geboten. – Das haben Sie zugelassen.

(Widerspruch bei der CSU)

Bevor Sie sich über irgendetwas aufregen, sage ich gleich: Ja, auch der Bund hat Wohnungen verkauft. Das ist ein Fehler, egal, wer an der Regierung ist. Herr König, eines ist doch klar: Wo der Markt versagt, muss der Staat greifen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat nichts mit der SPD zu tun. Diese Erkenntnis und dieses klare Bekenntnis zur Rolle des Staates trennen uns weiterhin, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt nicht nur für die Versorgung mit angemessenem Wohnraum. Diese Aufgabe ist für die Staatsregierung sogar ein Auftrag, der in unserer Verfassung steht, da steht es geschrieben. Überall dort, wo die Menschen im alltäglichen Leben betroffen sind, überall dort, wo der Markt die zentralen Bedürfnisse der Menschen nicht erfüllt, muss die öffentliche Hand helfen. Das liegt doch in der klaren Logik, wie wir unseren Staat aufbauen. Die öffentliche Hand heißt: der Freistaat.

Die Kommunen tun das. Sie tun es tatsächlich. Die Kommunen tun, was sie können. Wir haben Glück, dass wir uns das leisten können. Wir haben Glück, dass wir uns in Bayern einen Wohlstand erarbeitet haben, den wir genau dafür einsetzen können: für einen starken Staat.

(Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Bravo!)

Schauen wir uns doch die Definition eines starken Staates an. Starker Staat heißt, da zu sein, wo die Menschen ihn brauchen. Wir müssen als starker Staat bezahlbaren Wohnraum schaffen und mit der Kraft des Staates die Mieten einbremsen. Die Antwort der

SPD ist eine bayerische Wohnraumoffensive und ein Mietenzustopp in den Städten für die nächsten fünf Jahre. Das ist ein Muss.

(Beifall bei der SPD)

Der Wohnungsmarkt geht unter der Kraft des Marktes zugrunde. Er wird sich nicht mehr erholen können. Deswegen muss der Staat in den Wohnungsmarkt hineingehen.

(Kopfschütteln des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

– Sie müssen nicht den Kopf schütteln. Gehen Sie auf die Straßen, sprechen Sie mit den Menschen!

(Volkmar Halbleib (SPD): Realitätsverweigerung bei der CSU!)

Sie verlassen sich auf den Staat. Das tun sie. Der Staat muss dort hinein.

Wir müssen als Staat noch etwas anderes tun: Wir müssen allen Kindern die gleichen Startchancen geben. Wollen Sie das etwa bestreiten? – Alle Kinder brauchen die gleichen Startchancen.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort der SPD ist eine Qualitätsoffensive in unseren Kitas. In diesem Punkt stimmen Sie uns noch zu, aber es soll eben auch eine kostenfreie Kita sein. Damit garantieren wir kostenfreie frühkindliche Bildung für alle.

(Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Ja!)

Niemand kommt auf die Idee, für den Schulbesuch Geld zu verlangen. In Kitas wird auch Bildung vermittelt. Warum kommen Sie nicht endlich zu unserer Erkenntnis, dass frühkindliche Bildung jedem zugänglich sein muss? Der Markt ermöglicht dies definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir nicht allen Kindern die gleichen Chancen geben, dann wird Armut weitervererbt; denn der Markt sorgt nicht für gleiche Chancen. Der Markt sortiert nach Arm und Reich, und nichts anderes.

Wir müssen als starker Staat auch dort eingreifen, wo Rechte nicht eingeräumt werden, Herr Ministerpräsident. Das Recht auf Weiterbildung in der Arbeitswelt gehört definitiv dazu.

(Beifall bei der SPD)

Bildung, das werden Sie doch nicht bestreiten, ist ein Grundrecht. Sie ist unser einziger Rohstoff und ein Versprechen für die Zukunft. Die Antwort der SPD ist ein Weiterbildungsgesetz für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein Recht auf Bildung brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Wer ein Recht auf Bildung bekommt, wird sich nie als Verlierer einer technologischen Entwicklung fühlen, sondern er ist sich sicher, dass er die Herausforderungen bewältigen kann.

Herr Söder, lassen Sie uns noch darüber reden, wie der Markt die Ungleichgewichte in Bayern verstärkt. Der Markt verschiebt Jobs und Chancen in die Ballungsräume. Das konnten wir in den letzten Jahrzehnten beobachten. In dieser Zeit haben Sie registriert.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Diese Verschiebung haben die Regierenden in unserem Freistaat ganz bewusst zugelassen. In den letzten zehn Jahren hat sich das entwickelt, wovon wir heute stehen. Sie können jetzt nicht so tun, als hätten Sie in den letzten sechs Monaten versucht, das zu verändern. Sie sind seit Jahrzehnten dabei. Was heißt das denn? – Der freie Markt schafft schnelles Internet nur dort, wo viele Menschen und erfolgreiche Firmen angesiedelt sind. Aber es gibt kein schnelles Internet, wo wenige wohnen und neue Firmen angesiedelt werden müssen. Als starker Staat müssen wir aber allen den Zugang zu schnellem Internet gewähren und damit die gleichen Chancen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Der Abgeordnete Dr. Harald Schwartz (CSU) wirft die Arme hoch)

– Sie werfen die Arme hoch. Ich sage Ihnen etwas: Der Kollege Erwin Huber ist schon länger als Sie im Landtag. Er hat in der Vergangenheit immer gesagt, der Markt würde es schon richten. Annette Karl, unsere Abgeordnete, hat in den zehn Jahren, die sie dem Landtag angehört, versucht, Ihnen klarzumachen, dass der Markt gar nichts richtet. Der Staat muss ran, damit das mit dem Internet endlich funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zu dem zweiten Punkt kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine starke Demokratie ist das zweite Erbe, das unsere Generation übernommen hat, Herr Ministerpräsident. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Für mich war das eine Selbstverständlichkeit. Als ich mit der Politik angefangen habe – das war vergleichsweise spät, später als

Sie beispielsweise, ich habe mit Anfang Dreißig begonnen –, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass die Verteidigung unserer demokratischen Grundordnung tatsächlich wieder ein großes Thema werden würde. Ich habe das nicht geglaubt, als ich jung war. Und ich hatte wahrscheinlich auch gehofft, dass es nie so kommt. Aber das ist heute Realität.

Demokratie ist so viel mehr als Wahlen und parlamentarische Abläufe. Demokratie gibt es nur dort, wo es einen vernünftigen, sachbezogenen, öffentlichen Diskurs gibt. Demokratie erfordert Respekt vor der anderen Meinung und vor dem politischen Gegner. Demokratie braucht freie und unabhängige Medien, die von der großen Mehrheit auch als solche wahrgenommen werden, als unparteiische Informationsquelle. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie heißt nicht reines Mehrheitsprinzip. Demokratie existiert nämlich nur dann, wenn Minderheiten auch geschützt sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das ist in Gefahr.

Bayern steht nicht im Zentrum dieser Entwicklung, aber, Herr Ministerpräsident, Bayern steht auch nicht abseits. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe der Staatsregierung, die Demokratie zu stärken und gegen ihre Feinde zu verteidigen. Was müssen wir tun, um die Demokratie zu stärken? – Zuerst müssen wir gute Demokraten sein, sachliche Diskussionen führen, Ängste nehmen, statt sie zu verbreiten,

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Vorurteile widerlegen, statt mit Stimmungen zu spielen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie neuerdings sagen, Sie hätten den Kampf gegen den Rechtspopulismus ausgerufen, finden Sie – Herr Herrmann, ich komme dazu gleich, zuhören! – Worte der Empörung und versuchen sich abzugrenzen. Aber ich sage Ihnen klipp und klar: Ich nehme Ihnen das nicht ab.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Moment, zuhören! Ich habe bei Ihnen auch nicht dazwischengerufen. Hören Sie einfach zu. – Nochmal, ich nehme Ihnen das nicht ab. Wir nehmen Ihnen das nicht ab. Und noch viel schwerwiegender: Die Menschen in Bayern nehmen Ihnen das nicht ab, weil sich zu viele daran erinnern, welche Töne Sie vor der Sommerpause angeschlagen haben, und weil viele wissen, dass Sie morgen wieder einen anderen Ton anschlagen, wenn Sie meinen, dass Ihnen das taktisch hilft. Die Menschen haben genug von politischer Taktiererei, und sie haben genug von einem zynischen Umgang mit Menschen und mit Themen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehnen sich nach Klarheit und nach Haltung. Sie sehnen sich danach, dass Politiker Maßstäbe haben, Werte, nach denen sie entscheiden, und Überzeugungen, zu denen sie stehen, auch wenn ihnen der Wind mal ins Gesicht bläst.

Herr Ministerpräsident, Sie sind das Gegenteil von all dem. Sie haben sich heute als Brückenbauer dargestellt, aber tatsächlich haben Sie Brücken in unserem Land abgerissen und das Land gespalten.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen geht es ausschließlich um das Machterringen und das Machtausüben und zwar ausschließlich, als reiner Selbstzweck. Das ist nicht neu. Das steht in einer gewissen Tradition in Ihrer Partei. Warum?

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist der Anstand!)

– Das ist eine offene Debatte, eine ehrliche Debatte. Hören Sie genau zu, warum ich das sage. Sie waren schon vehemente Befürworter der Kernkraft und dann plötzlich doch dagegen. Sie waren schon Befürworter des Donauausbaus und dann doch wieder Gegner. Ihnen war Kinderbetreuung immer egal, und jetzt schreiben Sie sich die Kitas auf die Fahnen. Sie waren gegen staatlichen Wohnungsbau, und jetzt zaubern Sie vor der Wahl schnell "BayernHeim" aus dem Hut. Keine dieser Wendungen beruht auf einer Veränderung der Überzeugungen, auf einem Nachdenken über das Problem. Alle diese Wendemanöver beruhen rein auf Taktik.

(Zuruf von der CSU)

Und so ist es auch – und jetzt wird es sehr ernst – mit der Tonlage gegenüber Migrantinnen und Migranten in Bayern. Sie haben monatelang die Rechtspopulisten kopiert, ihre Sprache und ihre Methoden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in sozialen Netzwerken gezielt islamfeindliche Botschaften an Sympathisanten von Rechtspopulisten ausgespielt. Ich sage Ihnen eines: Das Netz vergisst nie. Sie haben ertrinkende Menschen im Mittelmeer als Asyltouristen bezeichnet.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Kein Mensch hat das getan! Unerhört! Unverschämtheit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ganz ruhig! Dieses Wort ist gefallen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben – –

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, einen Augenblick bitte.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Hören Sie bis zu Ende zu! Sie haben dieses Wort nach einiger Zeit zurückgenommen.

(Zurufe von der CSU: Das haben wir nie gesagt!)

Aber haben Sie das auch aus der Einsicht getan, dass dies eine unmenschliche Sprache ist, die auch zu unmenschlichem Handeln aufstachelt? Darum geht es doch.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Das taten Sie nur, weil Sie gemerkt haben, dass sich viele anständige, wertorientierte Menschen von Ihnen abwenden. Ich glaube, es ist doch Letzteres: nicht Einsicht, sondern schlichtweg Wahltaktik.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben vor zwei Wochen und auch heute wieder gesagt: So etwas wie in Chemnitz könnte bei uns in Bayern nicht passieren.

(Thomas Kreuzer (CSU): Richtig!)

– Herr Kreuzer sagt, das sei richtig. Das ist schon deshalb merkwürdig, weil Ihr Parteivorsitzender erklärt hat, dass er gerne mitmarschiert wäre, wenn er nicht dummerweise Innenminister wäre. Herr Kreuzer, ich sage Ihnen, warum so etwas in Bayern nicht passieren kann: wegen der Menschen in Bayern, die überall in unserem Land aufstehen und auf die Straße gehen und zeigen: Wir sind mehr!

(Beifall bei der SPD)

Die Anständigen in unserem Land stehen im Moment auf gegen die Heiß-Märsche in Oberfranken oder gegen die mickrigen Demos in München oder eben auch bei "Ausgehetzt"-Demos, die so genannt werden. Warum? – Dort treffen Sie alle Menschen unserer Gesellschaft: Nonnen, Kirchenvertreter, Leute vom Land, aus der Stadt, Familien, Alt, Jung. Das sind die Menschen, die gegen die Rechtspopulisten kämpfen; denen gebührt unser Respekt, von der SPD.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Eines ist sicher: Es liegt nicht an Ihnen und der CSU, dass sich diese Menschen gegen den Rechtspopulismus wenden. Aber Sie haben dafür gesorgt, dass diese Menschen jetzt genug haben von dem Populismus, den Sie betrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben noch etwas getan, was fatal ist: Sie haben als Regierungspartei den Eindruck erweckt, dass sich der Rechtsstaat in unserem Land nicht mehr durchsetzen kann. Das bringt Menschen auf den Gedanken, das, was sie für Recht halten, selbst in die Hand zu nehmen. Das ist fatal. Sie haben den Rechtsstaat immer wieder infrage gestellt. Wenn eine Regierungspartei darüber hinaus erklärt, die Religion von Millionen von Bundesbürgern gehöre nicht zu unserem Land, dann ziehen Menschen daraus ihre Schlüsse.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ein Ministerpräsident das Wort "Asyltourismus" ausspricht, befeuert er damit primitivste Vorurteile. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ein Bundesinnenminister, der in Bayern zugleich CSU-Vorsitzender ist, die Migration als "Mutter aller Probleme" bezeichnet, dann legt er die Axt an die Grundlage unserer Gesellschaft.

(Unruhe bei der CSU)

Migration und Vielfalt sind ein Teil unserer bayerischen Identität. Oder wollen Sie das etwa bestreiten?

(Beifall bei der SPD)

Jetzt denken die einen oder anderen von Ihnen vielleicht: Die macht hier nur Wahlkampf. – Nein, das mache ich nicht.

(Unruhe und Lachen bei der CSU)

Wissen Sie, warum? – Da können Sie gerne lachen. – Meine Mutter kommt aus Irland. Ich bin Migrantin. Mich haben Sie aber wahrscheinlich nicht gemeint. Ja, so ist das.

(Zuruf von der CSU: Meine kommt aus Nordrhein-Westfalen!)

– Sie kommt aus Nordrhein-Westfalen? – Zu dem Umgang mit den anderen Bundesländern komme ich gleich noch. Das haben Sie hier gerade selbst hören können.

Der Punkt ist deshalb so ernsthaft, weil es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geht, um nicht weniger und nicht mehr. Es geht darum, was eine stabile Gesellschaft ausmacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht mir nicht nur um den Zusammenhalt in Bayern, es geht mir auch um den Zusammenhalt außerhalb Bayerns. Wenn ich mit Menschen aus anderen Bundesländern zusammenkomme, dann be-

gegen mir immer zwei Bilder: Da ist zum einen das starke, das wirtschaftlich erfolgreiche Bayern, das Bewunderung erfährt. Mir begegnet aber noch ein zweites Bild, und das ist das arrogante, das überhebliche Bayern, das allen auf die Nerven geht, das aber auch unglaublich viele Menschen verletzt. Dann sage ich: Das erste Bayern, das sind wir tatsächlich. Das arrogante, das überhebliche Bayern, das sind wir nicht, nein, das ist die Regierungspartei, niemand anderes.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn der Ministerpräsident eines Landes, und er ist derzeit der Ministerpräsident unseres Landes, Berlin als "Resterampe der Republik" bezeichnet,

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

wenn er Bayern das Penthouse der Republik nennt, dann ist das verächtlich.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist zynisch!)

Dann ist das unanständig und respektlos.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Politiker, die grundsätzlich allen anderen Bundesländern erklären müssen, dass Bayern besser sei. Heute haben Sie das in aller Ausführlichkeit getan. Das ist die CSU, die einerseits in Berlin Regierungssämter besetzen will, die andererseits aber jede Gelegenheit nutzt, um die Regierung an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen. Wer sich aber so verhält, der baut keine Brücken, sondern der reißt sie ein. Das ist das, was Sie tun.

(Beifall bei der SPD – Jürgen W. Heike (CSU): Elf Milliarden Euro pro Jahr, das sind die Brücken!)

Damit wollen Sie neuerdings nichts mehr zu tun haben. Das haben Sie auch heute wieder gesagt. Bei unserem Duell bei den "Nürnberger Nachrichten" haben Sie, Herr Söder, letzte Woche sinngemäß gesagt: Jetzt sollen die da oben in Berlin endlich mal ordentlich regieren. – Als ob Sie mit der CSU-Landesgruppe nur eine sehr entfernte Bekanntschaft verbindet.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Die kennt er gar nicht!)

Als ob Horst Seehofer nicht immer noch Ihr Parteivorsitzender wäre.

(Unruhe bei der CSU)

Sie haben das alles mit angefacht. Sie alle haben das mit zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Mag sein – –

(Ingrid Heckner (CSU): Sie sind stellvertretende Bundesvorsitzende!)

– Ihr Kollege ist Bundesinnenminister.

(Ingrid Heckner (CSU): Das haben wir nicht zu verantworten!)

– Das ist aber müde. Okay. – Mag sein, wenn Sie jetzt gleich auf die SPD zeigen, dass Ihnen das Verhalten von Horst Seehofer nicht mehr in die neue Strategie passt. Aber mal ganz ehrlich, da kommen Sie nicht mehr heraus. Das wäre politische Fahrerflucht und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, Herr Ministerpräsident, uns unterscheidet vieles. Drei Dinge aber unterscheiden uns ganz besonders. In den wesentlichen Punkten setzen Sie noch immer darauf, dass der freie Markt die Dinge in Bayern regeln wird.

Ich sage: Erstens. Das Bayern für alle, das schaffen wir nur, wenn der Freistaat eingreift, wenn er sich um die Bedürfnisse der Menschen, und zwar aller Menschen, kümmert. Das leistet der Markt eben nicht.

Zweitens. Sie machen Politik ohne Werte und ohne Überzeugungen.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen auf politische Taktik, und Sie setzen immer auf das, was kurzfristig politischen Gewinn verspricht. Das tun Sie ohne Rücksicht darauf, welche Auswirkungen das auf die Demokratie in Bayern hat. Ich mache Politik tatsächlich deshalb, weil ich sehr grundsätzliche Überzeugungen habe. Die stehen nicht zur Disposition; denn Politik braucht klare Haltung und Anstand.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie stehen für ein Bayern, das gegenüber dem Rest der Republik großmäulig, arrogant und besserwisserisch auftritt.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

– Oh doch! – Ich sage Ihnen etwas: Ich will ein Bayern,

(Thomas Kreuzer (CSU): Das so schwach ist wie die anderen!)

das aus seiner Stärke heraus solidarisch ist und an Lösungen mitarbeitet, statt immer wieder Konflikte anzuzünden. Vor diesen Alternativen steht Bayern: reines Vertrauen auf den Markt oder starker Staat für alle,

(Beifall bei der SPD)

politische Taktiererei oder Politik mit Haltung. Ich sage Ihnen eines, krachlederne Arroganz oder Solidarität in Deutschland, das ist die Wahl, die Bayern hat, die Wahl, die Bayern treffen muss.

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie mir – denn Sie schütteln den Kopf –, gehen Sie in sich, wenn Sie die Worte Respekt, Anstand und Haltung in den Mund nehmen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun Herr Kollege Kreuzer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Der Abgeordnete Thomas Kreuzer (CSU) begibt sich auf Krücken zum Rednerpult, wo ein Stuhl für ihn bereitsteht)

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident!)

– Die Sitzungsleitung hat gewechselt, also: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal bitte ich um Verständnis, dass ich heute so zu Ihnen spreche, es ist das erste Mal seit 1994. Es geht aber nicht anders. Heute geht es um Bayern, meine Damen und Herren, und zwar um Bayern nicht nur bis zur Landtagswahl, sondern um Bayern die nächsten fünf Jahre. Solche Entscheidungen sind nicht umkehrbar, und da scheue ich keine Mühen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dieser Regierungserklärung haben Sie, Herr Ministerpräsident, gezeigt, dass Sie der Richtige in diesem Amt sind. Sie sind der einzig Richtige, zupackend, tatkräftig, klar orientiert an den Bedürfnissen und Anliegen der Menschen dieses Landes. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Seit Ihrem Amtsantritt hat die neue Staatsregierung unter Markus Söder mit hoher Schlagzahl wichtige Weichenstellungen für Bayern vorgenommen. Diese Staatsregierung hat die Lebenssituation und die Zukunftsperspektiven der Menschen in Bayern mit wuchtigen Aufschlägen ganz konkret verbessert. Söder macht es, und die Opposition schaut hilflos und ideenlos zu. So lässt sich das zusammenfassen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Frau Kohnen, Sie hätten eben die Gelegenheit gehabt, auf die zukunftsweisende Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und auf seine tatkräftige Arbeit für Bayern adäquat einzugehen. Das haben Sie gründlich versemelt, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Stattdessen kam dieselbe alte Leier, in der Sie wieder einmal in Miesepetermanier ein Bild von Bayern, von der Politik in Bayern zeichnen, das fernab jeglicher Realität ist.

(Beifall bei der CSU)

Was mich immer wieder erschüttert, ist dieser erhobene moralische Zeigefinger, diese Selbstgefälligkeit, die Sie in moralischen Fragen an den Tag legen; sie ist vollkommen ohne Hintergrund. Wer beispielsweise hier das Wort "Asyltourismus" mit Ertrinkenden im Mittelmeer in Verbindung bringt, der täuscht die Bevölkerung wider besseres Wissen. Dies ist schäbig, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Pfui!)

Sie wissen ganz genau, dass es bei diesem Begriff um die Binnenmigration gegangen ist. Wenn jemand nach Europa kommt, kann er sich dann aussuchen, wo er sich niederlässt und wo er einen Asylantrag stellt? – Es ging nicht um die Überquerung des Mittelmeeres. Deshalb ist diese Behauptung falsch, und es ist unmoralisch, so zu argumentieren, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU)

In Wirklichkeit sind Sie Mitglied einer Partei ohne klare Linie, innerlich tief zerrissen, zwei Flügel, die miteinander nichts zu tun haben, somit eine vollkommene Handlungsunfähigkeit.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Ihre Ausführungen zeigen, dass Sie aus den Vorgängen in den Jahren 2015/2016, nämlich der Asylkrise, nichts, aber auch gar nichts gelernt haben, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben diese Situation hier, weil so spät gehandelt worden ist. Ihre Partei war eine der Hauptverantwortlichen. Die Menschen hatten den Eindruck, dass man eine Situation nicht in den Griff bekommt, und haben deshalb Angst bekommen. Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass die Dinge verändert worden sind, aber hauptsächlich gegen Ihren Widerstand. Sie haben gar nichts aus den Dingen gelernt, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): So ein Unsinn!)

Frau Schulze wird das im Anschluss sicherlich gleich noch toppen. Glaubt man den GRÜNEN, muss man den Eindruck bekommen, Bayerns Böden seien komplett verseucht, das Land verbaut, das ganze Land zubetoniert, als gebe es kein Fleckchen grüne Wiese mehr, als sei die Luft überall durch Dieselfahrzeuge verpestet, als sei das Leben in Bayern ein einziges Jammertal. Das ist die Darstellung durch die GRÜNEN.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ihre Worte!)

Das Dumme daran ist nur: Die Fakten sprechen eine ganz andere Sprache.

(Beifall bei der CSU)

Die FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Aiwanger,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja!)

reden Bayern wenigstens nicht ganz so schlecht, sondern nur die CSU. Sie sagen aber im gleichen Atemzug: Mit denen wollen wir ab 14. Oktober am liebsten eine Koalition eingehen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Eine schlüssige, konsequente Politik, eine schlüssige, konsequente Aussage, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Sie erklären auf Ihren Wahlplakaten, dass Sie für Bayern anpacken wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Machen wir!)

Ich frage mich, warum man bisher im Landtag, zehn Jahre lang, so wenig davon gemerkt hat, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich sage nur: Straßenausbaubeiträge!)

Anstatt Bayern ständig schlechtzureden, sollte die Opposition endlich anerkennen, dass – ich zitiere – es "in Bayern wie geschmiert läuft", wie kürzlich die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" festgestellt hat. Noch deutlicher sagt es die "Neue Zürcher Zeitung", die schreibt: "... ohne die Politik der CSU wäre der Freistaat nicht das erfolgreichste Bundesland."

(Beifall bei der CSU)

Jahrzehntelang hat sich die Opposition in Bayern zurückgelehnt; sie hat nie Verantwortung getragen, dafür aber immer wortreich erklärt, was man in Bayern alles besser machen müsste und könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Gegenruf der Abgeordneten Mechthilde Wittmann (CSU))

Heute läuft dies anders. "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!", so fordert uns der erste Johannesbrief auf. Schauen wir doch einmal auf die Taten, dort, wo SPD und GRÜNE Verantwortung getragen haben und tragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Mechthilde Wittmann (CSU): Jawohl, genau!)

Wir müssen gar nicht weit gehen; bleiben wir gleich hier in München: seit Jahrzehnten in der Hand eines SPD-Oberbürgermeisters und mehr als 20 Jahre von den GRÜNEN mitregiert. Ich nenne nur die rot-grüne Verkehrspolitik. Wenn Sie in einer Stadt an zehn Ampeln anfahren und die jeweils nächsten nacheinander alle rot werden und zum permanenten Stop-and-go zwingen, dann wissen Sie, meine Damen und Herren: Ich bin in München.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Jawohl! – Markus Rinderspacher (SPD): Wer ist zuständig? – Der CSU-Referent!)

Bei der Auffahrt zum Mittleren Ring an der Ifflandstraße – nur ein Beispiel – staute es sich jahrzehntelang tagein, tagaus. Jeder von uns ist dort schon Stunden in diesem Stau gestanden. Dann wird nach Jahren die Ampelspur in eine einfache Abbiegespur umgebaut, und das Problem ist sofort beseitigt, meine Damen und Herren. Wenn es aber nach Rot-Grün gegangen wäre, gäbe es weder die drei zusätzlichen Tunnels im Ring noch die jetzt schon völlig überlastete Westumfahrung, und da kann sich jeder ausmalen, wie es dann mit dem Verkehr in München wäre.

(Beifall bei der CSU)

Allein anhand dieser Beispiele drängt sich der Verdacht auf, dass das alles Strategie ist: Verkehrschaos mit Ansage, Autofahrer gängeln, Staus produzieren, statt Staus zu beseitigen, am Ende führt mehr Stau zu mehr Feinstaub, mehr CO₂-Ausstoß und mehr Stickstoffdioxid-Belastung, vor allem auch dann, wenn man nur Dieselbusse in der Stadt betreibt, wie es München macht. Die dafür Verantwortlichen rufen dann am lautesten nach pauschalen Fahrverboten und wollen den Dieselmotor verbieten. Das ist die Verkehrspolitik von Rot-Grün. "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!"

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, der Kollege von Brunn würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Thomas Kreuzer (CSU): Sie können sich am Schluss noch einmal melden, dann kann ich noch mehr Redezeit haben, Herr von Brunn.

Zweites Beispiel: Wohnungsbau. Wer ist eigentlich zuständig für die Bauleitplanung und die Bauausweisung?

(Hans Herold (CSU): Die Stadt München!)

Das sind die Kommunen, das ist die Landeshauptstadt München. Warum dauern dann die Bauleitplanung und eine Baugenehmigung in München so viel länger als in allen anderen Gemeinden Bayerns?

(Beifall bei der CSU)

Da warten Sie locker zwei Jahre auf die Genehmigung der Stadt, bis mit dem Bauen begonnen werden kann. Fakt ist: In den 20 Jahren Rot-Grün hat die Stadt München ihre selbst gesteckten Ziele im Wohnungsbau jedes Jahr verfehlt, nicht einmal erreicht. Dies hat zur Eskalation der Situation geführt. Das sind die Tatsachen! Die Stadt ist hauptverantwortlich.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Was ist mit Augsburg, was ist mit Würzburg?)

Davon möchte die SPD natürlich gerne ablenken. Sie arbeitet sich stattdessen an den GBW-Wohnungen ab – meine Damen und Herren, ein Vorgang aus der letzten Legislaturperiode, der bereits im letzten Landtagswahlkampf unter Ude ein Hauptthema gewesen ist. Dies zeigt: Die Opposition hat kein neues Thema, um die Staatsregierung kritisieren zu können, erstens, und Sie haben zweitens kein zukunftsweisendes

Thema. Das ist armselig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich sage aber noch einmal, weil Sie es angesprochen haben, Frau Kohnen: Die Wohnungen mussten im Ergebnis aufgrund von EU-Auflagen verkauft werden. Das grün-rote Baden-Württemberg hat aus genau denselben Gründen den gleichen Weg beschritten, weil es unumgänglich gewesen ist. Dort wurden im Rahmen des EU-Beihilfverfahrens 21.500 Wohnungen der dortigen Landesbank ebenfalls an die PATRIZIA verkauft. Die Genossen und die GRÜNEN machen dort, wo sie regieren, genau das Gleiche, weil es keine andere Möglichkeit gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD verschweigt zudem gerne, dass ihre Bundesfinanzminister Eichel und Steinbrück zwischen 2001 und 2007 knapp 280.000 staatliche Wohnungen an US-Finanzinvestoren verkauft haben, und dies ohne Auflagen, nur zur Haushaltskonsolidierung. In München haben Sie schon damals die Siedlung München Ludwigsfeld an die PATRIZIA verkauft. Und deshalb ist dies alles scheinheilig, was Sie hier vortragen.

(Beifall bei der CSU – Mechthilde Wittmann (CSU): Das ist die Wahrheit!)

"An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!"

Nächstes Thema: Wirtschaftspolitik. Ich komme aus dem Allgäu. Mein Stimmkreis grenzt an Baden-Württemberg. Deshalb war es für mich immer eine spannende Frage, wo die Wirtschaftskraft größer ist, in Bayern oder in Baden-Württemberg. Das war am Anfang meiner politischen Tätigkeit ganz klar: Sie war immer in Baden-Württemberg größer, und zwar mit Abstand. Aber, meine Damen und Herren, dank der GRÜNEN-geführten Landesregierung in Baden-Württemberg gibt es heute darüber keine Diskussion mehr: Bayern hängt Baden-Württemberg ab. – Das ist ein Zitat aus dem "Münchner Merkur" von gestern. Bayern liegt meilenweit vorne, etwa beim Wirtschaftswachstum mit 2,8 % gegenüber 1,6 % in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg liegt sogar deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 2 %. Berlin, Bremen und Hamburg sowie Brandenburg und Hessen haben das grün regierte Baden-Württemberg überholt, meine Damen und Herren. Das ist das Ergebnis grüner Politik.

(Beifall bei der CSU)

Da sagen manche, die GRÜNEN bringen Ökologie und Ökonomie zusammen. Ich frage mich: Schaut dann das Ergebnis so aus wie in Baden-Württemberg?

(Mechthilde Wittmann (CSU): Na, vielen Dank!)

Auch bei der Arbeitslosenquote steht Bayern heute deutlich besser da als Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, zweites Beispiel: Bildungspolitik. Auch da lieferten sich Bayern und Baden-Württemberg früher ein Wettrennen um die Spitzenplätze. 2009 war Baden-Württemberg neben Bayern noch Spitzenreiter. Dann haben sich die Leistungen der Schüler allerdings deutlich verschlechtert, und ich glaube, nicht deswegen, weil die Schüler in Baden-Württemberg so rapide schwächer geworden wären, meine Damen und Herren.

(Hans Herold (CSU): Die Politik!)

Nach vier Jahren Grün-Rot befand sich das Bildungssystem schon im Abstieg. Im IQB-Bildungstrend 2016 ist das Land bei den Leistungen der Grundschüler in Deutsch von Platz fünf auf Platz dreizehn, einen Abstiegsplatz, abgerutscht. Herzlichen Glückwunsch zu dieser grün-roten "Erfolgsserie", meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das ist auch kein Wunder; denn in Baden-Württemberg wurden Tausende Lehrerstellen abgebaut. Die grün-rote Landesregierung hat gleich nach ihrem Amtsantritt einen Abbauplan für 11.600 Lehrerstellen im Zeitraum von 2013 bis 2020 beschlossen.

(Hans Herold (CSU): Unglaublich!)

Bis der neue Koalitionspartner CDU im Jahr 2016 diesem desaströsen Treiben ein Ende gesetzt hat, wurden tatsächlich bereits mehrere Tausend Lehrerstellen in Baden-Württemberg gestrichen. Das Ergebnis kennen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Wir in Bayern haben gleichzeitig 15.000 neue Lehrerstellen geschaffen und zur Verfügung gestellt. Ihre Antwort in Baden-Württemberg: Absenkung der Eingangsbesoldung, Kürzung des Entlastungskontingents, Verschiebung der Altersermäßigung, massiver Abbau der Studienplätze für das Lehramt. Das waren die bildungspolitischen Glanztaten von Grün-Rot in Baden-Württemberg für Lehrerinnen und Lehrer,

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

von den schulpolitischen Experimenten auf dem Rücken der Schüler wie Gemeinschaftsschule und Beginn der Abschaffung des Gymnasiums ganz zu schweigen. Sie sind krachend gescheitert mit Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Drittes Beispiel: Finanzen. Auch und gerade beim Haushalt übernehmen wir Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder. Deswegen können wir nicht allem zustimmen, was Sie hier beantragen, Herr Aiwanger. Freibier für alle und keine Gebühren für niemanden mehr ist halt nicht solide finanzierbar. Aber, meine Damen und Herren: Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass man solide wirtschaftet. Schon seit 2006 machen wir keinen Cent neue Schulden im allgemeinen Haushalt. Wir haben gesagt, wir versuchen alles, und wir werden das schaffen: Bayern soll bis 2030 schuldenfrei sein. So schaut starke Politik für eine starke Zukunft aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern beträgt 2.194 Euro. Merken Sie sich diese Zahl. "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" Dann schauen wir mal, was SPD und GRÜNE abliefern. Ende März 2018 betrug der Schuldenstand von Nordrhein-Westfalen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Zurufe von der CSU)

angehäuft von Grün-Rot, fast – – Mir wäre das auch peinlich, Herr Wengert, wenn ich solche unfähigen Kolleginnen und Kollegen in der gleichen Partei hätte.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da würde ich mich auch wehren.

(Beifall bei der CSU)

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Nordrhein-Westfalen beträgt 12.600 Euro, nicht 2.194 Euro. Ein Desaster der Finanzpolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Ich könnte noch Vergleiche mit anderen Ländern anstellen, aber ich mache es nur noch mit Bremen, meine Damen und Herren. Nicht 2.194 Euro, sondern 31.257 Euro Pro-Kopf-Verschuldung, unter Rot-Grün angehäuft! Der durchschnittliche Bremer, meine Damen und Herren, ist höher verschuldet als der durchschnittliche Grieche. Die Griechen dürfen froh sein, dass sie nicht noch Rot-Grün regiert worden sind, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Kommen wir zur Sozialpolitik: Das alles hat direkte Auswirkungen auf die Menschen. Der Anteil der Hartz-IV-Empfänger ist in Berlin mehr als viereinhalbmal so hoch und im Flächenland Nordrhein-Westfalen mehr als zweieinhalbmal so hoch wie in Bayern. In Bayern leben nicht einmal halb so viele Kinder in Hartz-IV-Familien wie im Bundesdurchschnitt. In Nordrhein-Westfalen wächst sogar jedes fünfte Kind in Hartz-IV-Verhältnissen auf,

(Hans Herold (CSU): Wahnsinn!)

in Bayern gerade jedes dreizehnte. Keine Frage: Jedes Kind, das in Hartz-IV-Verhältnissen leben muss, ist eines zu viel, meine Damen und Herren. Aber wahr ist auch: Jahrelange rot-grüne Politik macht die Menschen und vor allem die Kinder ärmer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern macht es wirtschaftlich besser. Bayern ist sozialer. Bayern ist das Familienland Nummer eins. Wir haben das Bayerische Familiengeld eingeführt, damit Beruf und Familie noch besser vereinbar werden. Das Familiengeld bekommt jede Familie, auch wenn es dem Bundesarbeitsminister von der SPD nicht passt. Liebe Frau Kohnen, wenn Sie irgendeinen Einfluss in Berlin hätten,

(Zurufe von der CSU: Hat sie nicht!)

dann hätten Sie Ihren Parteifreund Heil schon längst dazu bringen können, seine völlig unsinnige, unsoziale Blockadehaltung bei der Anrechnung des Familiengelds aufzugeben. Setzen Sie sich nicht für Heil, sondern für die bayerischen Familien ein, Frau Kohnen!

(Beifall bei der CSU)

In Bayern gibt es ein Landespflegegeld. Mehr als 230.000 Anträge wurden schon gestellt. In rot-grünen Ländern können die Menschen von so etwas nur träumen, meine Damen und Herren, weil dort nichts in diese Richtung unternommen wird. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Da erhalten pflegebedürftige Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, jetzt 1.000 Euro Pflegegeld, damit sie vielleicht ihren Kindern und Enkeln, die sich um sie kümmern, ein Dankeschön zukommen lassen können, und Sie von der Opposition verunglimpfen das als Wahlgeschenk. Andere wiederum sagen, 1.000 Euro sind zu wenig. Wissen Sie eigentlich, um was für Menschen es da geht? – Um Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und eine normale Rente haben, die aber im Pflegeheim nicht ausreicht und einkassiert wird, um Menschen, die nur noch ein kleines Taschengeld haben. Für diese Leute sind 1.000 Euro,

über die sie verfügen können, viel Geld. Deswegen ist es richtig, dies einzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Halbleib, Familiengeld, Baukindergeld Plus und Pflegegeld gibt es nur in Bayern. Überall, wo Sie regieren, gibt es dies nicht. Wenn Sie die Eigenheimzulage geißeln und behaupten, dass die Eigenheimzulage, meine Damen und Herren, am falschen Stichtag eingeführt worden ist, dann sage ich Ihnen nur: Wenn es nach Ihnen ginge, wäre sie überhaupt nie eingeführt worden.

(Tobias Reiß (CSU): So ist es!)

Deswegen ist diese Argumentation an Komik eigentlich kaum mehr zu überbieten: Etwas, was man selber eigentlich gar nicht will, hätte früher eingeführt werden müssen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der CSU)

Dann schauen wir noch auf die Landwirtschaft und den Naturschutz: Da müsste die Ökopartei der GRÜNEN doch überall, wo sie regiert oder lange regiert hat, glänzende Taten vorweisen können. Tatsache ist aber: Bäuerliche Landwirtschaft ist bei uns zu Hause, in Bayern.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Kleinere Einheiten, familiengeführte Betriebe – das ist besser für die Umwelt. Bayern ist Ökoland Nummer eins in Deutschland, nicht Schleswig-Holstein von Herrn Habeck oder Baden-Württemberg von Herrn Kretschmann. Bei uns arbeiten über 10 % der Höfe ökologisch, in Niedersachsen, wo Sie die Verantwortung tragen, 3,6 %, in Schleswig-Holstein 5,6 % und in Nordrhein-Westfalen 5,7 %, meine Damen und Herren. Sie haben dort keine Erfolge. Sie sind überall schlechter als in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die großen Massentierhaltungsbestände, die dauernd angeprangert werden, gibt es auch nicht in Bayern, sondern in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bayern wird extensiv bewirtschaftet. Dafür tun wir auch jede Menge mit Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogrammen sowie mit Agrarumweltmaßnahmen. Das ist viel mehr als in Ländern, in denen

Sie die Verantwortung tragen und Umweltminister von den GRÜNEN gestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Das führt dazu, dass in Bayern in weiten Teilen der Fläche auf Mineraldünger verzichtet wird. Wir verzichten auch weitgehend auf Pflanzenschutzmittel. Bei uns gibt es mehr Blühwiesen und mehr Streuobstwiesen. Dafür geben wir 80 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche aus. Dort, wo Herr Habeck das Sagen hat, sind es 12 Euro. Das sind die Unterschiede zwischen Ankündigung und Handeln, wenn man selber in der Verantwortung steht.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie reden viel, tun aber nichts.

(Beifall bei der CSU)

Das hat auch Auswirkungen. In Schleswig-Holstein gibt es einen GRÜNEN-Umweltminister. Bis vor Kurzem waren die GRÜNEN in Niedersachsen an der Regierung beteiligt. Dort gibt es fünfmal mehr Trinkwasserbrunnen, die den Nitratgrenzwert überschreiten, als in Bayern. Meine Damen und Herren, Sie haben ein Nitratproblem. In Bayern wird nur halb so viel Glyphosat ausgebracht wie im Bundesdurchschnitt. Die GRÜNEN sollten sich in diesen Ländern nicht Umweltpartei, sondern Nitrat- und Glyphosatpartei nennen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich wollen wir diesen Wert in Bayern wie in ganz Deutschland noch verbessern. Nur kritisieren und selber nichts auf die Bahn bringen – das lassen wir Ihnen nicht mehr durchgehen.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, ich komme zum Punkt innere Sicherheit. Genauso wie die GRÜNEN jahrelang die erfolgreiche bayerische Schleierfahndung bekämpft haben, kämpfen sie heute gegen die Grenzpolizei, gegen Grenzkontrollen und gegen mehr Befugnisse für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Mit anderen Worten: Sie kämpfen gegen mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Dagegen kämpfen Sie.

(Beifall bei der CSU)

Wir halten unseren Polizeibeamten den Rücken frei, andere fallen ihnen in den Rücken. Das zeigt sich aktuell im Hambacher Forst. Erst wird der Tagebau von der rot-grünen Landesregierung genehmigt, dann solidarisieren sich die GRÜNEN – an der Spitze der

Bayer Hofreiter – mit Waldbesetzern und Chaoten. Sie stellen sich vor Ort gegen die Polizeibeamten, die die rot-grünen Beschlüsse umsetzen müssen – unerhört!

(Beifall bei der CSU)

Tatsache ist: Verlässlicher Spitzenreiter bei der inneren Sicherheit ist der Freistaat Bayern mit 4.333 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Damit ist die Kriminalitätsrate in Bayern etwa halb so hoch wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, wo Sie bis vor Kurzem die Verantwortung getragen haben. Bayern ist nicht nur das sicherste Bundesland, München ist mit 6.600 Straftaten auf 100.000 Einwohner die sicherste Großstadt. In Köln und Düsseldorf, wo Sie die Verantwortung tragen, ist die Quote doppelt so hoch. Dort sind es 12.720 Straftaten auf 100.000 Einwohner. In Köln lebt es sich doppelt so gefährlich wie in München. Das ist rot-grüne Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wir tun auch etwas dafür. Wir stärken unsere Polizei. Mit mehr als 42.000 Stellen haben wir schon jetzt den höchsten Personalstand aller Zeiten. Meine Damen und Herren, es stimmt, wenn Sie sagen, dass Überstunden angefallen sind. Dies geschieht nicht zuletzt deswegen, weil wir anderen Polizeien immer mehr aushelfen müssen, da sie selbst einen zu niedrigen Personalstand aufweisen. Ich möchte einmal wissen, wie viele Überstunden insgesamt beim G-20-Gipfel in Hamburg angefallen sind. Das Ganze muss man jedoch in Relation setzen: Es sind pro Kopf unter 70 Stunden; das sind insgesamt 1.000 Stellen. Wir werden aber 3.500 neue Stellen schaffen. Tatsächlich muss bei dieser Überstundendiskussion die Relation gewahrt bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist das in anderen Ländern? – Das Land Nordrhein-Westfalen hat genauso viele Polizeibeamte wie Bayern, jedoch ein Drittel mehr Bevölkerung. Das bedeutet, im Verhältnis zur Bevölkerung gibt es dort ein Drittel weniger Polizeibeamte als in Bayern. Darauf basieren die schlechten Kriminalitätszahlen. Sie tun nichts, im Zweifelsfall behindern Sie die Polizeibeamten noch bei der Dienstausbildung.

(Beifall bei der CSU)

Dabei geht es nicht nur um abstrakte Straftaten. Schauen wir uns doch einmal die Clanstrukturen an, die sich ausgebreitet haben, beispielsweise im Essener Norden. Schauen wir uns doch die Clanstrukturen in Berlin an. Dort zeigt sich das gleiche Bild: kriminelle Clans, die Hartz IV beziehen, aber mit dem Mercedes

über den Ku'damm brausen. Das haben Sie mit Ihrer Sicherheitspolitik zugelassen. Einbrüche, Prostitution und Drogenhandel! Jetzt kommt der Innensenator von Berlin und sagt: Jetzt beginnen wir einmal, die Steuererklärungen von denen zu prüfen.

(Lachen bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das sind Zustände wie bei Al Capone in Chicago und teilweise noch schlimmer.

(Beifall bei der CSU)

Das kommt natürlich nicht von ungefähr. Ghettobil- dung und gescheiterte Integration entwickeln sich aus einer falsch verstandenen Multikulti-Beseelung. Laxe Drogenpolitik, das Nichteingreifen am Anfang – das ist der Nährboden für solche Entwicklungen. Ich sage Ihnen: In Bayern machen wir etwas anders. Bayern ist besser. In Bayern besteht null Toleranz für jede Form von Kriminalität, und zwar von Anfang an.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört auch der entschlossene Kampf gegen jede Form von Extremismus. Der Herr Ministerpräsi- dent hat das Notwendige zur AfD gesagt. Das will ich nicht wiederholen. Ich schließe mich dem an.

Wir wollen den wachsenden Rechtsextremismus mas- siv zurückdrängen, genauso wollen wir aber auch den Linksextremismus bekämpfen. Leider muss ich fest- stellen, dass sich zum Linksextremismus im Unter- schied zum Rechtsextremismus im Wahlprogramm der GRÜNEN kein einziges Wort findet. Sie sind auf dem linken Auge vollkommen blind.

(Beifall bei der CSU)

Die schlimmsten Krawalle und die meisten Verletzten gibt es bei linksextremen Auseinandersetzungen. Ich erinnere mich an die EZB-Eröffnung in Frankfurt und die gewalttätigen Ausschreitungen beim G-20-Gipfel in Hamburg, wo jeweils auch bayerische Polizisten verletzt worden sind. Das alles ist für Sie überhaupt kein Thema. Sie haben es nicht im Programm, und Sie reden nie darüber, Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist einfach falsch!)

"An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" Sie von den GRÜNEN veranstalten Polizeikongresse im Landtag und verbünden sich mit Linksradi- kalen und Verfas- sungsfeinden wie der DKP, dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und anderen. Sie unterschrei- ben Erklärungen und bilden Bündnisse mit Verfas- sungsfeinden. Sie laufen nicht nur neben denen her,

sondern bilden Bündnisse mit denen. Das bedeutet, Sie grenzen sich vom Linksradi- kalismus nicht ab. Meine Damen und Herren, das verurteile ich.

(Beifall bei der CSU)

Das ist der Unterschied zwischen dem Anspruch und der heuchlerischen Wirklichkeit grüner Politik. Das gilt ganz besonders auch für Sie, Frau Schulze. Kürzlich haben Sie in Dachau erklärt, Sie wollen bayerische In- nenministerin werden.

(Mechthilde Wittmann (CSU): Gott schütze das Land!)

Das haben wir vernommen. Das kann jeder fordern. Um ein solches Amt bekleiden zu können, müssen je- doch bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Sie be- teiligen sich nicht nur an Demonstrationen – das ist Ihr gutes Recht –, sondern gehen Bündnisse mit Ver- fassungsfeinden ein, die für die Ausschreitungen beim G-20-Gipfel in Hamburg mitverantwortlich sind. Das nehmen Sie in Kauf, und Sie grenzen sich nicht ab.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie, Frau Schulze, bei Demos schreiend mitlau- fen und anderen Menschen den erhobenen Zeigefin- ger,

(Mechthilde Wittmann (CSU): Den Mittelfinger!)

den erhobenen Mittelfinger zeigen – davon gibt es zu- mindest Bilder –, dann sage ich Ihnen: Egal, wer Ihnen gegenübersteht, das ist eine Beleidigung. Nor- malerweise müsste der Polizeibeamte, der daneben- steht, Ihre Personalien aufnehmen und prüfen, ob Sie einen Straftatbestand verwirklicht haben. So etwas trägt nicht zur Deeskalation und zur freien Meinungs- äußerung bei, vielmehr eskalieren Sie bewusst solche Situationen.

(Beifall bei der CSU)

Wer so auftritt, wird doch nicht ernsthaft glauben, dass er als Innenminister Vorgesetzter von Polizeibe- amten sein kann. Sie wären in dieser Funktion auf- grund Ihres Verhaltens völlig untragbar, Frau Schulze. So sieht es aus.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik erinnere ich daran, dass wir in den Jahren 2015 und 2016 schwierigste Situationen gemeinsam gemeistert haben. Die Summe ist bereits genannt worden, aber es geht auch um die viele menschliche Zuwendung der Ehrenamtlichen. Dies war eine großartige Lei- stung in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere mich bei dieser Gelegenheit aber auch an die chaotischen Bilder aus Berlin im Winter 2016. Dort haben die Menschen, die von Bayern aus nach und nach verteilt wurden, die also nicht alle auf einmal gekommen sind, tagelang in der Kälte gestanden, um sich beim zuständigen Amt überhaupt registrieren zu lassen. So etwas hat es bei uns nie gegeben. Das ist mangelnde Humanität von Rot-Grün in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

In Berlin sitzen heute noch die Flüchtlinge, die 2015 und 2016 zu uns kamen, teilweise in Notunterkünften. Das sagt der dort zuständige Senator. In Berlin hoffen sie, die Notunterkünfte bis 2019 auflösen zu können. Notunterkünfte werden nach Jahren aufgelöst, und da bezeichnen Sie sich als human. Das ist nicht human, das ist unfähige Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern mit der Flüchtlingspolitik neben der Humanität auch Erfolg in der Integration. Niemand hat so viele Menschen in Ausbildung und Arbeit gebracht wie wir in Bayern. Natürlich haben wir auch für ein Umsteuern in der Flüchtlingspolitik gesorgt. Wir haben Anker-Zentren mit der konsequenten Umstellung von Geld- auf Sachleistungen eingeführt. Wir werden mit der Bayerischen Grenzpolizei dafür sorgen, dass die Schlepper Bayern meiden, meine Damen und Herren. Wir wollen nicht, dass Menschen durch Kriminelle massenweise nach Bayern eingeschleust werden. Dies wird die Bayerische Grenzpolizei zusammen mit der Bundespolizei verhindern. Das ist der richtige Weg. Wir müssen den Menschen klar machen, dass dieser Staat in der Lage ist, Zustände an den Grenzen wie in den Jahren 2015 und 2016 zukünftig sicher zu verhindern. Das erwarten die Leute zu Recht von uns.

(Beifall bei der CSU)

Was machen die GRÜNEN? – Sie blockieren seit Monaten die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer und sorgen dafür, dass zahllose unberechtigte Asylbewerber weiterhin im Land bleiben können, darunter auch viele Kriminelle.

(Thomas Gehring (GRÜNE): 2015 kamen die Menschen aus Syrien!)

Sie lehnen die Abschiebehaft rundweg ab. Sie fordern einen Abschiebestopp im Winter. Erklären Sie mir, warum ich im Winter niemanden mehr nach Afrika, wo es auch im Winter sehr warm, vielleicht zu warm ist,

abschieben kann. Auch Kriminelle und Gefährder sollen wir nicht mehr abschieben dürfen. Sie sind für einen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan auch für Gefährder und Terroristen. Das zeigt, dass Sie generell sogar bei Gefährdern und Straftätern gegen Abschiebung und Aufenthaltsbeendigung sind. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer gegen Abschiebung und Aufenthaltsbeendigung ist, der provoziert, dass viele Menschen zusätzlich zu uns kommen werden. Wenn sich nämlich herumspricht, dass man auf keinen Fall zurückgeführt und abgeschoben wird, egal, ob man anerkannt oder abgelehnt worden ist, weil es die braven GRÜNEN gibt, dann wird eine Unzahl von Menschen zu uns kommen, die nicht schutzbedürftig sind. Dies kann dieses Land nicht verkraften. Deswegen liegen Sie hier völlig falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das alles zeigt, dass die Opposition im Bayerischen Landtag ein anderes Bayern will. Jeder kann sehen, wie dieses andere Bayern aussehen würde. Man kann es nämlich dort sehen, wo SPD und GRÜNE tatsächlich Verantwortung tragen. Wir hätten ein Land mit weniger wirtschaftlicher Leistungskraft, aber mit mehr Schulden. Wir hätten ein Land mit weniger Leistungen für Familien, aber mit mehr Armut. Wir hätten ein Land mit weniger Bildungschancen, aber mit mehr Kriminalität. Dies können wir in Bayern nicht wollen. Bayern ist zu schade für solche Experimente, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Der "Cicero" hat kürzlich geschrieben, dass es viele Gründe gibt, um mit allem Respekt auf Bayern zu schauen. Dies stimmt, ganz egal, wo man hinschaut, ob auf unsere Städte und Dörfer, ob auf unsere Schulen und Hochschulen, ob auf München, Nürnberg, auf das Allgäu oder auf den Bayerischen Wald. Bayern steht besser da als je zuvor in seiner Geschichte. Die heutige Regierungserklärung hat gezeigt: Markus Söder wird dafür sorgen, dass dies so bleiben wird.

Um was geht es in den nächsten fünf Jahren? Wollen wir die gleichen politischen Zustände, wie wir sie in Berlin mit sieben Parteien haben oder wie wir sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten in anderen Bundesländern gehabt haben? Wollen wir schwierigste Konstellationen, unsichere Mehrheitsverhältnisse und dauernd wechselnde Koalitionen? Überall, wo dies passiert ist, hat es den Erfolg, den wir in Bayern haben, nicht gegeben. Wollen wir, dass Bayern im negativen Sinn ein ganz normales Bundesland wird,

liebe Freunde? – Ich werfe diese Entwicklung nicht diesen Ländern vor, Frau Kohnen. Wir haben nichts gegen diese Länder und die Menschen dort. Wir werfen diese Entwicklung Ihrer Politik, der rot-grünen Politik zum Schaden der Menschen in diesen Ländern vor.

(Beifall bei der CSU)

Oder wollen wir in Bayern weiterhin Kontinuität, Berechenbarkeit und Handlungsfähigkeit? – Ja, das wollen wir. Wir wollen die Stärken Bayerns weiter ausbauen und auch in Zukunft den Menschen Chancen, Sicherheit und Heimat geben. Bayern soll Bayern bleiben. Dafür steht Ministerpräsident Markus Söder, dafür steht auch die CSU-Landtagsfraktion, und dafür werden wir werben.

(Lang anhaltender Beifall)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Kollege von Brunn, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich verstehe die Arbeitsteilung nicht. Ihr Ministerpräsident appelliert an unseren Anstand hier im Parlament, aber Sie hauen drauf und holzen herum. Gleichwohl müssen einige Tatsachen zurechtgerückt werden.

(Beifall bei der SPD – Petra Guttenberger (CSU): Die Wahrheit tut weh!)

Einige Dinge, die Sie erwähnt haben, muss man zurechtrücken, zum Beispiel das ewige Märchen von der "roten Welle" in München. Seit 2014 regiert die CSU in München mit, konnte aber diese fiktive "rote Welle" nicht abschaffen. Vielleicht kann Ihnen Ihr zukünftiger Kollege Schmid, der derzeit Zweite Bürgermeister, einmal erklären, was er in den letzten vier Jahren dagegen unternommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Warum fahren Sie nicht mit der Bahn, sondern mit einem Diesel hier in München herum? Liegt es vielleicht daran, dass die Bahnverbindungen in Bayern dank der CSU doch nicht so gut sind, wie Sie es immer behaupten?

(Beifall bei der SPD)

Zum Wohnen in München, Herr Kreuzer: München hat mit 870 Millionen Euro das größte kommunale Wohnungsbauprogramm in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt.

(Widerspruch bei der CSU)

13.700 Baugenehmigungen sind 2017 unter Oberbürgermeister Dieter Reiter ausgesprochen und 8.300 neue Wohnungen geschaffen worden. In München gibt es noch 62.000 Wohnungen in städtischem Besitz, während Sie 32.000 an Spekulanten verscherbelt haben. Das ist der Unterschied zwischen München und der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind sofort dabei, Herr Kreuzer, wenn Sie Hartz IV reformieren wollen. Wir haben Vorschläge gemacht: Kindergrundsicherung, weniger Sanktionen. Wer blockiert das in Berlin? – Es ist die CSU, die das blockiert.

Mein letzter Punkt ist der Kampf gegen Extremismus. Ganz persönlich: Ich habe die Staatsanwaltschaft München auf einen möglichen Volksverhetzungstatbestand bei einem AfD-Kandidaten hingewiesen. Dieser Hinweis mit einem Link zu dem YouTube-Video ist 14 Tage lang liegengelassen worden, bis dieses Video aus dem Internet gelöscht worden ist. Das ist Ihr Kampf gegen Extremismus. So sieht es in Bayern aus.

(Zuruf der Abgeordneten Mechthilde Wittmann (CSU) – Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Kreuzer, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Ich weiß natürlich, dass meine Freunde in München diese Stadt inzwischen mitregieren. Aber ich weiß eben auch, dass man die Dinge nicht von heute auf morgen ändern kann

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

und dass man die Dinge nur dann ändern kann, wenn Rot mitmacht. Und Rot macht das Gleiche, was es unter Grün gemacht hat. Deswegen sind die Verhältnisse in München schwierig für die CSU, um das deutlich zu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Über die "rote Welle" diskutiere ich nicht mit Ihnen. Jeder, der morgens und mittags fährt, weiß: In München ist immer rot, aber politisch nicht mehr lange. Nur noch auf der Straße ist es dann rot.

Bei den Wohnungen brauchen wir nicht heranzudiskutieren. Sie sagen, Sie haben etwas gemacht. Es wäre schlimm, wenn Sie nichts gemacht hätten. Aber

klar ist doch: Sie haben viel zu wenig gemacht. Sie haben die schlechtesten Ergebnisse aller deutschen Großstädte. Sie sind, Herr von Brunn, in dieser Angelegenheit die Schlechtesten und nicht die Besten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Ob jemand etwas auf einer Internetseite löscht, kann ich im Moment nicht nachvollziehen. Ich kann nur eines nachvollziehen: Wer Bündnisse mit Verfassungsfeinden unterschreibt, hat jede Legitimation verloren, über Extremismus zu sprechen, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIEN WÄHLER haben das Ziel, dass Bayern nach dieser Landtagswahl stabil und vernünftig regiert wird. Darum geht es, und darum sollten sich die Debatten heute drehen. Ich glaube, wir sollten aufhören, Nordrhein-Westfalen und Bremen irgendwie gegen Bayern aufzurechnen und hin und her zu wiegen, die Redezeit zu vergeuden und am Ende nicht mehr zu sagen, was wir hier ganz konkret verändern wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER wollen ab Herbst dieses Jahres noch mehr anpacken. Wir haben in den letzten zehn Jahren in der Opposition im Rahmen unserer Möglichkeiten mehr getan, als man hatte erwarten können. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, das G 9 wieder eingeführt und die Straßenausbaubeiträge abgeschafft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Habt ihr allein regiert, oder was?)

Alle drei Themen wären nicht zur Umsetzung gekommen, wenn wir sie nicht vorgebracht hätten. Bei dem letzten Thema, den Straßenausbaubeiträgen, haben Sie noch fünf vor zwölf gemerkt, dass Sie voll ins Messer gelaufen wären. Sonst wäre es pünktlich zur Landtagswahl zum Volksentscheid gekommen, und dann hätten wir 20 % gehabt und Sie auch, meine Damen und Herren.

Ich sage also ganz klar, dass wir Dinge verändert haben und dass wir Themen erkannt haben. Wir erkennen weiterhin Themen, wo dringend korrigiert wer-

den muss. Beginnen wir im frühkindlichen Bereich. Wir sind der Überzeugung: Auch Bayern braucht endlich die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung. Unser Vorschlag ist: für Kinder ab einem Jahr bis zu fünf Stunden täglich. Was sich Berlin und Co. leisten, sollte sich endlich auch Bayern leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir müssen die Eltern entlasten. Gerade in den großen Städten sind Kinderbetreuungseinrichtungen unfinanzierbar teuer: in München Preise von 500 Euro aufwärts für einen Krippenplatz. Da reichen Ihre 250 Euro Familiengeld leider nicht. Mir ist nicht verständlich, dass sowohl die CSU als auch die GRÜNEN, die ja in München sehr stark sind, weiterhin an Gebühren festhalten wollen. Ich glaube, wir müssen Qualitätsverbesserung und Kostenfreiheit in einem sinnvollen Umfang unter einen Hut bringen. Das müssen wir durchsetzen. Darauf warten die Eltern. Das steht ihnen zu, und das ist auch finanzierbar. Das ist keine Freibierpolitik, Herr Kreuzer, sondern das sind Dinge, die dringend nötig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Freibier verteilen eher Sie mit Teilen Ihres Familiengeldes, das im Vergleich mit unseren 500 Millionen Euro für die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung um die 750 Millionen Euro im Jahr kosten wird. Mindestens 10 % des Familiengeldes werden an Bayern vorbeigehenden. Berlin wird sich von Hartz-IV-Eltern die 250 Euro holen, die wir vorher als bayerisches Geld auf den Tisch gelegt haben. Für ein Mitglied einer Familie aus anderen Ländern Europas und darüber hinaus, das in Bayern wohnhaft gemeldet ist, fließt auch in diese Länder das bayerische Familiengeld. Sie haben in den letzten Monaten Kindergeldzahlungen ins Ausland kritisiert, und jetzt machen Sie denselben Fehler. Bayern bezahlt nach Berlin, und Bayern bezahlt in alle Länder Europas Familiengeld. Wir würden dieses Geld lieber den einheimischen bayerischen Familien zugutekommen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zuletzt wurde der Flurfunk aus den Behörden und Ministerien immer lauter, dass Sie Ihre Wahlkampfversprechen nicht werden bezahlen können. Es wird ganz offen diskutiert, dass das Weihnachtsgeld für die Beamten nicht wird ausbezahlt werden können.

(Ingrid Heckner (CSU): Solche Gerüchte! – Weitere Zurufe von der CSU)

Und es werden Arbeitszeitverlängerungen diskutiert. Herr Ministerpräsident, Sie können dazu nachher

gerne Stellung nehmen. Mir wurde von verschiedenen Seiten glaubhaft zugetragen, dass Beamte Kürzungen werden aushalten müssen und die Stundenzahl wieder hinaufgehen wird. Das wird erzählt. Wenn Sie es dementieren wollen, haben Sie dazu Zeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, die Aufregung bestätigt wohl die Richtigkeit meiner Aussage. Sie können das widerlegen und den Worten Taten folgen lassen. Schauen wir, was herauskommt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Gehen wir ganz konkret in Themen, wo wir einen dringenden Verbesserungsbedarf sehen, zu denen ich heute aber kein Wort gehört habe. Der Ausbau des schnellen Internets steckt draußen immer noch fest.

(Tobias Reiß (CSU): 2,5 Milliarden Euro!)

– Das ist doch das Problem, dass Sie 2,5 Milliarden Euro vergeuden. Ich sage Ihnen, was Sie damit erreichen: Die Telekom kassiert Sie mittlerweile als Freistaat und als für die Steuerzahler Verantwortliche massiv ab. Wir haben draußen mittlerweile reihenweise Angebote von Telekommunikationsanbietern, die für einen Breitband-Hausanschluss von der Gemeinde 30.000 Euro verlangen. Ich kann Ihnen die Namen von mehreren Bürgermeistern nennen. Meine Damen und Herren, für 30.000 Euro – in DM umgerechnet waren das damals 60.000 DM – hat man noch vor 20 Jahren den Rohbau eines Hauses bezahlen können. Dafür legen sie Ihnen heute ein Kabel vor die Haustür, das ein bisschen dicker ist als mein Daumen. Das ist Wucher, der da läuft. Sie schauen zu, überweisen brav das Geld und rühmen sich, wie viele Milliarden Sie da hinausblasen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bürgermeister kommen und sagen: 30.000 Euro pro Haushalt sind unrealistisch; soll ich das unterschreiben? Das gibt es doch nicht. – Unser Vorschlag ist hier ganz klar, eine Infrastrukturgesellschaft einzusetzen. Wir FREIEN WÄHLER sagen, wir sollten, anstatt eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, um in München ein paar Tausend Wohnungen zu bauen, mit einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft die Rester-schließung im Breitbandbereich staatlicherseits mit in die Hand nehmen, wir sollten als Wettbewerber zu den Abzockern draußen auftreten und die Glasfaser-Erschließung voranbringen. Sonst drehen wir uns in fünf Jahren immer noch im Kreis, werden uns ruiniert haben und haben immer noch die alten Kupferleitun-

gen. Sie bekommen das Breitband nicht fertig, wenn Sie weiter so trödeln wie bisher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nächste Punkt ist der Mobilfunk. Meine Damen und Herren, Ihr CSU-Minister in Berlin, der Herr Scheuer – nachher werden wir noch einen Satz zum Thema Diesel sagen –, der für den Mobilfunkausbau zuständig ist, hat angekündigt, 10.000 und mehr Mobilfunkmasten aufzustellen, um den Mobilfunkbereich besser abzudecken. Natürlich müssen wir diesen Bereich abdecken. Für weiße Flecken werden wir zusätzliche Masten brauchen, aber für graue Flecken, in Gebieten also, in denen nur ein Anbieter gut abdeckt – meinetwegen Vodafone und die Telekom nicht, und im anderen Ortsteil ist es umgekehrt – präferieren wir FREIEN WÄHLER das Modell des National Roaming. Bitte gehen Sie hier auf Scheuer zu! Gehen Sie hier auf Bundeswirtschaftsminister Altmaier zu, der für die Bundesnetzagentur verantwortlich zeichnet! Finden Sie einen Weg, dass sich dort, wo ein gutes Vodafone-Netz ist, das Telekom-Handy aufschalten lässt und umgekehrt!

Die Österreicher machen es uns wieder einmal vor. Wir sollten hier nicht überheblich sein, sondern sagen: An der Stelle können wir uns mit Sicherheit Tausende Masten in Bayern sparen. Die Gemeinden müssen 20 % des Mobilfunkausbaus bezahlen. Sie werden viel Spaß dabei haben, wenn sie alle paar Kilometer einen neuen Masten benötigen und die Bürgerinitiativen genauso.

Also: Mobilfunkausbau, jawohl, er ist dringend nötig, aber bitte auch die Chancen des National Roaming nicht vergessen. Wir FREIE WÄHLER sagen hier ganz klar: National Roaming anstatt Bavaria One.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein paar Gedanken dazu, wo sich Geld einsparen lässt, und wenn es nur ein paar Millionen sind: Bitte stampfen Sie Ihre bayerische Kavallerie ein; vielleicht hat Herr Söder in der Vergangenheit zu viele Bonanza-Filme gesehen. Wir wollen keine Kavalleriestandorte mit 200, 250 Pferden und verbeamteten Reitern in sechs bis sieben weiteren bayerischen Städten. Diese Stellen der verbeamteten Reiter braucht man anderswo dringender, zum Beispiel bei der Schleierfahndung. Baut und repariert lieber Krankenhäuser und Geburtshilfestationen anstatt Pferdeställe!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was wir ebenfalls dringend einkassieren müssen, sind Ihre Regierungsbeauftragten – Klammer auf: kleine

Staatssekretäre, Klammer zu. Diese CSU-Leute mit Monatsgehalt und Büro kosten jährlich Millionen an Euros und sind mit Dienstwagen unterwegs, um ihren Wahlkampf zu Hause besser gestalten zu können mit Themen, die ansonsten in der Regierungsarbeit ohnehin abgedeckt sein müssen. Auf Kosten des Steuerzahlers wird hier der eigene Parteifreund gegenüber Mitbewerbern im Landtag begünstigt; die Betroffenen nutzen das für den Landtagswahlkampf gnadenlos aus. Das ist eine Schweinerei, dieses Geld müssen wir uns sparen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, zurück zu Themen, die uns wichtig sind: Wir sind der Überzeugung, dass wir das Hebammenwesen stärken müssen, und dafür reicht Ihre Prämie von 1.000 Euro, die Sie jetzt kurz vor der Wahl beschlossen haben, für die Hebammen nicht aus. Ich habe vor wenigen Tagen in Landshut am Infostand eine sehr erboste Hebamme getroffen, die gesagt hat: Das ist eher eine Beleidigung als eine Hilfe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die 500 bis 1.000 Hebammen brauchen mindestens den Haftungsfreistellungsfonds, mit dem der Freistaat Bayern die Kosten für die Haftpflicht übernimmt – 8.000 Euro pro Jahr. Das sind etwa fünf bis acht Millionen und damit ein Drittel der Kosten der Kavallerie, aber dann haben wir etwas bewegt und mit dem Geld keinen Unsinn angestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER wollen in den nächsten Jahren eine Bestandsgarantie für Krankenhäuser und Geburtskliniken – solange eben dann unser Einfluss reicht.

Ich hoffe und gehe davon aus, dass wir ab Herbst dabei sein werden, um die Dinge zu stabilisieren, bevor in dieser bayerischen Regierung Unsinn herauskommt. Hier muss vernünftig weiterregiert werden. Die klare Botschaft lautet also, dass wir die Themen der Bürger umsetzen müssen. Wir müssen die ärztliche Versorgung und die Krankenhausversorgung in der Fläche erhalten. Wir brauchen auch dringend mehr Ärzte. Lasst mehr junge Leute zum Studium zu – wir sind für mehr Studienplätze –, damit wir mehr Nachwuchs bei den Hausärzten, in den Kliniken draußen und in den Krankenhäusern bekommen. Dort haben wir zu wenig; das muss korrigiert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Thema "Pflege": Dieser Pflege-Tausender ist natürlich besser als nichts, aber das sind heruntergerechnet 2,70 Euro pro Tag dafür, dass man eine pflegebedürftige Oma oder einen pflegebedürftigen Opa zu Hause betreut. Sehr viel wichtiger wäre es nach unserer Meinung, diese paar Hundert Millionen in Kurzzeitpflegeplätze zu stecken, damit die pflegende Familie sagen kann: Wir wollen uns drei Tage erholen, wollen mal heraus.

(Ingrid Heckner (CSU): Das wird ja zusätzlich gemacht!)

– Ja, das kommt zusätzlich! Wenn Sie es bezahlen können, ohne den Beamten in die Tasche zu greifen, dann macht das!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ingrid Heckner (CSU): Da werden Sie sich noch entschuldigen müssen!)

– Ich werde mich entschuldigen, vielleicht nach der Wahl.

(Zurufe von der CSU: Vorher!)

Meine Damen und Herren, ganz klar ist die Aussage: Wir brauchen Kurzzeitpflegeplätze. Den Eltern, die die Großeltern zu Hause betreuen, ist mehr geholfen, wenn sie ein paar Tage wegkommen. Derzeit können sie das nicht.

So ist es übrigens auch bei der Kinderbetreuung. Wir müssen Strukturen aufbauen, anstatt, wie gesagt, nur Geld zu geben, das vielfach ins Leere läuft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Thema Energiepolitik ist bisher überhaupt von keiner Seite gekommen. Wir sehen hier den dringenden Bedarf, die erneuerbaren Energien wieder ins Spiel zu bringen und über einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien nachzudenken, gerade auch vor dem Hintergrund von Debatten über fossile Energieträger und Klimaschutz. Wir sagen auch hier als einzige Fraktion im Landtag: Wir brauchen keine Stromtrasse SuedLink, keine Süd-Ost-Passage quer durch Bayern, für die unsere Felder und Wälder durchwühlt und Bäume abgeholzt werden, mit denen am Ende eine Abhängigkeit vom Norden geschaffen wird und bei denen die Besitzer der Trassen nicht Bayern und nicht die Bundesrepublik Deutschland sind, sondern wie bei TenneT holländische Staatskonzerne oder Australier oder Belgier wie bei 50Hertz. Angeblich stehen auch die Chinesen schon vor der Tür und wollen hier mit einsteigen. Solchen Investoren brauchen wir nicht 6 % bis 9 % Rendite zu garantieren und unsere Heimat zu

zerschneiden. Machen wir es lieber regional, und lassen wir unsere Handwerker vor Ort Geld verdienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, auch die Landwirtschaft ist hier völlig zu kurz gekommen. Nur zu sagen: Wir sind besser als die anderen, reicht hier nicht. Wir sehen Endzeitstimmung auf vielen bayerischen Bauernhöfen. Die nicht praxismittelnanwendung, die Düngeverordnung und wie das draußen läuft, macht vielen zu schaffen. Wir haben viele Probleme in der Bürokratie, die gelöst werden müssen. – Wir FREIE WÄHLER fordern die CSU auf, endlich ihren Widerstand gegen die Abschaffung der Hofabgabeklausel aufzugeben. Wenn ein Landwirt mit 65 Jahren auf dem eigenen Betrieb noch fünf Jahre arbeiten und den Hof nicht abgeben will, dann gönnen Sie ihm doch diese lächerlichen 300 bis 400 Euro Altersgeld, die er bekommt. Lassen Sie ihn die paar Jahre weiterarbeiten und versuchen Sie nicht, ihn aus dem Hof zu drängen, damit für einen großen Pächter noch mehr Land anfällt. Lassen Sie die Höfe dort!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sehen auch die Forderung, dass wir die Direktvermarktung ausbauen müssen und ausbauen können. Dazu müssen wir diesen Betrieben aber helfen. Wenn Sie mit einem Ab-Hof-Vermarkter sprechen, sagt er Ihnen, was er alles tun muss. Mittlerweile wird schon auf dem Weg zum Wochenmarkt oder auf dem Weg vom Wochenmarkt nach Hause regelmäßig von Steuerbehörden kontrolliert, ob alles wasserdicht ist, was er aufgeschrieben hat. Natürlich soll das alles passen. Diese Menschen brauchen aber auch die Hilfe des Staates und nicht nur die regelmäßige Kontrolle der Steuerbehörden, ob sie nicht irgendwo einen Euro verdient haben, wenn sie gleichzeitig Zehntausende Euro in Ausrüstung stecken müssen. Ein kleiner Metzger, der heute eine Zange zum Elektrisieren für über 10.000 Euro anschaffen muss, wird aufhören.

Sie müssen diesen Menschen Fördergelder geben, damit Strukturen geschaffen und die bestehenden erhalten werden. Momentan hören sie alle auf, aber Sie singen das Hohelied der bäuerlichen Landwirtschaft. In Wirklichkeit stehen die Großinvestoren schon vor der Tür, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch wir sind der Meinung, dass in der Wohnungspolitik andere Akzente gesetzt werden müssen. Sie bekommen das Gezänke hier mit: Wie viele Wohnungen hat München gebaut, und wer ist schuld? – Warum gehen Sie nicht sehr viel massiver den Weg der Nachverdichtung in ländlichen Gebieten und der Um-

nutzung bäuerlicher und sonstiger leerstehender Anwesen mit gezielten Fördergeldern und mit gezielten Anreizen? Bis dato läuft das nicht an. Hier müssen wir Bürgermeister und Landräte auch als Aufsichts- und Genehmigungsbehörden mit dem Privatinvestor an einen Tisch bringen mit einer staatlichen Wohnungsbaupolitik, die sagt: Lieber Hausbesitzer, du hast eine Wohnung mit 200 m² oder ein Haus, in dem das Dachgeschoss ausgebaut sein könnte, in das eine Einliegerwohnung passen würde, du bekommst eine ordentliche Anschubfinanzierung; wir kümmern uns, dass du nicht wegen Brandschutz und sonstigen, teilweise übertriebenen Vorgaben die Lust verlierst. –

(Zuruf von der CSU)

Dann bekommen die Leute eine Baugenehmigung und eine Innennutzung. Dann heißt es nicht: innen oder außen? – Ich kenne Bürgermeister, die sagen: Ich wollte diese Innendorfprogramme in Angriff nehmen, muss aber trotzdem draußen ein Baugebiet erschließen, weil bei uns so ein großer Siedlungsdruck herrscht. Jetzt sagen Sie den Bürgermeistern: Entweder du weist nur innen oder nur außen ein Gebiet aus. Dann sagt der Bürgermeister: Okay, dann verzichte ich auf die Ausweisung innen, dann setze ich eben statt 50 Häusern 60 Häuser auf die grüne Wiese und lasse im Dorffinnern zehn Wohnungen weiterhin leer stehen. Hier muss künftig wieder beides möglich sein. Wir brauchen gesunden Menschenverstand statt Programme, die an der Realität in den Kommunen vorbeilaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als FREIE WÄHLER sehen wir weiterhin unsere große Zielsetzung darin, bestehende Infrastruktur zu sichern und zu erhalten. Das beginnt beim Zustand der Staatsstraßen. Wir leben diesbezüglich in Oberbayern nicht auf einer Insel der Glückseligkeit und können nicht sagen, in den fränkischen Randregionen ist die Situation deutlich schlechter. In den letzten Tagen bin ich wieder viel durch Oberbayern gefahren. Auf der Strecke von Dorfen nach München und im Raum Weilheim zeigt das Navi zwar Staatsstraßen an, aber Sie glauben, Sie sind auf einem geteerten Wirtschaftsweg ohne Mittelstreifen. Sie kommen sich wie ein Rennfahrer oder ein Skifahrer vor, der Slalom fahren muss. Meine Damen und Herren, das sind Staatsstraßen in Oberbayern. Bei diesem Thema haben Sie in den letzten Jahrzehnten schlichtweg geschlafen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt wird angekündigt, dass in drei Wochen alles umgesetzt wird. Jetzt plötzlich kommt der Brenner-Basis-

zulauf, obwohl die letzten drei Verkehrsminister – Ramsauer, Dobrindt und Scheuer – aus dieser Region stammen. Allerdings weiß keiner, ob und wie und wann und was. Er kommt aber angeblich. Außerdem kommt jetzt die Zweigleisigkeit der Bahnstrecke Plattling – Landshut. Groß wurde verkündet, jetzt sei der Knoten durchschlagen, und die Finanzierung sei gesichert. Zwei Tage später wurde kleinlaut nachgeschoben: vielleicht nur auf einem Kilometer Länge.

Meine Damen und Herren, mit solchen Manövern verunsichern Sie die Bevölkerung endgültig. Mit solchen Manövern bestätigen Sie die Kritik an einer Staatsregierung, die viel ankündigt, aber im Gegensatz zu diesen Sprüchen zu wenig umsetzt. Ich stelle nicht in Abrede, dass Sie mehr tun als die Bundesregierung in Berlin. Es wäre schlimm, wenn wir uns mit denen vergleichen müssten. Das ist nicht der richtige Maßstab für uns.

Zuletzt wurde verkündet, die eine Milliarde Euro mehr aus Berlin für die zweite Stammstrecke würde bewirken, dass es doch nicht zu Kannibalisierung in der Fläche kommt. Meine Damen und Herren, in diesem Fall haben Sie uns in den letzten Monaten angelogen, als wir in der Debatte die Frage gestellt haben: Ist es für den Fall, dass Bayern Finanzrisiken übernimmt, sicher, dass dies nicht zulasten von Strecken in Oberfranken geht? – Keine Frage; das sei alles geklärt; das wäre Hetze und was weiß ich was. Jetzt wird verkündet: Gott sei Dank, durch diese Milliarde aus Berlin würden diese Probleme nicht auftreten. Vielleicht wurde diese Milliarde nur von Herrn Scheuer verkündet. Vielleicht weiß keiner etwas davon. Vielleicht ist sie auf Sand gebaut.

Sollte die Milliarde nicht kommen, werden die Probleme auftreten. Sie haben also entweder vorher gelogen, oder Sie lügen jetzt. Unter dem Strich ist klar, dass Sie jeden Euro nur einmal ausgeben können. Sie müssen sich also jedes Projekt ganz gut überlegen. Sie singen jetzt das Hohelied der Dezentralität. Warum haben Sie dann Bayern in den letzten Jahrzehnten so zentralistisch aufgestellt? Sie wollen Kurskorrekturen vornehmen, die wir begrüßen, wenn sie ernst gemeint sind, die wir aber anprangern, wenn sie nur Wahlpropaganda sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bei der Infrastruktur müssen wir in den nächsten Jahren das Augenmerk auf die Wasser-, die Abwasser- und die Gesundheitsinfrastruktur legen. Viele Kanäle sind undicht. Wir suchen Lecks und sagen, die Landwirtschaft habe Nitrat in das Grundwasser eingebracht. Wir wissen, dass in unseren Städten eine ungleich höhere Nitratbelastung

im Grundwasser besteht, weil Kanalisationen undicht sind. Hier müssen wir die bestehenden Strukturen sichern. Wir müssen hier Fördergelder investieren.

Ihre sonstigen Visionen sind schön, wenn sie funktionieren. Sie wollen einen Hyperloop und ein Weltraumprogramm. Wir sind keine Zukunftsverweigerer. Wir sagen aber immer: Bleiben wir erst einmal auf dem Boden der Tatsachen. Wir sollten erst einmal das Naheliegende tun. Wenn dann noch Geld übrig ist, fliegen wir in den Urlaub. Wir fliegen aber nicht in den Urlaub, wenn es daheim beim Hausdach reinregnet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine massive Verantwortung der CSU sehen wir in der Verkehrspolitik bei der Diesellaffäre. Es trägt zur Politikverdrossenheit bei, wenn den Bürgern zuerst gesagt wird, sie blieben auf den Kosten des Dieselskandals sitzen, dann heißt es, die Politik denke über Nachrüstungen nach, und drei Wochen vor der Wahl, wenn die Umfragen nicht passen, heißt es, dies sei ein Versprecher gewesen, die Politik werde sich bemühen, dass der Bürger nicht auf diesen Kosten sitzen bleibe. Nachdem die Wahl vorbei ist, wird dann gesagt, man hätte sich bemüht, aber nichts bewegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kreuzer, Sie haben vorhin gesagt, in Bayern laufe es wie geschmiert. Dieses Wort ist in diesem Zusammenhang sehr treffend. In Bayern wurde in den letzten Jahrzehnten zu viel Kungelei mit der Autoindustrie betrieben. Wir begrüßen, dass wir in Bayern eine exportstarke Autoindustrie haben. Wir begrüßen es aber nicht, dass sich diese Konzerne auf Kosten der bayerischen und der deutschen Autofahrer aus der Affäre ziehen und Milliarden Gewinne für ihre Aktionäre auf die Seite schaffen. In Amerika müssen sie den Autofahrern ganz selbstverständlich Milliardenbeträge zahlen, während sie bei uns die Leute auf ihren Schrottkübeln sitzen lassen. Das ist keine Politik für die Zukunft der Autoindustrie. Diese Politik wird dazu führen, dass in Zukunft viele bayerische Autokäufer sagen werden: Jetzt hat mein Patriotismus ein Ende. Ich muss keine bayerische Marke kaufen. Es gibt auch chinesische Autos mit einem guten Elektroantrieb. – Genau das müssen wir vermeiden. Wir müssen vermeiden, dass andere ins Spiel kommen und unsere Firmen am Ende Personal abbauen müssen. Meine Damen und Herren von der CSU, mit dieser Kungelei erweisen Sie der Autoindustrie einen Bärendienst. Ihre Verkehrsminister sind für die Typzulassung im Kraftfahrt-Bundesamt verantwortlich. Keiner kann mir erklären, dass es über Jahre und Jahrzehnte nicht bemerkt worden sein soll, dass millionenfach betrogen worden ist. Entweder haben die Aufsichtsbe-

hörden geschlafen oder sie waren stille Mitwisser und haben vertuscht. Sie können sich aussuchen, was das kleinere Übel ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen feststellen, dass in Bayern sehr vieles besser als in anderen Ländern läuft. Wir haben aber sehr viele Baustellen, die wir nur dann abarbeiten können, wenn wir sie benennen und zugeben. Sie sagen: Das Problem der Uniformen bei der bayerischen Polizei existiere nur in der Einbildung der Polizisten; nur 0,7 % der Uniformen seien schadhaf. Ein Polizist auf Streife, der sein Hemd zweimal gewaschen hat, erhält einen Kragen, der sich wölbt, als wenn er mit Pappe ausgestopft wäre. Die Ecken werden weiß, und der Knopf hängt lose herunter. Dieser Polizist ist kein Schlamper, aber er sieht schlampig aus, weil Sie ihn schlampig einkleiden. Sie haben eine Ausschreibung durchgeführt, mit der Sie international Billigware eingekauft haben. Meine Damen und Herren, unsere bayerische Polizei hat eine bessere Uniform verdient, als sie momentan trägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Unsere bayerische Polizei hat auch verdient, dass endlich ihre 2,3 Millionen Überstunden abgebaut werden. Geld sollte nicht in neue Experimente wie die Kavallerie investiert werden, sondern in mehr Personal vor Ort, damit die Probleme gezielt abgearbeitet werden können. Diese Probleme müssen wir angehen.

Eine weitere kleine Anekdote: Vor Kurzem hat mir ein Verkehrspolizist gesagt, dass bei Tempokontrollen alle Aufzeichnungen über Verstöße von Verkehrssündern, die nicht aus Bayern oder Österreich kommen, in den Abfalleimer geschmissen werden, zum Beispiel wenn ein Pole oder ein Tscheche geblitzt wird. In diesen Fällen wird die Verfolgung gar nicht aufgenommen. Das ist die Aussage eines Polizisten. Fragen Sie bitte nach. Ich kann Ihnen den Namen nennen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Das ist keine Verleumdung, sondern das ist die Aussage eines bayerischen Polizisten. Fragen Sie einmal in den Inspektionen und bei der Verkehrspolizei nach, ob das stimmt.

(Manfred Ländner (CSU): Wissen Sie, dass Sie hier einen Polizisten einer Straftat beschuldigen?)

– Das sind Vorgänge, die draußen vor Ort passieren. Sie müssen sich den Tatsachen so stellen, wie sie sind. In solchen Fällen fühlen sich die Einheimischen als zweite Sieger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, damit komme ich zu dem Thema Zuwanderung und Migrationspolitik. Hier müssen die Maßnahmen noch weiter verbessert werden. Wir müssen diejenigen, die hierbleiben, noch sehr viel schneller in Arbeit bringen. Sobald jemand nach Bayern kommt, muss er sinnvoll beschäftigt werden. Wenn eine Person eine ausreichende Qualifikation hat, muss sie schnell eine ordentliche Arbeit aufnehmen. Sollte eine Person nicht qualifiziert sein, muss sie einen Kurs besuchen und arbeiten lernen. Sie muss sich selbst sinnvoll beschäftigen in dem Sinne, dass sie nicht auf Dummheiten kommt. Schließlich geht es auch darum, hier vielleicht einen Beitrag zum Bruttosozialprodukt zu erwirtschaften, und später, wenn die betreffende Person nach Hause geht, in seinem Land für den Wiederaufbau nützlich zu sein. Das müssen wir anstreben.

Auf der anderen Seite müssen wir uns beim Asylrecht natürlich auf die wirklich Verfolgten konzentrieren, nämlich auf Bürger aus Staaten, in denen Verfolgung herrscht. Dabei handelt es sich auch um Bürgerkriegsflüchtlinge, sofern wir diese nicht besser möglichst wohnortnah abfangen. Aber wir können es nicht dulden – das findet bis heute flächendeckend nicht ausreichend statt –, dass hier Leute mit Mehrfachidentitäten unterwegs sind, dass wir nicht alle Fingerabdrücke abgleichen und auf diesem Gebiet immer noch Schindluder getrieben wird. Diese Dinge muss man draußen in den Griff bekommen, ansonsten wird sich der Ärger steigern. Ich traue mich, folgende Zahl zu nennen: In Bayern wurden im Jahr 2017 knapp 8.000 Körperverletzungsdelikte durch Asylbewerber verübt. Das sind zu viele. Man muss hinterfragen, ob man dagegen nicht gezielter vorgeht. Ein Weiter-so darf es auch hier nicht geben.

Wir FREIEN WÄHLER fordern nochmals ganz deutlich: Weder Schönreden noch Hetzen, den vernünftigen Weg der Mitte gehen, geltendes Gesetz anwenden – nicht mehr, aber auch nicht weniger!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich geht es um den politischen Stil, den wir in diesem Hohen Haus ab Herbst pflegen wollen und müssen. Sie haben heute schon gesehen, wie die Fronten aufeinanderprallen und wie überschaubar die Schnittmengen sind. Wir müssen dem Bürger glaubhaft eine Regierung vorstellen können, die die Themen dieses Landes erkennt und das Zeug dazu hat, sie gezielt abzuarbeiten. Mir graut davor, dass hier ideologische Lager aufeinanderprallen. Deshalb müssen wir einen gemeinsamen Mindestnenner suchen. Wir müssen, wenn hier eine neue Regierung am Tisch

sitzt, versuchen, mit allen im Landtag vertretenen Parteien eine Gesprächsbasis herzustellen, damit Themen anderer Parteien nicht, wie es uns passiert ist, über zehn Jahre abgebügelt, für Unsinn erklärt und abgebürstet werden, um sie dann im besten Fall doch noch zu akzeptieren – so wie Sie heute das G 9 als großen Erfolg feiern, den Sie uns zu verdanken haben. Aber das ist uns egal; denn es geht uns um Bayern. Wir geben Ihnen gerne weitere Tipps und nennen Themen, die dringend angegangen werden müssen, und freuen uns, diese gemeinsam mit Ihnen umsetzen zu können; denn alleine werden wir leider keine Mehrheit schaffen. Wir werden natürlich in einer Demokratie nach Mehrheiten suchen müssen.

Herr Kreuzer, Sie sagen immer, Sie fühlten sich verfolgt, wir würden uns anbiedern. An dieser Stelle möchte ich noch eines sagen: Nach dem 14. Oktober werde ich das Telefon nicht als Erster in die Hand nehmen, um einer späteren Geschichtsklitterung vorzubeugen nach dem Motto: Er hat sich ja aufgedrängt. Nach dem 14. Oktober werden Sie also gefordert sein, wenn Sie den Ministerpräsidenten nochmals stellen wollen, Partner zu suchen, mit denen Sie Bayern stabil weiterregieren können.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Sie schütteln den Kopf. Es ist nicht anstößig, das zu tun. Aber nochmal: Wir FREIEN WÄHLER bieten uns nicht an.

(Zuruf von der CSU: Am Tag dreimal!)

Wir stellen nur fest, dass wir gute Ideen haben. Wir sind der Überzeugung, dass es besser ist, sie vom Regierungstisch aus einzubringen, als bei jedem Thema ein langwieriges Volksbegehren starten zu müssen, bei dem Sie uns anfangs auslachen und über uns feixen, aber nachher das Ganze akzeptieren und sagen, dass Sie das schon immer wollten. Dieser Regierungsstil muss anders werden, weil wir gar nicht die Zeit haben, so weiterzumachen. Deshalb richte ich an Sie die ganz klare Botschaft: Wir müssen dieses Land Bayern gemeinsam voranbringen und das Bewährte erhalten.

Dazu gehört ein gutes Bildungssystem. Da wollen wir keine Revolution, sondern ganz gezielt nachjustieren und dort, wo die Zahl der Lehrer zu knapp ist, mehr Lehrer einstellen. Wir wollen Zeitarbeitsverträge in feste Beschäftigungsverhältnisse umwandeln sowie die Bezahlung der Anwärter an Grund- und Mittelschulen an der Bezahlung der Realschul- und Gymnasiallehrer orientieren, damit wir dort genügend Lehrer bekommen und in fünf Jahren nicht den

Lehrernotstand ausrufen müssen, weil Gott sei Dank die Geburtenzahlen steigen.

Wir müssen beim neunjährigen Gymnasium endlich die Oberstufe präzisieren, den Gedanken der Leistungskurse in gewisser Form wiederbeleben und zu Ende führen. Wir müssen ein Schulfach "Alltagskompetenz" einführen, damit die jungen Bürger dieses Landes viel mehr als nur Vokabeln und Algorithmen lernen, sondern auch Dinge der Lebenspraxis. Wir müssen wieder Bürger bekommen, die auch in der praktischen Arbeit Fuß fassen. Das Handwerk braucht Nachwuchs. Es braucht nicht nur Studiengänge, die mehr Absolventen produzieren als nachher auf dem Arbeitsmarkt in gewissen Gebieten unterkommen. Ich spreche jetzt durchaus nicht von Ärzten, Lehrern usw. Aber manchen Leuten wäre besser geholfen, wenn sie, anstatt nach dem Studium arbeitslos zu sein, eine handwerkliche Ausbildung machen würden, gerne auch zusätzlich zum Studium, um etwa die Firma des Vaters zu übernehmen, also am Ende in der Praxis tätig wären. Diese breite Palette an Themen wollen wir ab Herbst anpacken, angefangen von der Geburtshilfe bis zum Pflegebereich, vom ländlichen Raum bis zur Stadt. Über dieses Modell einer FREIEN-WÄHLER-Politik lachen Sie heute. Diesem Modell nähern Sie sich aber immer mehr. Sie übernehmen davon immer mehr Themen, zuletzt wieder das Thema der Regionalität. Wir haben Ihnen auch den dritten Nationalpark ausgetrieben, den Sie vorher so groß propagieren wollten. Die GRÜNEN werden Ihnen einen dritten oder vierten abverlangen, wenn Sie mit denen ins Bett steigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Sie haben also die Wahl. Nach dem 14. Oktober wird es darum gehen, die Dinge, die die Menschen draußen wirklich bewegen, umzusetzen. Dazu gehören nicht solche Fragen wie die, ob Herr Seehofer in Chemnitz mitmarschiert wäre oder nicht, ob ein Herr Maaßen zur falschen Zeit das Falsche gesagt hat oder nicht, wie viele Schulden Bremen oder Nordrhein-Westfalen haben und ob die Grünen und Roten in Berlin – oder gar die Schwarzen in Bayern – dümmere als die Grünen und Roten in anderen Bundesländern sind. Das interessiert die Bürger in Bayern nicht. Die Bayern interessiert, dass wir dieses Land nach dem 14. Oktober vernünftig weiterregieren. Da werden die FREIEN WÄHLER dabei sein.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Ländner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. –

Moment, Herr Kollege, lassen wir die Kolleginnen und Kollegen zu Ende klatschen. – Bitte schön, Herr Kollege Ländner, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Manfred Ländner (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich habe nichts dagegen, wenn Sie hier ein großes Sammelsurium bringen. Fragen Sie übrigens wegen des Nationalparks Herrn Kollegen Fahn, was er schon seit Monaten in Unterfranken dazu erzählt.

Sie sollten aber aufpassen, wenn Sie sagen – ich nehme das durchaus ernst –, bayerische Verkehrspolizisten würden Aufzeichnungen über Geschwindigkeitsübertretungen von Deutschen und Österreichern wegwerfen und Bürger aus dem Ostblock verfolgen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Anders herum!)

– Sie verfolgen also Geschwindigkeitsübertretungen von Bürgern aus dem Ostblock nicht und werfen Nachweise darüber weg, sondern verfolgen Deutsche und Österreicher.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So ist es mir gesagt worden!)

Das geht doch nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich auch gemeint! Vielleicht weiß er davon nichts! Er weiß ja nicht, dass die Uniformen nicht funktionieren! – Allgemeine Heiterkeit)

Auf Weisung des Ministeriums? Ist das eine Unregelmäßigkeit des einzelnen Beamten? Ohne das jetzt strafrechtlich weiter zu verifizieren, ich wäre damit schon ein bisschen vorsichtig. Wenn Sie hier einen Vorwurf erheben, dann nennen Sie bitte Roß und Reiter, aber so, dass es auch im Innenministerium zur Kenntnis genommen wird. Ich würde hier keine pauschalen Vorwürfe an die bayerische Polizei zur Art der Wahrnehmung ihres Verfolgungsauftrags von Verkehrsordnungswidrigkeiten erheben. Diese schwierige Geschichte sollte sich der allgemein-politischen Auseinandersetzung pauschaler und populistischer Art in diesem Hohen Haus entziehen. Wenn Sie hier ein Problem haben, dann bringen Sie es bitte auf ordentliche Weise im Innenministerium vor, das hier dienstaufsichtlich tätig werden muss. Es kann nicht sein, dass in Deutschland bzw. in Bayern Geschwindigkeitsverstöße in unterschiedlichem Maße verfolgt werden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege.

(Zuruf von der CSU: Von wem haben Sie es gehört?)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Derjenige, der dahinter steckt, würde heute Nachmittag in München zum Rapport antreten müssen. Ich habe also natürlich den Namen kurz nach dem – –

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, Sie können hier nicht behaupten – –

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Jetzt sage ich Ihnen eines: Das ist genau diese Drohkulisse, die wir ab Herbst auch beenden müssen;

(Zurufe von der CSU)

das ist auch die Drohkulisse gegenüber Schulleitern, die gesagt haben, das G 8 funktioniere nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie mussten mit der Aussage antreten: Wir können auch anders, und sind strafversetzt worden. Ein Polizist vertraut mir hinter vorgehaltener Hand viele Dinge an. Natürlich bittet mich dieser, seinen Namen nicht zu erwähnen, sonst bekommt er eins auf die Mütze. Das ist doch das Kernproblem.

(Widerspruch bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist doch das Kernproblem dieser CSU-Mehrheit.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch alles Lüge, Lüge!)

– Ja, "Lüge, Lüge"! Sie unterdrücken Leute. Sie verpassen Menschen, die nicht parteikonform argumentieren, einen Maulkorb.

(Widerspruch bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Rechtspopulismus!)

Das ist der Hauptgrund, warum Sie die absolute Mehrheit verlieren müssen. Sie müssen die absolute Mehrheit verlieren, damit Bayern am Ende vernünftig regiert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Kreuzer (CSU): Sie bezichtigen Polizisten, Straf-

taten zu begehen! Das können Sie doch nicht pauschal machen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger, Sie haben behauptet, dass Polizisten Rechtsverletzungen begehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich weiß nicht, ob das erlaubt oder verboten ist! Das müsst ihr wissen! – Thomas Kreuzer (CSU): Dann wissen Sie aber gar nichts!)

Wenn Sie solche Behauptungen aufstellen, kann das Auditorium erwarten, dass Sie Ross und Reiter nennen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Also Leute, das ist ein Berufsgeheimnisträger! Seit wann muss ein Abgeordneter seine Petenten benennen? Das ist doch Verfassung!)

Das ist doch selbstverständlich.

(Zuruf von Abgeordneten der CSU: Genau! – Horst Arnold (SPD): Sagt einmal!)

Als Nächste hat die Kollegin Schulze das Wort. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Söder, während Ihrer Rede musste ich an manchen Stellen schmunzeln. Ich fand es sehr bezeichnend, dass sich der Mann, der mit Horst Seehofer unsere Nerven in den letzten Monaten sehr stark strapaziert hat und die Spaltung in unserem Land vorangetrieben hat, nun als der hinstellt, der das Land zusammenhält. Das tun Sie 17 Tage vor der Wahl. Ich kann Ihnen nur zurufen: Das glauben die Menschen in Bayern nicht mehr, weil sie wissen, was Sie in den letzten Monaten und Wochen getan, gemacht und gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anhand Ihrer Rede kann man wunderbar den Unterschied zwischen Schamanismus und Wissenschaft erklären. Schamanismus ist, zu glauben, dass die CSU für politische Stabilität sorgt. Wissenschaft dagegen kümmert sich um die Fakten und die Realität. Die bittere Realität hat nämlich einen Namen: Horst Seehofer. Das ist Ihr CSU-Parteivorsitzender. Sein Name steht für Chaos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er sorgt dafür, dass unsere Bundesregierung in einer politisch schwierigen Lage am Rande der Handlungsunfähigkeit steht. Wahrscheinlich ist es den Wahl-

kampfzeiten geschuldet, dass darüber in der CSU nur hinter vorgehaltener Hand geredet und Kritik geübt wird.

Herr Söder, ich würde gerne Antworten von Ihnen hören: Wie können Sie und die CSU ernsthaft behaupten, für Stabilität und Verlässlichkeit zu stehen, während Ihr Vorsitzender ständig die Bundesregierung sabotiert?

(Beifall bei den GRÜNEN)

– In Zeiten, in denen viele Menschen verunsichert sind, brauchen diese eins mehr denn je, nämlich Orientierung. Die Menschen merken und sehen, dass sich die Welt und auch unser Land verändern. Die Menschen beschäftigen folgende Fragen: Was tun wir gegen die Klimakrise? Was tun wir gegen den Tod Tausender Menschen täglich im Mittelmeer? Nehmen uns die Maschinen bald die Arbeit weg? Wie verhindern wir, dass es in den Ozeanen bald mehr Plastik als Fische gibt? Vielen Menschen erscheint es so, als sortiere sich die Welt gerade etwas neu. Menschen stellen sich die Frage: Wie können wir die Veränderung politisch gestalten? Wie können wir unsere Demokratie und unseren liberalen Rechtsstaat schützen und – das ist mir persönlich ganz wichtig – ein menschliches Land bleiben? Wie können wir die Menschen ermutigen, statt ihnen jeden Tag den Untergang des Abendlandes zu prophezeien?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen eines mit: Auf all diese Fragen ist die Antwort sicherlich nicht Anker-Zentrum, bayerische Kavallerie, Erhöhung der Durchgriffsmöglichkeiten der Polizei auf Kosten der Bürgerrechte oder ein ausgrenzendes Gerede von Leitkultur.

Die Mehrheit der Menschen in unserem Land schätzt es eben nicht, wenn ihre Regierung die Nähe zum Autoritären sucht. Die CSU sieht das gerade an ihren sinkenden Umfragewerten. Wir, die GRÜNEN, sehen das seit einigen Monaten in allen Teilen Bayerns. Ich bin sehr froh darüber, dass die Bürger Bayerns so klar sind und die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft eben nicht in den Rezepten aus der Vergangenheit sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft liegen auch nicht in den Scheinlösungen, die Sie uns in den letzten Wochen und Monaten ständig präsentiert haben.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen: In Bayern fehlen Betreuungsplätze für Kinder. Das Angebot

passt nicht mehr zum Leben vieler Eltern. Bereits heute besteht ein Mangel an Erzieherinnen und Erziehern, der sich in den nächsten Jahren noch verschärfen wird. Dieses Problem ist mit Ihrem Familiengeld nicht gelöst. Mit dem Pflegegeld verhält es sich ähnlich. Vor allem Kurzzeitpflegeplätze fehlen, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Altenpflegerinnen und -pfleger fehlen. Ihr Pflegegeld schafft bei diesem Thema garantiert keine Abhilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Maßnahmen, die Sie uns ständig präsentieren, sind von der Hoffnung getragen, dem Machterhalt der CSU zu dienen, und weniger von der Überzeugung, dem Land wirklich zu nutzen. Ich finde das schäbig und fahrlässig. Wer auf diese Weise Politik macht, zerstört das Vertrauen der Menschen in politische und staatliche Institutionen und schwächt damit auch die Demokratie. Mit dieser Art der Selbstverzweigung der Politik muss endlich Schluss sein. Wir brauchen endlich wieder mehr Mut. Wir brauchen Mut zur Gestaltung. Wir brauchen Mut, neue Wege und Lösungen anzubieten. Wir brauchen Mut, endlich offen und ehrlich mit den Menschen darüber zu sprechen, was sich verändern wird und wie wir diese Veränderungen gemeinsam gestalten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Angst zu machen und Scheinlösungen aufzutischen, bringt unsere Gesellschaft nicht weiter. Stattdessen brauchen wir andere Dinge. Zuerst brauchen wir mündige Bürgerinnen und Bürger. Es wird nämlich kein Ritter in einer schimmernden Rüstung daherkommen, der irgendetwas für uns regelt. Das wird auch die CSU nicht machen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen das selber tun. Sie müssen ihre Demokratie selber verteidigen. Genau dafür brauchen wir Mündigkeit. Man muss aufgeklärt und informiert sein. Man muss eine klare Haltung haben und diese auch einnehmen können. Man muss auch in der Lage sein, andere Standpunkte zu verstehen, um auf dieser Basis zu Kompromissen und kreativen Lösungen zu gelangen. Eine demokratische Politik in einer modernen und komplexen Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger das zu ihrer eigenen Sache machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Schöne ist, die Menschen in Bayern tun gerade genau das. Sie merken, dass die Demokratie, der Rechtsstaat und unser Europa, all die Dinge, die bisher eine Selbstverständlichkeit waren, gerade angegriffen werden. Sie wissen auch, dass sich eine Demokratie nicht selber verteidigt. Alle sind aufgerufen, jeden Tag ihren Teil dazu beizutragen, dass wir wei-

terhin in Frieden, Freiheit, Stabilität und einer guten Demokratie leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir persönlich ist es ganz wichtig, dass endlich der Ausspruch "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" nicht nur an Gedenktagen in den Mund genommen wird. Gerade in der heutigen Zeit, da Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsextremismus immer weiter zunehmen, muss dieser Ausspruch Handlungsauftrag von uns allen sein, und zwar 365 Tage im Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der heutigen Zeit brauchen wir noch eine zweite Sache: Mein Appell richtet sich an uns alle als Politikerinnen und Politiker: Werdet wieder zu Leuchttürmen! Gebt Orientierung! Das Lutherjahr ist zwar vorbei, aber ich möchte meinen Appell anhand eines Satzes von ihm verdeutlichen: "Hier stehe ich, ich kann nicht anders." Diesen Satz würde ich gerne wieder öfter hören. Bürgerinnen und Bürger würden diese Haltung auch gerne öfter sehen und hören. Wir brauchen wieder mehr Menschen in politischen Ämtern, die einen Unterschied machen, klar zu ihren Überzeugungen stehen und die Menschen mit Haltung begeistern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es muss uns doch zu denken geben, wenn ein paar Sätze von Helene Fischer zu Chemnitz mehr Widerhall finden als Äußerungen von politischer Seite. Es muss uns allen doch auch zu denken geben, wenn Influencer auf YouTube mehr Einfluss auf junge Menschen haben als Politikerinnen und Politiker und damit Debatten auch treiben können.

Vielleicht liegt es auch daran, dass wir nicht immer so gut in der Lage sind, Politik als etwas zu erklären, was das Leben jedes einzelnen Menschen beeinflusst. Ich würde mir wünschen, dass wir das wieder hinbekommen, dass wir gemeinsam zeigen können, dass die Schönheit der Demokratie und der Politik ausmacht, dass wir Rahmenbedingungen verändern und zusammen mit den Menschen für eine gute Zukunft sorgen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt die schöne Einordnung von Politikerinnen und Politikern als Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, als Demagoginnen und Demagogen und als Staatsfrauen und Staatsmänner. Der Amtsinhaber ist einer, der die Politik verwaltet. Das macht er vielleicht durchaus ordentlich, scheut sich aber, Widersprüche und Konflikte

anzupacken. Der Demagoge wiederum versucht, die vorhandenen Konflikte für seinen eigenen Vorteil auszunutzen. Die Staatsfrau und der Staatsmann sind doch in der Lage, einen Ausweg aus den Konflikten zu weisen. Was wir im Jahr 2018 brauchen, sind keine Demagogen, weniger Amtsinhaber, sondern mehr Staatsfrauen und Staatsmänner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt, der wichtig ist, ist Vertrauen – ein großes Wort: Vertrauen in unser politisches System und Vertrauen in den Rechtsstaat und in unsere Institutionen. Wir brauchen eine Politik, die Sicherheit gibt. Sicherheit will ich hier nicht verstanden wissen als Abwesenheit von Unsicherheit. Wenn wir das als Maßstab und Kriterium nehmen, landen wir sehr schnell in einem totalitären Staat. Ich meine damit die Abwesenheit von Angst. Man muss sich natürlich fragen, welche Art von Sicherheit Politik überhaupt bieten kann. Damit meine ich jetzt nicht jene Placebo-Sicherheit durch Grenzzäune, Kontrollen oder Überwachung, wovon ich vorhin schon gesprochen habe. Wer mit den Methoden des 19. Jahrhunderts versucht, Sicherheit im 21. Jahrhundert zu erreichen, der wird Freiheit zerstören und Ängste schüren, anstatt sie zu beruhigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mal in den Raum hinein: Hat jetzt irgendjemand im Land weniger Angst, weil wir auf einmal eine Bayerische Grenzpolizei haben? – Wir brauchen doch einen zeitgemäßen Begriff von Sicherheit, eine smarte Sicherheitspolitik für ein modernes und vielfältiges Land und für eine komplexe und vernetzte Welt. Es geht nicht darum, den Menschen die Verantwortung für ihr eigenes Leben abzunehmen. Es geht darum, ein staatliches Netz von Sicherheit und Verlässlichkeit aufzuspannen, das jedem Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Was wir GRÜNEN uns darunter vorstellen, möchte ich kurz skizzieren. Wir sind der Meinung, dass dafür folgende Bedingungen erfüllt sein müssen:

Erstens. Natürlich brauchen wir den Schutz vor Gewalt. Wir möchten, dass alle Menschen in unserem Land frei und sicher leben können, dass sie wissen, dass ihr Leben, ihre Gesundheit und ihr Eigentum geschützt sind, dass das Recht auf Selbstbestimmung – also so zu leben, wie man es für richtig hält – geschützt ist, vorausgesetzt natürlich, dass die Freiheit keines anderen eingeschränkt ist, dass diese Sicherheit für alle in unserem Land gleichermaßen gilt, unabhängig von der Herkunft, vom Geschlecht, der Religion oder der sexuellen Orientierung. Das mag jetzt vielleicht für einige total selbstverständlich und normal

klingen. Aber wenn wir uns die Realität anschauen, sehen wir, dass es das nicht ist.

Sie wissen auch: Es gibt unzählige rassistisch motivierte Gewalttaten, es gibt sehr viel sexuelle Gewalt, es gibt unzählige Übergriffe auf Lesben und Schwule in unserem Land. Wenn wir das alles ansehen, zeigt das eines: Es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Einen Teil dieser Arbeit können wir dadurch erledigen, indem wir unsere Sicherheitsbehörden gut ausstatten. Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten. Wir müssen sie von unnötigen Aufgaben entlasten. Wir brauchen eine stärkere europäische Zusammenarbeit. Wir brauchen mehr IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten. Wir brauchen eine starke und bürgernahe Polizei, damit die Menschen in unserem Land sich sicher fühlen und sicher sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur zurufen: Die Sicherheit und die Freiheit sind bei uns GRÜNEN in guten Händen,

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

weil wir nicht nur für Sicherheit sorgen, sondern auch für Freiheit. Zum Schützen der Freiheit und der Bürgerrechte gehört, dass man sich gegen das verfassungswidrige CSU-Polizeiaufgabengesetz stellt, weil dieses massiv in die Freiheits- und Bürgerrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift. All das schafft nicht mehr Sicherheit.

Herr Söder, Sie haben vorhin gesagt, seit es das Gesetz gibt, sei nichts vorgefallen. Ich habe das selbst beim Innenminister abgefragt: Seit Inkrafttreten des Gesetzes sind schon elf Personen länger als zwei Wochen in Gewahrsam genommen worden, eine Person sogar schon länger als zwei Monate – nur damit wir die Realität diesbezüglich anerkennen.

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

Das zeigt doch ganz deutlich, dass die Freiheit scheinbar stirbt und wir diese Freiheit verteidigen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Das Zweite, worum wir uns kümmern müssen, ist die äußere Sicherheit. Wir leben in einer unsicheren internationalen Umwelt. Die Antwort darauf kann doch nur lauten: mehr internationale Zusammenarbeit und nicht weniger. Wer heutzutage noch denkt, mit einem "Bavaria first" oder einem "Germany first" kommen wir irgendwie weiter, hat es doch nicht verstanden. Wir

brauchen ein "Europe united", um die großen Herausforderungen der heutigen Zeit anpacken zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU:
Dafür gibt es das Europaparlament!)

Deswegen bin ich entsetzt, dass Markus Söder vom Ende des geordneten Multilateralismus gesprochen hat. Herr Söder, Sie haben damit Bilder produziert und aufgemacht, die ich in diesem Land nicht haben möchte. Dass wir seit 70 Jahren in Frieden leben können, haben wir Europa zu verdanken. Ich stelle mich jedem und jeder in den Weg, die unser freiheitliches Europa kaputt machen möchten, und mit mir unzählige Bürgerinnen und Bürger, weil wir uns das von niemandem kaputt machen lassen, weder von einem Viktor Orbán noch von einem Kurz, von einem Trump oder von einem Markus Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Das Dritte, was wir in unserem Land brauchen, sind gleiche Chancen. Sicherheit in unserem Land hat nicht nur etwas mit der Polizei zu tun oder mit internationalen Beziehungen, sondern Sicherheit hat auch etwas mit gerechten Chancen zu tun. Ich muss mich als individuelle Person darauf verlassen können, dass meine Leistung gleich viel zählt – egal, ob ich eine Frau oder ein Mann bin. Das ist aber leider nicht der Fall. Auf den Chefesseln sitzen immer noch sehr viele Männer. Ich finde: Genau das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder erziehen, sich um Alte und Kranke kümmern, das wird meistens immer noch von Frauen erledigt, entweder von den eigenen Angehörigen oder den immer noch viel zu schlecht bezahlten Kräften in den Care-Berufen. Kolleginnen und Kollegen, auch das muss sich im Jahr 2018 endlich ändern. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen, wir wollen mehr Geld für Menschen, die sich um Kinder, Alte und Kranke kümmern. Und wir brauchen endlich eine Kinderbetreuung, die zum Leben passt: mit hoher Qualität und Öffnungszeiten auch am Abend, in den Ferien und am Wochenende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Chancen in unserem Land dürfen keine Frage des Geschlechts sein. Aber sie dürfen auch keine Frage des Wohnortes sein. Wo der Bus nicht fährt, der Bäcker und die Bank dichtmachen und das Internet ruckelt, das nächste Kino oder Theater 50 km oder weiter entfernt sind, der Krippenplatz nicht da ist, da wächst der Frust. Da wächst dann auch der Eindruck: Wir werden vergessen. Dieser Eindruck, wir

werden vergessen, und niemand kümmert sich um uns, ist natürlich auch der Humus für die Saat derer, die Ausgrenzung predigen und die Demokratie abschaffen wollen. Wir brauchen endlich eine Politik, die das Motto hat: gleiche Chancen in Bayern, egal, wo du lebst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt, damit meine ich nicht, dass wir nur ein paar Behörden verlagern, sondern damit meine ich, dass wir zum Beispiel endlich ein flächendeckendes Mobilitätsangebot garantieren. Wir GRÜNE möchten die Mobilitätsgarantie, dass zwischen 05.00 Uhr früh und 24.00 Uhr nachts an den Werktagen jeder Ort in Bayern mindestens einmal die Stunde angebunden ist. So sind gleichwertige Lebensverhältnisse auch auf dem Land möglich, und das müssen wir erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen gehören auch ein flächendeckendes Mobilfunkangebot und Glasfaseranschluss in jedem Haus. Es ist absurd: Wenn ich zu Unternehmerinnen und Unternehmern gehe, sagen die mir, dass sie ihre Daten ganz oft auf einen USB-Stick packen, den in einen Briefumschlag tun und zum Kunden schicken müssen, weil das schneller geht, als wenn sie über ihre 30 Mbit/s-Leitung von A nach B geschickt werden. Das ist doch für ein hoch technisiertes Land wie Bayern einfach nur peinlich. Auch das muss sich nach dem 14.10. ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Vierte, was wir brauchen, sind gleiche Rechte. Menschen brauchen Anerkennung und das Gefühl dazuzugehören. Dabei geht es auch um das Thema Sicherheit, und zwar um die Sicherheit, anerkannt zu werden, so wie man ist. Es geht um gleiche Rechte, unabhängig davon, ob man viel Geld oder wenig Geld hat, egal, welchen Job man macht, ob man hier geboren ist oder in Nordrhein-Westfalen, in der Ukraine oder im Senegal. Es muss gleichgültig sein, ob die eigene Familie aus Vater, Mutter, Kind – Mutter, Mutter, Kind – Vater, Vater, Kind oder aus Alleinerziehenden mit Kindern besteht. Es geht doch nicht darum, nach welchen Kriterien wir Menschen in besser oder schlechter einteilen. Das Problem ist doch, dass wir Menschen überhaupt in Kategorien einteilen. Dadurch legen wir nämlich den Keim für eine gesellschaftliche Spaltung. Davon, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir endlich wegkommen. Unser Land wird nämlich dadurch zusammengehalten, dass wir allen die Sicherheit geben: Du gehörst dazu, du gehörst dazu und auch du gehörst dazu. Wir alle haben die gleichen Rechte und Chancen in unserem Land verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Fünfte ist, glaube ich, gerade im Jahr 2018 wichtiger denn je: Wir brauchen starke und durchsetzungsfähige Institutionen, die dafür sorgen, dass Gesetze und Regeln tatsächlich gelten und nicht nur auf dem Papier stehen. Das betrifft sehr viele Bereiche des Lebens. Einen möchte ich besonders hervorheben. Als Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN möchte ich Ihnen noch einmal ans Herz legen: Schauen Sie bitte sowohl in die Bayerische Verfassung als auch in das Grundgesetz! Diese beiden Gesetzestexte geben uns allen den klaren Auftrag, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, und zwar für uns und auch für die, die nach uns auf dieser schönen Welt leben dürfen. Das fängt beim vermeintlich Kleinen an, beim Bienensterben, beim Rückgang der Artenvielfalt. Wir brauchen also mehr Schutzgebiete, wir brauchen weniger Pestizide, wir brauchen einen dritten Nationalpark anstatt einer dritten Startbahn am Flughafen München, wir brauchen mehr Blühstreifen und mehr Hecken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Warum machen Sie das denn nicht da, wo Sie regieren? Warum machen Sie das nicht selbst?)

Wir brauchen mehr Blühstreifen und mehr Hecken statt einer Agrarwüste, damit es in Bayern wieder brummt, zwitschert, krabbelt und pfeift. All das müssen wir jetzt endlich anpacken.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Sie täuschen die Leute! Dort, wo Sie selbst regieren, machen Sie nichts!)

Aber nicht nur die Pflanzen sollen blühen, sondern auch die Ortszentren. Bremsen wir endlich die Betonflut, hören wir auf, immer neue Geschäfte und Logistikzentren ins Land zu bauen! Machen wir lieber unsere gewachsenen Städte und Gemeinden stark. So schützen wir nämlich neben dem Klima und der Umwelt auch unser Landschaftsbild. Lassen Sie uns im Jahr 2018 endlich gemeinsam konsequent mit dem Schutz des Erdklimas anfangen. Hören wir auf, immer auf andere Länder zu zeigen, weil ein Präsident Trump oder China angeblich das alles auch nicht machen. Wenn wir die Klimakrise in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir global denken und lokal handeln.

(Jürgen W. Heike (CSU): Ha, ha!)

Das bedeutet: 100 % erneuerbare Energie in Bayern und raus aus der Kohleverstromung! So einfach ist das.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Wer hat denn Hambach geschlossen?)

Das heißt: Raus aus dieser Windkraftblockadehaltung von Ihnen!

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Diese unsinnige 10-H-Regelung muss endlich abgeschafft werden. Wenn die SPD, die in der Bundesregierung ist, davon spricht, dass wir GRÜNE uns wohl mit der Kohlelobby und den Energiekonzernen anlegen wollen, wenn einige in der SPD sogar von einer Blutgrätsche sprechen, dann muss ich leider auch den Genossinnen und Genossen zurufen: Sorry, da habt ihr einfach nicht recht! – Im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung sind die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt, nicht aber die Interessen der Kohleindustrie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Horst Arnold (SPD): Gesetz und Arbeit sind Ihnen wohl nichts wert, Frau Kollegin! Darum geht es nämlich!)

Ja, das hat Frau Nahles gesagt.

Lassen Sie mich nun zusammenfassen: Wir brauchen mündige Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die Orientierung geben und Vertrauen durch gute und wirksame Politik schaffen. Genau damit lässt sich Zukunft gut gestalten.

Kolleginnen und Kollegen, das Motto der GRÜNEN lautet: Mut geben statt Angst machen.

(Unruhe bei der CSU)

Wir sind nämlich davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft Zuversicht braucht statt Verzagtheit. Ich gebe Ihnen gerne etwas von meiner Zuversicht ab, wenn Sie damit nicht umgehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen, bei der CSU, haben wir es mit einer, sagen wir einmal, besonderen Art von Mut zu tun. Ich würde das einmal als Mut zur Lücke bezeichnen.

(Unruhe bei der CSU)

Wenn ich mir nämlich Ihr Wahlprogramm anschau, kann ich da sogar nicht einmal mehr von einem Mut zur Lücke sprechen, sondern vom Mut zur Schneise. Ihr Programm, das ist auch gar kein richtiges Wahlprogramm, sondern vielmehr das Regierungsprogramm von Dr. Markus Söder. Es besticht vor allem mit dem, was gerade nicht darin steht. Es steht nämlich nicht viel drin, es macht sogar fassungslos, was

alles fehlt. Klimaschutz? – Fehlanzeige. Gleiche Chancen für Frauen? – Das versteht die CSU anscheinend nicht. Fehlanzeige. Wirksamer Schutz der Artenvielfalt? – Fehlanzeige. Gemeinsames Europa? – Nein, lieber nicht.

(Unruhe bei der CSU)

Bessere Chancen für Kinder aus ärmeren Familien? – Fehlanzeige. Wirksamer Schutz vor Betonflut und Flächenfraß? – Fehlanzeige.

(Zurufe von der CSU: Das haben wir doch alles!)

Hilfe für Alleinerziehende – das ist übrigens die Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Armutsrisiko? – Fehlanzeige. Eine Integrationspolitik, die Brücken baut und die Geflüchtete in Arbeit bringt? – Fehlanzeige. Aus Zeitgründen habe ich leider nicht die Möglichkeit, alle Fragen aufzuzählen, bei denen sich die Wählerinnen und Wähler denken: Warum sagt uns die CSU dazu eigentlich nichts? – Dann muss ich eben andersherum die Frage stellen, und das ist schon interessant, warum Sie auf diese Zukunftsfragen keine Antwort haben oder keine Antwort geben wollen. Nach meiner Interpretation – die wird Ihnen nicht gefallen, Sie können sich jetzt aber schon einmal darauf vorbereiten – liegt es daran, dass Sie mit den Veränderungen und mit der wachsenden Vielfalt in unserer Gesellschaft überfordert sind. Sie schaffen es deshalb nicht, diese Fragen zu beantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

– Doch! Unser Land hat sich verändert. Es gibt neue Herausforderungen, die kann man aber nicht mit den Rezepten der Vergangenheit lösen. Sie stellen sich aber immer nur hier hin und erzählen. Dabei sind Sie immer breitbeinig und selbstbewusst, was ja auch schon mal was ist. Ein großes, gutes Selbstbewusstsein ist auch schon etwas.

(Zuruf von der CSU: Das haben Sie auch!)

Das allein reicht aber nicht. Wir müssen uns doch überlegen, wie wir die Herausforderungen der Zukunft gut gestalten können, wie wir mit den Bürgerinnen und Bürgern das verteidigen können, was uns lieb und teuer ist. Es ist doch die Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu setzen und die Zukunft mutig zu gestalten. Sie darf sich nicht in einer endlosen Selbstbeschäftigung verheddern, was die GroKo, der Sie mit angehören, gerade auf Bundesebene macht. Das nervt mittlerweile viele Leute. Sie können nicht mehr hören, dass ständig nur darüber geredet wird, was angeblich nicht geht, dass Hass und Hetze betrieben wird. Wir brauchen Menschen mit Leidenschaft, mit

Ideen, mit Zuversicht, die mutig diese Gesellschaft gestalten und für unsere Zukunft anpacken.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo!)

Weil die Menschen merken, dass Ihr Politikangebot immer weniger zum Land passt, haben Sie im Moment so schlechte Umfragewerte. Deshalb werden Sie in 17 Tagen die absolute Mehrheit verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Warten wir erst einmal ab!)

Kolleginnen und Kollegen, wie der neue Landtag aussieht, welche Mehrheiten es dann gibt, wie viele Parteien hier sitzen werden, das wissen wir alle miteinander nicht. Das liegt in der Hand der Wählerinnen und Wähler, und das finde ich jetzt erst einmal gut so. Ich weiß, die Menschen in diesem Land werden sich die Entscheidung, wen sie am 14. Oktober dieses Jahres wählen, nicht leicht machen. Ich glaube, wenn wir uns hier auf eine Sache einigen können, dann doch darauf, dass die Menschen in unserem Land spüren, dass sich Bayern, Deutschland und auch ganz Europa in einer kritischen Phase befinden. Es macht deshalb schon einen Unterschied, ob sich Bayern in eine national-autoritäre oder in eine europäisch-liberale Richtung bewegt. Deshalb ist es schon entscheidend, welche Parteien am 14.10.2018 wie viel Prozent bekommen. Ich hoffe, wir alle machen uns bewusst, ob wir uns im Wahlkampf treffen oder nach der Wahl hier im Hause, worum es eigentlich geht. Es geht nämlich in erster Linie nicht um uns, sondern darum, dass Bayern auch in Zukunft ein lebenswertes und ein liebenswertes Land bleibt,

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

und zwar für alle Menschen, die hier bei uns leben.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Schulze, für Ihren Redebeitrag. Noch einen kleinen Moment! Jetzt haben wir noch eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Arnold, bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Schulze. Mit vielen Ihrer Apelle kann man tatsächlich d'accord gehen. Viele sind aber nicht neu, sondern sind tatsächlich Wiederholungen aus der Verfassung. Es ist gut, wenn Sie darauf hinweisen, die Verfassungsrealität herzustellen. Unter diesem Aspekt habe ich allerdings schon eine Anmerkung zu machen. Sie sagen, es braucht etwas Neues, es braucht neue Gedanken. Sie kommen allzu oft mit neuen Gedanken,

die nicht ausformuliert bzw. nicht zu Ende gedacht sind. Sie setzen zum Beispiel ein Volksbegehren "Flächenfraß" in die Welt und aktivieren die Leute zu diesem wichtigen Thema und suggerieren, dass dies mit Ihrem Gesetzentwurf umsetzbar wäre. Dann muss man sich vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof ins Stammbuch schreiben lassen: Angesichts der komplexen Materie und der Regelungsdefizite des Gesetzesvorschlags ist es zudem zweifelhaft, ob die Stimmberechtigten bei einem Volksentscheid über den Gesetzentwurf überhaupt dessen Auswirkungen überblicken.

Das ist doch gewissermaßen der Hinweis – aus meiner Sicht –, dass die Themen zwar angesprochen werden müssen, dies aber gründlich. Ich fordere auch von Ihnen ein, wenn wir uns demnächst alle wieder im Landtag treffen, gründlich und zusammen zu arbeiten und nicht nur Schlagzeilen zu produzieren und Emotionen zu generieren, so wichtig das in der Politik auch ist, sondern sachliche, fachlich solide Arbeit zu leisten, damit das nächste Volksbegehren, das Sie initiieren, möglicherweise durchgeht, wenn Sie nicht an der Regierung sind.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das sagen die Richtigen!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Schulze, bitte.

Katharina Schulze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege, für die grundsätzliche Zustimmung, dass wir in unsicheren Zeiten als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen und unseren Rechtsstaat und die Demokratie verteidigen sollten.

Dankenswerterweise haben Sie mir die Möglichkeit gegeben, noch etwas zu dem wichtigen Thema Eindämmung von Flächenfraß in Bayern zu sagen.

(Horst Arnold (SPD): Gerne doch!)

Wir haben dieses Thema im Landtag auf allen Ebenen sehr tief und umfassend behandelt. Im Umweltausschuss wurde ein Gesetzentwurf umfassend diskutiert. Wir haben Expertinnen und Experten eingeladen. Wir haben das fachlich versiert gemacht. Wir haben nur das folgende Problem: Das ist die noch absolute Mehrheit der CSU, die unseren Vorschlägen nicht gefolgt ist. Dann mussten wir den Weg über ein Volksbegehren gehen. Ich finde es sehr bitter, dass es jetzt nicht zur Abstimmung kommt. Darum müssen wir die Abstimmung über das Thema Flächenfraß am 14.10. führen. Die Bürgerinnen und Bürger können bei der Wahl entscheiden, ob sie das schöne Gesicht Bayerns bewahren möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Auf den letzten Drücker noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Erwin Huber. Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Das Thema Flächenfraß, Herr Präsident, hat mich elektrisiert.

Katharina Schulze (GRÜNE): Das habe ich mir gedacht.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nicht nur das Volksbegehren, sondern auch der Gesetzentwurf, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier im Landtag eingereicht hat, hat jedes Instrument vermischen lassen. Sie machen nur Sprüche und wollen die praktische Umsetzung den Kommunen oder dem Staat überlassen. Das ist typisch GRÜNE: Sprüche machen, aber keine Realisierung dazusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Das Instrument war die Begrenzung auf fünf Hektar pro Tag. Wie das in den 2.056 Gemeinden in Bayern umgesetzt werden soll, war gar nicht enthalten. Sie sagen, darum soll sich die Regierung kümmern. Ein Gesetz, das dermaßen in die kommunale Planungshoheit eingreift, muss auch die Instrumente benennen.

Das Zweite, was ich in besonderer Weise als Widerspruch in diesem Zusammenhang sehe: Etwa 60 % der Flächen, die heute durch kommunale Planungen in Anspruch genommen werden, beziehen sich auf den Bereich Wohnungsbau. Die GRÜNEN und auch andere fordern ständig, wir müssen mehr Wohnungen bauen, es muss preiswerter Wohnraum geschaffen werden, es muss auch Eigenheime geben. Zur gleichen Zeit würden Sie den gleichen Kommunen die Grundlage entziehen, Bauland zur Verfügung zu stellen. Das ist der schlimmste Widerspruch in der Politik der GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Huber und liebe CSU, ich glaube, Sie müssen sich untereinander etwas besser absprechen. Auf der einen Seite werfen Sie uns immer vor, wir würden hier ständig Regeln geben wollen, und jetzt sagen Sie, wir würden hier zu wenig machen. Irgendwie passt das nicht so ganz.

Der Punkt ist doch, dass wir eine klare Richtlinie und eine Leitlinie vorgeben. Wir sind uns doch hoffentlich darin einig, dass wir zu viel von unseren schönen Flächen und der Natur verbrauchen. Ich kann nur Ludwig

Hartmann zitieren, der immer sagt: Wir müssen denken, bevor der Bagger kommt. Wenn wir anfangen würden, dafür zu sorgen, dass Logistikhallen nicht ebenerdig auf die grüne Wiese geklatscht werden, sondern in die Höhe und in die Tiefe gebaut wird, hätten wir schon viel gewonnen.

Die Kommunen sind in der Lage, ein ordentliches Flächenmanagement zu betreiben. Dafür muss aber der Freistaat Bayern, die staatliche Ebene, die Rahmenbedingungen vorgeben. Das gehört nämlich auch zu guter Politik, dass eine Leitlinie vorgegeben wird, wohin die Entwicklung gehen soll, an der man sich orientieren und so gemeinsam Handlungswege entwickeln kann. Da gibt es viele Ideen und Vorschläge. Gesetze sind auch dazu da, Rahmen, Leitlinien und Bedingungen erst einmal zu formulieren. Sie haben damals unserem Gesetzentwurf leider nicht zugestimmt. Wir werden am 14.10. sehen, wie die Bürgerinnen und Bürger über das Thema denken und sich an der Wahlurne entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Jetzt hat Kollege Muthmann das Wort. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben für die Politik das Bild des Laufbandes genommen und gesagt: Wer stehen bleibt, der fällt zurück. – Das stimmt. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal auf einem Laufband gestanden sind; denn da gilt auch: Wer zu schnell läuft oder zu viel will, kommt leicht ins Straucheln, und Omnipräsenz führt nicht zu Omnipotenz.

Ihre bisherige Regierungszeit ist geprägt von einer hektischen, aufgeregten Populismustour: alles auf einmal, nichts zu Ende gedacht, unfertige Konzepte, keine nachhaltigen Lösungen. Für ein solches Regierungshandeln sind die Probleme und Aufgaben viel zu komplex. Nachdenken und Zuhören finden überhaupt nicht mehr statt, offenbar auch nicht in Ihren eigenen Reihen, weil Sie glauben, alles selbst am besten zu wissen. Dieser Allwissenheits- und Allmachtsanspruch macht die Menschen skeptisch und überzeugt niemand. Diese Hauruck-Politik ist fehleranfällig und entwertet den notwendigen parlamentarischen Prozess und – noch wichtiger – wird weder Ihrer Verantwortung noch der des Parlaments gerecht.

Dazu nur zwei Beispiele aus den letzten Monaten: zum einen die Einweihung der Grenzpolizei ohne Rechtsgrundlage, im Übrigen auch ohne die notwendige inhaltliche Abstimmung mit dem Bund, und zum anderen das Familiengeld. Erst gestern hat die Bun-

desregierung, der die CSU angehört, auf eine Parlamentarische Anfrage wiederum bestätigt, dass doch eine Anrechnung auf Hartz IV erfolgt, der sozialpolitische Super-GAU. Alle bekommen etwas, nur die Bedürftigsten nicht.

Langfristig tragfähige Lösungsansätze fehlen dagegen in ganz zentralen Politikfeldern. Beim Wohnungsbau sind Ihre Antworten "BayernHeim" und Baukindergeld. Aber die Frage, wie die Wirtschaft motiviert wird, in den Mietwohnungsbau zu investieren, ist noch nicht einmal thematisiert.

Die Deckung des Facharbeiterbedarfs ist eine zentrale Frage zur Sicherung des Wohlstands. Wie halten Sie es mit der Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge?

Im Bildungsbereich: Digitalisierung. Wie wollen Sie diese implementieren? Wie sieht es in diesem Zusammenhang mit der Eigenverantwortung der Schulen aus?

Wie stärken wir die Innovationskraft der Wirtschaft, und wie sichern oder ermöglichen wir kreative Milieus? – Fragen ohne Antworten.

Zum Flughafen München hätten Sie eine mutige Infrastrukturentscheidung treffen können, haben aber mutlos agiert.

Interessant fand ich Ihre Ausführungen zum ländlichen Raum. Sie haben gesagt, Bayern müsse dezentraler werden, nicht alles müsse in München entschieden werden, die Regionen sollten mehr Kompetenzen erhalten. – Das ist richtig und eine langjährig auch von mir erhobene Forderung. Aus Ihrem Munde klingt das aber nicht glaubwürdig. Wer glaubt, der Heimatminister müsse jeden Förderbescheid persönlich aushändigen, will Kompetenzen nicht an nachgeordnete Behörden oder gar in die Regionen verlagern. Schon als Heimatminister haben Sie dazu nichts bewegt und in dieser Hinsicht auch die Enquete-Kommission nicht unterstützt. An den Taten, nicht an einer Regierungserklärung ein paar Tage vor der Wahl müssen wir Sie messen.

Moderne, frische Politik geht anders. Die vielen Zukunftsaufgaben müssen wir weltoffen und tolerant, mutig und zuversichtlich, aber auch solide anpacken. Wir müssen kontinuierlich für die Zukunftsfestigkeit arbeiten und nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun, sonst wird es nichts auf dem Laufband und auch nichts in der bayerischen Landespolitik.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Muthmann. – Die nächste Wortmeldung: Kollege Blume für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

(Erwin Huber (CSU): Auf geht's!)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begehen heute den letzten Plenartag dieser Legislaturperiode. Ich bin ganz ehrlich: Ich hätte mir heute an vielen Stellen einen würdigeren Abschluss, eine würdigere Debatte gewünscht, als wir es heute hier erlebt haben, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Wir auch!)

Vielleicht darf ich in Erinnerung rufen: Wir haben das Privileg, in einer der attraktivsten Regionen dieser Welt und in einer der besten Zeiten zu leben. Wenn ich der Opposition hier zuhöre, dem Klein-Klein des Schlechtredens, dann habe ich den Eindruck, dass dieses Land eher an Nordkorea grenzt und nicht das erfolgreichste Land in Europa ist, meine Damen und Herren. Das hat dieses Land nicht verdient!

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): So viel Jammerei!)

Ich schaue mir dieses Klein-Klein im Einzelnen an: Der Kollege Aiwanger, der schon nicht mehr da ist, erzählt von Knöpfen der Uniformen. Woanders hören wir, dass es in diesem Land auch in Zukunft krabbeln soll. Liebe Kollegen, wenn jemand von außerhalb Bayerns diese Debatte verfolgt, wird er, glaube ich, sofort sagen: Oh, du glücklicher Freistaat Bayern, was müssen wir tun, damit wir in diesem Land leben können, das keine sonstigen Probleme hat?

(Beifall bei der CSU)

Wirklich betrübt macht mich aber Folgendes: Der Ministerpräsident hat heute mit seiner Regierungserklärung die Hand ausgestreckt, in diesem Land gemeinsam etwas gegen die Spaltung der Gesellschaft zu tun, die offensichtlich ist. Aber Sie haben diese Hand ausgeschlagen. Sie haben mit Ihren Beiträgen heute die Spaltung in der Gesellschaft, auch die politische Spaltung, weiter vertieft.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das stimmt nicht! Unverschämt! – Horst Arnold (SPD): Ursache und Wirkung!)

Ich hoffe nicht, dass wir irgendwann in der nächsten Legislaturperiode in veränderter Zusammensetzung hier zusammenkommen werden und gemeinsam feststellen: Heute, an diesem Tag, haben wir hier gemeinsam einen Fehler gemacht. Vielleicht hätte man in die Bayerische Verfassung schauen sollen, Artikel 13. Da heißt es:

Die Abgeordneten sind Vertreter des Volkes, nicht nur einer Partei.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Richtig!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie Vertreter des Volkes und nicht nur einer Partei wären, dann würden Sie einmal, zumindest am letzten Plenartag einer Legislaturperiode, aufhören, dieses Land fortwährend schlechtzureden, meine Damen und Herren. Sie würden einmal anerkennen, wie gut dieses Land dasteht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Wissen Sie, was das Volk will?)

Wenn Sie Vertreter des Volkes wären,

(Horst Arnold (SPD): Sind Sie es denn? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

dann würden Sie nicht einzelne Bevölkerungs- und Berufsgruppen fortwährend diskreditieren. Nein, dann würden Sie sich als Repräsentanten dieses Hohen Hauses auch einmal hinter unsere Polizei stellen, anstatt gegen sie zu demonstrieren oder sich mit dem Schwarzen Block zu solidarisieren, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Na, na!)

Wenn Sie Vertreter des Volkes wären, dann würden Sie nicht unsere Landwirte verunglimpfen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dann würden Sie zu ihnen stehen, zu ihnen Vertrauen haben und ihnen Dank aussprechen für das, was sie für unser Land tun, liebe Kollegen. Und Sie würden unsere Familien nicht bevormunden, indem Sie ihnen sagen, wie sie zu leben haben, und den Schwächsten nicht am Ende noch das Familiengeld streichen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie beschneiden die Wahlfreiheit der Eltern und schreiben Lebensmodelle vor. Das ist Sozialismus pur!

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das ist nicht Vertretung des gesamten Volkes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde mir auch wünschen – ich sage das gerade den Linken hier im Haus, Rot und Grün –, dass Ihr

historisches Gewissen einmal über die Phase der 68er-Bewegung hinausreichte.

Und ich würde mir am Ende wünschen, dass Sie wenigstens bei einer solchen Gelegenheit einmal die ideologische Parteibrille abnehmen und nicht Politik machen, indem Sie den politischen Wettbewerber fortwährend herabsetzen.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, wo das hinführt: Wer dem Ministerpräsidenten niederste Beweggründe unterstellt, wer ihm abspricht, dass er es mit seiner Entschuldigung hier im Hohen Haus ernst gemeint hat, wer fortwährend den politischen Wettbewerber in übelster Art und Weise nicht nur hier, sondern auch auf der Straße – das ist vielleicht noch gefährlicher – diffamiert, der legt die Axt an das, was uns hier politisch verbindet. Ich sage Ihnen: Erst zerbröseln die Parteiensysteme und dann die Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Demokratie sollte Wettbewerb der Ideen sein. Was wir heute wieder erlebt haben, war ein Wettbewerb der Herabsetzungen. Wie hier von Oppositionsseite argumentiert wurde, war selbstvergessen, selbstgerecht und in jeder Weise moralisierend.

Ich sage Ihnen: Seien Sie sich nicht so sicher, was die politische Stabilität und die politischen Verhältnisse in diesem Land angeht, wenn wir über die Grundlagen unserer Demokratie reden. Manch einem mag der Weg nach Weimar weit erscheinen. Aber wenn ich mir anschau, was damals passiert ist – eine unglaubliche Polarisierung, ein Hinaustragen der politischen Debatte auf die Straße, gleichzeitig eine offensichtliche Fragmentierung in den politischen Positionen –, dann stelle ich fest, der Weg ist manchmal vielleicht nicht so weit. Deswegen sollten wir uns heute damit auseinandersetzen, was wir tun müssen, damit es nicht so weit kommt. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Sie haben heute eben das geleistet, nämlich die Erosion im politischen System befördert. Sie spalten dieses Land.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist doch unerhört!)

Sie spalten dieses Land und die politische Debatte, indem Sie an die Stelle des Arguments nicht das Gegenargument setzen, sondern mit der Moralkeule kommen.

(Horst Arnold (SPD): Beispiele!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade im Hinblick darauf, wie die Kollegin Schulze zuletzt gesprochen hat: Wer uns unterstellt, wir stünden autoritären Systemen nahe, hätten sozusagen ein nationalistisches Bayern vor Augen, wer uns rassistische Tendenzen vorwirft,

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

wer uns einen Frontalangriff auf die Menschenrechte in unserer Demokratie vorwirft, wer uns für schuld am Tod von Migranten erklärt – ich sage Ihnen, was ich zumindest erwarte –, der müsste sich für so etwas entschuldigen. Liebe Freunde, das ist bisher nicht passiert.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Schulze, Sie haben gesagt, die Mehrheit in diesem Land würde unsere vermeintliche Nähe zum Autoritären nicht schätzen. Ich sage Ihnen, was die Mehrheit in diesem Land noch weniger schätzt: Ihre Nähe zu Verfassungsfeinden und die Tatsache, dass Sie mit Verfassungsfeinden gemeinsam auf die Straße gehen. Nein, das will die Mehrheit in diesem Land nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch ganz deutlich: Rechtsradikale bekämpft man nicht, indem man mit Linksradikalen und Linksextremisten gemeinsame Sache macht.

(Beifall bei der CSU)

Wer sich mit solchen Leuten gemein macht und sich nicht abgrenzt, der macht die Ränder stark.

Was aber noch schlimmer ist: Sie verbreiten auch die Unwahrheit. Sie verbreiten die Unwahrheit, säen Misstrauen, säen Missgunst, verbreiten offenkundig Lügen und, wie man Neudeutsch sagt, Fake News.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Beispiele!)

Ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt. Ich bin entsetzt über das, was ich hier vom Kollegen Aiwanger gehört habe. Er verbreitet Gerüchte, die unser Finanzminister in einem Zeitungsinterview längst ausgeräumt hat, und sät Misstrauen, dass die Beamten in Bayern plötzlich um ihre Sonderzahlung fürchten müssen und vielleicht in Zukunft mehr arbeiten müssen. Keiner weiß, woher diese Gerüchte kommen, aber sie sind längst ausgeräumt. Und was macht der Kollege Aiwanger hier? – Er erzählt diese Gerüchte munter weiter. Danach setzt er noch eins drauf

(Zuruf von der CSU: Richtig!)

und will den Eindruck erwecken, dass unsere baye-
rische Polizei nicht Recht und Gesetz vollzieht, son-
dern Strafvereitelung im Amt stattfinden soll. Lieber
Herr Kollege Aiwanger, wenn Sie einen Funken An-
stand hätten, wären Sie erstens jetzt bei der Debatte
da und würden zweitens sofort erklären, was Sie
damit gemeint haben.

(Beifall bei der CSU)

Wer so daherredet, liebe Kolleginnen und Kollegen,
der wirkt am Ende tatsächlich zersetzend, was das
politische System angeht.

Ich will aber hier auch die Kollegin Kohnen nicht aus-
klammern. Auch sie hat heute, wie ich meine, starken
Tobak präsentiert. Sie hat tatsächlich wider besseres
Wissen unserem Ministerpräsidenten erneut vorge-
worfen, dass er das Wort "Asyltourismus" mit ertrink-
enden Menschen im Mittelmeer in Verbindung ge-
bracht hat. Ich sage Ihnen, Frau Kollegin Kohnen:
Auch bei Ihnen wäre es gut, wenn Sie zu diesem Zeit-
punkt der Debatte noch da wären und nicht den Raum
schon verlassen hätten wie die Kollegen Ihrer eigenen
Fraktion während Ihrer Rede, sondern sich am Ende
dafür entschuldigen und sagen würden, dass eben
das nicht stattgefunden hat, und anerkennen würden,
dass unser Ministerpräsident dieses Wort in anderem
Zusammenhang verwendet hat und hier im Hohen
Haus deutlich gemacht hat, dass es ihm leid tut. Ich
finde, wer Anstand plakatiert, meine Damen und Her-
ren, sollte am Ende auch Anstand zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Das habe ich heute in dieser Debatte leider vermisst.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, ge-
statten Sie eine Zwischenfrage vom Herrn von Brunn?

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert)
Das machen wir im Anschluss.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Gut.

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert)
Die Kollegin Schulze hat auch viel von Anstand und
Haltung gesprochen.

(Zuruf von der CSU: Wie immer!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Haltung ist etwas, was
für mich der Bayerische Ministerpräsident gezeigt hat,
indem er sich beispielsweise zur Prägung des Landes
bekennt und zu dem, was die Grundlagen unseres
Zusammenlebens sind, indem er deutlich gemacht

hat, dass Zusammenhalt vielleicht das wichtigste Gut
in diesen Zeiten ist.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm
(GRÜNE))

Frau Kollegin, ich habe in den letzten Jahren an vie-
len Stellen gerade bei Ihnen die Haltung vermisst.
Jetzt plötzlich wollen Sie das alles mit schönen Wor-
ten zudecken. Aber ich erinnere mich gut, wie Sie bei-
spielsweise die Leistung der Trümmerfrauen in unse-
rem Land in unglaublicher Art und Weise diskreditiert
haben, indem Sie das Denkmal für die Trümmerfrau-
en verhüllt haben. Ich habe es nicht vergessen, liebe
Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Noch mal in Richtung der SPD: Der Kollege von
Brunn kann seine Frage vielleicht noch entsprechend
anpassen und darüber nachdenken, was politischer
Anstand heißt. Sie lassen den Anstand vermissen. Ich
frage Sie: Ist es anständig, wenn Sie uns für Ertrin-
kende im Mittelmeer verantwortlich machen? Ist es
anständig, wenn die Jusos plakatierten "Fuck CSU"?
Ist das der politische Anstand, von dem Sie reden?
Sie verbreiten offenkundig in diesem Haus Unwahr-
heiten. Ich empfehle Ihnen für die Zukunft, nicht über
Demonstrationen zum Thema "Ausgehetzt" nachzu-
denken, sondern unter "#ausgeheuchelt" die eigene
Position zu hinterfragen, liebe Kolleginnen und Kolle-
gen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Sub-
stanzlos ist das!)

Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute den Kernauf-
trag der Demokratie ernst nehmen: den Wettbewerb
der Ideen. Dazu müssen wir uns jedoch mit Ideen von
Ihrer Seite auseinandersetzen können. Ich habe
nichts gehört. Ich habe keine einzige Idee gehört, mit
der wir das Land nach vorne bringen könnten. Wenn
Sie Ideen äußern, handelt es sich um Ideen, mit
denen Sie alles aufs Spiel setzen.

Frau Kollegin Kohnen hat eine sehr bemerkenswerte
Rede gehalten. Ehrlich gesagt wundert es mich nicht,
dass sich die Oppositionsführerschaft von den Sozial-
demokraten entfernt. Sie hat ein Bayern gezeichnet,
in dem wir einen starken Staat brauchen. Dabei han-
delt es sich jedoch nicht um einen starken Staat an
der Stelle, an der es die Menschen erwarten, nämlich
das Eintreten für Sicherheit und den Schutz von
Leben und Eigentum. Sie meinen einen starken Staat,
der in die Wirtschaft eingreift, alles an sich zieht und
die Menschen bevormundet. Ich sage Ihnen: Das ist
Planwirtschaft. Das ist Sozialismus. Das ist aber nicht
der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Im Hinblick auf die Äußerungen von Frau Kollegin Schulze finde ich es bemerkenswert, dass Sie sich mit unserem Wahlprogramm auseinandersetzen. Gestern bei der Fernsehdiskussion mit Ihrem Kollegen hatte ich den Eindruck, dass die GRÜNEN ihr eigenes Wahlprogramm nicht kennen. Sie wollen vergessen machen, dass Sie für Tempolimits, für Gemeinschaftsschulen, für höhere Steuern und für vieles mehr sind. Das kommt heute allerdings auch auf den Tisch. Ich empfehle Ihnen: Setzen Sie sich mit Ihren eigenen Positionen auseinander, und sagen Sie uns, wie diese das Land voranbringen sollen. Wir glauben nicht, dass Ihre Ideen dieses Land voranbringen. Das würde ein anderes Bayern bedeuten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie denken an die Redezeit, oder?

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) – Ich bin fertig.

Am 14. Oktober geht es um Bayern und um die Art und Weise, wie wir leben. Wir kämpfen für ein Bayern mit Zusammenhalt statt Spaltung, mit Stabilität statt Chaos und mit Stärke statt Verzagtheit. Seit 60 Jahren wollen wir das Beste für Bayern. Das ist das, was uns auch in Zukunft leitet. Wir sind zuversichtlich, dass wir am 14. Oktober das Vertrauen der Menschen gewinnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Mir liegen drei Meldungen für eine Zwischenbemerkung vor. Ich nenne die Reihenfolge: Herr Kollege Gehring, Frau Kollegin Gottstein und Herr Kollege von Brunn. Herr Kollege Gehring, bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Blume, Ihre Äußerungen kann man am letzten Tag dieser Legislaturperiode nicht so stehen lassen. Sie haben den Stil dieses Hauses und den Umgang miteinander angesprochen. Sie haben große Worte verwendet. Wenn man solche Worte verwendet, muss man ihnen selber auch gerecht werden. Das gilt beispielsweise für das Wort "Würde". Ich glaube nicht, dass die Rede, die Sie gerade gehalten haben, sehr würdevoll war.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir hatten eine durchaus lebhaftere Debatte. Es gab auch schon lebhaftere Debatten. Die Aggression hat Herr Kollege Kreuzer hineingebracht. Aber das macht er immer so. Damit können wir umgehen. Da steht

nicht viel dahinter. Sie haben der Opposition Fake News, Lügen und Zersetzung des Systems vorgeworfen.

(Zurufe von der CSU: Richtig!)

Ich frage mich schon: Welche Worte werden Sie denn verwenden, wenn in nächster Zeit eine neue Fraktion in den Landtag einzieht? Welche Sprache wählen Sie, wenn es um den Konsens der Demokraten und den Austausch unterschiedlicher Argumente geht?

Die Argumente sind ausgetauscht worden. Dank einer Zwischenbemerkung hat die Kollegin nochmals einiges zum Thema Flächenfraß und zu den Maßnahmen dagegen ausgeführt. Zu diesem Punkt kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber wir sollten uns nicht mit den Themen Fake News und Zersetzung auseinandersetzen. Das Problem von Katharina Schulze ist eher, dass sie in dieser kurzen Zeit zu viel redet und zu viele Vorschläge macht. Zu wenig Vorschläge und zu wenig Inhalte sind nicht das Problem. Das, was Sie sagen, diskreditiert dagegen die Arbeit aller Oppositionsfraktionen und übrigens auch Ihrer eigenen Fraktion in den letzten fünf Jahren. Wir haben eine Vielzahl von Gesetzen – von den GRÜNEN waren es rund 47 – und Anträgen eingebracht. Wir haben Haushaltsanträge gestellt, die durchgerechnet worden sind. In diesem Parlament wurde durchaus gut und vernünftig gearbeitet. Deswegen sind Begriffe wie "Fake News" und "Zersetzung" nicht hinzunehmen. Sie sollten sich davon distanzieren. Eigentlich sollten Sie sich bei uns Parlamentariern entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zwei Minuten sind um.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sie haben ein Problem. Vertreter des Volkes sind wir alle. Bei Ihnen gewinnt man jedoch den Eindruck, dass Sie nur Vertreter der CSU sind und alles nur mit dieser Brille sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Gehring, ich habe die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten genau als das verstanden: Er wollte deutlich machen, was dieses Land in den letzten fünf Jahren auf den Weg gebracht hat. Er hat diesen gemeinsamen Geist beschworen. Niemand von Ihrer Seite hat sich dazu geäußert. Sie hätten es sagen können. Das habe ich Ihnen nicht verboten. Stattdessen haben wir vorhin eine Agitation erlebt. Sie stellen einfach ungeprüfte

Behauptungen in den Raum. Ich glaube, Sie müssen an dieser Stelle nicht Herrn Kollegen Aiwanger verteidigen. Er müsste sich selbst erklären. Wie kommt er dazu, hier zu erklären, er hätte irgendetwas gehört? Er stellt in den Raum, dass die bayerische Polizei nicht ordentlich Recht und Gesetz vollziehen würde. Wie kommt er dazu, einfach Gerüchte zu verbreiten, zu denen es eine klare Erklärung der Staatsregierung gab, wonach diese Gerüchte keine Substanz haben? Wie kommt Frau Kollegin Kohnen heute dazu, etwas fortgesetzt zu behaupten, von dem sie weiß, dass es nicht so war? Der Ministerpräsident hat mit "Asyltourismus" nicht die Primärmigration und schon gar nicht die Ertrinkenden im Mittelmeer gemeint. Wie kommen Sie dazu, so etwas einfach in den Raum zu stellen wider besseres Wissen? – Ich kann nicht anders, als zu sagen: Sie verbreiten Unwahrheiten und Lügen.

(Unruhe)

Damit bereiten Sie den Nährboden für eine vergiftete politische Debatte in diesem Land.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt kommen wir zur zweiten Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Gottstein, bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Blume, Sie werfen im Rahmen Ihrer Endzusammenfassung letztendlich der gesamten Opposition vor, sie würde nichts anderes machen, als zu diffamieren. Ich denke, das haben Sie gerade mit Ihren Bemerkungen ausschließlich gemacht. Sie haben uns vorgeworfen, wir wären in den 68er-Jahren stehengeblieben. Sie verkennen, dass wir ohne die 68er – ich zähle mich nach wie vor dazu – kein Wahlrecht mit 18 hätten. Wir Frauen müssten immer noch hinter dem Herd stehen und hätten keine Rechte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Forderungen aus den 68er-Jahren sind von den Regierungen der 70er-Jahre umgesetzt worden.

Sie halten der Opposition vor, wer gemeinsam mit wem auf die Straße geht, und vergessen dabei, dass Ihr derzeit amtierender Parteivorsitzender gesagt hat, er wäre in Chemnitz auch auf die Straße gegangen. Sie werfen uns vor, wir würden polarisieren. Sie und Ihre Partei sind doch diejenigen, die polarisieren. Es ist noch nicht lange her, dass aufgrund von Punkt 62 in einem teilweise doch sehr sinnvollen Papier fast die Regierung geplatzt wäre. Wenn das nicht Polarisierung war, weiß ich nicht, was Polarisierung heißt.

Sie werfen der Opposition vor, sie sei selbstgerecht. Sie waren gerade mit Ihrer Rede ein Musterbeispiel für Selbstgerechtigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie werfen uns vor – das sage ich nach zehn Jahren in diesem Haus –, wir hätten keine Ideen gehabt und hätten Sie nur angegriffen. Es ist doch eher umgekehrt. Ich glaube, keine 5 % der Ausschusssitzungen haben dazu geführt, dass die Ideen der Opposition aufgegriffen worden sind. Stattdessen wurden sie abgeschmettert und dann als neue Ideen von Ihrer Seite verkauft. Das ist der Stil, den ich nach zehn Jahren in Erinnerung habe. Wir haben debattiert. Es ist nichts angekommen. Fast nichts wurde aufgegriffen. Dann sagen Sie, wir hätten keine Ideen und seien selbstgerecht. Es ist eher umgekehrt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Gottstein, die Länge Ihrer Ausführungen zeigt, dass es Sie irgendwie getroffen hat und wahrscheinlich auch richtig ist.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das Zweite: Ja, Frau Kollegin Gottstein, ich darf auch seit zehn Jahren dem Bayerischen Landtag angehören. Wenn Sie mich nach Ihrer Position oder der Position Ihrer Partei fragen, kann ich sie Ihnen bis heute nicht so genau sagen. Heute ist auch von Orientierung und Standpunkten gesprochen worden.

Das Dritte: Ich habe mich gegen die Aussage gewandt, dass wir keinen Wettbewerb der Ideen führen würden. Ein Wettbewerb, in dem mit Argumenten gestritten wird, ist zulässig. Dabei muss die Demokratie alles aushalten. Wir müssen aber Debatten unterbinden, bei denen wir an die Stelle des Arguments die Moral setzen. Wenn ich mich richtig erinnere, hat die erste Rednerin, die Kollegin Kohnen, genau das getan. Sie hat den Bayerischen Ministerpräsidenten in seiner moralischen Eignung beurteilt und danach gefragt, ob er geeignet ist, dieses Amt auszuüben oder nicht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das haben andere auch schon gefragt!)

Ich behaupte: Niemand kann in diesem Hohen Haus die moralische Eignung eines anderen beurteilen, und man sollte es auch nicht tun. Das habe ich mit dem fehlenden politischen Stil gemeint.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die dritte Zwischenbemerkung: Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Blume, der Ministerpräsident hat unzweifelhaft von Asyltourismus gesprochen. Nachdem er diesen Begriff im Juni in den "Tagesthemen" geäußert hat, hat er ihn noch einmal wiederholt. Später hat er bedauert, das gesagt zu haben. Sie haben sich heute unglaublich darüber erregt, in welchen Zusammenhang wir diese Äußerung gestellt haben. Ich will nur auf eine Bemerkung von Innenminister Joachim Herrmann vom November 2014 verweisen. Er hat damals gesagt, es sei höchste Zeit, dass Italien unsere Kritik höre und besser gegen Asyltourismus vorgehe. Was soll das bitte heißen? – Das können Sie an der Stelle einmal erklären.

Wenn Sie über Anstand reden, hätte ich gerne gehört, dass einer aus der CSU den Äußerungen von Bundesinnenminister Seehofer zu Chemnitz und seiner Haltung zu Herrn Maaßen widersprochen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Herr Seehofer ist seit einiger Zeit als Geisterfahrer in der Großen Koalition auf der ganz rechten Spur unterwegs. Dazu hört man von Ihnen überhaupt nichts. Ich vermisse auch Sie, Herr Blume, und andere Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag und dem Deutschen Bundestag, wenn in München die Zivilgesellschaft gegen NPD- und AfD-Mitglieder demonstriert, die den Schießbefehl an der Grenze wieder einführen wollen. Wo sind Sie denn da? Ein einziger Stadtrat der CSU ist da – das ist anständig –, aber kein Landtagsabgeordneter und kein Bundestagsabgeordneter von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, ich glaube, Ihre Ausführungen haben gerade für das gesprochen, was ich problematisiert habe. Sie sagen, wir würden fortwährend die anderen in einer Art und Weise herabsetzen und Ihnen eine Intention unterstellen, die nie zugrunde lag und für die man sich auch nicht rechtfertigen muss.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben mir nicht zugehört!)

– Ich habe Ihnen zugehört, Sie mir aber offensichtlich nicht. Ich möchte an der Hauptbotschaft anknüpfen, die heute der Ministerpräsident mit seiner Regierungserklärung ausgesendet hat, nämlich zu der Art

und Weise, wie wir miteinander umgehen. Ich möchte, dass politische Debatten in der Mitte der Gesellschaft stattfinden. Ich möchte nicht, dass die Debatte auf der Straße stattfindet und die Dinge am Ende von den Extremen ausgehandelt werden. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Ich gehe dann nicht auf die Straße, wenn ich weiß, dass ich dort mit Linksradikalen unterwegs bin, um gegen Rechtsradikale zu demonstrieren. Nein, der Ort der Auseinandersetzung muss hier das Parlament sein. Hier muss aus der Mitte heraus debattiert werden. Mit Extremen von Links oder von Rechts macht man keine politischen Geschäfte.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Blume. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER "Mobilfunkabdeckung verbessern - die Chancen von National Roaming nutzen!"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen oder Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. – Erster Redner ist Kollege Glauber, der gleich zehn Minuten lang spricht. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Markus Blume hat gerade davon gesprochen, dass es um Sachthemen und um Inhalte geht. Ich glaube, die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat immer Sachthemen gefunden, den Breitbandausbau und den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur. Wir werden heute zu einem Thema sprechen, mit dem sich aus meiner Sicht der nächste Bayerische Landtag und auch der Bundestag auseinandersetzen müssen. Es geht um nationales Roaming.

Nationales Roaming ist gerade beim Schließen weißer Flecken notwendig. Die Bayerische Staatsregie-

rung, der Wirtschaftsminister und die CSU-Fraktion möchten im Prinzip 500 neue Masten in Bayern bauen, aber die Masten sollen nicht von den Telekommunikationsunternehmen gebaut werden, die dafür zuständig sind, sondern die Gemeinden werden aufgefordert, beim Bau der Masten mitzumachen, weil es sonst nicht funktioniert und der Markt auch keine Mittel dafür bereitstellt. Nach dem allerersten Entwurf – wir können schauen, wie es am Ende ausgehen wird – sollen die Gemeinden dazu beitragen, indem sie 20 % der Infrastruktur selbst bezahlen.

(Staatsminister Franz Josef Pschierer: Das stimmt doch nicht!)

So lautete zumindest der allererste Entwurf. Das wissen Sie, Herr Wirtschaftsminister Pschierer. Ihre Vorgängerin, Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, hat genau diesen Entwurf diesem Hohen Haus vorgestellt. Sie haben sehr schnell gemerkt, dass der Bayerische Gemeindetag und die Kommunen sich vehement und völlig zu Recht gegen diesen Entwurf stellen. Wir haben dann von Anfang an versucht, Ihnen eine andere Idee schmackhaft zu machen.

Markus Blume, der Generalsekretär, ist seit zehn Jahren mein Kollege im Wirtschaftsausschuss. Gegenüber der Idee des nationalen Roamings hat er das Argument der Marktgläubigkeit vertreten und immer wieder gesagt: Wir können doch bei aller Liebe den Wettbewerb nicht behindern. – Wir FREIE WÄHLER wollen den Wettbewerb nicht behindern, aber wir wollen ein Sharing, wir wollen, dass die Infrastruktureinrichtungen von mehreren Betreibern genutzt werden können. Sie werden sehen, dass in der nächsten Ausschreibung der Bundesnetzagentur, der 5G-Ausschreibung, nationales Roaming oder Sharing enthalten sein wird. Die Bundesnetzagentur wird dieses Thema aufgreifen; denn damit werden weiße Flecken geschlossen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger Geld aufbringen müssen, ohne dass dort privates Geld eingesetzt werden muss. Zuständig dafür sollen die Telekommunikationsunternehmen sein.

Bei der Versteigerung der letzten Lizenzen haben die Unternehmen, die drei großen Player, zugesichert, dass sie 97 % der Bevölkerung versorgen werden. Das ist nicht passiert. In Bayern haben wir nur eine Versorgung von 92 oder 93 %. Im ländlichen Raum gibt es weiße Flecken, die unterversorgt sind. Diese weißen Flecken wollen Sie jetzt in Zusammenarbeit mit den Kommunen, die Ihnen als Partner zu Seite stehen sollen, schließen. Sie sollten ein Telekommunikationsunternehmen finden, das zusammen mit Ihnen diese Mobilfunkmasten betreibt. Das alles wird so nicht funktionieren, Kolleginnen und Kollegen.

Erwin Huber wird heute zum letzten Mal an diesem Rednerpult zu diesem Thema sprechen. Sie haben in diesem Haus lange Zeit immer die Marktgläubigkeit vertreten. Glauben Sie doch nicht immer dem Markt. Der Markt wird es nicht regeln. Wir, die FREIEN WÄHLER, haben Ihnen einen anderen Weg aufgezeigt. Wir haben gesagt: Dort, wo es weiße Flecken gibt – das haben andere Länder in der Gesetzgebung vorgemacht –, können wir nationales Sharing oder nationales Roaming für eine gewisse Zeit zulassen. Es muss nicht für 10 oder 15 Jahre lang eingeführt werden, aber die Bürger müssen damit versorgt werden. Wir, die Politikerinnen und Politiker im Bayerischen Landtag, sind verpflichtet, den Bürgern in den weißen Flecken im ländlichen Raum eine Versorgung anzubieten. Mit nationalem Roaming – andere Länder haben es vorgemacht – hat der Bürger die Chance, auf diese Infrastruktur zuzugreifen. Wir, die FREIEN WÄHLER, werden diese Idee weitertragen.

Ich habe Ihnen beim Ausbau des Breitbands und des Mobilfunks immer vorgehalten, dass die weißen Flecken schon heute geschlossen wären, wenn Sie in der Ausschreibung lukrative Standorte mit weniger lukrativen Standorten kombiniert hätten. Sie wollten dieser Idee aber nie näher treten. Nie haben Sie lukrative Standorte mit zwei unlukrativen oder weniger lukrativen Standorten verbinden wollen. Dabei hätten für jeden Superstandort zwei oder drei neue Standorte geschaffen werden müssen. Das wäre eine Flächenversorgung gewesen, die unsere Bürgerinnen und Bürger in Bayern nichts gekostet hätte. Das wäre vorausschauende Politik gewesen.

Sie sprechen von dem Wettbewerb der besten Ideen. Wir haben Ihnen wieder einmal eine gute Idee unterbreitet. Beim Breitbandausbau wurden wir immer belächelt. Als wir 2008 in dieses Haus eingezogen sind, haben wir schon gefordert, dass Glasfaser in jedes Haus verlegt werden muss. Wir werden bei dem Gedanken "Glasfaser in jedes Haus" bleiben, weil das der richtige Weg ist. Denken Sie doch an die Marktgläubigkeit: Man hat heute eine Glasfaserinfrastruktur bis zum Kupferverzweiger. Und wer besitzt die Kupferverzweiger? Ein deutsches Unternehmen besitzt 32.000 der 40.000 Kupferverzweiger. Damit gibt es keinen Wettbewerb. Es gibt keinen Markt, und diese Struktur müssen wir aufbrechen. Genau dort wollen wir FREIEN WÄHLER ansetzen. Wir wollen die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sichern. Wir wollen sicherstellen, dass die Unternehmen untereinander eine Regelung finden, und wir müssen das politisch begleiten. Wir müssen die Unternehmen an die Hand nehmen und die Voraussetzung schaffen.

Die Bundesnetzagentur wird bei der Versteigerung der 5G-Lizenzen – da bin ich mir ganz sicher – den

Weg eines nationalen Sharings und einer Teilung der Masten mitgehen. Darüber werden sich auch die Bürgerinnen und Bürger freuen, weil nicht drei Masten nebeneinander gebaut werden müssen, sondern nur ein Mast errichtet werden muss. Dann wird auch die Diskussion um Strahlenbelastung und Sendeleistung zum Erliegen kommen.

Noch einmal: Nicht die Marktgläubigkeit ist entscheidend. Entscheidend ist, den Bürger in den Mittelpunkt zu stellen. Wie oft sind heute in der Regierungserklärung und der Aussprache dazu der Bürger und das Ziel, den Bürger in den Mittelpunkt zu rücken, angesprochen worden. Rücken Sie also die Bürger im ländlichen Raum ohne Versorgung in den Mittelpunkt! Schaffen Sie ein nationales Sharing! Gehen Sie als Erste einen bayerischen Weg und lassen Sie die Kommunen außen vor! Die Gemeinden haben damit überhaupt nichts zu tun. Sie haben den Breitbandausbau in Bayern bisher in hervorragender Art und Weise gestemmt, obwohl das nicht ihre Aufgabe ist. Die Gemeinden, gerade die Flächengemeinden, sind nach wie vor die Gekniffenen, weil es extrem schwierig ist, Breitband in Flächengemeinden auszubauen, und weil da auch die Förderquoten zu niedrig sind, sodass die Bürger mitbezahlen müssen.

Noch einmal: Übernehmen Sie Ihre Verantwortung als Staatsregierung, übernehmen Sie Ihre Verantwortung auf Bundesebene, schaffen Sie für weiße Flecken draußen eine Regelung, nach der die drei großen Telekommunikationsbetreiber den Wettbewerb untereinander so gestalten, dass der Bürger im Mittelpunkt steht und eine Versorgung hat. Schaffen Sie eine Regelung für nationales Roaming und sorgen Sie dafür, dass der Wettbewerb so gestaltet wird, dass zu den drei Telekommunikationsbetreibern neue Marktteilnehmer kommen. Dadurch könnte der Markt geöffnet werden, und es könnte viel mehr Wettbewerb entstehen. Sie hätten viele Chancen mit nationalem Roaming. Ergreifen Sie sie! Wir FREIEN WÄHLER haben Ihnen die Palette hingelegt und haben Ihnen auch den Weg aufgezeigt. Sie müssen jetzt nur noch zugreifen. Ich gehe davon aus, Sie werden diesen Weg in der nächsten Periode gehen; denn nur so werden Sie die weißen Flecken schließen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Glauber. – Nächste Wortmeldung: Kollege Huber für die CSU. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gestehe, dass ich mit gemischten Gefühlen hierher ans Rednerpult gegangen bin; denn es ist – der Kollege

Glauber hat es ja gesagt – mutmaßlich die letzte Rede, die ich nach 40 Jahren im Hohen Haus hier halte. 1979 bin ich mit eher wackligen Knien hierher gegangen, um über die Chancen der jungen Generation zu reden. Jetzt kann ich feststellen, dass die Realität in Bayern 2018 all das übertroffen hat, was wir uns 1979 vorgestellt haben. Ich muss dazu sagen: dank der CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Wo wären Sie ohne CSU? Da wären Sie vielleicht gar nicht da. Ich müsste Ihnen eigentlich dankbar sein, dass Sie mir die Gelegenheit geben, noch einmal zu reden. Aber damit ist es mit der Freundlichkeit auch schon vorbei; denn jetzt kommen wir zum politischen Bereich.

Herr Kollege Glauber, wir kennen uns ja jetzt vom Wirtschaftsausschuss her sehr lange. Ich würde sagen, Sie haben schon bessere Reden als heute gehalten. Ich habe mich nämlich gefragt, ob jemand, der nicht tief im Fachbereich steckt, Ihre Rede überhaupt versteht, weil Sie heute so viel Fachchinesisch hereingebracht haben. Aber ich habe Sie verstanden. Ich sage das, damit es keine Schwierigkeiten gibt.

(Georg Rosenthal (SPD): Heller Kopf!)

– Ich danke. Herr Kollege. Wenn Sie an meine Adresse "heller Kopf" hereinrufen, sage ich: Dass ich so etwas aus den Reihen der SPD noch erleben darf.

(Horst Arnold (SPD): Wir sind Zeitzeugen!)

Jetzt kommen wir zur Sache. Es geht eigentlich um die Telefonie, um die Versorgung der Bürger mit Telefondienstleistungen heute und in der Zukunft. Wenn ich aber jetzt zurückschaue, stelle ich fest, dass es zunächst einmal, bedingt durch den Wettbewerb, für die ländlichen Räume den großen Vorteil gab, dass die Bürger die hohen Fernmeldegebühren, die sie vorher hatten, nicht mehr bezahlen mussten. Wenn Sie heute aus Forchheim nach München telefonieren, ist das bei einer Pauschale kostenlos. Heute finden Sie es gut, dass der Staat das macht. Früher hat jedes Telefonat von Forchheim nach München 20 DM gekostet. Das ist der Fortschritt. Ich sehe, dass der technische Fortschritt dem ländlichen Raum ungeheuer viel gebracht hat, nämlich eine deutliche Kostenreduzierung im Bereich der Telefonie.

Das europäische Roaming, ganz neu in Kraft getreten, hat dazu geführt, dass die Urlauber heuer und im letzten Jahr ihre Lieben zu Hause im Grunde mit Inlandstarifen anrufen konnten und nicht zu den hohen

Kosten telefonieren mussten, die man früher gehabt hat. Auch das ist ein Fortschritt. Es gab also zweimal einen großen Fortschritt, den man auch anerkennen sollte. Ich glaube durchaus, dass manche Bürger, die heute so oft angesprochen wurden, vielleicht auch deshalb verwirrt sind und eher Ängste haben, weil wir die echten Fortschritte zu wenig darstellen und die kleinen Mängel, die es noch gibt, übertreiben.

Ich will aber nicht verschweigen, dass es im Bereich Mobilfunk LÖcher gibt, was uns auf Dauer natürlich nicht zufriedenstellen kann. Wenn ich heute aus meinem geliebten Niederbayern auf der Autobahn nach München unterwegs bin, erlebe ich, dass ich drei-, viermal in Funklöchern unterbrochen werde, zum Beispiel wenn ich Herrn Rinderspacher anrufen würde. Das fällt mir zwar nicht ein; aber es müsste technisch möglich sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich würde auch nicht rangehen!)

So kann es nicht bleiben, um das einmal klar zu sagen. Das muss geändert werden.

Die Versteigerung der Frequenzen fand Anfang der 90er-Jahre statt. Das war noch unter dem Postminister Bötsch,

(Zuruf von der SPD: Seligen Angedenkens!)

der sich damals selber bzw. sein Amt abgeschafft hat.

Seinerzeit hat man die Bedingungen festgelegt, nämlich: 97 % der Haushalte müssen bedient werden. Man hat im Grunde nur auf Haushalte abgestellt. Im Nachhinein zeigt sich aus meiner Sicht der Fehler, dass man nicht die Fläche gesehen hat. Die mobile Telekommunikation ist erst später dazugekommen. 1993 hat es auch noch kein internetfähiges Handy gegeben. Das heißt, man konnte die Dynamik der Entwicklung gar nicht vorhersehen.

Ich glaube aber nicht, dass die Auktion über die Frequenzen von 1990 noch geändert werden kann; denn da gibt es Eigentumsrechte. Wenn der Kollege Aiwaner da wäre, würde ich ihm sagen: Wenn man einen Bauern verpflichten würde, dem Nachbarn seinen Schlepper zur Verfügung zu stellen, würden Sie wahrscheinlich ein Volksbegehren beantragen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Das hat er schon oder er plant es noch, wenn er in der Opposition bleibt. – Für die Frequenzen bestehen Eigentumsrechte, die man im Nachhinein nicht einfach verändern kann. Man hat jetzt in Bayern – deshalb bedanke ich mich bei Frau Aigner und bei Franz

Josef Pschierer – in Verhandlungen mit den drei Anbietern massiv darauf gedrängt, dass der Ausbau forciert wird, auch über die seinerzeitige Verpflichtung hinaus. Minister Pschierer hat bekanntlich auch einen Mobilfunkpakt geschlossen, übrigens zusammen mit den Kommunen, um hier weiterzukommen.

Mit dem Programm für die Kommunen stellen wir 80 Millionen Euro zur Verfügung. Da hätten Sie sagen können, dass das eine tolle Leistung ist. Deutschland hat 16 Länder; aber kein einziges Land investiert in diesem Bereich – kein einziges. Sie sagen nur: Berlin oder Bonn, was die Netzentur angeht, soll das machen. Wir nehmen selber Geld in die Hand. Mit den 80 Millionen Euro sollen gerade die LÖcher "gestopft" werden. Sie sprechen von nationalem Roaming.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist billiger!)

– Ja, wenn es funktionieren würde. Was heißt denn überhaupt nationales Roaming? Nationales Roaming heißt, dass die anderen Anbieter auf Frequenzen mitfahren dürfen. Das heißt, zwei nutzen die eine Frequenz, die meinetwegen Telekom hat. Nur gibt es bei den meisten Funklöchern überhaupt kein Angebot. Sie können dort tausendmal nationales Roaming machen, aber wenn es kein Angebot gibt, kann auch keiner "mitfahren". Wo kein Bus fährt, kann auch keiner mitfahren. Das heißt, das nationale Roaming, dem Sie so viele Chancen einräumen, löst die Existenz der LÖcher oder weißen Flecken, wo kein Anbieter da ist, gerade eben nicht, und deshalb sind Sie auf dem Holzweg.

Das heißt, was der Minister macht – –

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist nicht Aufgabe der Gemeinden!)

– Nein. – Jetzt kommen wir zu diesem Programm. Wir sagen: 80 Millionen. Die Kommunen zahlen dabei nicht drauf.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

– Nein, da zahlen die Kommunen nicht drauf. Sie erhalten 80 % Zuschuss vom Staat, und wenn sie dann Antennen bauen, würde ich wünschen, dass die GRÜNEN einmal ihre Technikfeindlichkeit zurückstellen; denn der Antennenbau scheitert ja in erster Linie auch am Widerstand von GRÜNEN vor Ort, manchmal sind auch FREIE WÄHLER dabei. Alle Leute wollen telefonieren, aber keiner will eine Antenne in seiner Nähe haben. Das geht natürlich nicht auf, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Wenn eine Gemeinde eine Antenne baut, schließt sie einen Vertrag mit den Anbietern, und sie erhält dafür eine Pacht. 80 % Zuschuss plus die Pacht ergibt 100 % – die Gemeinde zahlt somit nicht drauf.

Die Schwierigkeiten des Antennenbaus verkenne ich aber nicht; deshalb kommen wir jetzt dazu: Wenn im November über die 5G, über die fünfte Generation, entschieden wird, die im Frühjahr 2019 ausgeschrieben wird, müssten die Bedingungen anders sein. Nicht mehr nur 97 % der Haushalte sollten versorgt werden müssen, sondern aus unserer Sicht müssen 99 % der Haushalte plus die Autobahnen plus die Bundesstraßen plus die wichtigen Eisenbahnverbindungen umfasst werden, weil die Flächenbedienung sehr wichtig ist. Das heißt, wenn in der neuen Ausschreibung die Verpflichtung aller drei Anbieter enthalten ist, im Grunde keine weißen Löcher mehr zu hinterlassen, dann kommen wir dazu, dass wir wohl 2021, 2022 die letzten Löcher in Bayern weghaben und eine flächendeckende Telefonie möglich ist.

Ich denke, meine Damen und Herren, dass dieser technische Weg jetzt auch bei der Auflage für die Auktion sehr viel weiterführt. Die Zeit bis 2021, 2022 müssen wir aber überbrücken, und deshalb sage ich: Dafür machen wir das bayerische Programm. – Übrigens lassen wir auch zu, dass die Mobilfunkbetreiber die BOS-Antennen nutzen – also den Digitalfunk von Polizei und Rettungsdiensten –, um auch hier ein weiteres Angebot zu machen. Selbstverständlich wollen wir, wie auf vielen anderen Gebieten auch, im Bereich der Telekommunikation mit moderner Dienstleistung an der Spitze stehen.

In diesem Sinne bedanke ich mich herzlich. Ich werde meine 40 Jahre im Bayerischen Landtag in immerwährender guter Erinnerung halten, und die meisten von Ihnen werde ich tatsächlich vermissen.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Huber. – Ich denke, es ist zulässig, dass ich Ihnen für die 40 Jahre danke und Ihnen für die weitere Zukunft alles Gute wünsche!

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Karl für die SPD. – Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema flächendeckende Mobilfunkversorgung und schnelles Internet ist das Zukunftsthema in Bayern und in Deutschland, und wir haben dieses Thema im Wirtschaftsausschuss oft bzw. öfters debattiert. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen und mich im Namen meiner gesamten Fraktion für die gute Debattenkultur im Wirtschaftsausschuss bedanken, speziell beim Ausschussvorsitzenden Erwin Huber, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass wir auch sehr unterschiedliche Meinungen in einer guten Form debattieren konnten. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch von meiner Seite für die Zukunft alles Gute; vielleicht trifft man sich noch einmal auf einen Kaffee.

Das Thema zeigt aber auch, dass wir schon wesentlich weiter wären, wenn viele Anträge der SPD-Fraktion angenommen worden wären. Das Thema ist für gleichwertige Lebensverhältnisse entscheidend. Es geht eben nicht nur darum, GigabitCitys zu installieren, sondern auch darum, zunächst einmal auch auf dem Lande für eine ordentliche Infrastruktur zu sorgen. Besonders entscheidend ist es für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft. 5G-Mobilfunk-Standard ist notwendig für autonomes Fahren, für Industrie 4.0, für moderne Telemedizin, für intelligente sparsame Steuerung von Energienetzen und für vieles andere mehr. Eine gute digitale Infrastruktur entscheidet damit über weiteres Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern.

Wie sieht es jetzt mit der Mobilfunkversorgung in Bayern aus? – Ich sage: Da ist noch deutlich Luft nach oben.

(Beifall bei der SPD)

Im ländlichen Raum, vor allen Dingen im Grenzgebiet, handelt man sich von Funkloch zu Funkloch, und eine Umfrage der IHK Bayern vom Mai 2008 spricht eine deutliche Sprache. 40 % aller Firmenchefs sagen, Festnetz und Mobilfunk sind mangelhaft. 44 % äußern, dass sie ein Ende ihres Firmenwachstums befürchteten, wenn sich in den nächsten zwei Jahren nichts verbessert. 62 % sagen, der Mobilfunk sei unzuverlässig. 56 % beanstanden häufige Abbrüche beim Telefonieren, und 13 % befürchteten sogar konkrete Umsatzeinbußen.

Die Folge davon ist, dass Firmen wie Siemens, Volkswagen, und BASF angekündigt haben, auf ihrem jeweiligen Firmengelände eigene 5G-Netze aufzubauen. Da frage ich mich: Was ist mit den vielen kleinen

und mittleren Unternehmen, die sich eine solche Investition nicht leisten können? – Es ist keine gute Wirtschaftspolitik, diese Betriebe und damit das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft buchstäblich im Funkloch stehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin treffen Sie aber im Funkloch die vielen Bürgerinnen und Bürger aus dem ländlichen Raum. Albanien hat eine bessere Netzabdeckung als Deutschland. Ich finde, ein so tolles Land wie Bayern sollte das nicht auf sich beruhen lassen. Immerhin kommen jetzt aber kurz vor den Wahlen Aktivitäten auf – getreu dem Motto: "Am Abend werden die Faulen fleißig"

(Zuruf von der CSU: Oh! Oh!)

kommen die Aktivitäten. So wird mit Georg Eisenreich ein Staatsminister für Digitales und auch vieles andere mehr installiert. Allerdings hat er kein eigenes Ministerium; er hat nur koordinierende Aufgaben und kann nichts durchsetzen. Das ist kein kraftvoller Schritt in Richtung Digitalisierung, sondern bestenfalls ein halbherziges Stolpern. Wenn Sie schon Anträge abschreiben, dann in Zukunft bitte richtig.

(Beifall bei der SPD)

Wie wichtig ein Kopf mit Durchsetzungsbefugnis bei diesem Zukunftsthema Digitalisierung ist, zeigt ein Beispiel. Minister Pschierer, damals noch CIO, hat als Finanzstaatssekretär mit Wirtschaft und Wissenschaft die Entwicklung einer Konzeption für digitalisierte Schulen mit datenschutzkonformen Clouds, Vernetzungsmöglichkeiten für alle Schulen und dazu passende Lernsoftware etc. vorangetrieben. Das lief unter dem Namen Digitales Bildungswerk Bayern und hat sehr gute Ergebnisse geliefert. Was ist daraus geworden außer sechs Projektschulen? – Leider nichts. Irgendwie ist das Ganze nicht im Kultusministerium angekommen. Vielleicht ist hieran auch ein Funkloch schuld.

Stattdessen gibt es jetzt Aktionismus statt Strategien. Es gibt Fördergelder für Kommunen. Das ist an sich immer gut – das möchte ich gar nicht kritisieren. Jede Kommune muss sich jetzt aber mit diesen Fördergeldern selber um die Ausstattung kümmern. Das heißt, wir werden eine Vielfalt unterschiedlicher Ausstattungen haben, keine Konzeption, wie sich Schulen untereinander über Clouds vernetzen können, und vor allen Dingen eben keine gleichwertige Ausstattung an allen Schulen. – So viel zum Thema Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Hier nimmt die Staatsregierung ihre Gestaltungsaufgabe nicht an und lädt die Probleme wie immer bei den Kommunen ab. Das glei-

che gilt für den Mobilfunk; darauf komme ich gleich noch.

In seiner ersten Regierungserklärung hat Ministerpräsident Söder beim Punkt "Digitalisierung" viele Projekte vorgestellt; das war zwar keine übergreifende Strategie, aber es klang doch eindrucksvoll. Nebenbei ist mir dabei einiges aufgefallen. Wenn der Ministerpräsident Modernität und Zukunftsfähigkeit demonstrieren will, kommen ausschließlich englische Begriffe. Eine kleine Auswahl: Bavaria One, Bavarian Hub for Digital Transformation, Bavarian Research Institute for Digital Transformation und vieles mehr.

(Bernhard Roos (SPD): Hyperloop!)

Ich halte unsere deutsche und bayerische Sprache für zukunftsfähig und bin stolz auf diese Sprache. Ich verstehe nicht, warum wir hier plötzlich Englisch reden müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen beim Thema Digitalisierung und Mobilfunkversorgung ein abgestimmtes Handeln in Bund und Land. Alle dafür zuständigen Ämter in Bund und Land liegen in CSU-Hand. Eigentlich hätten wir also beste Voraussetzungen. Die Realität ist aber leider eine andere. Auf der bayerischen Ebene wurde ein Mobilfunkpakt als Last-Minute-Aktion der Staatsregierung verabschiedet. Die darin enthaltene Selbstverpflichtung der Mobilfunkanbieter zum Mastenausbau ist gut. Das Förderprogramm kommt allerdings viel zu spät. Die Genehmigung der EU-Kommission lässt noch auf sich warten. Das liegt aber nicht an der "bösen" EU-Kommission, sondern daran, dass Sie viel zu spät in die Socken gekommen sind.

Die Probleme, zum Beispiel die Auseinandersetzungen mit den Bürgerinitiativen und Ähnliches, werden auch hier wieder bei den Kommunen abgegeben. Unser Vorschlag für ein abgestimmtes Handeln ist ein anderer. Unserer Meinung nach muss sich der bayerische Freistaat um die Masten kümmern. Er muss diese Masten aufstellen, genauso wie beim BOS-Funk. Diese Masten werden jetzt ebenfalls für den Mobilfunk zur Verfügung gestellt. Parallel dazu muss die Bundesnetzagentur bei der Versteigerung der 5G-Lizenzen in die Ausbaupflichtungen mehrere Punkte aufnehmen: Zum einen brauchen wir National Roaming, damit die neuen Masten von allen genutzt werden können. Herr Kollege Huber hat richtigerweise gesagt, dass nur Masten geteilt werden könnten, die schon stünden. So könnten wir auch den Markt aktivieren. Zum anderen müssen wir bei den Ausbaukriterien zu dem 99-%-Kriterium zurückkehren, das im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde. 98 % bedeu-

ten, dass 15 % des Landes, also 1,5 Millionen Bürger, weiterhin in die Röhre schauen müssen. Das wurde schon gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Forderungen sind auch vom Chef des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, in der letzten Woche erhoben worden. Wir befinden uns hier also in guter Gesellschaft. Da ich gerade bei diesem Thema bin: Wir brauchen endlich auch eine Einigung zwischen Deutschland und Tschechien, damit die Masten im Grenzgebiet – die stehen nämlich schon – genutzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben also genug zu tun. Um gleich vorzubeugen: Die EU taugt nicht als Ausrede, wenn wieder einmal nichts vorangeht. Ich bitte die CSU-Kollegen, in Zukunft auch mit ihren Kollegen in Berlin zu reden; schließlich ist das immer noch die gleiche Partei. Dann können wir nach der Landtagswahl gemeinsam einen abgestimmten Ausbau für die Bürger und die Wirtschaft in Bayern umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Karl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind es gewohnt, dass wir am Handy zu jeder Zeit erreichbar sind. Leider ist das aber nicht an jedem Ort in Bayern möglich. Smartphones und mobile Endgeräte sind zu unseren ständigen Wegbegleitern geworden, auf die wir auch im Urlaub nicht verzichten möchten. Beim Auslands-Roaming wird für Millionen Menschen tagtäglich erlebbar, dass die europäische Einheit nicht nur ein Leben in Frieden ermöglicht hat, sondern auch die konkrete Lebenswirklichkeit der Menschen im Alltag deutlich verbessert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während die Versorgung mit einem leistungsfähigen LTE-Netz in den Städten hervorragend ist, gibt es im ländlichen Raum noch erhebliche Versorgungslücken. Da verwundert es nicht, dass die durchschnittliche LTE-Verfügbarkeit bei der Nutzung in Deutschland nur bei miserablen 60 % liegt. 60 % der Anwender haben während der Nutzungszeit LTE. In anderen Ländern, zum Beispiel in Südkorea, gibt es dagegen Versorgungsraten von 97 %. Deshalb wundert es mich nicht, dass man bei einer Suchmaschine auf bis zu 100.000 Treffer kommt, wenn man die Wörter

"Deutschland verschläft Digitalisierung" eingibt. Die politische Verantwortung dafür liegt bei der Bundesregierung, an der die CSU beteiligt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist in der letzten Legislaturperiode passiert? – Während der letzten Legislaturperiode ist der zuständige CSU-Bundesminister für Digitalisierung nicht gerade mit großen Taten hervorgetreten. Im Gegenteil, was er abgeliefert hat, war im Vergleich zu seinem Anzug ziemlich kleines Karo. Das wundert mich nicht; denn er war ja zu Höherem berufen. Er hatte ja mit so tollen Projekten wie der Ausländermaut zu tun, die ihn scheinbar mehr als gefordert haben. Bei der Frequenzversteigerung, der sogenannten Digitalen Dividende II, hat Herr Dobrindt auf den größtmöglichen Profit geschielt, um sein Breitband-Förderprogramm aufstocken zu können. Das war verkehrt, weil versäumt worden ist, den Netzbetreibern entsprechend hohe Versorgungsstandards vorzuschreiben.

Deswegen wundert es mich nicht, dass die Netzbetreiber im Rahmen des freien Wettbewerbs die vergleichsweise extrem hohen Kosten für Mobilfunkmasten in der Fläche gescheut und erst einmal die Städte versorgt haben. Die katastrophal schlechte Versorgung mit Mobilfunk im ländlichen Raum ist ein Paradebeispiel für das politisch organisierte Marktversagen. Dafür hat die CSU die Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau deshalb, weil Sie bei den politischen Vorgaben versagt haben, überzeugt das Förderprogramm für Mobilfunkmasten nicht. Dieses Programm geht in die falsche Richtung und lenkt vom eigenen Versagen ab. Die Politik muss bei der Vergabe der 5G-Lizenzen darauf achten, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Hier müssen klare Vorgaben gemacht werden. Ich wage zu bezweifeln, dass die Einbeziehung der Autobahnen, Bundesstraßen und der Bahnlinien ausreicht. Bei vielen Mobilfunkanwendungen, zum Beispiel dem autonomen Fahren, bräuchten wir die Abdeckung aller Straßen, nicht nur die Abdeckung von Bundesstraßen und Autobahnen. Wir müssen hier von anderen Ländern lernen. In Finnland und Schweden werden die Lizenzen kostenlos zur Verfügung gestellt. Dafür besteht die Vorgabe, dass die Netzabdeckung auch im "hinterletzten" Bereich des Landes gewährleistet sein muss. Diese Vorgaben sollten wir auch für Bayern und Deutschland machen.

Schon bei der Plenardebatte im Jahr 2016, als es um die Mobilfunkversorgung ging, habe ich darauf hingewiesen, dass das Inland-Roaming eine kostengünstige Möglichkeit wäre, die Versorgung der Menschen

zu verbessern. Ich will nicht in Abrede stellen, dass die Ausgestaltung der Gesetze eine knifflige Aufgabe ist. Der Wissenschaftliche Dienst hat aber aufgezeigt, dass dies prinzipiell möglich ist. In anderen europäischen Ländern ist das Standard. Wirtschaftlich wäre dies eine vernünftige Sache, auch für den ländlichen Raum, weil dann die Mobilfunkmasten allen Betreibern zur Verfügung stünden. Das wäre billiger, als das Netz dreimal aufzubauen. Damit würde vor allem der Wettbewerb gefördert. Wir können doch nicht von einem Wettbewerb sprechen, wenn wir drei große marktbeherrschende Konzerne haben und sonst niemand mitmischen kann. Es wäre ein hervorragender Beitrag zum Wettbewerb, auf dem Markt Inland-Roaming und neue Player einzuführen, damit diese die Infrastruktur der anderen mitnutzen können. Gerade für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sind ein mobiles Internet und eine Mobilfunkabdeckung sehr wichtig, und es braucht mehr als ein Heimatministerium, um dem Verfassungsauftrag zu entsprechen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Deswegen braucht es auch Vorgaben für das Inland-Roaming in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Ganserer. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Holetschek. Bitte schön, Herr Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch dieses Förderprogramm könnte man einfach mit dem Titel "Bayern macht's" überschreiben. Während andere diskutieren und das Problem hin- und herwälzen, hat das bayerische Wirtschaftsministerium ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, das genau dieses Problem lösen soll, dass wir für eine leistungsfähige Infrastruktur tatsächlich auch die notwendigen Mobilfunkverbindungen und die erforderliche Infrastruktur, auch der Masten, brauchen.

Herr Staatsminister, den Mobilfunkpakt haben, wenn ich es richtig im Kopf habe, nicht nur die Mobilfunkunternehmen, sondern auch die Spitzenverbände, nämlich der Gemeindetag und der Städtetag, also die Herren Dr. Brandl und Dr. Gribl, unterzeichnet. Insofern stellt sich natürlich die Frage, warum man jetzt kritisiert, dass die Kommunen in diesem Förderprogramm vorkommen.

Man muss vielleicht die grundsätzlichen Dinge definieren, um von einheitlichen Aspekten zu reden. Das

Förderprogramm ruht eigentlich auf drei Säulen: Erstens besteht es aus einem Programm für die Kommunen, und zwar für Gebiete, in denen es weder einen Sprachmobilfunk noch einen Notruf gibt. Dies zur Erläuterung, damit wir wissen, worüber wir reden, also über die berühmten weißen Flecken. Außerdem handelt es sich um Freiwilligkeit. Das heißt, eine Kommune kann eine Baubeauftragung oder eine Baukonzession wählen. Die Kommune wird durch Musterausschreibungen und durch Musterverträge unterstützt und begleitet, sodass relativ wenig bürokratische Hemmnisse vorhanden sind. Es gibt in der Oberpfalz, nämlich in Regensburg, ein Mobilfunkzentrum, das die Themen koordiniert. Wir sind jetzt in Bezug auf das Förderprogramm so weit, dass die EU bereits positiv signalisiert hat, es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann das Programm auf den Weg gebracht werde.

Die zweite Säule betrifft die Ertüchtigung der Masten für den Digitalfunk. Das heißt, wir benutzen die Digitalfunk-Infrastruktur nicht allein, können aber die Masten mitbenutzen.

Bei der dritten Säule muss tatsächlich die Zusage der Mobilfunkdienste vorliegen, die Dinge über die Auflagen hinaus zu verbessern. Auch auf diesem Gebiet gibt es bereits Erfolge. Insofern handelt es sich um ein stimmiges Konzept.

National Roaming wäre natürlich wünschenswert. Ich kenne aber im Moment kein europäisches Land, in dem es National Roaming gibt. Österreich hat kein verpflichtendes, sondern ein freiwilliges National Roaming. Das wollen wir auch, dafür setzen wir uns ein. Dabei soll es auch erweiterte Bedingungen geben, zum Beispiel, dass das Kartellrecht nicht sofort zuschlägt; denn in dieser Frage sind noch weitere Akteure im Spiel.

Ein Unterschied zum internationalen Roaming besteht insofern, als neben dem Staat auch Unternehmen betroffen sind. Die Frage ist, ob man ein anderes Unternehmen verpflichten kann, eine Dienstleistung zu übernehmen. Diese grundsätzliche Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Deswegen sage ich nochmals: Ja, National Roaming auf freiwilliger Basis; aber mal sehen, wie es sich weiterentwickelt. Das National Roaming wollen wir genauso. Aber die Frage, die auch andere Länder sehen, ist natürlich – in Kanada war das wohl so –: Der Netzausbau ist zurückgegangen, nachdem dort auch die Frage des Roamings gestellt worden ist. In diesem Bereich gibt es also durchaus noch ein paar offene Themen.

Lieber Herr Kollege Glauber, wir arbeiten im Wirtschaftsausschuss gut zusammen. Aber was mich in

letzter Zeit gnadenlos nervt, ist der Populismus, den ihr FREIE WÄHLER da insgesamt an den Tag legt.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

– Doch, das ist so. – Ob es Strabse oder Strebse sind, ob es Kitas oder Roamings sind, es ist immer dasselbe Muster: Man wirft ein Schlagwort rein, ohne dass man die Dinge konkret hinterfragt. Aufräumen müssen dann die anderen. Aber man haut erst einmal die Schlagzeile raus; das ist im Moment das Muster dieser Politik. Franz Josef Strauß, ein wirklich großer Staatsmann, hat mal gesagt: "Man muss dem Volk aufs Maul schauen, aber darf ihm nicht nach dem Mund reden." Ihr redet den Menschen nach dem Mund und schaut ihnen nicht aufs Maul. Die sinnvolle Politik machen wir; Bayern macht's. Auch dieses Programm ist ein weiterer Schritt für Bayerns Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Holetschek. – Nächster Redner ist Herr Kollege Stöttner. Herr Stöttner, die Zeitanzeige funktioniert nicht. Sie können sich nicht darauf verlassen, dass sie ewig bei 04:40 stehen bleibt.

(Klaus Stöttner (CSU): Dann habe ich vier Minuten, oder?)

– Sie haben fünf Minuten. Bitte schön.

Klaus Stöttner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, lieber Herr Wirtschaftsminister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Freund Thorsten Glauber, deine Worte zum National Roaming haben mich tief berührt, weil ich vor circa zwei Jahren bei uns in der Fraktion die gleiche Rede gehalten habe.

(Zuruf von der SPD: Die gleiche!)

Ich war der festen Überzeugung, dass das nationale Roaming der absolute Treffer sei. Aber es unterscheidet unsere Fraktionen von eurer, dass wir natürlich im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Umsetzungsstrategien darauf schauen müssen, ob ein Vorschlag machbar ist oder nicht. Ich habe mich in diesen eineinhalb Jahren belehren lassen, dass das nationale Roaming nach dem Konzept der Österreicher mit einer österreichischen Karte in Deutschland – sie haben bei uns quasi ein internationales Roaming – sozusagen eine Verbesserung darstellt. Das stimmt dort, wo Vodafone, Telekom und Telefónica gemeinsam Betreiber sind. Ich möchte nichts gegen meine Freunde aus Niederbayern sagen. Aber in Niederbayern gibt es wirklich Gebiete, die absolut leer sind. Dort hilft, wie

Erwin Huber gesagt hat, das nationale Roaming nichts, weil die notwendige Struktur fehlt. Den Mobilfunkpakt Bayern, den ich mitgebracht habe, haben auch die Gemeinden unterschrieben. Die Spitzenverbände, die Bayerische Staatsregierung und die Mobilfunkbetreiber sind einhellig der Überzeugung, dass es dringend notwendig ist, diese Versorgungslücken und weißen Flecken anzugehen. Daher ist dieser Pakt mit den Kommunen absolut richtig.

In Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung ist es ein guter Weg, dass der Freistaat Bayern die Kommunen dort, wo es notwendig ist, unterstützt, etwa wenn es darum geht, in den weißen Flecken zur Notfallversorgung die Funkmasten aufzubauen. Die notwendige, auch grenzüberschreitende Vernetzung muss auch Aufgabe der dortigen Kommunen und Landkreise sein.

Nichtsdestoweniger sind wir als CSU der Überzeugung, dass wir die Situation nicht komplett dem Markt überlassen, sondern mit diesem Mobilfunkpakt entsprechende Akzente setzen sollten. Es ist wichtig, dass der Freistaat Bayern in dieser Angelegenheit in Berlin vorstellig geworden ist, um unsere Leute zu unterstützen. Es ist auch wichtig, die Mobilfunkmasten allen Betreibern zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden müssen entweder durch Baukonzessionen oder durch Bauauftragsvarianten diese beiden Möglichkeiten bieten, damit diese Lücken durch alle Mobilfunkbetreiber geschlossen werden können.

Aber dass ihr so einen Vorwurf, liebe Kollegin Karl und lieber Kollege Ganserer erhebt, finde ich sehr schade, weil der Freistaat Bayern, etwa mit eigenem Minister, aufgrund vieler Aktivitäten Vorreiter ist, ein Flächenland wie Bayern auf dem Gebiet der Digitalisierung wirklich voranzubringen. Es ist zu bedenken, dass wir mit unserer Städte- und Gemeindestrategie an allen notwendigen Plätzen der Kommunen die Einrichtung von WLAN unterstützen und versuchen, in allen Häusern der öffentlichen Hand Mobilität zu gewährleisten. Kein anderes Land ist so aktiv wie der Freistaat Bayern.

Der Ausbau des Breitbands im ländlichen Raum ist eine besondere Art, die Gewerbeansiedlung in den Kommunen zu unterstützen und deren Eigenständigkeit zu gewährleisten. Deswegen sind wir mit unserer Digitalstrategie und der neuen Mobilfunkpaktstrategie auf einem sehr guten Weg. Reden wir nicht alles schlecht; denn dies kann ein erster Weg sein. Ich gebe allen Rednern insofern recht, als man besonders bei der nächsten Vergabe der Bahnlicenzen automatisch eine optimale WLAN-Versorgung in den Zügen fordern muss, damit die Leute verstärkt mit dem ÖPNV fahren und im Zug arbeiten können. Des-

wegen ist es auch notwendig, dass wir uns zukünftig bei diesen Verträgen gut vorbereiten.

Nichtsdestoweniger sind wir ein Rechtsstaat. Wir halten uns an die gegebenen Verträge. Wir können das Telekommunikationsgesetz nicht so abändern, dass alle Partner benachteiligt werden. Deswegen: Rechtsstaatlichkeit ja, bei neuen Ausschreibungen: mehr Sensibilität. Da bin ich voll bei Ihnen. Trotzdem ist Bayern auf diesem Gebiet gut aufgestellt. Reden wir unser Land nicht so schlecht. Wir haben wirtschaftlich die hervorragendsten Leute. Fragen Sie mal bitte im Silicon Valley, welche Breitbandversorgung manche digitalen Zentren dort haben; denn dort sind sie außergewöhnlich schlecht. Wir sind, zum Beispiel in Rosenheim, mit einem Gbit/s bei der Vernetzung für unsere Wirtschaft hervorragend aufgestellt.

Die Gründung digitaler Gründerzentren ist eine tolle Maßnahme des Wirtschaftsministeriums des Freistaates. Dafür bin ich sehr dankbar. Herr Wirtschaftsminister, was Sie für den Freistaat Bayern auf den Weg gebracht haben, ist für ganz Deutschland beispielhaft. Alles Gute und viel Glück für die bevorstehende Wahl! Mögen die Menschen dies auch anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Stöttner. – Für die Staatsregierung erteile ich dem Staatsminister Pschierer das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Franz Josef Pschierer (Wirtschaft, Energie und Technologie): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, die erwähnten Dinge auseinanderzunehmen und in eine Logik zu bringen. In dieser Aktuellen Stunde haben wir über Breitband, Mobilfunk und 5G gesprochen. Zum Thema 5G merke ich bescheiden an: Die einzige Person im Hohen Haus, die den Freistaat seit vier Jahren im Beirat bei der Bundesnetzagentur vertritt, steht vor Ihnen. Das bin ich. Die letzte Sitzung hat am Montag stattgefunden. Es geht um die Bedingungen für die Versteigerung der 5G-Frequenzen. Herr Ganserer, das ist der einzige Punkt, bei dem ich Ihnen recht gebe: Bislang konkurrieren bei der Versteigerung auf Bundesebene zwei Ministerien miteinander. Der Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland hat Interesse an möglichst hohen Versteigerungserlösen. Der Wirtschaftsminister auf Bundesebene und auch die Länderminister haben Interesse am Ausbau der Infrastruktur. Deshalb nenne ich Ihnen jetzt drei Punkte, die uns bei der Versteigerung wichtig sind:

Erstens. Höhere Versorgungsaufgaben. Am Montag wurde darüber gesprochen, dass es keine Diensteanbieterpflicht gibt. Auch über das Thema Natio-

nal Roaming wurde gesprochen, aber über ein National Roaming auf freiwilliger Basis.

Herr Glauber, Sie haben das Problem des Marktversagens angesprochen. Das Marktversagen ist der Grund, weshalb der Freistaat ein Mobilfunkprogramm auflegt. Beim Breitbandausbau haben wir es schon erwähnt: In der sozialen Marktwirtschaft gibt es auch das Marktversagen. Wenn der Markt versagt, können in einer Marktwirtschaft der Staat oder die Kommunen eingreifen. Jedoch haben Sie einen grundlegenden Fehler gemacht: Roaming funktioniert nur, wenn Infrastruktur vorhanden ist. Erwin Huber, Klaus Stöttner und Klaus Holetschek haben Ihnen das deutlich gemacht. Wo nichts ist, kann ich nichts machen. Der erste missverständliche Punkt, den Sie angeführt haben, betrifft die technische Seite. Für National Roaming brauchen Sie eine Infrastruktur.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinden!)

– Nein. Es muss ja keine Kommune sein. Entschuldigung – –

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Dann machen Sie es!)

– Herr Glauber, der Reihe nach. Wir werden es nicht machen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Also gut!)

Roaming gibt es auch nicht zum Nulltarif. Beim Verbindungsaufbau entstehen Kosten. Das wissen Sie auch.

(Annette Karl (SPD): Ja, natürlich!)

– Frau Kollegin, Sie haben das auch angedeutet. Die Kosten müssen umgelegt werden. Das sei zur technischen Seite gesagt.

Den zweiten Punkt hat der Kollege Holetschek angesprochen: Roaming verbessert den Wettbewerb nicht. Die Bereitschaft zum Ausbau einer eigenen Infrastruktur sinkt natürlich, wenn die Infrastruktur des Wettbewerbers genutzt werden kann.

Den dritten Punkt dürfen wir auch nicht vernachlässigen: Herr Kollege Glauber, es gibt keine Rechtsgrundlage. Im Telekommunikationsgesetz ist sie nicht verankert. Es geht nicht. Es wird immer wieder angeführt, nach Österreich zu schauen. Herr Kollege Holetschek hat das schon angedeutet. Freiwilliges Roaming ist möglich. Es gibt kein Problem, dass Telefónica, Telekom und Vodafone zusammenarbeiten. Nach der Fusion von O₂, Telefónica und E-Plus funktioniert es ja.

Das ist nichts anderes als das, was wir andeuten: freiwillige Zusammenarbeit.

Ich möchte ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen aussprechen, die das Programm angeführt haben. Herr Kollege Glauber, bitte schauen Sie in die anderen Bundesländer. Am Montag war ich oben. Dort sitzt neben mir der Herr Untersteller von den GRÜNEN in Baden-Württemberg. Da sitzen der Kollege Olaf Lies, Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion in Niedersachsen, und viele andere. Inzwischen sollen wir darüber berichten, wie wir das zur Verfügung stellen. Es gibt andere Bundesländer, die sich am Mobilfunkpakt nicht beteiligen können. Diese werden sich aber an unserem Programm orientieren. Bitte leisten Sie alle Ihren Beitrag dazu, damit dieses Programm auch ein Erfolg wird. Meine Damen und Herren, in diesem Programm haben wir die Errichtung von 1.000 neuen Masten vorgesehen.

Herr Glauber, ich sage Ihnen eins: Hören Sie mit dem verdammten Populismus auf. Das hat schon der Kollege Holetschek gesagt. Es ist keine Pflichtaufgabe der Kommune. Ich sage es ganz deutlich: Kein Bürgermeister soll danach kommen und sich über einen weißen Flecken beschweren. Wenn er seinen weißen Flecken schließen will, kann er mein Programm in Anspruch nehmen. Wenn er das nicht tut, soll er bitte auch nicht klagen und nicht jammern. Wir werden dieses Programm durchführen. Herr Glauber, auf gut Deutsch gesagt: Wenn ein Bürgermeister nicht den Mut hat, als Bauherr aufzutreten, dann bieten wir ihm, damit es ganz komfortabel wird, das Baukonzessionsmodell an. Er kann dann einen Konzessionär beauftragen, das im Auftrag der Kommune zu machen. Wenn die Kommunen nach der Bindungsfrist fragen, kann ich nur Folgendes sagen: Die Bindungsfrist für den 80-prozentigen Zuschuss, den wir den Kommunen gewähren, wurde von mir von zehn auf sieben Jahre reduziert. Nach sieben Jahren kann er mit dem Mast machen, was er will. Meine Damen und Herren, komfortabler geht es nicht. Für Regionen mit besonderem Handlungsbedarf werden mit dem Programm 90 % der Kosten ersetzt. Den Rest holt sich der Bürgermeister, indem er den Mast an einen Mobilfunkbetreiber vermietet. Ich fördere die Mast-Infrastruktur passiv: Sockel, Mast, Leerrohr und Stromzuführung. Es ist also ein Komfortprogramm. Ich halte nichts davon, dieses Programm schlechtzureden.

Von Mitgliedern dieses Hohen Hauses erwarte ich Folgendes: Wenn ein Pakt geschlossen wird, den die Bayerische Staatsregierung, die drei Mobilfunkbetreiber Telekom, Telefónica und Vodafone und die drei kommunalen Spitzenverbände unterzeichnen, dann ist es ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieser Pakt so schnell wie möglich umgesetzt wird. Wir warten

noch auf die Unterschrift aus Brüssel. Wir haben ordentlich nachgeliefert. Das haben wir sehr schnell gemacht. Ich gehe davon aus, dass die Kommission das genehmigen wird.

Herr Glauber, ich darf Sie beruhigen. Heute Morgen habe ich noch einmal nachgefragt. Ich habe am 1. Juni ein Mobilfunkzentrum in Regensburg eröffnet. Es gibt auch Bürgermeister der FREIEN WÄHLER, die fragen: Herr Minister, wann ist es so weit? – Ich baue es selber. Einige haben auch einen Konzessionär, der das macht. Lassen Sie uns diese Chance aufgreifen.

Herr Ganserer, bei der Infrastruktur gibt es Nachholbedarf. Da gebe ich Ihnen recht. Wir leisten unseren Beitrag dazu, diese Lücken zu schließen. Bitte tun Sie mit dem Gemeindetag, dem Städtetag, dem Landkreistag und den drei Mobilfunkbetreibern alles, um die weißen Flecken im Freistaat schnell zu schließen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Damit sind die Redezeiten ausgeschöpft. Die Aktuelle Stunde ist beendet. Ich gebe bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Tagesordnungspunkt 5, zum Klimaschutzgesetz, namentliche Abstimmung beantragt hat.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, teile ich Ihnen den Wunsch der Fraktionen mit, den Tagesordnungspunkt 3 um zehn zusätzliche Anträge zu erweitern. Die Ausschüsse haben in dieser Woche noch Anträge beraten, die auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen noch in die Anlage zur Tagesordnung aufgenommen werden sollen und bei denen bei der Abstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses zugrunde gelegt werden soll. Eine Liste mit den entsprechenden Anträgen und den Voten dazu wurde für Sie aufgelegt. Die Abstimmungsliste wurde ebenfalls dementsprechend ergänzt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten,
Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß §
59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln
beraten werden (s. Anlage 1)**

Die unter den Nummern 5 und 6 aufgeführten nichtlegislativen Vorhaben der Europäischen Union betreffend "das Lehren und Lernen von Sprachen" und "die gegenseitige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen" greifen in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder ein. Die federführenden Ausschüsse und der endberatende Ausschuss

schlagen daher eine entsprechende Stellungnahme gegenüber der Europäischen Kommission vor. Die Beschlussempfehlungen wurden für Sie mit aufgelegt. Am Dienstag hat der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes noch ausstehende Mitberatungen zu den Anträgen, bei denen die Frist verkürzt wurde, abgeschlossen. Es sind dies die unter den Nummern 147, 149 und 170 aufgeführten Anträge. Die Voten der Ausschüsse sind in der Abstimmungsliste enthalten.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Herr Muthmann (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Bayerische Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit (Drs. 17/22908)
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten, die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Hoffman. – Bitte schön, Herr Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den Gesetzentwurf zur Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Dieser Gesetzentwurf ist bedeutend, weil er einen wichtigen Baustein für die weitere Zukunft unserer Demokratie darstellt. Warum ist er das? – Weil die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit diesem Gesetzentwurf weitere Aufgaben übernehmen soll. Das möchte ich im Einzelnen noch erläutern.

Wir haben aber auch weitere Maßnahmen getroffen, um die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit auf die Zukunft vorzubereiten. Um welche handelt es sich? – Zunächst einmal wird die Landeszentrale zu einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Wir erwarten davon, dass sie in Zukunft flexibler arbeiten kann. Sie wird weiterhin unter der Leitung des

Kultusministeriums stehen. Wir haben darüber hinaus weitere Dinge beschlossen.

An der Stelle bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Fraktionen: Wir hatten in der Ersten Lesung die eine oder andere etwas tiefer gehende Diskussion, aber ich denke, dass wir im Laufe der Arbeit in den Ausschüssen zu einem Konsens gekommen sind. Ich möchte Ihnen auch kurz darlegen, wie der Konsens zustande gekommen ist. Wir haben in Zukunft einen Verwaltungsrat, der sich mit der Arbeit der Landeszentrale beschäftigen wird. Wir haben in dem Bereich auch beschlossen, dass die Anzahl der Mitglieder aus diesem Hause von sieben auf acht erhöht wird und das Gremium unter dem Vorsitz des Kultusministers steht, sodass der Verwaltungsrat insgesamt aus neun Personen besteht.

Anders als im eingebrachten Gesetzentwurf vorgesehen, haben wir in der Diskussion mit den Fraktionen hier im Haus beschlossen, dass die weiteren fünf Vertreter – aus der Staatskanzlei, dem Finanzministerium, dem Wissenschaftsministerium, dem Innenministerium und dem Sozialministerium – an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehmen können, allerdings dort kein Stimmrecht haben. Somit haben wir acht Vertreter des Hauses und einen Kultusminister. Diese Zahl von neun, vorher acht, wird dazu führen, dass es keine Pari-Pari-Situationen gibt. Ich denke, das ist hilfreich für die weitere Diskussion.

Besonders wichtig war uns – und auch dafür sage ich herzlich Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen –, dass die Vertreter in dem Verwaltungsorgan für die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit der absoluten Mehrheit dieses Hohen Hauses in dieses Verwaltungsorgan gewählt werden. Warum? – Die Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ist es unter anderem, extremistische Strömungen mit zu beobachten, die entsprechenden Fake News, von denen wir heute schon gehört haben und die immer wieder gerne auch von Extremisten verbreitet werden, aufzugreifen und letzten Endes auch mit Informationen für die Menschen in unserem Land auszuräumen. Dann kann es natürlich nicht sein, dass möglicherweise nach dem 14. Oktober 2018 hier Vertreter von extremistischen Gruppierungen oder anderen Gruppierungen, die jedenfalls nicht auf dem Boden unserer Verfassung stehen, gleichzeitig versuchen, im Verwaltungsorgan diese Kontrolle mit auszuüben. Deswegen danke ich an der Stelle. Wir werden solche Vertreter nicht zulassen. Insgesamt hat das Hohe Haus die Aufgabe, diese Vertreter im Verwaltungsorgan mit absoluter Mehrheit zu wählen.

Was wird weiterhin die Aufgabe der Landeszentrale sein? – Wir haben einen weiteren Weg gefunden, die Aufgaben der Landeszentrale zu begleiten. Der Verwaltungsrat hat die Möglichkeit, einen Wissenschafts- und Fachbeirat ins Leben zu rufen. Auch das war ein Kompromiss, den wir letzten Endes miteinander gefunden haben. Es soll Sache der Vertreter im Verwaltungsrat sein, zu befinden, ob sie weitere wissenschaftliche Begleitung möchten oder nicht.

Ein Letztes zu dem Thema, wie wir mit unserer Demokratie umgehen: Die Digitalisierung in unserem Land ist im Grunde genommen ein Segen. Wenn man sich ansieht, wie leicht man heutzutage mit den unterschiedlichsten Menschen in Kontakt kommt, ohne jemanden aufsuchen zu müssen, ohne dass man sich an einem bestimmten Ort treffen muss, sondern dass man einfach die Kommunikation über die sozialen Medien herstellen kann, dann ist das zunächst einmal ein Gewinn für die Demokratie. Letzten Endes kann man wesentlich mehr Menschen erklären, was die wichtigen Dinge sind. Wir haben eine größere Reichweite, und das sollte eigentlich zum Segen einer Demokratie sein. Nur: Gleichzeitig gibt es Kräfte, die kein Interesse daran haben, dass unsere Demokratie auch in Zukunft so gut funktioniert wie in der Vergangenheit. Es ist das Wesen von Extremisten, die mit dem Verfassungsrecht, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht im Einklang stehen, möglichst so viele Informationen zu streuen, dass das Misstrauen in der Bevölkerung wächst. Ansonsten funktioniert Protest nicht, ansonsten funktioniert Extremismus nicht.

Diese Aufgaben werden zunehmen. Ich kann über die sozialen Medien inzwischen nicht mehr feststellen, wer mein Gegenüber ist. Ist es ein Bot, der, gesteuert von Algorithmen und einem Informatiker, Informationen weitergibt, oder ist es ein tatsächlicher Mensch, ein tatsächliches Gegenüber, der tatsächlich ein bestimmtes Problem hat? Dieser Aufgabe Herr zu werden, sich in diesem Zusammenhang im Klaren darüber zu sein, wie wichtig es ist, Demokratie zu schützen, das sollte im Sinne der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit auch ein wesentlicher Faktor sein. Deswegen glaube ich, dass wir gut daran tun, die Landeszentrale neu aufzustellen. Dies wird auch dazu führen, dass wir die Stellen bei der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit aufstocken. Das ist klar. Wer weitere Aufgaben bekommt, braucht auch mehr Personal, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Ich hätte gerne, dass wir heute als Demokraten ein gemeinsames Votum für die politische Bildungsarbeit bei uns im Land abgeben, für die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Ich erhoffe mir eine breite Zustimmung im Parlament. Ich denke, nach den Vor-

besprechungen in den Ausschüssen sind wir da auf einem guten Weg. Ich bedanke mich bei allen, die fleißig mitgearbeitet haben und sich die Köpfe zerbrochen haben, um das auf die Beine zu stellen, und freue mich über Ihre Zustimmung – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Hofmann. – Nächster Redner ist der Kollege Güll. Bitte schön, Herr Güll.

Martin Güll (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können das vergleichsweise kurz machen. In der Tat stimmt die SPD-Fraktion dem Gesetzentwurf in dieser geänderten Form jetzt zu. Wir wollen die Arbeit in der Landeszentrale mit diesem Gesetzentwurf nicht mehr auf dem Verordnungswege, sondern gesetzlich regeln und deshalb die Rechtsform neu aufstellen. Wir haben im Vorfeld durchaus Anmerkungen gemacht und Bedenken geäußert, ob das schon die richtige Lösung ist. Jetzt ist es, wie es ist. Ich glaube, die Landeszentrale kann damit einigermaßen gut leben.

Zu den Aufgabenerweiterungen: Ich möchte schon darauf hinweisen, dass die Landeszentrale ihre Kernaufgaben natürlich weitermachen soll, die politische Bildung, auch was die Publikationen betrifft, und die Unterstützung der Schulen und der Erwachsenenbildung. Das war bisher sehr gut aufgestellt, und das soll auch so bleiben. Gleichwohl ist es tatsächlich so, dass das Spektrum sich mit dem vom Kollegen Hofmann geschilderten Bereich der digitalen Themen erweitern wird. Von daher gesehen ist es natürlich auch notwendig, die Stellen auszuweiten. Allerdings – ich bin seit dieser Legislatur auch Mitglied des Beirats – habe ich das Gefühl, die Landeszentrale bräuchte ohnehin mehr Personal. Bei der Verteilung des Personals müssen wir noch mal darüber reden, ob das nur für diese neuen Bereiche gedacht ist oder auch die anderen Themen mit eingebunden werden sollen.

Ja, wir stimmen zu. Insgesamt muss die Landeszentrale gestärkt werden. Die Aufgaben der Landeszentrale werden größer, werden wichtiger, werden bedeutender. Von daher gesehen hätte ich mir gewünscht – auch das darf ich jetzt an dieser Stelle noch einmal sagen –, dass wir den Beirat bei der Entwicklung dieser Neuaufstellung besser und frühzeitiger beteiligt hätten. Ich habe auch immer angemahnt, dass das Ganze sehr überstürzt gekommen ist. Ich muss an der Stelle auch feststellen: Der Veränderungswunsch kommt offensichtlich aus der Staatskanzlei und weniger aus der Landeszentrale und aus dem Beirat heraus. Ich bin sicher, mit einem etwas längeren Vorlauf

hätten wir das aus der Landeszentrale und aus dem Beirat heraus genauso gut, wenn nicht sogar noch besser hinbekommen.

An dieser Stelle will ich aber deutlich machen, dass die Kontrolle der Landeszentrale eine parlamentarische sein muss. Das ist durch die Anpassung auch gelungen. Die Stimmberechtigung liegt bei den Parlamentariern unter dem Vorsitz des Kultusministers. Die von der Staatskanzlei vorgesehene Beteiligung und Mitwirkung der Ministerien ist eine beratende, wenn man so will. Die Erweiterungsmöglichkeit durch den Wissenschaftsbeirat oder Fachbeirat halte ich für sehr wichtig und für die Arbeit auch sehr zielführend. Das entspricht auch dem Wunsch der Landeszentrale, Kooperationspartner einzubeziehen. Auch das wurde bei den Verhandlungen zu diesem Gesetz noch sinnvollerweise erreicht. Das ist eine positive Weiterentwicklung.

Insgesamt möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch in der nächsten Legislaturperiode der Landeszentrale viel Gewicht beimessen müssen. Wir müssen ihre Arbeit von parlamentarischer Seite her gut begleiten und sie unterstützen, damit die Aufgaben, die zunehmend auf die Landeszentrale zukommen und die dort auch gut angesiedelt sind, von ihr gut umgesetzt werden können. Wie gesagt, wir werden dem Gesetzentwurf in dieser geänderten Form zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Güll. – Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo. Bitte schön, Herr Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir in dieser letzten Sitzung der Legislatur, 17 Tage vor der Landtagswahl, über Demokratie reden. Gerade die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat nämlich die Aufgabe, zur Demokratie zu erziehen, Demokratie zu schützen und Demokratie zu pflegen. Diese Aufgabe hat sie seit dem ersten Tag ihrer Gründung. Sie stammt aus einer Zeit, als die Demokratie in Deutschland noch nicht sehr gefestigt war. Sie ist hier in Bayern auch auf Initiative der Amerikaner eingerichtet worden, als spätes Reeducation Programm, übrigens zusammen mit der Akademie für Politische Bildung und der Hochschule für Politik. In diesem Dreiklang ging es darum, den Menschen in Bayern Demokratie näherzubringen und diese Demokratie über Jahrzehnte hinweg zu gestalten und zu stärken. Ich glaube, das ist gut gelungen.

Seit vier Jahrzehnten verfolge ich nun die Arbeit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsar-

beit. Ich glaube, dass die Landeszentrale und ihre Arbeit in den nächsten Jahren immer wichtiger werden. Wir stehen vor einer Landtagswahl, und wir wissen nicht, wie sie ausgeht. Das ist in der Hand der Wähler. Es kann durchaus sein, dass in diesen Landtag Kräfte kommen, die mit Demokratie recht wenig am Hut haben, die diese Demokratie unterhöhlen wollen. Insofern ist es ein richtiges, ein gutes Zeichen, eine Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zu stärken und auszubauen.

Wie der Begriff "politische Bildungsarbeit" schon sagt, es ist Arbeit. Es ist Arbeit, Demokratie zu erhalten, sie zu leben. Demokratie kann an jedem Tag verloren gehen. Insofern müssen wir uns tagtäglich – das ist unsere Arbeit hier als Parlamentarier – diese Demokratie erkämpfen. Jeden Tag müssen wir darum ringen, sie zu erhalten. Das tun wir im Moment im Wahlkampf bei allen Auseinandersetzungen gemeinsam. Insofern sage ich ganz deutlich: Wir, die FREIEN WÄHLER, haben uns gefreut.

Diese Landeszentrale stand in den letzten Jahrzehnten manchmal nicht so sehr im Fokus. Das sieht man auch daran, dass sie ständig verlagert wurde. In der Zeit, in der ich sie erlebt habe, hat sie vier oder fünf Mal den Ort ihres Schaffens innerhalb Münchens verändert und ebenso den Platz in der Regierung. Mal war sie dem Kultusminister zugeordnet, mal der Staatskanzlei, dann wieder dem Kultusministerium. Nun aber geht es um eine Aufwertung. Es geht um zwölf neue Stellen. Es geht um neue Aufgaben. Diese stellen sich gerade auch durch die Herausforderungen der Digitalisierung.

Im Kern geht es darum, junge Menschen, aber auch ältere in der Demokratie zu stärken. Wir kennen das aus den Programmen mit den vielen Publikationen. Es geht darum, Studenten und Schülern Demokratie beizubringen und ihnen aufzuzeigen, dass Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung das ist, was diese Bundesrepublik auszeichnet und was sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark gemacht hat. Das, was die Bundesrepublik zu einem der beliebtesten Länder der Welt gemacht hat, das ist ihre Stabilität, das ist aber auch ihr Rechtssystem und ihr Demokratieverständnis. Um all dies kämpfen wir aktuell. Das steht auch zur Wahl. Alle Fraktionen, die hier in diesem Bayerischen Landtag vertreten sind, stehen dazu, sie stehen zu diesen Grundsätzen. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Landeszentrale stärken, ihr neue Aufgaben und Stellen geben, damit sie die Demokratie in den nächsten Jahren in gleicher Stärke bewahren wird. Es wird unsere Aufgabe als Parlamentarier sein – das gilt für diejenigen, die wiedergewählt werden, und ich hoffe darauf, dass das möglichst viele sind aus allen Fraktionen hier im Hause –,

dieses Prinzip zu stärken gegen Angriffe jeder Art und von jeder Partei, die diese Grundsätze nicht schützt. Darin soll uns die Landeszentrale mit unterstützen.

Wir werden diesem Gesetz deshalb mit Freude zustimmen, weil es diese Grundprinzipien stärken soll. Im Beirat werden wir auch ein Auge darauf haben, dass die Landeszentrale diese Aufgabe, die unser aller Aufgabe ist, mit ihren Kräften unterstützt. Insofern ein Ja der FREIEN WÄHLER zur Landeszentrale, ein Ja der FREIEN WÄHLER zur Demokratie, die wir uns an jedem Tag von Neuem erkämpfen, um sie zu erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Prof. Dr. Piazzolo. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lange hat politische Bildung in Bayern ein Schattendasein geführt. Vielleicht kann man sagen, manche haben gemeint, solange die Leute CSU wählen, braucht man keine politische Bildung. Ich glaube, jetzt sind alle aufgewacht. Wir alle wissen, wie wichtig politische Bildung ist in einer Gesellschaft, die sich teilweise spaltet, die politische Debatten erlebt, die wir eigentlich nicht mehr befürchtet haben, die jetzt aber tatsächlich geführt werden. Politische Bildung heißt, wir brauchen selbstständig denkende, kritisch denkende Menschen, Jugendliche, Erwachsene, Menschen, die hinterfragen, die Vorurteile hinterfragen, die sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden geben, die sich informieren und die argumentieren können. Demokratie lernen heißt auch, Demokratie erfahren zu können, im Gespräch, im Werben um Mehrheiten, in der Auseinandersetzung, in der Abstimmung, auch im Leben. Dazu gehört auch das Leben mit Abstimmungsniederlagen. Auch das gehört dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie gesagt, unsere politische Gesellschaft hat sich verändert. Wir erleben Fake News, Hate Speech. Mit den sozialen Netzwerken haben wir eine neue Situation. Das sind Chancen, das sind aber auch große Risiken. Deshalb ist es richtig, die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit um diesen Aufgabenbereich zu erweitern.

Ich gehe nicht ganz einher mit der Position, die der Ministerpräsident auch in seiner Regierungserklärung dargestellt hat, dass es nämlich um eine Neuaufstellung der Landeszentrale geht. Die Landeszentrale ist bereits auf dem Weg der Neuaufstellung. In den letzten drei, vier Jahren hat sie sich auf den Weg be-

geben. Ich darf mit meinem Kollegen Dr. Sepp Dürr, der im Beirat war, darauf hinweisen, dass von dort viele Impulse gekommen sind. An dieser Stelle möchte ich auch dem Direktor, Herrn Dr. Harald Parigger, und seiner Stellvertreterin Monika Franz sowie dem ganzen Team für die gute Arbeit danken, die auf diesem Weg in den letzten Jahren geleistet worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem neuen Gesetz wird die Landeszentrale zu einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Das heißt, sie wird eigenverantwortlicher, sie kann flexibler agieren, vor allem nach außen. Wir müssen schauen, dass sie diese Spielräume auch nützen kann und diese Eigenverantwortung auch wirklich hat. Sie ist nach wie vor an das Kultusministerium angebunden, organisatorisch, aber auch was den organisatorischen Support anbelangt. Das ist richtig, aber die Unabhängigkeit dieser Landeszentrale und den politischen Pluralismus zu garantieren, ist Aufgabe des Verwaltungsrates. Kollege Güll, Kollege Hofmann und Kollege Piazzolo haben schon darauf hingewiesen: Wir haben uns zusammengesetzt und noch einmal verhandelt und haben am Text gearbeitet. Wir haben erreicht, dass acht und nicht nur sieben männliche oder weibliche Abgeordnete von Regierung und Opposition in diesem Beirat stimmberechtigt sind und die Mitglieder der Staatsregierung beratend, also ohne Stimmrecht, dabei sind. Es wird wichtig sein, dass dieser Verwaltungsrat die Landeszentrale stützt, eigenständig ihren Weg zu gehen.

Wichtig ist auch, dass diese zwölf neuen Stellen, die jetzt kommen werden, sachgemäß, wenn man so will, organisch, in diese Landeszentrale kommen. Auch da ist es wichtig, dass die Landeszentrale selbstständig nach ihren Bedürfnissen arbeiten kann und ihr nicht irgendetwas aufgepfropft wird.

Ich finde, dieser Gesetzentwurf sollte Vorbild für weitere sein, dass in den parlamentarischen Beratungen tatsächlich etwas verändert wird. Im Sozialkundeunterricht wird immer gerne erzählt, dass dies in den Ausschüssen so passiert. Wir haben heute hier einen Sonderfall, dass das so ist. Ich würde mir wünschen, dass wir das öfter haben, dass wir in den parlamentarischen Beratungen an einem Gesetzentwurf tatsächlich noch arbeiten und ihn weiterentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir vertrauen auf das Versprechen, dass der Dienstsitz weiterhin München bleibt.

Zum Abschluss dieser Legislaturperiode ist es ein gutes Zeichen, dass wir einen Gesetzentwurf zur politischen Bildung gemeinsam verabschieden. Ich glau-

be, wir werden in der nächsten Legislaturperiode viele Zeichen dieser Gemeinsamkeit der demokratischen Fraktionen in diesem Haus brauchen. Wir brauchen mehr politische Bildung, und wir müssen die Landeszentrale, aber auch die anderen Institutionen besser unterstützen, dass sie diesen Weg gehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Für die Staatsregierung erteile ich Staatsminister Sibler das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Bernd Sibler (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein schöner Zufall, dass ich heute Morgen um 8.00 Uhr am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung eine weitere neue Abteilung eröffnen konnte, nämlich die Abteilung Medienbildung. Es ist ein schöner Zufall oder, wie wir Christenmenschen auch sagen, eine schöne Fügung, dass wir jetzt dieses Gesetz verabschieden können. Wir bringen damit die größte personelle und inhaltliche Weiterentwicklung in der Geschichte der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit auf den Weg: zwölf zusätzliche Stellen und vor allem ein neues, wichtiges Aufgabenprofil im Bereich der Medienbildung und Medienarbeit. Der Umgang mit Fake News, der Umgang mit diesen Phänomenen, gerade jetzt im Wahlkampf, aber oft auch im Alltag, gehört zum Aufgabenfeld. Diese Dinge gehören heute zur Erziehungsarbeit und zum Umgang mit den Medien, aber auch zur politischen Bildung.

Cui bono? – Wem hilft's? So frage ich als Historiker. Letztlich geht es darum, dass wir Quellenkritik betreiben: Wer sagt was wo warum? – Das wird die zentrale Aufgabe dieser neuen Abteilung sein. Lieber Herr Parigger, liebe Frau Franz, ich darf Sie herzlich hier begrüßen; schön, dass Sie da sind. Die Welt verändert sich gerade im Digitalen zum Teil dramatisch. Das hat Auswirkungen auf die Meinungsbildung und auf die analoge Welt. Digitale und analoge Welt sind eng miteinander vernetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist sichergestellt, dass die klassischen Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit nicht geschmälert werden; denn für neue Aufgaben gibt es neue Stellen. Viele von Ihnen kennen vermutlich die Bände zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus. Ich habe damals als junger Lehrer noch mit Kassetten arbeiten dürfen. Heute gibt es andere Möglichkeiten. Wir wissen, dass hier unglaublich gute Materialien für die Bildung junger Menschen, aber auch für viele weitere interessierte Menschen in ganz Bay-

ern zur Verfügung stehen. Die Ausleihzahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Sie können also sicher sein, dass die neue Aufgabe und das klassische Profil ausgewogen nebeneinanderstehen werden. So machen wir die Landeszentrale fit für die neuen Aufgaben, für das neue Profil, das eine sich immer schneller ändernde Gesellschaft, vor allem aufgrund technischer Entwicklungen, erforderlich macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Mitglieder des Bayerischen Landtags, herzlichen Dank für das Verfahren. Es war in der Tat ein sehr schnelles Verfahren, das den politischen Abläufen und dem Ende der Legislaturperiode geschuldet war. Wir haben, lieber Martin Güll, versucht, sobald die Gesetzentwürfe der Staatsregierung vorlagen, zu informieren. Wir haben eine ganze Reihe von Gesprächen geführt. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen, die bereit waren, dieses Verfahren mitzutragen. Ich denke, es war fair und gut, diese Schritte im Änderungsverfahren auf den Weg zu bringen. Es ist ein gutes und ausgewogenes Gesetz geworden, das die Landeszentrale auf neue, solide Beine stellt und die Zukunftsfähigkeit sichert.

Die Rechtsform der teilrechtsfähigen Anstalt schafft die größte Unabhängigkeit, stellt aber auch die Anbindung an das Kultusministerium sicher. Ich glaube, für die Akzeptanz in Lehrerkreisen ist dies nicht zu unterschätzen. Es wird doch geschätzt, wenn man weiß, dass die vorgesetzte Dienststelle hingeschaut hat und eine Anbindung gegeben ist. Ich halte das für sehr wichtig.

Es ist auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen parlamentarischer Beteiligung und exekutiver Begleitung gefunden worden. Das unterstreicht auch, dass wir zur Stärkung und zum Schutz unserer Demokratie beitragen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Dr. Parigger wird zum Jahresende in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Wir haben im Beirat bereits den potenziellen Nachfolger vorgestellt. Wir werden diese Persönlichkeit nach Ablauf der immer noch laufenden Widerspruchsfrist öffentlich vorstellen. Ich denke, es gebieten der parlamentarische Stil und die Regeln, dass wir erst das Gesetz verabschieden und dann nach Ablauf der entsprechenden Fristen die Person öffentlich vorstellen. Ich glaube, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass das Benehmen hergestellt werden können, sodass wir zum 01.01.2019 gut aufgestellt sowohl in personeller Leitungsfunktion, aber auch mit den zusätzlichen Stellen, als auch mit

dem inhaltlichen Auftrag die Arbeit auf den Weg bringen können.

Politische Bildung spielt in Bayern eine große Rolle. Wir werden das auch in den Stundentafeln der Schulen, stellvertretend sei das neue neunjährige Gymnasium genannt, weiter ausbauen. Wir alle stellen fest, dass in der Gesellschaft eine Segmentierung, eine Polarisierung, eine gewisse Verrohung von Sprache stattfindet. Ich glaube, das Hohe Haus muss hier in seiner Vorbildfunktion vorangehen. In der Art und Weise, wie dieses Gesetz zustande gekommen ist, haben wir ein gutes Beispiel gegeben, wie politische Arbeit funktioniert. Vergelt's Gott an die Parlamentarier, und vergelt's Gott für einen voraussichtlich einstimmigen Beschluss dieses Gesetzes.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Bevor wir zur Abstimmung kommen, teile ich Ihnen mit, dass die zur Beratung eingereichten Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgrund der zur Annahme vorgeschlagenen Änderungen von den Antragstellern zurückgezogen wurden.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 17/22908 und die Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen hinsichtlich der Aufgaben und der Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Der endberatende Ausschuss stimmt bei seiner Endberatung diesen Änderungen mit einer weiteren Konkretisierung ebenfalls zu. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/23943.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte. – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind die CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN und die Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Art anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit".

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 5 und 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern - Bayerisches Klimagesetz (Drs. 17/21585) - Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD) für ein Bayerisches Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (Drs. 17/21763) - Zweite Lesung -

Ich erinnere noch einmal daran, dass zu Tagesordnungspunkt 5 namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unser erster Redner ist der Kollege Stümpfig. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist die letzte Sitzung in diesem Hohen Haus in dieser Legislaturperiode. Heute ist auch die letzte Gelegenheit für die CSU-Fraktion, mit der Zustimmung zu unserem Klimaschutzgesetz in dieser Legislatur etwas Handfestes zum Klimaschutz zu bewirken; denn die Bilanz der CSU-Fraktion bzw. der CSU-Staatsregierung beim Klimaschutz ist verheerend. Im Vergleich zu 1990 haben wir hier gerade einmal Einsparungen in Höhe von 10 %. Das Ziel, wie Sie alle wissen, liegt bei 40 % bis 2020. Hier liegt also wirklich eine verheerende Bilanz vor. Da sagen wir GRÜNE nur: So kann es nicht weitergehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Legislaturperiode haben wir sehr viele Anträge zum Thema Klimaschutz gestellt, ob im Landwirtschaftsausschuss, Wirtschaftsausschuss oder Um-

weltausschuss. Sie von der CSU-Fraktion haben hier nichts vorgelegt. Sie haben nur unsere Anträge konsequent abgelehnt. Es gibt bei der CSU-Staatsregierung keine verbindlichen Ziele, bei denen wir sagen könnten: Mit diesen Zielen können wir die Ziele von Paris erreichen.

Unser Klimaschutzgesetz legt die Ziele klar fest. Ich habe in der Ersten Lesung den Budgetgedanken schon ausführlich erläutert. Maximal 1.300 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente dürfen wir in Bayern noch emittieren, um das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten. Wir müssen bis zum Jahr 2030 auf 3,5 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf runter. Das sind Zielsetzungen, die dann verbindlich formuliert wären. So muss es funktionieren. Anders wird uns das nicht gelingen; denn die Staatsregierung steuert mit ihren Zielen auf eine Erwärmung von drei bis vier Grad zu. Das Einzige, was man zu diesen Zielsetzungen noch sagen kann: Sie werden in den Bilanzen selbst geschneidert. Da ist die Rede vom Quellenverbrauch, oder die Verursacherbilanz wird durcheinander gewürfelt. Wir haben immer wieder neue Berechnungsmethoden, sodass wir langjährige Reihen gar nicht verstehen können. Die Berechnung ist, was zum Beispiel den Landwirtschaftsbereich angeht, nicht vollständig. Da haben wir heute Morgen von unserem Ministerpräsidenten Herrn Söder erst wieder hören müssen: Ja, jetzt sollen die Landwirte als die Buhmänner für den Klimawandel hingestellt werden. – Nein, Herr Söder, so ist es nicht. Aber wir brauchen eine ehrliche Bilanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns in unseren Klimaschutzgesetzen viel Mühe gemacht und versucht, Anteile durch das Herunterbrechen von Zahlen der Bundesregierung, weil es auf bayerischer Ebene nichts gibt, herauszufinden. Demnach geht ungefähr ein Viertel der CO₂-Emissionen nun mal auf das Konto der Landwirtschaft. Da können wir nicht, wie Sie von der CSU-Staatsregierung das machen, nach der Vogel-Strauß-Methode einfach sagen, das interessiert uns nicht. Man muss sich dieser Herausforderung stellen. Zu dem Grund, warum Sie hier keine Antwort auf diese Zukunftsfragen haben, möchte ich meine Vorsitzende, die Katha Schulze, zitieren. Sie sagte heute Morgen: Sie sind hier gnadenlos überfordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind hier gnadenlos überfordert; denn Sie müssten zum ersten Mal Ihre ganze Politik, dieses ganze Neoliberale, das nur auf Wachstum, Wachstum, Wachstum, setzt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, hinterfragen. Stattdessen praktizieren Sie nur die Vogel-Strauß-Methode. Wie über-

fordert Sie sind, hat sich auch in den Debatten im Umweltausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Plenum gezeigt. Die Debatte war fachlich – das muss ich leider sagen, liebe Kollegen und Kolleginnen – unterirdisch. Pauschal hieß es da von Ihrer Fraktion nur "Brauchen wir nicht" und "Ein Klimaschutzgesetz ist nicht notwendig."

Ich blicke auf heuer zurück, auf diesen Hitzesommer mit vertrockneten Ernten und massiven Schäden, und Sie von der CSU-Fraktion sagen: Nein, Klimaschutz ist nicht notwendig, brauchen wir nicht. – Wir hatten nicht fünf heiße Tage wie normalerweise, sondern wir hatten über 20. Da sagen Sie: Klimaschutz brauchen wir nicht. Wir brauchen doch kein Klimaschutzgesetz. – Es gibt Tiefststände beim Grundwasser und Tiefststände in unseren Trinkwasservorräten. Die Schwäbische Rezat in meinem Heimatraum in Weißenburg ist heuer komplett ausgetrocknet. Da sagt die CSU-Fraktion: Klimaschutz? Nicht notwendig. – So kann man das weiter fortsetzen bis beispielsweise hin zur Permafrostgeschichte. Sie fahren gerne auf die Zugspitze hinauf und schwingen tolle Reden, aber die Umweltforschungsstation des Schneefernerhauses hat einen Tunnel durch den Gipfel gebohrt und festgestellt, dass der Permafrost auf der Zugspitze von außen nach innen immer mehr abschmilzt. Da stellen Sie sich dann oben hin und sagen: Klimawandel, Klimaschutz? Brauchen wir nicht, gibt es doch alles gar nicht.

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist doch nicht wahr!)

Der Gipfel von dem Ganzen war der Herr Ritt im Umweltausschuss, der dieses Jahr bei seiner Erwidernung zu uns gesagt hat, es gab doch auch im 12. und 13. Jahrhundert eine solche Heißphase, eine Klimaerwärmung. Er stellt in Frage, dass das, was wir momentan erleben, menschengemacht ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wahnsinn!)

Da muss ich jetzt wirklich sagen: Sie gehen langsam vom Ignorieren des Klimawandels zum Leugnen des Klimawandels über. Da machen wir GRÜNE einfach nicht mehr mit.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Wir haben hier unser Klimagesetz eingebracht. Wir wollen den Menschen Mut geben, Ihnen aber auch die Wahrheit sagen; denn diese Herausforderung ist wirklich nicht gering. Aber wir brauchen ernsthafte Maßnahmen, und nicht immer irgendwelche Placebomaßnahmen. Mit unserem Klimagesetz wollen wir verbindliche Ziele einführen: 3,5 Tonnen pro Kopf bis 2030. Wir wollen ein Landesklimaschutzkonzept, das Sektorziele für Verkehr, Landwirtschaft, Wärme und

Strom enthält. Wir wollen bis zum Jahr 2030 eine klimaneutrale Verwaltung einführen, damit die öffentliche Hand vormacht, wie wir es in der Praxis schaffen, Klimaschutz wirklich umzusetzen. Es gibt einen Klimamarat, es gibt verbindliche Ziele und es gibt ein Monitoring. Dieses ganze Paket wird in den einzelnen Kommunen zusammen mit Klimaschutzmanagern durchdekliniert. Wir brauchen in den einzelnen Kommunen eine gute Beratung, was die einzelnen Kommunen und Verwaltungsebenen und der Einzelne beim Klimaschutz wirklich tun können.

Das müssen wir umsetzen; denn die Zielsetzung, hier endlich eine Trendwende zu erreichen, stellt eine große Herausforderung dar. Wir GRÜNE wollen es anpacken. Ich bitte heute um Ihre Zustimmung. Wir haben heute extra namentliche Abstimmung beantragt, damit Sie als einzelne Abgeordnete sagen können, mir ist der Klimaschutz ein Herzensanliegen, so wie wir GRÜNE sagen, dass er uns ein Herzensanliegen ist und wir in Bayern mit unserem Klimagesetz einen Meilenstein für den Klimaschutz setzen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor der Klimakonferenz 2015 hat der amerikanische Präsident, damals Barack Obama, gesagt: Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels spüren, und die letzte Generation, die etwas gegen ihn unternehmen kann. – Im aktuellen CSU-Wahlprogramm stellt Markus Söder die Behauptung "Wir managen die Zukunft" auf. Aber im ganzen Programm findet sich kein Wort zu der wichtigsten Zukunftsfrage der Menschheit, dem Klimaschutz. Nein, meine Damen und Herren von der CSU, Sie managen nicht die Zukunft. Sie leben mit Ihrer Politik in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD)

Daran ändert Ihr Last-Minute-Angebot in der heutigen Regierungserklärung auch nichts. Auch für Bayern sind die Folgen der Klimaerhitzung dramatisch. Wir haben schon einen Vorgeschmack darauf bekommen: Das Pfingsthochwasser 2013, die Sturzflut in Simbach 2016, die extreme Trockenheit in Franken 2017 und ganz aktuell der Hitze- und Trockenheitssommer 2018, der alle bisherigen Rekorde übertrifft. Das zeigt: Extremwetterereignisse, Hochwasser und Dürre nehmen weiter dramatisch zu. Die Temperaturen in den Städten steigen auf ein gesundheitsgefährdendes Maß. Die Bedingungen für die Land- und Forstwirtschaft verschlechtern sich zusehends. Die Naturge-

fahren steigen überall an, und der Klimawandel schädigt die Tier- und Pflanzenwelt in Bayern. Wir tragen in Bayern auch eine globale Verantwortung. Schon jetzt müssen jedes Jahr 25 Millionen Menschen vor den Folgen der Klimaerhitzung fliehen. In den nächsten Jahren könnten es immer mehr werden. Deswegen brauchen wir unbedingt verbindliche und ehrgeizige Klimaschutzziele. Die Temperatur in diesem Jahrhundert darf auf keinen Fall um mehr als 2 Grad steigen, besser nur um 1,5 Grad. Wir müssen das schnell auf den Weg bringen, wie es Barack Obama gesagt hat: Wir sind die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun kann. Gerade in Bayern müssen wir die Ärmel in der Klimaschutzpolitik endlich hochkrepeln. Seit über zehn Jahren geht hier in Bayern nichts voran. Seit zehn Jahren gab es in Bayern keine Reduzierung von Treibhausgasen mehr. Ich belege das gern mit konkreten Fakten. Laut den aktuellen Daten des zuständigen Bund-Länder-Arbeitskreises hat Bayern unter Horst Seehofer und Markus Söder seit 2007 keine Verringerung der Treibhausgasemissionen mehr geschafft. Zuletzt sind die Pro-Kopf-Werte bei den energiebedingten Treibhausgasemissionen sogar wieder leicht angestiegen. Auch bei den Treibhausgasemissionen des Verkehrs gab es einen Anstieg.

Im Verkehrsbereich leisten Sie sogar selbst den Offenbarungseid. In Ihrem eigenen Umweltbericht aus dem Jahr 2015 steht nämlich: Die Emissionen aus dem Flugverkehr stiegen seit 1990 um mehr als das Dreifache an. Mit etwa 26 Millionen Tonnen verursacht der Straßenverkehr weiterhin den größten Anteil. – Das passt zu Ihrem CSU-Wahlprogramm. Dort steht es auch so. Bayern ist ein Autoland. Ja, aber leider kein Klimaschutzland und kein CO₂-Freistaat. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Beispiel sind die Moore. Moore können enorme Mengen an CO₂ speichern, aber nur, wenn sie intakt sind. Von rund 220.000 Hektar bayerischer Moore sind nur noch rund 5 % in einem naturnahen Zustand. Sie haben deswegen schon ein Moorprogramm aufgelegt. Bis 2014 haben Sie gerade mal 800 Hektar von 220.000 Hektar renaturiert. Diese Beispiele zeigen, was Ihre Klimapolitik wirklich ist, nämlich heiße Luft und viel Lärm um nichts.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geben uns damit nicht zufrieden. Deswegen legen wir zum zweiten Mal seit 2013 ein ehrgeiziges Klimaschutzgesetz für den Freistaat Bayern vor. Echte Klimaschutzpolitik fängt schon mal mit ehrlichen Zahlen an. Wir wollen eine Klimaverursacherbilanz für Bay-

ern, kein Tricksen und Täuschen bei den Zahlen, so wie Sie es praktizieren.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel lautet: Bayern muss bis zum Jahr 2050 in schnellen Schritten, überprüfbar und transparent, klimaneutral werden. Das heißt für uns: Wir wollen bis dahin 95 % der Treibhausgase gegenüber dem Jahr 1990 einsparen. Das ist das wichtigste Ziel. Wir wollen das durch mehr Energieeffizienz, Energiesparen und neuen Schwung in der Energiewende erreichen. Dafür wollen wir die CSU-Windkraftblockade, diese unsinnige 10-H-Regelung, so schnell wie möglich aufheben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Kurzem kennen wir die Klimadaten für das vergangene Jahr 2017. Es wurden etwas weniger Treibhausgase ausgestoßen als im Jahr davor. Die größten Einsparungen gab es erfreulicherweise im Energiebereich. Der Grund dafür ist, dass durch die hohe Windkrafteinspeisung weniger Steinkohle verstromt werden musste. Vor dem Hintergrund dessen, was gerade im Hambacher Forst abläuft, sage ich ganz bewusst: Wir müssen und wir werden aus der Kohle aussteigen. Wir wollen keine Braunkohleverstromung mehr.

(Beifall bei der SPD)

Wer aber aus der Kohle aussteigen will, der muss die Windkraft ausbauen und darf sie nicht abwürgen. Das ist doch klar. Leider sind die Fortschritte durch die regenerativen Energien deutschlandweit aufgrund der Zunahme des klimaschädlichen Verkehrs fast vollständig zunichtegemacht worden.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Sie können sich gerne zu einer Zwischenbemerkung melden.

Daran hat Bayern einen erheblichen Anteil. Markus Söder und die jetzige Staatsregierung haben kurz vor der Landtagswahl ihre vermeintlich neue Liebe für den öffentlichen Verkehr entdeckt. Aber wie glaubhaft ist das? – Seit Jahren machen Sie Versprechungen, die nicht eingehalten werden. Jetzt kurz vor der Landtagswahl soll plötzlich alles gut werden. Sie erinnern an jemanden, der an Silvester immer große Pläne schmiedet, nur um damit im neuen Jahr zu scheitern und sich zum Jahresende wieder das Gleiche vorzunehmen. Das ist doch Ihr Prinzip bei der CSU.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dreikönig ist es schon wieder vorbei!)

Wer glaubt Ihnen schon, dass Sie auf umweltfreundlichen Verkehr setzen, wenn Sie das Autoland Bayern beschwören?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Der Kollege soll eine Zwischenbemerkung machen. Ich wollte heute schon zwei Zwischenfragen stellen. Die anderen Kollegen haben das nicht zugelassen. Dann muss ich es einfach genauso handhaben.

Bis heute wollen Sie die Hardware-Nachrüstung von den Autofahrern zahlen lassen, anstatt vom Verursacher, der Autoindustrie. Sie wollen um jeden Preis die dritte Startbahn am Münchner Flughafen bauen. Der erste Wasserstoff-Brennstoffzellenzug wird nicht in Bayern, sondern in Niedersachsen fahren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine echte Verkehrswende. So steht es in diesem Gesetzentwurf. Klimaschutz geht eben nicht ohne nachhaltige Mobilität. Wir wollen den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr schnell ausbauen und emissionsfreie Antriebe fördern. Dazu gehört ein viel schnellerer Ausbau der S-Bahn in München und in Nürnberg-Fürth-Erlangen, die Schaffung von Stadt-Umland-Bahnen in allen größeren bayerischen Städten sowie gut getaktete Busverbindungen, landkreisübergreifend im gesamten ländlichen Raum. Dazu gehört auch der Einstieg in den kostenfreien Nahverkehr – jetzt und nicht im Jahr 2030, wie das Herr Söder versprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Zudem wollen wir, dass die öffentliche Hand, der Freistaat, die Städte und die Gemeinden eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz übernehmen, finanziert vom Freistaat, beispielsweise beim öffentlichen Gebäudebestand. Wir wollen ein echtes Klimaprogramm für die bayerischen Moore, das nicht im Mikrobereich steckenbleibt. Wir wollen einen unabhängigen Klimabeirat. Wir wollen viel schneller und umfassender Vorsorge gegen die Klimaerhitzung in Bayern treffen und die entsprechenden Anpassungsstrategien verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft und eine Verpflichtung gegenüber unseren Kindern. Klimaschutz heute spart Geld für die Zukunft; denn er kostet weniger als die Behebung der durch die Klimaerhitzung verursachten

Schäden. Wer eine gute Zukunft für Bayern wirklich will, der muss echten Klimaschutz betreiben. Dafür stehen wir. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Dr. Hünnerkopf.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die zwei Gesetzentwürfe von den GRÜNEN und der SPD haben das Ziel, ein eigenes Klimaschutzgesetz zu installieren. Die SPD hat die zusätzliche Forderung erhoben, das Landesplanungsgesetz zu ändern, um im Rahmen der Raumordnung klimarelevante Maßnahmen in den Regionalplänen festlegen zu können. Das ist Gegenstand dieser Diskussion.

Nach der Ersten Lesung haben wir diese Vorschläge im Unterausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Verfassungsausschuss diskutiert. Meine Damen und Herren, wir haben sie intensiv und kontrovers diskutiert. Lieber Herr Kollege Stümpfig, wenn Sie nicht zufrieden waren, ist das Ihr Problem. Ich darf Ihnen sagen, dass aus unserer Sicht beide Gesetze im Grunde genommen gut gemeint sind, aber keine neuen Erkenntnisse liefern.

Ich nenne als Stichwort den Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂. Wir befinden uns mit rund 6 Tonnen in einem guten Bereich. Sie haben das Ziel, den Pro-Kopf-Ausstoß auf 3,5 Tonnen zu reduzieren. Unser Ziel sind 2 Tonnen Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂. Deswegen kommt von Ihnen explizit nichts Neues. Wir haben in unserem Klimaschutzprogramm, dem Energieprogramm und der Klimaanpassungsstrategie bereits schlüssige und probate Instrumentarien, um voranzukommen. Ihr Ansatz ist mehr der ordnungspolitische, ich will nicht sagen planwirtschaftliche. Irgendwann oder auch gar nicht kommt die Eigeninitiative. Wir gehen den anderen Weg: Wir setzen zunächst Anreize für die Freiwilligkeit und ergänzen diese mit ordnungspolitischen Maßnahmen.

Beim Stichwort Autoland Bayern geht es um den CO₂-Ausstoß. Unser Ansatz, am Diesel festzuhalten, kann nicht so falsch sein. Im Hinblick auf den CO₂-Ausstoß ist der Diesel immer noch unbestritten günstiger als das Benzin-Auto. Lieber Kollege Florian von Brunn, ich bitte, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen, Sie haben es heute gehört: Bei der Nachrüstung setzen wir nicht auf Eigenbeteiligung, sondern wir wollen, dass die Kosten von den Autoherstellern übernommen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Davon habe ich heute nichts gehört! Davon wurde nichts gesagt!)

– Das wurde gestern Abend auch in der Diskussion mit Herrn Hartmann gesagt.

(Florian von Brunn (SPD): Das wurde heute überhaupt nicht deutlich!)

– Ich glaube, es wurde deutlich gesagt, dass das unser Ziel ist. Und das ist so.

Meine Damen und Herren, diese Gesetze sind nicht notwendig. In Artikel 141 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung steht als Staatsziel der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ein sparsamer Umgang mit der Energie. In dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050 wird eine Milderung des Klimawandels angestrebt, was nicht bestritten werden kann. Niemand von uns stellt auch nur ansatzweise in Frage, dass uns der Klimawandel an allen Stellen trifft. Viele, die sich damit befassen, und auch ich sehen den Klimawandel als die wesentliche Herausforderung in der Umweltpolitik. Unbestritten müssen wir in unserer Zuständigkeit das tun, was wir tun können. Ich komme auf die Ansätze noch zurück. Wir leben aber nicht auf einer Insel. Die Ereignisse greifen auch deshalb Platz, weil wir weltweit unterwegs sind.

Beim Klimaschutzprogramm geht es um Einsparungen und um die Steigerung der Energieeffizienz. Ich weiß nicht, was daran neu sein sollte.

(Florian von Brunn (SPD): Neu ist, dass wir Fortschritte wollen, es aber keine Fortschritte gibt!)

– Das wollen wir auch, und dabei sind wir mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien auf einem recht guten Weg.

(Florian von Brunn (SPD): Wer regiert denn seit Jahrzehnten in Bayern?)

Lassen Sie mich zu diesem Thema auch Folgendes anmerken, weil es immer wieder angesprochen wird. Bei der Windkraft haben wir immer Bürgerenergiegenossenschaften propagiert. Was war denn vorher der Fall? Irgendjemand konnte sich einen probaten günstigen Standort für ein Windrad sichern und es bauen, und die Menschen mussten es dann hinnehmen. Jetzt könnten die Menschen selber die Spielräume nutzen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das macht aber keiner, weil die Spielräume nicht da sind!)

– Doch, die sind da. Wenn sich die Menschen vor Ort einigen, dass sie ein Windrad haben wollen, können

sie es realisieren. Da gibt es überhaupt kein Hindernis.

(Florian von Brunn (SPD): Wie viele Windräder sind denn genehmigt worden?)

Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin im Aufsichtsrat eines Energieversorgers, und wir haben in den letzten Jahren immer noch Windkraftanlagen zusammen mit den Bürgern gebaut.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Bürger beteiligt, und diese Anlagen wurden realisiert.

(Florian von Brunn (SPD): Wie viele wurden nach 10H genehmigt?)

Ich finde es unangemessen, wenn es so hingestellt wird, dass Windkraftanlagen grundsätzlich nicht möglich sind. Damit ist es auch möglich, in der Versorgung mit regenerativen Energien voranzukommen.

Im Klimaschutzprogramm ist auch ein verstärkter Moorschutz enthalten, lieber Kollege von Brunn. Natürlich können wir apodiktisch fordern, dass die Moore geschützt werden. Das muss ich dann über die Köpfe der Menschen hinweg festlegen. Wir wollen dabei aber die Menschen mitnehmen. Das bedarf im einen oder anderen Fall noch längerer Diskussionen, um dabei voranzukommen. Sie werden aber doch nicht sagen wollen, dass auf mehreren tausend Hektar Fläche purer Moorschutz betrieben wird. Dazu bekommen Sie in der Öffentlichkeit keine Zustimmung. Bitte lassen Sie die Kirche im Dorf. Dass es nicht einfach ist, das wissen wir.

(Florian von Brunn (SPD): Aber nicht jahrelanger Stillstand!)

Vielleicht zum Schluss noch einige Worte zu dem Aspekt, dass das Landesplanungsgesetz geändert werden muss. Ich meine, dass gerade das Landesplanungsgesetz sehr wohl eine Grundlage für die weitere Konkretisierung und Berücksichtigung des Klimaschutzes enthält. Der Grundsatzkatalog in Artikel 6 enthält ein klares Bekenntnis zu den räumlichen Erfordernissen für den Ausbau erneuerbarer Energien, zum Erhalt der Wälder und zum Schutz des Grundwassers und der Auen. Daher ist eine Änderung nicht notwendig.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss, weil mein Kollege Ritt noch einiges ergänzen will. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, miteinander im Ringen um gemeinsame Lösungen noch bessere Lösungen für den Klimaschutz voranzubringen. Ich wünsche,

dass in diesem Haus auch die weiteren Auseinandersetzungen konstruktiv verlaufen. Das wünsche ich uns; denn wer aufhört, besser werden zu wollen, der beginnt damit, nicht mehr gut zu sein. Das war immer unser Maßstab. Abschließend herzlichen Dank fürs Zuhören und alles Gute für Sie!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen vom Kollegen Stümpfig und dann vom Kollegen Woerlein. – Zuerst der Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Hünnerkopf, zunächst einmal möchte ich Ihnen danken, weil Sie einer der wenigen Umweltpolitiker in der CSU-Fraktion sind; wir werden Sie, glaube ich, in diesem Hohen Haus noch vermissen.

Jetzt noch einmal zu den Zahlen. Sie laufen damit leider Ihrem eigenen Haus etwas in die Falle, weil immer wieder mit unterschiedlichen Zahlen hantiert wird. Wenn wir von CO₂-Emissionen pro Kopf sprechen, reden wir immer von den energiebedingten und nicht energiebedingten zusammen. Die sechs Tonnen, die Sie erwähnten, sind nur energiebedingt. Die Staatsregierung trickst und täuscht immer, indem sie bestimmte Sachen unter den Tisch fallen lässt. Zwei Tonnen sind eben nicht energiebedingt, und das sind zusammen acht Tonnen pro Kopf. Wenn wir fordern, bis 2030 nur mehr dreieinhalb Tonnen insgesamt zu haben, dann ist das weniger als die Hälfte.

Sie sagen, in dem Klimaschutzgesetz würde nichts Neues stehen. Eine Halbierung der CO₂-Emissionen innerhalb von elf Jahren ist eine wahnsinnige Herausforderung. Der müssen wir uns heute stellen und können nicht noch einmal eine Legislaturperiode mit Ihnen verschlafen. Das muss jetzt endlich angepackt werden; denn mit Ihren Zielen steuern Sie bis zum Jahr 2050 auf 2.600 Millionen Tonnen zu. Wir haben ein Budget von 1.300, und dieses überschreiten Sie um das Doppelte. Das ist einfach unmöglich. Jeder Klimawissenschaftler, mit dem Sie sich unterhalten, sagt Ihnen ganz klar, dass es so nicht weitergehen kann.

Am Schluss noch ein Wort zur Windkraft. Wenn jetzt die Sonderausschreibungen vom Bund kommen sollten, haben wir keine Windkraftanlagen mehr, die nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt sind. Die Pipeline ist leer. Wir haben keine neuen Anträge mehr. Wenn jetzt eine Sonderausschreibung kommt, weil die Große Koalition begreift, dass sie die erneuerbaren Energien stärker ausbauen muss, geht Bay-

ern leer aus, weil nichts mehr da ist, weil Sie mit der 10-H-Regelung der Windkraft den Boden komplett unter den Füßen weggezogen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Wie ich die Entwicklung der Windkraft sehe und welche Erfahrung ich habe, habe ich Ihnen erläutert. Ich darf Ihnen berichten: Dort, wo wir zuständig sind, haben wir eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu über 100 %. Wir sind in unserem Versorgungsbereich bereits im Jahr 2060. Wir haben das Dreifache von dem, was wir zur Versorgung brauchen, in Form von Biogas, Windkraft und Wasserenergie installiert. Ich will damit nur sagen, dass es Beispiele dafür gibt, dass es vorangeht. Ich will nicht den Eindruck hinterlassen, dass alles rosig ist. Dann wäre ich ein Scharlatan. Das ist nicht meine Art. Ich weiß, dass wir gefordert sind, noch effizienter voranzukommen. Zu den Zielen möchte ich aber sagen, dass wir ähnliche Ziele verfolgen wie Sie auch. Den Weg dorthin lassen Sie uns gemeinsam gehen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Woerlein.

Herbert Woerlein (SPD): Lieber Dr. Otto Hünnerkopf, ich darf mich bei dir ganz herzlich bedanken. Wir hatten mit dir in den letzten fünf Jahren eine klasse Zusammenarbeit. Mir tut es fast ein bisschen leid, wenn ich deine letzte Rede mit einer Intervention unterbrechen muss, mit der ich nicht nur Wasser in den Wein gießen muss, sondern mit der ich wirklich sagen muss: Ich habe etliche Gespräche geführt, die Menschen draußen sind entsetzt von der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

(Widerspruch bei der CSU)

Zu zentralen Themen wie Umweltschutz oder Klimaschutz fiel kein Wort. Stattdessen sagte Herr Söder, Bayernland ist Autoland. Das war eine klare Ansage. Lieber Otto, wie soll es denn laufen? Ihr sagt, ihr wollt an der 10-H-Regelung festhalten; der Ministerpräsident will keine "Verspargelung". Ja, wie wollen wir denn dann die erneuerbaren Energien voranbringen?

Zu dem Kompromiss, von dem du in Richtung CSU gesprochen hast: Das ist alles nicht der Aufregung wert. Man muss doch die Sachen ansprechen und ganz ruhig bleiben. Wie sollen wir es denn schaffen?

Zur 10-H-Regelung sagst du, da können sich die Leute vor Ort einigen. Wie sehr sich die Leute vor Ort einigen, sehen wir daran, dass im letzten Jahr insgesamt vier Windkraftanlagen genehmigt worden sind.

Da sieht man also, dass es vor Ort nicht funktioniert. Jetzt die ganz konkrete Frage: Was will denn die Bayerische Staatsregierung tun, um die erneuerbaren Energien vor dem Hintergrund voranzubringen, dass mit der 10-H-Regelung, an der offensichtlich festgehalten wird, die Windkraft komplett tot ist? Worauf setzt ihr?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Ich fühle mich nicht bemüßigt, für die Bayerische Staatsregierung zu sprechen.

(Florian von Brunn (SPD): Auf einmal!)

Ich denke, wir haben beim Ausbau von erneuerbaren Energien einen relativ hohen Stand. Woran wir arbeiten, ist das Speichern, das Puffern, das Schließen der Lücken. Ich persönlich bin auch der festen Überzeugung, dass es Sinn macht, dort, wo der Wind bläst, nämlich im Norden, wo er länger bläst als bei uns, nämlich doppelt so lang – wenn es bei uns 2.000 Stunden sind, sind es dort 4.000 –, Windkraftanlagen zu bauen. Und wenn diese Energie installiert ist, müssen wir in der Tat schauen, dass wir sie Bayern zuführen. Es ist mein Credo, dass wir eine Vernetzung brauchen, um Lücken zu schließen. Deswegen können wir da – ich hoffe, dass einmal der Groschen fällt und die Menschen gerade unter dem Aspekt der Bürgerenergiegenossenschaft die Dinge vielleicht anders sehen – peu à peu weiterhin zubauen. Da ist vieles möglich. Aber das ist, wie gesagt, meine persönliche Meinung. Für die Staatsregierung möchte ich da nicht gesprochen haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst etwas zu Herrn Hünnerkopf. Sie haben gesagt, die beiden Gesetzentwürfe sind gut gemeint. Wir meinen, sie sind gut gemacht, weil sie relativ konkrete Ziele aufzeigen. Sie sagen, da gehe es in die Planwirtschaft. Wir sagen, da steht auch etwas für die öffentliche Verwaltung drin. Und die öffentliche Verwaltung in Bayern hat eine Vorbildfunktion. Deswegen sind verschiedene Punkte in den Gesetzentwürfen richtig und gut.

Auch wir müssen leider sagen, dass die CSU-Fraktion die wichtigste Zukunftsaufgabe – und das ist der Klimaschutz – einfach verschläft. So war das heute in der Regierungserklärung und auch in der letzten Regierungserklärung. Da kam das Wort Klimaschutz

nicht vor, und so etwas darf einer Regierungsfraktion eigentlich nicht passieren; das muss ich ganz klar sagen. Klimaschutz ist die wichtigste Zukunftsaufgabe. Natürlich wird auch beim Bund vieles versäumt. Es wird immer noch Braunkohle verfeuert, und das ist mit der größte CO₂-Emittent.

Deutschland verfehlt auch die Klimaschutzziele. Die Klimakanzlerin der Neunzigerjahre ist heute nur noch Geschichte; das müssen wir ganz klar sagen. Für uns FREIE WÄHLER geht es darum, den Klimaschutz ganz oben anzusiedeln. Deswegen haben wir auch schon zweimal hier im Landtag beantragt, dass der Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen wird, weil Klimaschutz einfach eine absolute Aufgabe ist. Wir sagen, die Verfassung ist das höchste Gut, und an ihr orientieren sich auch alle Gerichte. Zum Beispiel lassen sich Klimaschutzziele wie "100 % Strom aus erneuerbaren Energien" besser durchsetzen. Deswegen unterstützen wir auch nachhaltig das laufende Volksbegehren, den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, das vom Verein "Klimaschutz – Bayerns Zukunft" in München initiiert wird. Da heißt es nicht nur, dass der Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen werden soll, sondern auch, dass sich Bayern zu 100 % auf erneuerbare Energien umstellen soll. Innerhalb von 14 Tagen wurden da immerhin schon 13.000 Unterschriften gesammelt. Wir sehen immer wieder: Wenn die Politik versagt, muss es das Volk richten. Das Beispiel der Abschaffung der Studiengebühren hat das ja gezeigt.

Meine Damen und Herren, es genügt natürlich nicht, wenn der Klimaschutz allein in der Bayerischen Verfassung steht. Wir brauchen einen allumfassenden Ansatz, und deswegen begrüßen wir die Gesetzentwürfe der GRÜNEN und der SPD, weil sie einfach Konkretes enthalten.

Ich komme als Erstes zum Gesetzentwurf der SPD. Die SPD hat richtig erkannt, dass für den Klimaschutz endlich eine gewisse Verbindlichkeit hergestellt werden muss. Besonders hervorheben möchte ich den Artikel 7, in dem eine konsequente Kehrtwende gefordert wird. Artikel 10 beschäftigt sich ausführlich mit der Rolle der Kommunen und dem kommunalen Klimaschutz. Hier wird auch richtigerweise gesagt – das fehlt leider in dem Gesetzentwurf der GRÜNEN –, dass die Kommunen nicht allein gelassen werden dürfen, sondern dass der Staat die Kommunen finanziell unterstützen muss. Wir wissen, dass hier auf die Kommunen große personelle und finanzielle Aufgaben zukommen. Die Forderung eines klimaneutralen Gebäudebestands unterstützen wir FREIEN WÄHLER vollumfänglich. Jedoch fehlt hier ein Passus, der verhindert, dass Mieten in einem weiteren Zyklus in unbezahlbare Höhen steigen dürfen. Mieten müssen be-

zahlbar sein. Das gehört in dem Gesetzentwurf zum Klimaschutz dazu.

Zu Artikel 4 des Gesetzentwurfs der GRÜNEN: Es ist richtig, dass Klimaschutz eine Querschnitts- und eine Gemeinschaftsaufgabe ist, bei der auch Bildungseinrichtungen eine zentrale Rolle spielen. Auch wir sagen immer: Klimaschutz beginnt im Kopf. Nur so erreichen wir Verhaltensänderungen. Artikel 4 ist also richtig und gut.

Wir brauchen eine klimaneutrale Verwaltung, und das ist wichtig, Herr Hünnerkopf. Die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen. Wir FREIEN WÄHLER haben auch schon einen Antrag im Landtag gestellt, der dies zum Ziel hatte. Wir wissen, es gibt andere Bundesländer, die das schon machen; das sind Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Sie haben das Ziel, bis 2030 oder 2040 eine klimaneutrale Verwaltung umzusetzen. Insofern greifen GRÜNE und SPD diesen Gedanken der FREIEN WÄHLER auf. Wir begrüßen das natürlich sehr.

Die Klimaschutzziele in Artikel 6 sind wichtig und werden auch konkret formuliert. Das ist wichtig, damit man auch einmal Zahlen hat. Dann kann man sagen: Das ist der Bestand, und auf diese Tonnenzahl will ich die Emissionen insgesamt reduzieren. Umweltminister Huber sagte in der "Bayerischen Staatszeitung" vom 20. April: Wir stehen ganz entschieden zu verbindlichen Klimazielen. Er spricht von unter sechs Tonnen, sagt aber nicht, wie viel das genau ist. "Unter sechs Tonnen" ist viel zu unkonkret; das können fünf, vier, drei oder zwei Tonnen sein. Er sagt nur: Ein bisschen unter sechs Tonnen.

Wir sagen, dass es wichtig ist, Zwischenziele festzulegen, zum Beispiel für 2020 oder 2025, wie das in Artikel 8 vorgesehen ist. Ebenso sagen wir, dass die Aussage in Artikel 9 mutig ist, dass Maßnahmen zur Ausweitung des zivilen Flugverkehrs als Ziele im Landesentwicklungsprogramm künftig unzulässig sein sollen.

Nach Auffassung der FREIEN WÄHLER muss bei Artikel 11 – "Kommunale Klimaschutzkonzepte" – noch nachgebessert werden. Denn hier geht es darum, die Kommunen zu verpflichten – so steht es im Gesetzentwurf der GRÜNEN –, ein lokales Klimaschutzkonzept zu erstellen. Es ist schon gut und wichtig, ein lokales Klimaschutzziel zu formulieren und auch umzusetzen; aber das ist natürlich mit erheblichem Personal- und Kostenaufwand verbunden. Wir wollen, dass kommunale Klimaschutzkonzepte für die Kommunen weitgehend kostenneutral werden. Das heißt, hier braucht es Förderprogramme des Freistaats Bay-

ern. Das fehlt leider in dem Gesetzentwurf der GRÜNEN, so gut er auch sonst ist.

Wichtig ist auch, dass wir einen Klimabeirat bekommen, der zusätzlich beteiligt wird. Das ist im Gesetzentwurf der GRÜNEN vielleicht ein bisschen zu unverbindlich. Wir meinen: Wenn die Kommunen und Bildungseinrichtungen – ich sage wieder: Klimaschutz beginnt im Kopf – bei der Umsetzung der Klimaschutzziele eine zentrale Rolle spielen, dann wollen wir haben, dass auch die kommunalen Spitzenverbände im Klimabeirat explizit genannt werden. Die Professoren sind natürlich wichtig; aber wir weisen immer auf die kommunalen Spitzenverbände hin.

Ich komme zum Schluss. Den Spruch "Nach mir die Sintflut" darf es in Bayern nicht geben. Da sind beide Gesetzentwürfe ein Schritt in die richtige Richtung, wobei es wichtig ist, dass die Kommunen mit einbezogen werden. Die SPD fordert ganz konkret, dass der Freistaat Bayern das Ziel fördert und auch finanziell unterstützt, was für uns sehr wichtig ist. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der SPD zustimmen. Weil bei den GRÜNEN dieser Punkt fehlt, es für uns FREIE WÄHLER aber sehr wichtig ist, dass man die Kommunen nicht im Regen stehen lässt, werden wir uns da enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Ritt.

Hans Ritt (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts der Klimaschutz ist. Es ist sehr wichtig, sich der Klimaproblematik anzunehmen, und es ist recht und billig, sich mit neuen Möglichkeiten für einen neuen, noch besseren Klimaschutz zu befassen.

(Florian von Brunn (SPD): Was? Noch besser?)

Vorab: Beide Gesetzentwürfe sind meines Erachtens absolut unnötig. Warum? – Weil wir in Bayern wie in keinem anderen Bundesland in Deutschland von 2008 bis 2014 bereits eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert haben. Ich zähle jetzt einzelne Maßnahmen auf: die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, und wir haben den Passivhausstandard und das 10.000-Häuser-Programm eingeführt. Das alles dient dem Klimaschutz.

Aus den Reden vorher höre ich als erstes 10 H heraus, also die Forderung, noch mehr Windräder zu bauen. Es ist aber zu wenig, 10 H einfach zu kippen, meine Damen und Herren. Ich muss Ihnen entgegen-

setzen: Wenn Sie mehr Windräder bauen wollen, dann müssen Sie sich auch die Progress-Studie zu Herzen nehmen. Darin wird aufgezeigt, dass durch die Windräder in Deutschland jährlich 150.000 bis 200.000 Fledermäuse geschreddert werden. Sie müssen sich vor Augen halten, dass jährlich 1.500 Rotmilane und 12.000 Mäusebussarde durch Windräder geschreddert werden. Das ist die andere Seite der Windenergie.

Als Nächstes möchte ich Ihnen sagen: Wir haben in Deutschland bereits mehr Sonnen- und Windenergie aufgebaut, als unser Höchststromverbrauch ist. Wir haben bei der Sonne ungefähr 44 Gigawattstunden und beim Wind über 56 Gigawattstunden stehen. In der Summe bedeutet das 100 Gigawattstunden; unser Höchststrombedarf liegt bei 82 Gigawatt. Wir haben bei Sonne und Wind also mehr, als wir verbrauchen.

Ich nenne Ihnen eine Zahl: Bei der großen Kälte am 24. Januar 2017 lieferten uns Sonne und Wind um 07.00 Uhr 0,7 Gigawatt und um 09.00 Uhr 2 Gigawatt von 100 Gigawattstunden. Damit haben wir doch eine ganz andere Herausforderung, und die Herausforderung heißt, in Speichertechnologien zu gehen und nicht neue Windräder zu errichten, wie ich das von Ihnen jetzt gehört habe.

Wir müssen auch erkennen – es ist gesagt worden –: Bayern hat sechs Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf. Der Bundesdurchschnitt liegt bei neun Tonnen. Ich darf Ihnen auch Länder nennen. Der Kollege Fahn hat vorhin Rheinland-Pfalz genannt: pro Kopf 6,1 Tonnen; sie sind also nicht so mustergültig. Am Ende der Skala steht Bremen mit 19,4 Tonnen pro Kopf und als letztes Brandenburg mit 22,7 Tonnen pro Kopf. Vielleicht sollte uns auch zu denken geben – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Hans Ritt (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Weltweit werden zurzeit 2.400 Braunkohlekraftwerke geplant oder gebaut; das bedeutet in zehn Jahren 6,5 Milliarden Tonnen CO₂ mehr in der Atmosphäre. Wir können jetzt einen Stecker ziehen; da sind unsere 74 Millionen Tonnen eigentlich Peanuts.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Ritt, wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn. Dafür bekommen Sie zwei Minuten.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Ritt, es ist die übliche Taktik; Sie sprechen über Programme, Summen, Finanzsum-

men. Ich habe es vorher in meiner Rede aber gesagt: Gemessen an den Pro-Kopf-Treibhausemissionen haben Sie seit 2007 keinerlei Fortschritte in Bayern geschafft, genauso wenig wie bei den Stickoxiden. Sie sollten sich Gedanken machen, und ich hätte mir in der letzten Plenarsitzung von einem Redner oder einer Rednerin der CSU erwartet, dass er bzw. sie hier auch einmal die Wahrheit sagt und eingesteht: Wir sind beim Klimaschutz

(Zurufe von der CSU: Oh!)

sowie bei den Stickoxiden gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Hans Ritt (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege von Brunn, Basisjahr bei der Klimapolitik ist immer das Jahr 1990, festgelegt auf der ersten Weltklimakonferenz in Rio 1993. Rechnen wir vom Basisjahr 1990 an: 1990 hatte Bayern 84,5 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß, heute – aktuell habe ich es nicht, aber für das Jahr 2015 – sind es 72 Millionen Tonnen. Das heißt, dass wir den Ausstoß in Bayern reduziert haben.

(Florian von Brunn (SPD): Pro Kopf!)

– Ich spreche jetzt nicht von der Zahl pro Kopf, sondern in der Summe.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Lassen Sie mich bitte weitersprechen. Ich habe Sie vorher auch nicht unterbrochen, Herr Kollege Stümpfig. – Deutschland hatte 1,1 Milliarden Tonnen und hat auf 790 Millionen Tonnen reduziert. Wir stagnieren. Trotz des hohen Anteils oder Ausbaus bei der Windenergie und bei der Sonnenenergie stagnieren wir.

(Florian von Brunn (SPD): In jeder Hinsicht stagnieren Sie so!)

Jetzt nehmen wir die Welt. Im Jahr 1990 hatte die Welt 22 Milliarden Tonnen CO₂-Ausstoß, im Jahr 2015 waren es 35 Millionen Tonnen. Ich habe Ihnen gerade vorher gesagt: Bei der Braunkohle kommen weltweit 6,5 Milliarden Tonnen dazu; die Kraftwerke sind in zehn Jahren fertig. In China sind 369 Braunkohlekraftwerke im Bau und 803 in der Planung. In zehn Jahren sind 1.100 Braunkohlekraftwerke neu in China dabei.

(Florian von Brunn (SPD): Da sind immer die anderen schuld! – Zuruf von den GRÜNEN)

Da können wir machen – – Wir ziehen heute in Bayern den Stecker. Wir reduzieren in der Welt 72 Millio-

nen Tonnen, aber in sechs Monaten hat der CO₂-Ausstoß in der Welt das aufgefangen. Das soll nicht heißen: "Wir machen nichts" – das möchte ich nicht sagen –,

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt ja auch!)

aber es kann nicht sein, dass wir uns knechten und knebeln, und die Welt macht etwas ganz anderes. Die Entwicklung findet in Asien statt. In zehn Jahren ist Indien der neue Riese. Die Bevölkerungszahl Indiens ist in wenigen Jahren höher als die von China,

(Florian von Brunn (SPD): Aber Herr Kollege, Sie können doch nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen!)

und was machen sie? – In Braunkohle wird investiert!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Dr. Huber.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Diskussion hatten wir hier schon öfters, und im Grunde genommen sind wir uns einig, wohin wir wollen. Der Weg dorthin ist allerdings unterschiedlich. Sie wollen das Thema Klimawandel mit einem Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Sie sind auf dem Weg – wie wir das heute früh auch schon einmal besprochen haben –, das mit Verboten und mit konkreten Maßnahmen, die den Menschen aufgezwungen werden,

(Florian von Brunn (SPD): Mit konkreten Zielen!)

durchzusetzen, während wir bei denselben Zielen eine andere Herangehensweise haben.

Ich darf – die Diskussion ist an der Stelle etwas schief – noch einmal unterstreichen, was der Kollege Ritt gerade gesagt hat: Diese Dinge sind ein weltweites Geschehen. Wir müssen in Bayern unsere Pflicht aufgreifen und unseren Beitrag leisten, aber immer so zu tun, als sei der Klimawandel ein bayerisches Thema, geht an der Sache vorbei.

(Florian von Brunn (SPD): Sie sind doch Umweltminister!)

Wir haben einen Temperaturrekord nach dem anderen, darüber sind wir uns einig. Es wurden auch Dinge vorgebracht, die uns allen sehr Sorgen bereiten – das haben Sie heute auch schon angesprochen –, also Hochwasser, Starkregenereignisse, Dürren. All das

veranlasst uns dazu, regional Verantwortung zu tragen. Wir müssen das auch – und darüber sind wir uns sogar hier einig – aus ökonomischer Vernunft machen, weil die Folgekosten groß sein werden.

Es ist aber eine Frage dessen, was man tatsächlich durchsetzen kann, und deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, indem wir uns mit einer klaren Vorgabe Dinge festgeschrieben haben, die jetzt in einer anderen Weise als mit einem Gesetz auf den Weg gebracht werden. 2014 haben wir ein Klimaschutzprogramm Bayern 2050 aufgelegt. Herr Fahn, von wegen "nur so ein bisschen gesagt": Es geht uns um sehr konkrete Ziele, die wir erreichen wollen. Dabei gibt es auch eine klare Struktur, die wir seither einhalten. Der erste Punkt ist die Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase. Gleichzeitig müssen wir uns um das Wohl der Menschen kümmern. Wir müssen den Folgen des Klimawandels begegnen. Wir müssen uns wappnen und dafür sorgen, dass die Ereignisse, die infolge des Klimawandels eintreten, bestmöglich gepuffert werden, zum Beispiel Hochwasser und Dürren. Schließlich müssen wir uns der Sache mit Forschung annehmen, damit wir die Probleme wissenschaftsbasiert lösen können.

Das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 legt ganz konkrete Ziele fest. Das europäische Klimaziel bis zum Jahr 2050 ist eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 %. Wir wollen die Treibhausgasemissionen pro Kopf bis zum Jahr 2050 auf weniger als zwei Tonnen senken. Heute liegen diese Emissionen pro Kopf noch bei sechs Tonnen. Insofern ist das ein sehr anspruchsvolles und ehrgeiziges Ziel. Wir wollen bis zum Jahr 2020 eine deutliche Senkung dieser Emissionen unter sechs Tonnen erreichen. Im Jahr 2030 sollen die Emissionen unter fünf Tonnen liegen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich würde gerne den Duktus halten. Aber wenn es sein muss.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege von Brunn, bitte.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Minister, an dieser Stelle die Frage: Die CSU-Staatsregierung hat sich vorgenommen, die Emissionen bis zum Jahr 2020 auf deutlich unter sechs Tonnen pro Kopf zu senken. Bitte sagen Sie heute: Werden Sie dieses Ziel erreichen, ja oder nein?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich bin sehr zuversichtlich. Wenn Sie noch ein bisschen Zeit haben, erzähle ich Ihnen, wie wir das machen wollen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Sehen wir uns die Maßnahmen an, die wir auf den Weg gebracht haben. Herr Kollege Ritt und Herr Kollege Dr. Hünnerkopf haben schon einige genannt. Wir sind bereits deutlich auf dem Weg, den Ausstoß unter sechs Tonnen zu senken. Heute wurde schon erwähnt, dass wir bei der Erreichung dieses Ziels deutlich besser als andere unterwegs sind. An dieser Stelle möchte ich eines sagen: Mich irritiert die reine Winddebatte. Ich bin wirklich viel draußen. Ich bin aber nicht für die Energie zuständig. Dafür ist das Wirtschaftsministerium verantwortlich.

(Florian von Brunn (SPD): Der Kollege ist nicht da!)

Ich kümmere mich trotzdem häufig um dieses Thema. Hier wird sehr unterschiedlich argumentiert. Sie sagen, wir bräuchten mehr Windkraft. Dabei interessiert Sie überhaupt nicht, ob dadurch Vögel oder Fledermäuse ein Problem bekommen. Beim Ausbau der Wasserkraft sind aber die Fische das unüberwindliche Problem. Wir können auch feststellen, dass die Vermaisung für die Artenvielfalt schlecht ist. So können wir diese Themen durchdiskutieren.

(Florian von Brunn (SPD): Jedes Windrad wird artenschutzrechtlich geprüft!)

Mir ist es schon passiert, dass ich bei einer Veranstaltung auf zwei Protestgruppen gestoßen bin, die mit Trillerpfeifen und Transparenten wohl ausgestattet waren. Als ich rausgegangen bin, habe ich von beiden Seiten Ärger gekriegt, die einen waren Windkraftgegner, die anderen waren Windkraftbefürworter.

Wir wollen die regenerativen Energien stärken. Dazu brauchen wir einerseits das Europarecht, andererseits das EEG als Bundesrecht, und wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, mit dem zugegeben wird, dass ein Zubau mancher regenerativer Energieform ohne Nachteile beim Naturschutz nicht möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, Bayern ist bei diesem Thema nicht schlecht unterwegs. Das verdanken wir zu einem großen Teil der Wasserkraft. Wir sind aber noch nicht weit genug. Deshalb müssen wir Geld investieren. In den Jahren 2017 und 2018 haben wir allein für dieses Thema 190 Millionen Euro aufgewandt. Es geht aber nicht

nur um die Energieerzeugung, sondern auch um den Klassiker der energetischen Sanierung. Das ist Teil des Programms Energieeffizienz bei Gebäuden. Auch die heimische Wirtschaft zieht aus diesem Programm Vorteile.

In die Richtung der SPD möchte ich sagen, dass es dabei nicht nur um staatliche, sondern auch um private Bauten geht. Wir haben ewig für die Schaffung von Steuervergünstigungen als Anreiz gekämpft. Mit großer Mühe ist es uns gelungen, diesen Punkt in die Koalitionsvereinbarung zu bringen. Gott sei Dank wird diese Maßnahme von der jetzigen Bundesregierung auf den Weg gebracht.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür ist Herr Altmaier von der CDU zuständig!)

Wir haben das ewig gefordert, aber es ist nichts passiert.

Ich habe schon über die Klimaanpassung gesprochen. Für den Hochwasserschutz werden wir bis zum Jahr 2020 3,4 Milliarden Euro und von 2020 bis 2030 weitere 2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Vor Kurzem habe ich berichtet, welche Maßnahmen wir gegen Sturzfluten und Dürren ergreifen werden. Auch beim Thema Forschung sind wir weit vorangeschritten.

Unser erklärtes Ziel lautet, dass wir bis zum Jahr 2050 klimasicher sein wollen. Das wollen wir durch Emissionsminderung, Anpassung und Forschung erreichen. Das müssen wir nicht in einem Gesetz festschreiben. Diese Zielfestschreibung hat dieselbe Verbindlichkeit wie ein Gesetz.

Sie haben heute sicherlich der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gelauscht. Er hat dieses Thema etwas größer angelegt. Wenn Sie genau zugehört haben, haben Sie mitbekommen, dass er sensible und zukunftsorientierte Herausforderungen in die Verfassung bringen möchte.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben das zuerst abgelehnt!)

Darüber soll in einer Verfassungskommission diskutiert werden, die heute hier angeboten worden ist. Dabei kann auch über die Themen Klima, Landwirtschaft und Pflege gesprochen werden; über die letzteren Themen wurde heute noch gar nicht gesprochen. Ich glaube, neue Verfassungsziele wie Klima- und Landschaftsschutz hätten ein ganz anderes Kaliber. Das würde der Brisanz dieser Themen entsprechen.

(Florian von Brunn (SPD): Wieder ein Last-Minute-Angebot, das Ihnen keiner glaubt!)

– Dass Sie mir das nicht glauben, stört mich nicht. Wir versuchen, das umzusetzen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch vor ein paar Monaten abgelehnt worden!)

Unser Fraktionsvorsitzender hat aus dem ersten Brief des Johannes zitiert: "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!"

(Zustimmung bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich werbe dafür, diese Verantwortungsbereitschaft zu zeigen. Die Aufnahme dieser Themen in die Verfassung könnte ein richtiger Schritt sein. Daran werden wir in der nächsten Legislaturperiode arbeiten. Ich bin mir sicher: Die Bayerische Staatsregierung tut mehr als jede andere Regierung in diesem Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie erlauben mir Zweifel an Ihrer heutigen Aussage, Ihre freiwilligen Maßnahmen hätten die gleiche Verbindlichkeit wie ein Gesetz, in dem klar festgelegt ist, was Sektorziele und Zwischenziele sind und wo wir hinwollen. Verbindliche Ziele bleiben Sie schuldig. Wie wollen Sie diese Ziele erreichen? Die Bilanz wurde vorgelegt: In den letzten 25 Jahren wurden die CO₂-Emissionen um 10 % gesenkt. Wir müssten im nächsten Jahr eine Reduktion von 40 % schaffen, also um 30 % in einem Jahr. Wie wollen Sie das erreichen?

Wir hatten einen gewaltigen Hitzesommer. Die Landwirtschaft klagt. Wir haben Waldschäden, die zwar noch nicht heuer, aber im nächsten Jahr feststellbar sein werden. Wir müssen Angst haben, dass unsere Wälder im großen Stil zusammenbrechen. Jetzt kommen Sie und legen für die Landwirtschaft Programme zur Bewässerung auf. Das ist kurzfristig gedacht. Sie setzen einfach fort, was in der Vergangenheit gemacht wurde. Sie haben in den letzten Jahren mehr Geld für die Reparatur der Klimaschäden als für Maßnahmen des vorbeugenden Klimaschutzes ausgegeben.

Meine Frage: Ist es sinnvoll, so weiterzumachen? Zweite Frage: Wann bilanzieren Sie die nicht energiebedingten CO₂-Emissionen der Landwirtschaft, die rund zwei Tonnen pro Kopf ausmachen? Sie haben gesagt, Sie wollten eine Reduktion auf unter fünf Tonnen bis zum Jahr 2030 erreichen. Sind da die nicht

energiebedingten CO₂-Emissionen dabei? Sollten sie nicht dabei sein, läge das Ziel bei sieben Tonnen. Dies wäre wirklich ein Offenbarungseid; denn dann würden wir die Klimaziele von Paris niemals einhalten.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Zunächst möchte ich auf eines hinweisen: Wenn wir uns um den Klimawandel kümmern, müssen wir alles gleichzeitig machen. Es hätte keinen Sinn, wenn wir uns nur um lokale Maßnahmen kümmern würden, die, wie das Herr Kollege Ritt gesagt hat, mit massiven Auswirkungen auf jeden einzelnen Bürger verbunden wären. Wir würden uns damit selbst kasteien, um ein Vorbild zu sein. Das macht keinen Sinn, wenn wir nicht auch andere Maßnahmen ergreifen.

Das heißt, wir werden gleichzeitig den Folgen begegnen müssen, auch wenn es mir lieber wäre, wenn wir, falls wir den Klimawandel in dieser Form nicht hätten, diese Folgen nicht bewältigen müssten.

Die Grundsatzfrage lautet: Ist ein solches Gesetz notwendig oder nicht? – Wir sind der Auffassung, dass wir mit unseren finanziell gut dotierten Maßnahmen weiter kommen als mit einem Gesetz, über das wir letztlich stolpern, weil wir es nicht erfüllen können. Es ist eine wichtige Aufgabe – darin sind wir uns sicherlich einig –, die Landwirtschaft mit ins Boot zu holen. Aber die Maßnahmen sind momentan noch nicht umgesetzt. Dieses Thema müssen wir unter Einbeziehung der vorliegenden Erkenntnisse verstärkt angehen. Die Behauptung, dass die Landwirtschaft wieder der Hauptverursacher sei, passt allerdings nicht zu laufenden Braun- und Steinkohlekraftwerken und zu einem völligen Defizit bei dezentralen Speicheranlagen. Wir werden alle diese Aspekte gleichzeitig angehen.

Sie haben auch gesagt, wir hätten möglicherweise den nicht energiebedingten Ausstoß nicht in diese Zahl eingerechnet. Aber wer sich die von uns umgesetzten Maßnahmen wie zum Beispiel Moorschutzmaßnahmen etc. ansieht, stellt fest: Das sind alles keine Erzeugerthemen, sondern Bereiche, in denen wir versuchen, auch den nicht energiebedingten Ausstoß zu reduzieren.

Ich bin mir sicher, wir können heute nicht genau sagen, was im Jahr 2030 Sache ist. Wir können nur Ziele festlegen, uns auf den Weg machen und uns mit Hunderten von Millionen Euro in diese Richtung bewegen. Aber auch die Gesellschaft muss mitmachen, weil wir das alles nicht nur durch Vorschriften regeln können.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Moment, bitte. Wir haben noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Fahn vorliegen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe mit Interesse vernommen, dass Sie gesagt haben, es werde eine sogenannte Verfassungskommission ins Leben gerufen. Auch die Aufnahme des Klimaschutzes in die Bayerische Verfassung sei ein Thema.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Könnte sein!)

Das heißt, Sie stellen sich jetzt nicht mehr dagegen, sondern unterstützen so etwas. Ich darf daran erinnern, dass wir FREIEN WÄHLER zweimal einen Gesetzentwurf eingebracht haben, den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, aber Sie das Begehren zweimal abgelehnt haben. Ich sehe, Sie haben umgelernt und stehen jetzt dieser Forderung, die wichtig ist, weil sich damit auch die Gerichte befassen, positiv gegenüber. Können Sie das hier nochmals bestätigen?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich habe Ihnen gesagt, dass der Ministerpräsident den Weg aufgezeigt und sich aufgemacht hat, darüber zu reden. Wir werden uns über dieses Begehren unterhalten. Zu sagen, das müssen wir unbedingt so hinbekommen, wäre eine Vorwegnahme. Aber die Bereitschaft, darüber zu reden, ist die Neuigkeit dieses Abends.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und dann in namentlicher Form über den Gesetzentwurf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/21763.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. – Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt hier die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER

und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung des Kollegen Muthmann (fraktionslos). Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Initiativgesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/21585 zurück. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Abstimmungszeit: fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.04 bis 16.09 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus. Bitte nehmen Sie wieder Platz, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Artenschutz in Bayern - Bayerisches Artenschutzgesetz (Drs. 17/23106) - Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und bitte Herrn Dr. Magerl zum Rednerpult.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es trifft sich sehr gut, dass die beiden Themen Klimaschutz und Natur- und Artenschutz heute als letzte Tagesordnungspunkte dieser Legislaturperiode aufgerufen worden sind.

(Erwin Huber (CSU): Letzte Rede!)

– Ja, kommt schon noch, Herr Kollege Huber. – Es trifft sich deshalb gut, weil die CSU bei diesen Themen eigentlich die größten Defizite in diesem Land hinterlässt, wenn sie am 14. Oktober ihre Niederlage erleiden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

In keinem anderen Bereich versagen Sie so wie hier. Wer sich die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von heute Vormittag anschaut, stellt fest, dass vorkam, den Klimaschutz noch möglicherweise in die Verfassung zu nehmen, aber beim Bereich Natur- und Artenschutz war absolut Fehlanzeige. Ich finde es skandalös, dass in einer Regierungserklärung, bei der von der Zukunft Bayerns geredet wird, der wesentli-

che Bereich Natur- und Artenschutz mit keiner einzigen Silbe erwähnt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die CSU und die Staatsregierung lassen den Naturschutz in Bayern am ausgestreckten Arm verhungern. Sie haben versucht – das wurde heute Vormittag kurz deutlich –, sich auf den Lorbeeren der 1970er-Jahre – erstes Umweltministerium – auszuruhen. Ja, das war damals ein Fortschritt. Damals gab es in Bayern auf diesem Sektor einen Fortschritt. Aber seitdem gibt es in Bayern auf diesem Gebiet fast nur Rückschritte. Schaut man sich den Natur- und Artenschutz an, stellt man fest: Wir haben immer länger werdende Rote Listen. Die für die Tier- und Pflanzenwelt wichtigen Lebensräume schwinden immer mehr. Die Intensität der Landnutzung nimmt immer mehr zu. Die Situation ist entsprechend katastrophal. Das stellen alle Experten fest. Alle Experten, ob von der Zoologischen Staatssammlung, den Universitäten oder den Naturschutzverbänden, kommen zum gleichen Ergebnis: Die Situation ist fatal. Um den Zustand der Natur und der Arten in Bayern ist es schlimm bestellt. Absolut dringender Handlungsbedarf besteht. Deshalb haben wir, die GRÜNEN, zum Abschluss dieser Legislaturperiode noch unseren Gesetzentwurf zum Artenschutz in Bayern mit Änderungsvorschlägen zu diversen bayerischen Gesetzen eingebracht. Ich möchte an dieser Stelle auf einige Punkte eingehen, soweit das im Rahmen der kurzen Redezeit möglich ist.

Wir, die GRÜNEN, wollen den Schutz von verschiedenen extrem gefährdeten Lebensräumen im Gesetz neu verankern und neu definieren. Ein wichtiger Aspekt ist der Schutz des Grünlandes. Dieser Lebensraum ist uns in den letzten Jahren durch die Finger geglitten. Das ist eine dramatische Entwicklung. Der Flächenverbrauch in Bayern ist mit 10 Hektar pro Tag immer noch katastrophal. Der Flächenverbrauch geht indirekt fast zu 100 % zulasten des Grünlandes. Dadurch verschwindet eine Lebensgemeinschaft, die zu den artenreichsten Lebensgemeinschaften Mitteleuropas zählt. Diese Lebensgemeinschaft wird immer kleiner und landet letztendlich auf der Roten Liste. Das gilt auch für die Flachland-Mähwiesen, die dazugehören. Dort ist es besonders dramatisch. Ich verweise hier auf ein Beispiel für Ihr Versagen im Bereich Naturschutz.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiet Paar, welches sich über die Landkreise Schwaben und Oberbayern erstreckt, sind von den 558 Hektar Flachland-Mähwiesen, die noch vor wenigen Jahren im Standarddaten-

bogen genannt worden sind, bei der Erstellung des Managementplans ganze 18,5 Hektar übrig geblieben. Innerhalb weniger Jahre ist das Gebiet von 558 Hektar auf 18,5 Hektar geschrumpft, und das trotz FFH-Status. Kolleginnen und Kollegen, das sind amtliche Zahlen. Das sind nicht meine Erhebungen. Das zeigt, wie dramatisch die Situation ist. Das zeigt, wie schlecht Sie im Bereich Naturschutz aufgestellt sind, speziell im Bereich des Personals bei den Unteren Naturschutzbehörden. Dort sitzen die Leute, die das Ganze letztendlich umsetzen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir, die GRÜNEN, fordern eine deutlich schärfere Kontrolle bzw. überhaupt eine Kontrolle – von "schärfer" brauchen wir gar nicht zu reden – der Ausgleichs- und Ersatzflächen in Bayern. Die Studie zum Zustand der Ausgleichsflächen in Bayern, die das Landesamt für Umwelt hat erstellen lassen – in diesen Bereich fließen Millionenbeträge –, kommt zum Ergebnis: Nur ein Viertel der Gebiete ist gut. Ein Viertel geht so. Ein Viertel ist schlecht, und ein Viertel ist überhaupt nicht angelegt worden, da es nicht gefunden wurde. Das ist ein Skandal. Hier wird ein Gesetz nicht vollzogen. Das Bundesnaturschutzgesetz, § 15 ff., wird nicht vollzogen. Das ist in Bayern offensichtlich gleichgültig. Darum muss man sich kümmern. Die Kontrolle für diese Flächen muss im Gesetz verankert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfassung und die Kartierung liegen in Bayern besonders im Argen. Die Biotopkartierung und das Arten- und Biotopschutzprogramm Bayern sind im nationalen Bereich durchaus Flaggschiffe über die Grenzen Bayerns hinaus. Sie sind aber auf dem ursprünglichen Stand stehen geblieben. Viele dieser Erhebungen befinden sich auf dem Ersterhebungsstand von vor 30 Jahren. Damit kann man nicht operieren. Ich möchte die Reaktion des Innenministeriums sehen, wenn man ihm mitteilt: "Ihr nehmt die Zahlen von vor 30 Jahren. Die tun's schon für euch. Damit könnt ihr eure Planungen machen." Ich möchte sehen, wie die zu toben anfangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfassung der Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste muss in wesentlich kürzeren Abständen erfolgen. In Ihrer Biodiversitätsstrategie haben Sie erklärt, die Hälfte der Arten auf der Roten Liste bis 2020 um eine Stufe verbessern zu wollen. Bis heute sind noch 95 % der Arten auf der Roten Liste auf dem Stand von 2003. Wie wollen Sie überhaupt feststellen, ob eine Verbesserung eingetreten ist, wenn die zur Verfügung stehende Rote Liste 15 Jahre alt ist? So, wie

Sie unterwegs sind, funktioniert es schlicht und ergreifend nicht.

Ich muss feststellen, dass Sie beim Natur- und Artenschutz auf der ganzen Linie versagt haben. Schlimmer könnte es nicht sein. Es geht hier um den Schutz des Lebens. Es geht um Lebewesen, die nicht mehr wiedergebracht werden können. Wenn sie ausgestorben sind, dann sind sie weg. Ausgestorben ist ausgestorben. Ausgestorbene Tierarten kann ich nicht wieder aus dem Ärmel schütteln. Sie versündigen sich an den kommenden Generationen. Die müssen dann in einer artenarmen Welt aufwachsen. Dann wird es kaum noch Vogelstimmen zu hören geben. Dann wird es kaum noch Blühpflanzen geben. Deshalb müssen wir dringend umsteuern. Das wollen wir mit diesem Gesetzentwurf erreichen. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie dringend um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nicht nur zum Abschluss meiner Rede, sondern zum Abschluss meiner Laufbahn im Bayerischen Landtag. Nach 27 Jahren habe ich mich entschlossen, an einem Auswilderungsprogramm teilzunehmen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte wieder in andere Bereiche gehen. Ich möchte mal wieder etwas anderes machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich mich bei allen für die manchmal durchaus heftigen und kontroversen Debatten bedanken. Lieber Otto, speziell bei dir möchte ich mich für die gemeinsamen zehn Jahre in der Leitung des Umweltausschusses bedanken. Herzlichen Dank zum Abschluss. Pfats eich, macht's es guad, wenn ned, komm ich in fünf Jahren wieder.

(Allgemeiner Beifall)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wenn die GRÜNEN und die SPD heute von Naturschutz und Landwirtschaft reden, kann man bisweilen den Eindruck bekommen, wir würden in Bayern in einer grauen Ödnis mit verwelkten Sonnenblumen, ohne Tiere und mit rauchenden Industrieschlotten leben.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das haben wir schon einmal gehört!)

Was die GRÜNEN hinsichtlich Umwelt- und Artenschutz im Gesetzentwurf fordern, setzen wir, die CSU-Fraktion, mit anderen Methoden und einer anderen Philosophie bereits um. Wir machen es erkennbar besser als die GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): So ein Witz!)

Überall dort, wo die GRÜNEN in der Regierungsverantwortung stehen, gibt es bei Weitem nicht so viel Naturschutz und nicht so viele ökologisch wirtschaftende Betriebe wie bei uns. Wir bringen Umwelt und Landwirtschaft zusammen. Lassen Sie mich hierzu ein paar Agrarumweltmaßnahmen nennen:

Der Anteil der Ökoflächen in Bayern beträgt 10,1 %. Die bayerischen Landwirte wirtschaften schon heute so nachhaltig und ökologisch wie nirgendwo sonst in Deutschland gewirtschaftet wird. Im Ökolandbau hat Bayern damit eine wesentlich bessere Entwicklung genommen als andere, lange Zeit rot-grün regierte Länder. In Niedersachsen gibt es nur 3,8 % Ökolandbau, in Schleswig-Holstein nur 5,6 % und in Nordrhein-Westfalen nur 5,7 %. Die Ökoflächen haben in Bayern seit 2010 um fast 60 % zugenommen, in Nordrhein-Westfalen dagegen nur um 22 %. Wir sind in Deutschland das Ökoland Nummer eins. In Bayern gibt es 9.200 Biohöfe und über 300.000 Hektar ökologisch bewirtschaftete Fläche. Das kommt auch der Biodiversität zugute. Die Leistungen des Staates sind in Bayern deutlich höher als in anderen Bundesländern. Um nur einige Maßnahmen zu nennen: Die KULAP-Mittel wurden in den Jahren 2017 und 2018 auf jährlich 275 Millionen Euro erhöht. Alleine davon gehen 120 Millionen Euro auch in den Gewässerschutz. Im Bereich Biodiversität sind wir das einzige Bundesland, das eine zusätzliche Erweiterung und Verbesserung des KULAP im Umfang von 8 Millionen Euro vornimmt. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm inklusive dem VNP Wald umfasst derzeit rund 50 Millionen Euro jährlich. Hier werden von den Landwirten, von den Vertragsteilnehmern viele Umweltmaßnahmen sinnvoll umgesetzt.

Bayern gibt dabei weit mehr Geld für Agrarumweltmaßnahmen aus als die anderen Bundesländer. Der von der CSU-Landtagsfraktion beschlossene Haushalt 2018 umfasst für den Bereich Landwirtschaft mit der ländlichen Entwicklung 1,5 Milliarden Euro. Wir sind das Bundesland, das für eine nachhaltige Landwirtschaft das meiste Geld ausgibt und die größten Anstrengungen unternimmt.

(Beifall bei der CSU)

Schauen wir uns einmal den Bereich Wald an: Mit der Offensive "Waldumbau 2030" gibt die Staatsregierung

die Richtung vor. Alljährlich werden 10.000 Privat- und Körperschaftswälder in artenreiche und klimatolerante Mischwälder umgebaut. Artenreich und klimatolerant – das sind hier die Schlagworte. Wir bleiben damit auch in Zukunft das Waldland Nummer eins. Wer sich in den Wäldern, die umgebaut worden sind, wie zum Beispiel im Steigerwald, überzeugen konnte, was dort an Biodiversität zu finden ist, weiß, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Da ist der ehemalige CSU-Landrat aber anderer Meinung!)

Unser KULAP und unser Vertragsnaturschutzprogramm umfassen 1,2 Millionen Hektar. Das sind fast 40 % der Fläche in Bayern. Ich glaube, dass wir stolz darauf sein können und dass wir Naturschutz und Landwirtschaft zusammenbringen, miteinander verknüpfen und nicht in Gegensatz zueinander stellen.

Wie auch von den GRÜNEN gefordert, sind die kleinen Strukturen erstrebenswert, gerade für die Biodiversität. In Bayern gibt es mehr und dafür kleinere Höfe als anderswo. Wenn wir die durchschnittlichen Zahlen anschauen, stellen wir fest: In Bayern sind diejenigen Betriebe, in denen wesentlich weniger Dünger anfällt, und daher findet sich auch wesentlich weniger Nitrat im Grundwasser. Wer da von einer Agrarindustrie spricht, wie das die GRÜNEN tun, hat von der bayerischen Wirklichkeit leider keine Ahnung. Man muss nur nach Norddeutschland fahren, wo auch die GRÜNEN und die SPD das Sagen haben, um dort zu sehen, was hier passiert.

Kommen wir zum Thema Wasser: Der Nitratgehalt im Wasser ist ein Thema, das uns oft beschäftigt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Ländervergleich bezüglich der Einhaltung des gesetzlichen Grenzwertes von 50 Mikrogramm Nitrat pro Liter Wasser zeigt: Bei nur 6 % der Messstellen in Bayern wird dieser Wert überschritten. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird der Grenzwert an nahezu 30 % der Messstellen überschritten. Das zeigt: Unsere Methoden greifen. Grundwasserschutz und damit Trinkwasserschutz hat für uns oberste Priorität.

(Beifall bei der CSU)

Die neue Düngeverordnung wird dazu beitragen, die Situation in Bayern weiter zu verbessern. Hierbei handelt es sich um die Umsetzung der auf europäischer Ebene beschlossenen Nitrat-Richtlinie. Wir sind hier auf der Höhe der Zeit, und wir halten uns an die einheitlichen EU-Vorgaben. Es ist daher nicht notwendig,

unsere Bauern jetzt schon wieder mit mehr Regelungen und mehr Bürokratie zu belasten.

(Zuruf von der SPD)

Wir setzen auf Freiwilligkeit, auf freiwillige Maßnahmen statt auf Verordnungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der deutschlandweite Rückgang an Insekten- und Vogelarten ist drastisch und alarmierend. Das haben wir an dieser Stelle und auch im Umweltausschuss immer wieder thematisiert. Allerdings befinden wir uns erst am Anfang der Ursachenforschung. Von daher ist es unverständlich und wenig hilfreich, wenn wir reflexartig immer gleich die Landwirtschaft zum Sündenbock erklären. Unsere Landwirte und Waldbesitzer prägen und pflegen mit viel Einsatz, Verantwortung und Weitblick die einzigartigen Landschaften in Bayern.

(Zuruf von der SPD)

Für den Verlust von Insekten- und Vogelarten gibt es vielerlei Gründe. Der voranschreitende Klimawandel spielt hierbei eine große Rolle. Aber jeder Einzelne muss sich auch fragen: Was können wir tun, was kann jeder Garten- oder Hausbesitzer tun, um weiter für Brutmöglichkeiten, Futterquellen oder Blühflächen zu sorgen?

Die Staatsregierung sieht für den Artenschutz einige Maßnahmen vor. Eine davon ist der neue Blühpakt. Er beinhaltet eine breite Infokampagne für die Bevölkerung, für ein bienen- und insektenfreundliches Umfeld auf Balkonen und in Gärten. Der Wettbewerb "Blühender Betrieb" soll die rund 2.300 freiwilligen Mitglieder des Umweltpakts zur Schaffung von mehr Blühflächen auf den Betriebsgeländen motivieren. Dazu gehört auch eine Initiative für Wildbienenhotels innerhalb des Behördennetzes. Kern ist jedoch die Initiative "natürlich Bayern". In Kooperation mit den Landschaftspflegeverbänden wird das Umweltministerium in den kommenden fünf Jahren insektenfreundliche Maßnahmen in den Kommunen umsetzen. Ziel sind möglichst viele bepflanzte öffentliche Flächen.

Ich möchte an dieser Stelle auch unserem Umweltminister Dr. Marcel Huber ein großes Dankeschön dafür aussprechen, dass er in kürzester Zeit so viele Vereine, Verbände, Freiwillige unter einer Idee versammelt hat und jetzt ganz viele diese Idee als ihre eigene weitertragen. Deswegen ein großes Dankeschön an unseren Minister.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch 10 Millionen Euro zusätzlich im Rahmen des kooperativen Vertragsnaturschutzes für Um-

welt- und Naturschutzmaßnahmen in die Landwirtschaft bringen. Bis 2019 sollen 100.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche nach den Vorgaben des Vertragsnaturschutzes bewirtschaftet werden. Bis 2030 wollen wir diese Fläche noch verdoppeln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer sieht, was in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch in den Landschaftspflegeverbänden und im Rahmen der Naturpark-Richtlinien umgesetzt wird, der weiß, dass diese Programme gerne angenommen werden und unter dem Strich auch sehr positive Ergebnisse für die Biodiversität in unserem Bayern haben.

In der Naturoffensive Bayern ist der Artenschutz ein globales Thema. Um das exemplarisch herauszunehmen: Ich glaube, die Gründung des neuen Artenschutzentrums in Augsburg wird uns da sehr weit bringen. Über 50 Experten entwickeln dort Maßnahmen zum Artenerhalt. Die Spezialisten haben dabei alle Arten mit ihren regionalen Besonderheiten im Blick. Dabei geht es nicht nur um Theorie und Forschung, sondern mit rund 25 neuen Artenhilfsprogrammen setzt das Zentrum unter anderem Programme für Schmetterlinge, holzbewohnende Käfer oder Moorlibellen in die Praxis um. Wir haben im Umweltausschuss immer beklagt, dass es nur wenige Fachleute gibt, dass die Anzahl der Experten zurückgeht. Mit so einem Zentrum unterstützen wir die Experten, tragen das Wissen aber auch in die Fläche.

(Beifall bei der CSU)

Als Lehrerin ist es mir ganz wichtig, dass wir hier das umsetzen, was wir bei den Kindern immer fordern: nicht nur Wissen und Können zu vermitteln, sondern auch Herz und Charakter zu bilden. Wir sind sicher, dass wir da große Erfolge erzielen werden, genauso aber auch mit dem "Masterplan Moore". Bei der Biodiversität gibt es auch schon messbare Erfolge. Im Bereich der Bienezucht und Imkerei ist es durch die Zusammenarbeit mit den Imkerverbänden und durch staatliche Vorzeigeprojekte wie etwa "Imkern an Schulen" oder "Imkern auf Probe" gelungen, immer mehr junge Menschen für die Imkerei zu begeistern. Die Erfolge in diesem Bereich zeigen, dass wir hier auf die richtigen Methoden und Maßnahmen gesetzt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung für den Natur- und Umweltschutz und zum Erhalt der Artenvielfalt sind zahlreich und vielfältig, und wir setzen jedes Jahr Millionenbeträge dafür ein. Wir wollen die bayerischen Tier- und Pflanzenarten gemeinsam schützen, zusammen mit

der Bevölkerung, den privaten Hausbesitzern, den Hobbygärtnern, den Imkern und den berufsmäßigen Land- und Forstwirten.

Wir setzen auf Naturschutz in der Fläche. Mit seit dieser Woche 62 Landschaftspflegeverbänden und 19 Naturparks erreichen wir 90 % der Fläche. Wir wollen nicht verbieten, sondern alle Menschen mitnehmen. Wir setzen durch Aufklärung und Wissensvermittlung darauf, dass die Sensibilität für dieses wichtige Thema erhöht wird, und schaffen die notwendigen Voraussetzungen für mehr Biodiversität, ohne die Beteiligten durch Verbote und Bürokratie zu gängeln. Es soll ein Thema für jedermann werden, nicht nur für Verwaltungen oder Verordnungen. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf der GRÜNEN ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als letzte Rednerin der CSU-Fraktion möchte auch ich mich bei Ihnen, Herr Dr. Magerl, recht herzlich bedanken. Die letzten fünf Jahre im Umweltausschuss waren spannende Jahre. Wir haben uns intensiv auseinandergesetzt, wir haben um Lösungen gerungen. Aber das Wichtigste war: Wir hatten immer einen fairen, respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander. Ich meine, das ist auch Ihnen, dem Vorsitzenden, zuzuschreiben. An dieser Stelle wünsche ich Ihnen für's "Auswildern" alles Gute. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Herr Kollege von Brunn ist schon am Rednerpult. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Schorer-Dremel, es bringt uns nicht weiter, wenn die CSU und die Staatsregierung jedes einzelne Programm, sei es auch noch so klein, hier erwähnen, um zu belegen, was sie alles für den Artenschutz tun. Es kommt darauf an, welche Ergebnisse man erzielt. Wenn Sie ehrliche Politik machen wollen, dann müssen Sie sich an den Ergebnissen dieser Politik messen lassen. Diese Ergebnisse sind aber schlecht. Wir haben in Bayern einen ständigen Artenverlust. Wir haben zu wenig Daten, wir haben zu wenig Artenschutz, aber Sie versuchen, darüber die Öffentlichkeit und den Bayerischen Landtag mit solchen Reden, wie gerade eine gehalten worden ist, hinwegzutäuschen.

Gerade Artenschutz ist kein Nebenaspekt der Umweltpolitik; denn unsere eigenen Lebensgrundlagen sind durch ein Massenaussterben von Tieren und Pflanzen, wie es bisher in der Erdgeschichte nur wenige Male vorgekommen ist, in Gefahr. In diesem Fall sind wir, durch unsere Art zu leben und zu wirtschaft-

ten, die Ursache. Dieses Massenaussterben findet auch in Bayern statt. Noch einmal: Bisher haben Sie kein effektives Mittel aufgeboden, um es zu stoppen. Im Gegenteil, nach Ihren eigenen Daten sind 44 % der in Bayern heimischen Vögel entweder schon ausgestorben, vom Aussterben bedroht oder gefährdet. Das Gleiche gilt für die Insekten. Fast die Hälfte der bayerischen Insektenarten ist bereits ausgestorben, vom Aussterben bedroht oder gefährdet. Die bayerischen Schmetterlingsbestände sind in den letzten 50 Jahren sogar um bis zu 90 % zurückgegangen. Das sagen die Forscher der zoologischen Staatssammlung. Die Daten belegen: Es ist fünf nach zwölf in Bayern. – Vor allem das Insektensterben hat nämlich enorme Auswirkungen auf die ganze heimische Natur und das gesamte Ökosystem, aber auch auf die Landwirtschaft. Es gefährdet nämlich unsere Landwirtschaft, wenn die bestäubenden Insekten wie Wildbienen, Hummeln und Schmetterlinge auszusterben drohen. Das gefährdet auch die Wildpflanzen, und es gefährdet Tierarten wie Vögel, die auf Insekten als Nahrung angewiesen sind. Wenn man das in ein Bild übersetzen will, dann stehen wir auf einem steilen Hang, den wir selbst immer weiter untergraben. Irgendwann kommt alles ins Rutschen und wenn das soweit ist, dann werden wir alle mitgerissen.

Die Fraktion der GRÜNEN legt heute einen Gesetzentwurf vor, der dem zumindest teilweise entgegenwirken soll. Dieser Gesetzentwurf basiert vor allem auf Anträgen, die wesentlich von Herrn Kollegen Dr. Christian Magerl stammen, der heute seine letzte Plenarsitzung im Bayerischen Landtag – kann ich "genießt" sagen? –

(Nicken des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– genießt. Christian, ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Dir im Namen unserer Fraktion herzlichen Dank für Deine großartige Arbeit und Deinen großen Einsatz für die bayerische Natur und die Erhaltung unserer bayerischen Heimat auszusprechen. Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf, ich sage jetzt einfach Dein Entwurf, enthält viele Forderungen, die auch wir unterstützen wie beispielsweise der Schutz von Dauergrünland und das Verbot seines Umbruchs, die Verbesserung des Biotopschutzes und eine stärkere Berücksichtigung in der Landesplanung, das Verbot von Pestiziden im öffentlichen Bereich und in Schutzgebieten, die Einführung von Gewässerrandstreifen. Das andere hast du selbst schon gesagt.

Ich gieße aber etwas Wasser in den Wein; denn der Gesetzentwurf kann und darf sicherlich noch erweitert

werden, um den Artenschutz in Bayern wirklich umfassend sicherzustellen. Er ist also noch kein vollständig ausgestatteter Instrumentenkasten gegen das Insekten- und Artensterben. Aus unserer Sicht das Wichtigste ist, dass wir die Landwirte in Bayern viel stärker und besser dabei unterstützen, damit die Landwirtschaft wirklich umweltfreundlich wird. Die CSU-Staatsregierung hat in ihrem letzten Bericht zum Insekten- und Vogelsterben im Umweltausschuss ein weiteres Mal, nach der Antwort auf unsere große Interpellation zum Zustand der Natur in Bayern, offen eingeräumt, dass eine der wesentlichen Ursachen für das Artensterben der Nutzungswandel und die Veränderungen in der modernen Landwirtschaft sind, die Entwicklung hin zu einer immer intensiveren Bewirtschaftung, die Bildung immer größerer Betriebe und der Rückgang der kleinen Landwirtschafts- und Nebenerwerbsbetriebe. Das Aussterben von Tieren und Pflanzen steht, so sagen Sie selbst, in engem Zusammenhang mit der Flurbereinigung, dem Vormarsch von Chemie, Mechanisierung und Großbetrieben, mit dem Verlust an Vielfalt in der Bewirtschaftung. Das ist eine Entwicklung, die viel zu lange unter der Überschrift "Wachsen oder Weichen" vorangetrieben wurde. Die Landwirtschaftspolitik in Europa und in Bayern muss sich ändern. Wir müssen den landwirtschaftlichen Betrieben viel stärker als bisher helfen, eine naturschonende Bewirtschaftung zu ermöglichen. Wir müssen den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft drastisch reduzieren, wir müssen die Überdüngung zurückfahren und extensiver, nicht immer intensiver wirtschaften.

(Martin Schöffel (CSU): Machen Sie das mal in den Bundesländern, wo Sie das Sagen haben!)

– Es ist klar, dass Ihnen das nicht gefällt; denn das steht Ihrer Lobbypolitik entgegen. In einem Artenschutzgesetz sollte das aber nicht fehlen, genauso wenig wie eine entschiedene Bekämpfung der Umweltkriminalität. Ein umfassendes Artenschutzgesetz müsste auch endlich die Ziele der Bayerischen Biodiversitätsstrategie gesetzlich, verbindlich und messbar festschreiben. Vielleicht kann man das in der nächsten Legislaturperiode nachholen. Ob das aber mit der CSU geht, da melde ich ernsthafte Zweifel an. Sie wollen statt einer umweltfreundlichen Landwirtschaft eine – wie nennen das die Herren Söder und Huber? – landwirtschaftsverträgliche Umweltpolitik. Sie wollen also lobbyverträgliche Umweltpolitik. Das ist es, was Sie meinen. Dann sagen Sie das doch auch so. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was heute notwendig ist. Ihre Naturoffensive ist doch vor allem eine Tourismusoffensive, im Übrigen inklusive Straßenbau und vielleicht mit ein bisschen mehr Naturschutz. Oder wenn ich Ihren Blühpakt anschau, dann gewinne ich den Eindruck, nicht zuletzt weil das Ganze ver-

bunden ist mit Ihrem ständigen Beharren auf der Freiwilligkeit, dass Sie den Natur- und Artenschutz entweder nicht durchsetzen wollen oder können. Ich glaube eher, Sie wollen es nicht. So bekommt man die großen Probleme wie das rasante Artensterben aber sicher nicht in den Griff. Sie machen vor allem CSU-Wahlkampf und Ablenkungsmanöver. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen echten Natur- und Artenschutz. Deswegen werden wir dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt für die FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Zierer. Bitte.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian, vielen Dank für die Zusammenarbeit von deiner Seite mit der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Du warst nie so blauäugig, du hast immer gewusst, dass deine Arbeit das Bohren dicker Bretter sein wird. Deine Anträge, deine Intention und deine Arbeit hier hat uns aber alle auf einen Weg gebracht, von dem wir wissen, dass er der richtige ist. Vielleicht sind wir ab und zu bei der Geschwindigkeit nicht immer einig. Die Ansätze, die Anträge haben aber in die richtige Richtung gezielt. Den Weg in dieser Richtung werden wir oder andere versuchen müssen, weiterzugehen und die Bevölkerung und alle davon Betroffenen mitzunehmen. Das ist der Wunsch, ich denke auch von deiner Seite, und dem möchte ich mich anschließen. Vielen Dank für deine gute, überparteiliche Zusammenarbeit mit dem Ausschuss. Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

In den vergangenen fünf Jahren haben wir an dieser Stelle, aber auch im Umweltausschuss, viele Debatten zum Thema Artenschutz geführt. Experten haben uns bestätigt, dass der Handlungsbedarf groß ist, vor allem, aber nicht nur, um den Artenverlust bei den Insekten aufzuhalten und die Situation zu verbessern. Ende Juli ist dann die Staatsregierung, wie man in Bayern so schön sagt, "gangig" worden. Natürlich ist auch viel Marketing dabei, gerade in Wahlkampfzeiten. Ich denke an das Donauaquarium und das Waldinformationszentrum. Das kann man schon machen, einen wirklichen Nutzen für den Erhalt der Biodiversität hat das aber nicht. Es sind aber auch Punkte dabei, die wirklich etwas bringen, und die uns FREIEN WÄHLERN immer wichtig waren. Der kooperative Naturschutz wird gestärkt, Naturparks und Landschaftspflegeverbände werden besser ausgestattet. Das sind Einrichtungen, die vor Ort Maßnahmen durchführen und dadurch auch Akzeptanz schaffen.

Das ist der richtige Weg. Statt einem "Blühpakt Bayern", was sich sicherlich gut anhört, wäre uns viel lieber gewesen, den Kommunen das Konzept der "Ehda-Flächen" schmackhaft zu machen. Leider war dafür die Zeit noch nicht reif. Auf freiwilliger Basis und mit wissenschaftlicher Begleitung werden die einzelnen Kommunen unterstützt, werden maßgeschneiderte Konzepte erarbeitet, wie ungenutzte Flächen ökologisch aufgewertet werden können. Wir begrüßen zusätzliche Artenhilfsprogramme; wir begrüßen, dass etwas vorangeht.

Wir glauben nicht, dass es ein Artenschutzgesetz in dieser Form braucht, wie es die GRÜNEN vorgelegt haben. Es ist positiv, dass die Bedeutung von Kleinstrukturen in der Landwirtschaft betont wird. Die Förderung unserer Landwirte soll und muss verbessert werden; denn sie erbringen auch Umweltleistungen. Wir brauchen wieder mehr Säume, Hecken und Gehölze in der Landwirtschaft und in der Landschaft. Das ist sehr wichtig, wenn wir Lebensräume für möglichst viele Arten schaffen und sie auch erhalten möchten.

Im Gegenzug aber das Ziel einer flächendeckenden Landwirtschaft aufzugeben, ist sicherlich nicht zielführend; gerade sie ist der Garant für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Das funktioniert nur, wenn wir Akzeptanz schaffen mit Anreizen für freiwillige Maßnahmen, zum Beispiel über den Vertragsnaturschutz. Aber wie immer im Leben gilt: Zu viel Regulierung, zu viele Vorgaben hemmen auch. Das ist kontraproduktiv. Aus diesem Grund werden auch die FREIEN WÄHLER den Gesetzesvorschlag der GRÜNEN – in der Gesamtschau hat er positive Aspekte – ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. – Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber ums Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Thema hat Frau Kollegin Schorer-Dremel alle Argumente und die Fakten, wie ich glaube, Vorbildlich vorgetragen; deshalb von mir nur noch ein paar Bemerkungen.

Wir haben deutliche Parallelen zum vorherigen Thema. Wir sind uns einig in der Analyse, dass etwas passieren muss, dass hier noch zu wenig geschieht. Wir haben hier ein brisantes Geschehen vor uns. Dass wir allerdings unterschiedliche Wege gehen wollen, ist ebenfalls eine Parallelität: Sie mit Ordnungs-

recht und wir mit einem Weg, auf den wir alle mitnehmen wollen.

Das über Ordnungsrecht zu machen, ist bei diesem Thema schlecht; denn hier sind alle gefragt, mitzumachen. Im Übrigen hat der Weg, den Sie vorgeschlagen haben, auch viele Nachteile; einige Dinge werden doppelt geregelt. Wir werden uns heute zu dieser Stunde sicherlich nicht mehr einig werden. Darüber werden wir keinen Konsens mehr bekommen. Sie alle wollen um 17.00 Uhr fertig sein, deshalb will ich an dieser Stelle die Debatte darüber schließen.

Zwei Gedanken möchte ich Ihnen aber noch mitgeben, werte Kolleginnen und Kollegen: Erstens. Wenn Themen wie diese beiden Gesetzentwürfe vorliegen, bei denen wir uns einig sind, dass wir in Bayern etwas beitragen müssen, um ein deutsches, ein europäisches, ein globales Problem zu lösen, wenn wir uns einig sind, dass es brisant ist und wir uns bloß über das Wie uneinig sind, dann sollten wir vermeiden, uns gegenseitig mit Polarisierung und Polemik zu überschütten.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Der Aufbau von Gegensätzen, zum Beispiel der natürlichen Gegner konventionelle Landwirtschaft und Umweltschutz, bringt uns ebenfalls nicht weiter. Ich sage das ausdrücklich als letzter Redner in dieser Legislaturperiode. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass hier im Landtag ganz andere Kolleginnen und Kollegen sitzen werden. Die Kräfte, die sich über Ziele und in der Analyse einig sind, sollten sich nicht über den Weg der Polarisierung unterhalten. Die Kräfte der Mitte sollten hier stärker zusammenwirken und nach einer gemeinsamen Lösung suchen.

Zweitens. Wir haben heute nicht nur einen Vorsitzenden des Umweltausschusses zu verabschieden, sondern auch noch dessen Stellvertreter, der heute ebenfalls seinen letzten Arbeitstag hat. Ich darf Dr. Magerl und Dr. Hünnerkopf herzlich für ihre Arbeit danken.

(Allgemeiner Beifall)

Bei aller Kontroverse der Themen darf ich beiden attestieren, wesentlich dazu beigetragen zu haben, dass in diesem Ausschuss immer fair gearbeitet worden ist. Möget ihr es euch in der neuen Freiheit gutgehen lassen! Ich wünsche euch alles Gute bei der Auswanderung.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aussprache geschlos-

sen, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/23106 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. –

SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER sowie der Kollege Muthmann (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Mit Blick auf die Uhr schlage ich vor, jetzt den **Tagesordnungspunkt 10** aufzurufen, weil wir das auf jeden Fall noch vor 17.00 Uhr beschließen müssen:

Einsetzung eines Zwischenausschusses (s. a. Anlage 3)

und

Schluss der Tagung

Bevor wir über die Einsetzung eines Zwischenausschusses Beschluss fassen, muss gemäß § 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung abgeklärt werden, ob auch diesmal wie in den früheren Wahlperioden vor dem Ende der Legislaturperiode die Tagung geschlossen werden soll. Ich frage deshalb, ob Einverständnis damit besteht, dass wir am Ende der Sitzung die Tagung schließen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Einsetzung des Zwischenausschusses. Nach Artikel 26 der Verfassung des Freistaates Bayern muss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Staatsregierung und zur Behandlung dringlicher Staatsangelegenheiten für die Zeit außerhalb der Tagung vom Landtag ein Zwischenausschuss bestellt und dabei gemäß § 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung auch dessen Stärke bestimmt werden. Im Ältestenrat bestand Einvernehmen darüber, dass der Zwischenausschuss aus 45 Abgeordneten, also wie in den vorhergehenden Legislaturperioden aus einem Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags, bestehen sollte. Außerdem ist für jedes Mitglied des Zwischenausschusses ein Stellvertreter zu bestellen. Besteht Einverständnis darüber, dass ein Zwischenausschuss mit 45 Mitgliedern eingesetzt wird? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Nach § 21 Absatz 2 der Geschäftsordnung richtet sich die Zusammensetzung des Zwischenausschusses

nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, also nach dem Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers. Danach entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Mitglieder, auf die SPD-Fraktion 11 Mitglieder, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 5 Mitglieder und auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4 Mitglieder. Außerdem haben die Fraktionen das Recht, für jedes Mitglied eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter vorzuschlagen. Die Vorschläge der Fraktionen wurden in Form einer Liste für Sie aufgelegt.

(Siehe Anlage 3)

Wer damit einverstanden ist, dass die benannten Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Zwischenausschusses bestellt werden, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Herr Kollege Muthmann (fraktionslos), Sie haben sich auch angeschlossen? – Ja. Vielen Dank. Dann ist das einstimmig so beschlossen. Die von den Fraktionen benannten Kolleginnen und Kollegen sind damit zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Zwischenausschusses bestellt worden. Vielen Dank, dann hätten wir das auch.

Dann darf ich noch das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekanntgeben, und zwar handelt es sich um den Gesetzentwurf der Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und zwar "Gesetzentwurf zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern – Bayerisches Klimagesetz" auf der Drucksache 17/21585. Mit Ja haben 47 gestimmt, mit Nein haben 74 gestimmt. 14 Kolleginnen und Kollegen haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt darf ich mit Blick auf die Uhr zum **Tagesordnungspunkt 8** zurückkommen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u. a. (SPD) Kommunalen Resolutionen Rechnung - Sondergebiet erweitern (Drs. 17/20809)

Hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen also gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimm-

enthaltung des Kollegen Muthmann (fraktionslos) ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wettbewerb "Kunst am Bau" am Obersalzberg ausschreiben (Drs. 17/22227)

Die Fraktionen sind auch hier übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen somit gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit wären wir mit der Tagesordnung für diesen Tag zu Ende.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für diese Legislaturperiode!)

Das war die letzte Sitzung in dieser Legislaturperiode. Ich bedanke mich bei Ihnen für den heutigen Tag.

Schlussworte

Nun kommen wir noch zu unseren Schlussworten, die zur Tradition in diesem Hohen Haus geworden sind. Ich finde es gut, dass wir an dieser Tradition festhalten. Ich darf Sie um Verständnis bitten, wenn heute aus meiner Sicht die Schlussworte nicht sehr lange, aber vielleicht etwas länger sind, als sie sonst waren. Schauen Sie einmal in unsere Bilanz dieser Legislaturperiode rein, die ich jetzt nicht vertiefen möchte. Aber es lohnt sich, sie nachzulesen. Sie ist ausgelegt und liegt mittlerweile auch den Damen und Herren der Presse vor.

Ich darf an dieser Stelle unsere beeindruckenden Besucherzahlen erwähnen. Wir hatten während dieser Legislaturperiode 300.000 Gäste im Haus, darunter – das freut mich am meisten – 50.000 Schülerinnen und Schüler aller Schularten. Wohl gemerkt waren auch viele Integrationsklassen darunter. Diese Integrationsklassen wurden von unserem Besucherdienst kompetent und sehr gut durchs Haus geführt. Dafür ist eine eigene Broschüre entwickelt worden. Ich möchte unserem Team vom Besucherdienst dafür ganz herzlich danken, weil das ein ganz wichtiger Beitrag war.

(Allgemeiner Beifall)

Viele Bürgerinnen und Bürger besuchten unser Haus zudem bei den Tagen der Offenen Tür, bei den Langen Nächten der Architektur oder auch zum Sonntagscafé, bei dem ebenfalls Führungen stattfinden. Diese Führungen werden sehr gerne angenommen. Es ist ganz gut, dass hier nicht nur die Geschichte des Hauses vermittelt wird, sondern auch die Art und Weise, wie im Parlament und im Parlamentarismus gearbeitet wird. Daran haben die Menschen ein großes Interesse. Besonders freut mich, dass vor allem Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die nicht mehr im aktiven Dienst hier im Landtagsamt sind, am Sonntag für diese Führungen zur Verfügung stehen, und dass einige unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten diese Termine wahrnehmen und durchs Haus führen. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte auch den Fraktionen sehr herzlich danken, da wir sehr viele Veranstaltungen gemeinsam mit den Fraktionen vorbereitet haben. Der kontinuierliche Anstieg der Besucherzahlen war wirklich enorm. Ich bin fest davon überzeugt: Das ist gerade in diesen Zeiten ein schönes Zeichen für das Interesse der Menschen an unserem Parlament. Das bedeutet für mich, und vielleicht kann ich das als kleine Botschaft ausgeben: Wir haben nicht nur Politikverdrossenheit und nicht nur Vertrauensverluste, sondern glauben wir doch auch an die guten Entwicklungen in unserer Demokratie. Da werden wir sehr viel Positives vorfinden.

(Allgemeiner Beifall)

Gestatten Sie mir noch einige persönliche Bemerkungen. Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten fünf Jahren – das ist nicht übertrieben, und darauf können wir stolz sein – viel gearbeitet. Wir hatten in diesem Hause auch harte Auseinandersetzungen, wenn ich nur an die Nachtsitzung zum Integrationsgesetz denke. Es hat also Ärger gegeben. Aber wissen Sie, was mich letztlich immer wieder erfreut hat? – Dass uns auch immer wieder die Gemeinsamkeit der Demokraten vereint hat. Dafür möchte ich ein ganz herzliches Danke sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Bei allen Gegensätzen in manchen Sachfragen wurden bestimmte Grenzen im Umgang miteinander nie überschritten. Ein Beweis dafür ist, dass die Ordnungsmittel unserer Geschäftsordnung während der Legislaturperiode so gut wie keine Rolle gespielt haben. Ich würde mir sehr wünschen, dass das auch in der kommenden Legislaturperiode so bleibt.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin persönlich davon überzeugt, dass der Weg der sachlichen und leidenschaftlichen Diskussion der richtige ist, auch für die Zukunft. Entscheidend dabei ist, dass wir immer im Blick behalten, was für die Menschen in unserem Land wichtig ist. Unsere Aufgabe ist es, politische Lösungen für die Fragen zu finden, die für die Menschen von Bedeutung sind. Dabei sollten wir unserem Gegenüber niemals von vornherein die Fähigkeiten oder den guten Willen absprechen. Das heißt, wir brauchen Respekt und Offenheit im Umgang miteinander. Wenn wir uns wünschen, dass in unserer Gesellschaft das Verbindende wieder stärker zum Ausdruck kommt, dann – ich darf mir die Anmerkung erlauben – sollten wir hier im Parlament mit gutem Beispiel vorgehen. Wir sollten immer mehr das betonen, was uns eint, weniger das, was uns trennt. Wenn dies die Basis unserer politischen Arbeit ist, dann sind wir verantwortungsbewusst unterwegs.

Sie alle hier im Hohen Haus haben sich in den Ausschüssen, den verschiedenen Kommissionen und Gremien sowie auch daheim in den Stimm- und Wahlkreisen für die Menschen in Bayern engagiert. Für Ihren unermüdlichen Einsatz sage ich Ihnen ein ganz herzliches Dankeschön.

Insbesondere bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen des Präsidiums. Zunächst erwähne ich – andere Namen erwähne ich an anderer Stelle – Frau Kollegin Aures. Danke schön für das gute Miteinander. Wir haben immer wieder Wege und Möglichkeiten gefunden, um das, was uns eint, auf den Weg zu bringen. Ich möchte mich aber auch bei Ihnen, Frau Kollegin Gote, bedanken. Ich tue das heute ganz bewusst. Vielleicht hatten Sie manchmal den Eindruck, dass ich mich schwer damit getan habe, eine neutrale Präsidentin zu sein. Wenn mir das nicht immer ganz gelungen ist, muss ich auch dafür geradestehen. Frau Kollegin, Sie können aber davon ausgehen, dass ich mich stets darum bemüht habe. Ich danke Ihnen für die Zusammenarbeit. Das musste ich heute aber noch loswerden. Das werden Sie auch verstehen.

Mein besonderer Dank gilt natürlich jenen Abgeordneten, die nicht mehr kandidieren und aus dem Landtag ausscheiden werden. Kolleginnen und Kollegen, mir ist das gestern ganz spontan am Nachmittag gekommen. Ich habe mir überlegt, wem ich stellvertretend für alle danken kann. Leider sind es zu viele, die ausscheiden. Ich habe mir gedacht, alle Namen schön aufzuschreiben und eine kleine Liste mit einem Bild unseres wunderbaren Maximilianeums zu erstellen. Oben steht ein herzliches Dankeschön. Das ist wahrscheinlich eine gute Erinnerung an die Kolleginnen und Kollegen, die einmal bei uns gewesen sind und harte Arbeit geleistet haben – immer im Sinne der

Menschen und auch des Parlaments, auch wenn wir es mitunter anders gesehen haben. Ich wünsche mir immer sehr, dass wir diejenigen nicht vergessen, die einmal vor uns in der Verantwortung standen. Das ist auch eine Kultur des Miteinanders.

(Allgemeiner Beifall)

Die Kolleginnen und Kollegen, die ausscheiden, haben die Politik in Bayern in unterschiedlichen Ämtern geprägt und mitgestaltet. Dem nächsten Präsidium wird nicht mehr angehören der Erste Vizepräsident des Hohen Hauses und ehemalige Staatsminister Herr Kollege Reinhold Bocklet. Lieber Reinhold, mit deinem langjährigen politischen Engagement hast du viele politische Ebenen ganz entscheidend mitgeprägt. Das gilt vor allem für unsere Präsidiumsarbeit. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich bei Herrn Vizepräsidenten Peter Meyer, der mit allen Kolleginnen und Kollegen immer ein gutes Miteinander gepflegt hat. Lieber Peter, ganz herzlichen Dank für das gute Miteinander. Wir haben immer wieder Wege und Möglichkeiten miteinander gefunden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke dem ehemaligen Vizepräsidenten und Alterspräsidenten dieser Legislaturperiode, Herrn Kollegen Prof. Dr. Peter Paul Gantzer. Lieber Peter Paul, es waren vier Jahrzehnte im Landtag. Du scheidest auch aus dem Parlament aus. Uns beide verbinden im Präsidium fast 15 gemeinsame Jahre, zunächst waren wir beide Vizepräsidenten. Lieber Peter Paul Gantzer, ich darf dir sagen: Es sind gute Jahre gewesen. Ich danke dir dafür.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Lieber Peter Paul Gantzer, ich sehe deine Gattin auf der Besuchertribüne sitzen, falls du sie noch nicht entdeckt hast.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Was?)

Ich möchte deiner Frau stellvertretend für alle unsere Partnerinnen und Partner und für unsere Familien danken. Sie müssen mit uns viel aushalten. Oft haben wir nicht die Zeit, die wir benötigen. Frau Gantzer, schön, dass Sie heute da sind. Der Dank an Sie gilt allen unseren Partnerinnen und Partnern.

(Allgemeiner Beifall)

Dem nächsten Landtag wird auch das Präsidiumsmitglied Reserl Sem nicht mehr angehören. Auch ihr

einen herzlichen Dank für den Einsatz für die Menschen in unserem Land! Nach 40 Jahren im Landtag wird uns auch Herr Staatsminister a. D. Erwin Huber verlassen. Lieber Herr Kollege Huber, Bayern steht auch für den Namen Erwin Huber. Ich denke, das darf ich sagen. Im Parlament haben wir gute, muntere und oft emotionale Debatten geführt. Sie waren jedoch immer an der Sache und an den Menschen orientiert. Vielen lieben Dank und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt schaue ich nach drüben. Lieber Herr Kollege Dr. Christian Magerl, Sie haben uns knappe drei Jahrzehnte mit sehr munteren Beiträgen erfreut. Wir haben uns auch immer besser verstanden, wenn ich das so sagen darf. Ich darf mich den Kolleginnen und Kollegen anschließen, die Ihnen auch schon als Vorsitzendem eines wichtigen Ausschusses gedankt haben. Ich bedanke mich herzlich für die gute Zusammenarbeit. Ich persönlich bedanke mich auch bei Ihnen. Alles Gute für Sie. Ich darf in diesen Dank natürlich auch den stellvertretenden Vorsitzenden des Umweltausschusses, Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf, einbeziehen. Danke euch beiden.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht verstehen Sie jetzt auch, dass ich nicht alle Kolleginnen und Kollegen, die ausscheiden und nicht mehr kandidieren, nennen kann. Das habe ich jetzt nur stellvertretend getan.

Jetzt möchte ich noch stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, die wichtige Funktionen in den Parlamentsgremien übernommen haben, unseren Haushaltsausschussvorsitzenden, dich, lieber Peter Winter, nennen.

(Allgemeiner Beifall)

Unseren Vorsitzenden zeichnet aus, dass er in den vergangenen Jahren stets das Königsrecht unseres Parlaments im Blick hatte. Wir alle wissen, dass es nicht immer ganz einfach ist, unsere parlamentarischen Interessen durchzusetzen. Das erleben vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Deswegen möchte ich das auch aussprechen. Lieber Herr Vorsitzender, es hat dich ausgezeichnet – Herr Kollege Halbleib, Sie erinnern sich auch noch sehr gut –, dass du im Rahmen deiner Führung im Ausschuss immer bemüht gewesen bist, über die Fraktionen hinweg und im Geist des Ausschusses zu handeln. Vielen herzlichen Dank für diese fraktionsübergreifende Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir im Präsidium, aber auch ich selbst, möchten uns ganz persönlich dafür bedanken, lieber Herr Vorsitzender, dass Sie und der Haushaltsausschuss insgesamt uns bei allem unterstützt haben, was an Kosten für Sanierungen, für Modernisierungen und vor allem für die Barrierefreiheit – vom Brandschutz will ich jetzt nicht reden – angefallen ist. Für die Barrierefreiheit mussten wir sehr viel tun, und wir haben es auch getan. Herzlichen Dank und alles Gute, lieber Herr Vorsitzender Peter Winter.

(Allgemeiner Beifall)

Damit darf ich im Namen des Hohen Hauses allen ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen noch einmal ganz herzlich danken. Sie alle haben sich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat eingebracht, und das verdient höchsten Respekt und Anerkennung. Wir werden uns noch persönlich verabschieden. Bereits an dieser Stelle wünsche ich Ihnen aber im Namen des Hohen Hauses alles Gute für Ihren neuen Lebensabschnitt, weiterhin Erfolg in Ihrem beruflichen Wirken, sofern Sie an Ihre alte oder an eine neue Arbeitsstelle zurückgehen, oder einen reibungslosen Übergang in eine ruhigere Lebensphase, sofern Sie ab Mitte Oktober in den wohlverdienten Ruhestand eintreten.

Ich danke den Vertreterinnen und Vertretern der Presse und der Medien nicht nur für ihre Arbeit, sondern auch für ihre kritische Begleitung unserer Arbeit während der Legislaturperiode. Ich gestehe, die Rahmenbedingungen sind für Sie in den letzten Jahren auch nicht einfacher geworden. Wir alle wissen – erlauben Sie mir diese Anmerkung –, dass sorgfältiger, ausgewogener und fairer Journalismus gerade mit Blick auf die Veränderungen in der Medienlandschaft heute wichtiger denn je ist. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr herzlich danke ich allen, die hier im Hause dafür sorgen, dass das Parlament immer reibungslos arbeiten konnte. Dafür bedanken wir im Präsidium und im Ältestenrat uns vor allem auch bei den Fraktionsvorsitzenden. Ich möchte heute aber auch einen ganz besonderen Dank den Parlamentarischen Geschäftsführern sagen. Sie versuchen schon im Vorfeld, vieles richtig ins Lot und das eine oder andere von vornherein auf eine gute Arbeitsebene zu bringen. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke unserem Amtschef an der Spitze der Landtagsverwaltung. Sie, lieber Herr Amtschef Peter Worm, tragen viel dazu bei, dass unsere Arbeit gut

gelingt. Darin schließe ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Sie haben wieder in jeder Hinsicht eine hervorragende und professionelle Arbeit geleistet. Es ist einfach immer Verlass auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für uns in diesem Hohen Haus ihren Dienst erbringen. Danke schön.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Ich danke den Damen und Herren der Fraktionsgeschäftsstellen und den Landtagsbeauftragten. Vor allem danke ich unserem Sanitätsdienst. Einen ganz herzlichen Dank vor allem auch unseren Polizistinnen und Polizisten.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich persönlich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass ich fünf Jahre Vizepräsidentin dieses Hauses und dass ich jetzt fast zehn Jahre die Präsidentin dieses Hohen Hauses sein durfte. Ich darf Ihnen sagen, dass dies nicht in meiner Geburtsurkunde gestanden hat. Deshalb dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall – Die Abgeordneten erheben sich)

– Danke schön! – Jetzt freuen wir uns auf die Schlussworte unseres Kollegen Herrn Prof. Dr. Peter Paul Gantzer. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine lange Tradition, dass in der letzten Plenarsitzung einer Legislaturperiode ein Vertreter der Opposition für diese das Schlusswort hält. Meine Fraktion hat mir diese Aufgabe übertragen, wofür ich nicht nur dankbar bin, sondern ich bin mir auch der Ehre bewusst, dieses Schlusswort sprechen zu dürfen.

Zuerst einmal möchte ich den schon von der Präsidentin ausgesprochenen Dank wiederholen, der für alle ausgedrückt worden ist, der aber auch von uns, vonseiten der Oppositionsparteien, ausgesprochen wird. Dieser Dank gilt vor allem den Damen und Herren unserer Verwaltung, an ihrer Spitze Herrn Ministerialdirektor Peter Worm. Dieser Dank gilt selbstverständlich aber auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung selbst, seien es die Damen und Herren des Plenardienstes, seien es unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pfortendienst. Der gleiche Dank gilt unseren Polizeibeamten, dem Rettungsdienst, dem Sicherheitsdienst und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsgaststätte und der Kantine. Sie alle haben es ermöglicht, dass wir hier erfolgreich zusammenarbeiten konnten.

Mein Dank gilt auch besonders den Medien, der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen. Sie haben zwar über die Opposition nicht immer so gut berichtet wie über die Regierungspartei. Trotzdem haben Sie immer fair berichtet. Ich verbinde das mit dem Gedanken, wie wichtig die Pressefreiheit ist. Wir sehen das an anderen Staaten dieser Erde.

(Allgemeiner Beifall)

Vielen Dank für Ihre Arbeit. Wo es keine Pressefreiheit gibt, gibt es letztlich auch keine Demokratie. Das müssen wir so klar und deutlich ausdrücken. Deswegen haben Sie in einer demokratischen Gesellschaft eine ganz wichtige Aufgabe. Dafür, dass Sie diese Aufgabe so engagiert wahrgenommen haben, einen recht herzlichen Dank.

Ein besonderer Dank, der mir aus dem Herzen kommt, gilt unserer Präsidentin. Liebe Barbara, hast du schon Tränen in den Augen? – Fast 15 Jahre lang habe ich als Präsidiumsmitglied mit unserer Präsidentin Barbara Stamm intensiv zusammengearbeitet. Barbara Stamm hat für diesen Freistaat eine erfolgreiche und unermüdliche Arbeit geleistet. Sie hatte vor dem Präsidium auch eine Vorgeschichte. Ich gehe davon aus, dass das an anderer Stelle noch gewürdigt wird. Ich sage aber ganz einfach: In der Zeit als Vizepräsidentin und Präsidentin des Landtags wurdest du sozusagen die Mutter der Abgeordneten, aber auch – und das ist ganz wichtig – die Mutter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die sozialen Errungenschaften der letzten zehn Jahre für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landtag haben wir zuallererst unserer Präsidentin zu verdanken. Die Verdienste von dir sind so umfangreich, dass ich darüber eine eigene Rede halten könnte. Ich sage einfach nur: Vielen, vielen herzlichen Dank, Barbara Stamm, für das, was du für uns und für den Freistaat getan hast.

(Allgemeiner Beifall)

Dann erlaube mir bitte noch eine kleine Abweichung. Als Überraschungsgast ist meine Ehefrau Elisabeth da. Unsere Präsidentin hat es gesagt: Unser Beruf erlegt uns mehr als eine 48-Stunden-Woche auf. Das geht auch immer wieder auf Kosten der Familie, und deswegen müssen wir sagen: Wir können nur froh sein, wenn wir eine funktionierende Familie haben. Ich sage es einfach einmal so: Liebe Elisabeth, wenn ich nicht schon mit dir verheiratet wäre, würde ich dir heute einen Heiratsantrag machen!

(Allgemeine Heiterkeit – Allgemeiner lebhafter Beifall – Zurufe: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und jetzt noch einige ernste Worte. Ich bin jetzt seit 40 Jahren im Landtag –

40 Jahre, die sehr schöne Jahre waren und die mir viel Spaß gemacht haben. Natürlich wäre es reizvoll, zu fragen: Was ist in diesen 40 Jahren politisch alles schiefgelaufen? Es wäre jetzt aber der falsche Ort und der falsche Zeitpunkt, das zu fragen.

Lassen Sie mich deswegen einige Dinge der letzten 40 Jahre hervorheben; gerade die Jungen wissen das nicht mehr oder können sich das gar nicht mehr vorstellen. Es sind einige Ereignisse, die mich tief berührt haben und die auch die Gesellschaft tief berührt haben. Eines der einschneidendsten Erlebnisse war für mich 1989, der Fall der Mauer und die anschließende Wiedervereinigung. Mit welcher Hoffnung sind wir damals sozusagen neu gestartet! Es war fast ein Reset, den wir in der Politik hatten, und wir hatten alle das Gefühl und auch die Hoffnung, dass durch den Zusammenbruch des Kommunismus ein weltweiter Siegeszug der Demokratie eintreten würde.

Leider müssen wir aber gerade auch bei europäischen Staaten feststellen, dass sich der Trend zu autokratischen und autoritären Systemen verstärkt hat – ich nenne nur Polen, Ungarn oder Italien. Das liegt natürlich auch an ganz bestimmten Dingen, weil sich die Bezugswerte geändert haben. Um es anders auszudrücken: Vor 1989 war die Welt noch klar eingeteilt. Wir hatten Ost/West, wir hatten Freund/Feind, wir hatten gut/böse. Dieses eindeutige Bild gibt es heute nicht mehr und das ist auch in der DDR passiert: Zusammenbruch. Wenn wir sehen, welche Wahlergebnisse wir in den neuen Bundesländern haben, ist auch hier die Messlatte irgendwie verschoben worden, und wir haben es immer noch nicht ganz geschafft, diese Menschen einzubinden, was sich in den Wahlergebnissen niedergeschlagen hat.

Lassen Sie mich die Verunsicherung, die eingetreten ist, anhand eines persönlichen Beispiels darstellen: Ich selber bin Flüchtling. Ich wurde von den Russen vertrieben, bin als Flüchtling nach Westen gekommen. Mein Vater war fünf Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft. Ich war ein Russenfeind. So habe ich auch meinen Wehrdienst abgeleistet. Dann kam 1989, und das Weltbild, das ich hatte, brach zusammen.

Wir haben vom Landtag aus sehr intensive Partnerschaften gegründet und mit Leben erfüllt, zum Beispiel mit der Duma der Stadt Moskau. Wir sind oft in Moskau gewesen, und die Moskauer Kollegen sind oft bei uns gewesen. Einen Höhepunkt für mich war, dass ich vor sechs Jahren aufgrund meiner militärischen Vergangenheit vom russischen Militär eingeladen wurde und in Pskow war, einem Garnisonsstandort. Dort war ich zur Feier des Weltkriegsendes eingeladen und durfte die Rede halten – Sie wissen, wie das mit Panzern und Flugzeugen ist – über die

Freundschaft zwischen Russland und Deutschland, dass endlich Frieden ist und wir nicht mehr aufeinander schießen müssen.

Vor zwei Jahren war ich in den baltischen Staaten, in Litauen. Ich habe das Bataillon der deutschen Bundeswehr besucht, das dort stationiert ist, um den baltischen Staaten die Angst zu nehmen, dass Russland ihnen gegenüber aggressiv tätig werden würde.

Anhand dieser Beispiele sehen Sie, was sich in diesen ganzen Jahren alles verschoben hat. Bereits dieses führt zu einer Verunsicherung in der Bevölkerung, die nicht mehr genau weiß, wie es vor 1989 war – was ist gut und was ist böse.

Die zweite große Erfindung – sozusagen *die* große Erfindung –, die in den letzten 40 Jahren stattgefunden hat, war die Internetrevolution. Viele sagen, das war mit der Erfindung des Buchdrucks gleichzusetzen. Auch mich hat das sehr überrascht; denn von Berufs wegen habe ich mit der elektrischen Schreibmaschine angefangen. Heutzutage muss ich in meinem Beruf einen Hightech-Computer benutzen.

Was die Digitalisierung für Auswirkungen auf die persönliche Kommunikation und auf das Miteinander in dieser Gesellschaft hat und welche Auswirkungen diese Digitalisierung überhaupt auf die Arbeit, die Arbeitnehmer und die Arbeitszeit hat, ist bis heute nicht beantwortet worden. Wir knabbern immer noch an den Auswirkungen, gerade auch am Arbeitsmarkt und in der ganzen Arbeitsszene.

Natürlich fragt man sich, wenn man jetzt auch noch die neue Diskussion um die künstliche Intelligenz – KI – sieht, was passieren wird, wenn die KI den Arbeitsmarkt erobern wird. Die Auswirkungen sind überhaupt noch nicht absehbar. Ein sehr renommierter Wissenschaftler, Stephen Hawking, sagte, dass die KI vielleicht die größte Erfindung der Menschheit sein wird; es könnte aber auch die letzte sein.

Das sind Dinge – gerade diese zwei Ereignisse –, die natürlich Unruhe in unserer Wählerschaft ausgelöst haben. Es sind aber nicht nur diese Dinge gewesen: Wenn ich die letzten 40 Jahre bedenke, erinnere ich nur, was wir alles erlebt haben und erleben: die Globalisierung, Kriege, Gewalt und Terror, globalisierte Kapitalflüsse, Finanzkrise, Rentenkrise, Eurokrise, Klimakrise, Flüchtlingskrise, Brexit, das Erstarken von rechtsextremen Bewegungen in vielen europäischen Staaten. Wenn Sie abends fernsehen oder täglich die Zeitung lesen, werden Sie feststellen, dass diese Themen, die ich gerade nannte, immer wieder in den Medien sind. Auch das hat Auswirkungen auf das Gefühl – das Sicherheitsgefühl oder das Unsicherheitsgefühl – der Bevölkerung.

Hinzu kommt, dass es in den letzten 40 Jahren – Sie sehen, ich bin immer wieder bei den 40 Jahren – zu sozialer Ungleichheit gekommen ist. Ich weiß, dass viele sagen – wir haben es auch heute Morgen gehört –: "Bayern geht es gut", und das ist unbestritten. Geht es uns aber in Anbetracht dieser vielen Krisen, die ich eben aufgezeigt habe, wirklich gut? – Tatsächlich ist es doch so, dass weite Teile der Bevölkerung vom wirtschaftlichen Fortschritt abgekoppelt sind.

Auf der einen Seite entziehen sich Konzerne und Kapitalbesitzer immer dreister der Besteuerung, während es auf der anderen Seite an Mitteln für Bildung und Sozialsysteme mangelt. Ich sehe, wie Kindergärtnerinnen oder Pfleger bezahlt werden, und lese, dass nach dem Global Wealth Report die reichsten 10 % der Weltbevölkerung fast 80 % des Nettovermögens besitzen. In Deutschland sieht das nicht anders aus. Den reichsten 10 % der Deutschen gehören mit 63 % fast zwei Drittel des Vermögens, und das oberste eine Prozent der Bevölkerung vereint ein Drittel des Besitzes der gesamten Bevölkerung auf sich.

Noch eine Zahl: 1989 bekamen DAX-Vorstände das Vierzehnfache des durchschnittlichen Gehalts ihrer Mitarbeiter, heute ist es das Sechzigfache. Nach einer DIW-Untersuchung bezogen 1995 die obersten 10 % der Bevölkerung noch 32 % aller Bruttoeinkommen, heute sind es bereits 40 %. Gleichzeitig sank der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung an der Einkommensverteilung von 26 % auf 17 %.

Welche Ausmaße das angenommen hat, können Sie am besten an den Firmen Apple, Amazon, Google, Microsoft und Facebook sehen, diesen sogenannten Big Five. Das sind inzwischen die fünf wertvollsten Firmen der Welt, und dementsprechend ist auch ihr Einfluss – nämlich sehr, sehr groß. Ich sage einfach einmal: Es ist nicht in Ordnung, dass diese Menschen, die wir nicht kennen und die auch nicht gewählt worden sind, die also keine demokratische Legitimation haben, sich anmaßen, über die Welt zu bestimmen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind entschieden gegen Diktaturen, seien es einzelne politische Führer, oder seien es Wirtschaftsführer, denen es nur noch um den Shareholder Value geht. Aufgabe der Wirtschaft müsste es sein, Armut zu beseitigen, also Wohlstand für alle, nicht Wohlstand für wenige zu schaffen. Und lassen Sie mich klarstellen: Das ist kein Aufruf zu einer sozialistischen Revolution, wie das vielleicht manche glauben werden. Das ist nur eine Aufforderung an die Konzerne und Kapitalbesitzer, sich an den Aufgaben dieser Ge-

sellschaft zu beteiligen, der sie ihren Reichtum verdanken.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe das besonders betont, weil ich eines klarstellen möchte: Die Bevölkerung nimmt dieses Auseinanderklaffen von Reich und Arm sehr wohl wahr. Wer sich in ständigen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern befindet, weiß, dass das immer ein Thema ist. Genau das führt zu einer Entfremdung der Bürger von der klassischen Demokratie. Die Bürger erwarten von den großen Volksparteien Antworten, sie haben aber das Gefühl, dass wir diese Antworten nicht geben. In der letzten Umfrage wurde die Frage gestellt, ob sich die etablierten Parteien und Politiker zu weit von den Wählern entfernt hätten. Drei Viertel, 75 %, haben auf diese Frage mit Ja geantwortet. Das sollte uns zu denken geben.

Diese Entwicklung lässt sich auch an einer weiteren Zahl festmachen, nämlich der Zahl der Nichtwähler. Bei der Bundestagswahl ist die Zahl der Nichtwähler in den letzten 30 Jahren von 15,7 % auf 23,8 % gestiegen, also von 7 Millionen auf 15 Millionen. Noch schlimmer sieht es bei der Zahl der Nichtwähler in Bayern aus. Vor 40 Jahren, im Jahre 1978, als ich zum ersten Mal zur Wahl stand, belief sich die Quote der Nichtwähler in Bayern auf 23,4 %. Das waren 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Im Jahre 2013, bei der letzten Landtagswahl, waren es bereits 36,1 %, das heißt, 3,5 Millionen Wählerinnen und Wähler sind nicht zur Wahl gegangen.

Das sind Zahlen, die uns alle, ganz gleich, in welcher Partei wir sind, beunruhigen sollten. Daneben gibt es nämlich noch das Sozialranking, also die Untersuchung des Vertrauens in Berufsgruppen. Seit den 1990er-Jahren haben wir in Deutschland einen fortschreitenden Verfall des öffentlichen Ansehens von Parteien und Politikern zu verzeichnen. Eine zunehmende Anzahl von Bürgern hat laut Meinungsumfragen das Gefühl, dass die etablierte Politik ihre Interessen überhaupt nicht oder nicht ausreichend vertritt und berücksichtigt. Die Politiker haben europaweit einen schlechten Stand. Am schlechtesten schneiden jedoch die deutschen Politiker ab. Sie befinden sich auf dem letzten Platz des Rankings.

Während wir 1978, also vor 40 Jahren, beim Ansehen noch bei 24 % lagen, sind es heute nur noch 5 %. Das ist der letzte Platz für uns Politiker. Begleitet wurde diese Erscheinung durch einen starken Mitgliederschwind in den letzten 40 Jahren, gerade bei den großen Parteien. Das sind Zahlen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Lassen Sie mich einmal provokativ fragen: Inwieweit sind wir, die großen Parteien,

schuld daran, dass inzwischen Parteien mit einfachsten Botschaften die Parlamente erobern? Anders gefragt: Wie kommt es, dass in Europa und in Deutschland vermehrt Politiker mit nationalistischen Zielen gewählt werden?

Bis heute ist es den Historikern nicht gelungen zu erklären, wie es den Nazis gelungen ist, die Menschen in wenigen Jahren zu radikalieren und von menschlichen Werten zu entfremden. Was haben die klassischen Parteien damals falsch gemacht? Ich frage aber auch: Was haben wir heute falsch gemacht? Diese Fragen müssen möglichst bald beantwortet werden. Das wird Aufgabe des kommenden Landtags und der künftigen Politik sein.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn ich mir die Ereignisse der letzten 40 Jahre in Erinnerung rufe, kann ich zusammenfassend feststellen: Wir stehen heute an einer entscheidenden Weggabelung, einer Weggabelung, vor der die Politik eigentlich nur alle paar Jahrhunderte steht. Dessen muss sich vor allem der neue Landtag bewusst sein. So sehr wir auf das förderale System pochen, muss uns doch allen klar sein, dass die Globalisierung der Welt keine Rücksicht auf Länderparlamente nehmen wird, die nicht über den Länder-Tellerrand hinausschauen. So stolz wir auf Bayern sind – am 8. November feiern wir 100 Jahre Freistaat Bayern –, so muss uns auch in Bayern und in Deutschland klar sein, dass wir den kommenden Herausforderungen nur in einem vereinten Europa standhalten können.

(Allgemeiner Beifall)

Europa ist immer noch der stärkste Wirtschaftsraum der Welt. Ich bin der festen Überzeugung, dass nur dieser große Wirtschaftsraum die zukünftige Entwicklung in den Bereichen Umwelt, Sicherheit, Vermögensverteilung und soziale Gerechtigkeit beeinflussen kann. Dazu muss er sich auf seine Stärke besinnen. Wenn wir so weitermachen, wie das jetzt der Fall ist, werden Nationen mit großer Bevölkerungszahl, zum Beispiel China, vielleicht auch Russland, vielleicht auch die USA, an uns vorbeiziehen. Das dürfen wir nicht zulassen. Ich habe nicht das Gefühl, dass ein Vorbeiziehen dieser Länder zu sozialer Gerechtigkeit und zu sozialer Sicherheit führen wird, im Gegenteil.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass dieses Schlusswort ernster als erwartet ausgefallen ist. Ich mache aber nicht die Tür hinter mir zu und schließe ab, sondern ich und die anderen 38 Kolleginnen und Kollegen, die den Landtag jetzt verlassen, geben nur den Staffelstab an den neuen Landtag weiter, der

sich mit all den genannten Krisen und Erscheinungen auseinandersetzen muss.

Ich selbst habe vor fünf Jahren gesagt, dass ich nicht mehr kandidieren werde. Deshalb bin ich persönlich mit mir im Reinen. Über bestimmte Umfrageergebnisse bin ich einfach nur traurig. Eigentlich müssten wir alle in diesem Raum über die Umfrageergebnisse traurig sein. Ich habe versucht darzustellen, wie es dazu kommen konnte. Wir alle müssen in den Spiegel schauen und uns fragen, was wir falsch gemacht haben und was wir ändern können.

In diesem Sinne wünsche ich zusammen mit meinen ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen dem neuen Landtag Klugheit, Einsicht, Weitsicht und vor allem die Erkenntnis, dass es wichtig ist, dass gerade die etablierten Parteien über die Parteigrenzen hinaus zusammenarbeiten. Hier schließe ich mich meiner lieben Landtagspräsidentin an. Sonst bekommen wir die aufgezeigten Probleme nicht in den Griff. Letztlich geht es darum, diese freiheitliche demokratische Gesellschaft im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern zu erhalten.

Es lebe der Freistaat Bayern! Es lebe der Bayerische Landtag! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herzlichen Dank, lieber Herr Kollege Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, und nochmals alle guten Wünsche.

Jetzt darf ich dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Joachim Herrmann, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Stellvertretender Ministerpräsident Joachim Herrmann: Liebe Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Ehre, heute für die Staatsregierung die Schlussworte anlässlich der sich dem Ende zuneigenden 17. Wahlperiode sprechen zu dürfen. Ich schließe mich meinen Vorrednern an und danke allen Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus für die insgesamt gute und kollegiale Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Ich darf gleich ausdrücklich hinzufügen, mein Dank geht – stellvertretend für viele – an Sie, lieber Prof. Dr. Gantzer. Ja, ich sage das auch deshalb, weil bei Ihnen die Sachpolitik stets im Mittelpunkt stand. Sie waren für mich über die vielen Jahre hinweg immer ein Musterbeispiel für einen Abgeordneten, der sein Mandat selbstbewusst ausfüllt und sich bei aller Loyalität zu Partei und Fraktion immer auch das Recht auf eine eigene, gegebenenfalls abweichende Meinung bewahrt hat. Sie haben dabei die Interessen

der Sicherheit in unserem Land und besonders unserer bayerischen Polizei so gut vertreten, dass es mir eine Freude war, Ihnen heuer im Sommer für Ihr langjähriges Wirken die Staatsmedaille für die Verdienste um die Innere Sicherheit zu verleihen. Sie waren, wenngleich wir als politische Kontrahenten nicht immer der gleichen Meinung waren, stets auch ein leuchtendes Beispiel dafür, dass man über Parteigrenzen hinweg jenseits der sachlichen Kontroversen stets respektvoll, vertrauensvoll und fair zusammenarbeiten kann. Deshalb Ihnen, lieber Kollege, sehr geehrter Herr Professor, sehr geehrter Herr Oberst der Reserve Peter Paul Gantzer, herzlichen Dank, stellvertretend für viele andere, mit denen es auch immer eine gute Kollegialität gegeben hat. Vielen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich alle Abgeordneten dieses Hauses den demokratischen Grundwerten, dem fairen und respektvollen Umgang miteinander verpflichtet fühlen und diese Werte in der gemeinsamen Debatte der letzten fünf Jahre zumindest meist auch mit Überzeugung gelebt haben. Dass aber diese demokratische Selbstverständlichkeit alles andere als gottgegeben ist, sehen wir aktuell, wenn wir in den Deutschen Bundestag oder in andere Landesparlamente blicken, in denen schon länger verbal radikal agierende Parteien Einzug gehalten haben, die essenzielle Grundüberzeugungen unserer Demokratie infrage stellen oder gar ablehnen und bekämpfen.

Dort, wo die Vielfalt unserer Gesellschaft zum bedrohlichen Problem hochstilisiert wird, trifft man im Grunde auf politische Einfalt. Dort, wo der bewusste Tabubruch zum kalkulierten politischen Stilmittel gemacht wird, müssen die wahren Demokraten in ihrem eigenen politischen Reden und Handeln umso konsequenter anständig bleiben und die Würde dieses Hohen Hauses verteidigen. Ich denke hierbei an demokratische Errungenschaften wie eine respektvolle Sprache, die die Grenzen zum Unsagbaren und Unsäglichen wirklich strikt wahrhaft. Ich denke an eine politische Kultur, die das fachliche Argument hoch schätzt und falsche Informationen und hetzerische Diffamierungen ächtet. Ich denke an die feste Überzeugung, sich von extremistischen Kräften zu distanzieren, anstatt ihnen zum Beispiel bei Montagsdemonstrationen voranzumarschieren. Ich denke in der Tat an unsere historisch gewachsene Gedenkkultur, die es zu bewahren gilt, statt die düsterste Epoche unserer deutschen Geschichte in irgendeiner Weise kleinzureden, zu relativieren oder gar zu beschönigen.

Gerade mit Blick auf diese neuen parlamentarischen Herausforderungen wird es in der nächsten Legisla-

turperiode wichtiger denn je sein, dass alle demokratischen Parteien über die Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten und sich von extremistischen Bestrebungen, sei es von rechts oder links, klar distanzieren. Wir müssen mit vereinten demokratischen Kräften klarmachen, dass im Bayerischen Landtag die Demokratie auch in Zukunft im besten Sinn gelebt und verteidigt wird. Ich spreche hier von einer demokratischen Kultur, die auch und gerade mit Blick auf die nun zu Ende gehende Legislaturperiode die Vorlage der Erfolgsbilanz ihres Handelns insgesamt nicht zu scheuen braucht; denn in den letzten fünf Jahren haben wir zwar sicherlich das eine oder andere Thema intensiv und manchmal auch kontrovers diskutiert. Aber der von verschiedenen Meinungen getragene Streit um die beste Lösung ist natürlich auch ein wesentliches Element der Demokratie; ja, es ist ihre Stärke. Das bedeutet zugleich, dass wir auf genau diese parlamentarische, freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie stolz sind. Auch das dürfen wir in der Öffentlichkeit ab und zu spüren lassen.

Ich persönlich bin jedenfalls der festen Überzeugung, dass diese Demokratie das Beste ist, was es in unserem Land jemals gegeben hat. Wir wollen sie, wo immer es möglich ist, noch besser machen. Aber eine Alternative dazu brauchen wir nicht und wollen wir auch nicht.

(Allgemeiner Beifall)

Diese Legislaturperiode war von einer bestmöglichen Bewältigung der Folgen geprägt. Ich denke an das gewaltige Hochwasser im Jahr 2013, mit dessen Folgen wir noch lange beschäftigt waren. Es ging auch um wichtige Weichenstellungen wie die Umsetzung der Energiewende oder auch die Begleitung des G-7-Gipfels auf Schloss Elmau; ferner um Megathemen wie die Migrationskrise, um Terrorgefahren und Amokläufe, um die Auswirkungen des Brexits auf Bayern und um die Luftreinhaltung, also um ein breites Spektrum. Egal, von welcher Warte aus man diese Themen betrachten mag, sie waren und sind für die Zukunft Bayerns, aber auch für Deutschland und ganz Europa von maßgeblicher Bedeutung.

Für diese hoch produktive und von Vertrauen in die Demokratie als Wert an sich getragene Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren zum Wohle unserer bayerischen Bevölkerung möchte ich mich im Namen der Staatsregierung ausdrücklich bedanken, zuallererst in der Tat, liebe Frau Landtagspräsidentin, bei Ihnen, bei dir, liebe Barbara Stamm. Es ist bereits viel dazu gesagt worden. Ich will nochmals ausdrücklich unterstreichen, dass unsere Landtagspräsidentin dieses Parlament, diese Stätte der Demokratie, wenngleich man vielleicht im Einzelfall unterschiedlicher

Meinung gewesen sein mag, auch nach außen hin wirklich in hervorragender Weise repräsentiert und dafür in der Bevölkerung viel Zustimmung gefunden hat.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke allen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. Ich danke den Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden der Ausschüsse und parlamentarischen Gremien. Ich danke allen Abgeordneten, aber auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landtagsamt, den Offizianten, Stenografen, Sicherheits- und Pfortendiensten, Mitarbeitern in den Fraktionsgeschäftsstellen, Kolleginnen und Kollegen der Polizei sowie dem Sanitätsdienst und den Landtagsbeauftragten, die alle wie viele andere auch, die ich nicht genannt habe, unsere parlamentarische Arbeit durch ihr tägliches Zutun überhaupt erst möglich machen.

Mein besonderer Dank geht an alle Abgeordneten, die für den neuen Landtag nicht wieder kandidieren, und an alle Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen des Hohen Hauses, die sich zum Teil jahrzehntelang für unser Land und seine Menschen unermüdlich eingesetzt haben. Ich rufe ihnen allen im Namen der gesamten Staatsregierung ein ganz herzliches Vergelt's Gott zu.

Mein Dank geht in der Tat auch an die Landtagspresse, die uns in den letzten Jahren gewohnt sachlich und kritisch begleitet hat. Die Wahrnehmungen darüber, wer da jeweils besser wegkommt, mögen unterschiedlich sein, lieber Herr Prof. Gantzer. Aber insgesamt will ich deutlich unterstreichen, dass man, wenn

man die Nachrichten aus anderen Teilen der Welt vernimmt, spürt, wie wichtig eine freie Presse ist. Sie ist in der Tat ein unverzichtbarer Teil unserer Demokratie. Das, was ich vorhin zur Demokratie gesagt habe, ist ohne freie Presse nicht vorstellbar. Deshalb ist es wichtig, dass es diese gibt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke im Namen der Staatsregierung noch einmal sehr herzlich für das insgesamt gedeihliche Miteinander von Legislative und Exekutive. Ich wünsche Ihnen allen, jedem und jeder Einzelnen von Ihnen, von Herzen alles, alles Gute und Gottes Segen. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sind nun mit allen guten Wünschen versehen. Wie Sie wissen, haben wir auch Kolleginnen und Kollegen, denen es momentan gesundheitlich nicht gut geht. Ihnen sagen wir von dieser Stelle herzliche Genesungswünsche. Stellvertretend nenne ich unseren Kollegen Thomas Kreuzer, der ja trotz seiner Verletzung heute Vormittag noch anwesend war.

Ich darf nun nicht wie sonst das Ende der Sitzung verkünden, sondern sagen: Damit ist die Tagung geschlossen. Alles Gute für Sie.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 17.49 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juli 2018 (Vf. 13-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 24 Abs. 1 der Schulordnung für schulartübergreifende Regelungen an Schulen in Bayern (Bayerische Schulordnung – BaySchO) vom 1. Juli 2016 (GVBl. S. 164, ber. S. 241, BayRS 2230-1-1-1-K), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 8. Mai 2018 (GVBl. S. 356) geändert worden ist PII-G1310.18-0011
 Drs. 17/23769 (G)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. September 2018 (Vf. 17-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans mit Grünordnung „Zanderstraße“ des Marktes Sulzberg vom 9. April 2018
PII-G1310.18-0015
Drs. 17/23894 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. September 2018 (Vf. 15-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b, Art. 14 Abs. 1 Nr. 4, Art. 15 Abs. 3 Nr. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Sätze 1 und 3, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 2, 4 und 5, Art. 18, 20 Nr. 3 Sätze 2 und 3, Art. 21 Abs. 1 Nr. 3, Art. 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b und Abs. 2, Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b, Art. 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b, Art. 34 Abs. 1 und 3 Satz 4, Art. 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 2, Art. 36 Abs. 2 und 4 Sätze 2 bis 5, Art. 37 Abs. 1 und 2 Satz 3, Art. 38 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3, Art. 39 Abs. 1 Satz 1, Art. 40 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3, Art. 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 4 Satz 1 und Abs. 6 Satz 1, Art. 43 Abs. 2, Art. 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Art. 49 Abs. 3 Satz 6 und Art. 92 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301, 434) geändert worden ist
PII-G1310.18-0013
Drs. 17/23900 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. September 2018 (Vf. 16-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. Bayerische Staatsregierung

vom 5. September 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12 Buchst. b, Nrn. 15, 23, 25 Buchst. b und e, Nrn. 27, 28 Buchst. a, c, e und f, Nrn. 29, 30 Buchst. b bis g, Nr. 31 Buchst. b, c und e bis g, Nrn. 32, 33 Buchst. c, Nrn. 34, 35, 39 Buchst. c, Nr. 42 Buchst. d, Nr. 43 Buchst. a und b und Nr. 71 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen
PII-G1310.18-0014
Drs. 17/23889 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

5. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu einem umfassenden Ansatz für das Lehren und Lernen von Sprachen
COM (2018) 272 final
BR-Drs. 197/18
Drs. 17/23074, 17/24002 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen und Abschlüssen der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland
COM (2018) 270 final
BR-Drs. 210/18
Drs. 17/23075, 17/23995 (E)

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Unabhängige Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe einführen
Drs. 17/4506, 17/23922 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkung des Flughafens in Memmingen
Drs. 17/5858, 17/23798 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Ein Konzept zur Umsetzung der Umbaupläne für das Münchner Haus der Kunst
Drs. 17/15344, 17/23866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen I
Frauennotrufe und Fachberatungsstellen besser fördern
Drs. 17/17223, 17/23801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen II
Mehr Personal für Frauenhäuser
Drs. 17/17224, 17/23804 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen III
Sonderinvestitionsprogramm für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderung
Drs. 17/17225, 17/23805 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen IV
Bedarfsorientierter Ausbau der Frauenhäuser, Notrufe und Fachberatungsstellen
Drs. 17/17226, 17/23806 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen V
Präventionsprogramm zur Verhinderung von sexualisierter und häuslicher Gewalt
Drs. 17/17227, 17/23807 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen VI
Ambulant betreute Übergangswohnungen und Wohnprojekte
Drs. 17/17228, 17/23809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen VII
Schutzkonzept für weibliche Flüchtlinge bzw. Asylbewerberinnen
Drs. 17/17229, 17/23816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilzeitausbildung endlich voranbringen II Auch für Auszubildende in einer schulischen Berufsausbildung SGB II-Leistungen ermöglichen
Drs. 17/17769, 17/23885 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Finanzierung des Kinderpalliativteams in Unterfranken sicherstellen!
Drs. 17/18870, 17/23971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhalt des Kinderpalliativteams Unterfranken – Finanzierung sicherstellen!
Drs. 17/18902, 17/23973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zugang zur Rückkehrberatung durch nichtstaatliche Stellen sicherstellen
Drs. 17/20540, 17/23817 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Pflegerotstand bekämpfen – Integration fördern
Drs. 17/20564, 17/23789 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ladenschluss in touristischen Regionen
Drs. 17/20760, 17/23969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesintegrationsgesetz umsetzen, bayerischen Sonderweg beenden
Drs. 17/21005, 17/23790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Tariflohn für alle pädagogisch Tätigen in bayerischen Kindertageseinrichtungen –
Gerechte Bezahlung sicherstellen!
Drs. 17/21136, 17/23902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Nachlässe von Kunstschaffenden als Teil des kulturellen Erbes schützen und bewahren
Drs. 17/21266, 17/23837 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein u.a. SPD
Sonderprogramm „Ertüchtigung/Auflassung Abwasserteichanlagen der GK 1“
gemäß Nr. 2.4 RZWas 2016
Drs. 17/21268, 17/23828 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Open Access-Strategie vorlegen – öffentliche Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen I
Drs. 17/21446, 17/23868 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Open Access-Bestrebungen der Hochschulen fördern – öffentliche Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen II
Drs. 17/21447, 17/23869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkungen des Rückgangs der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die Träger der Kinder- und Jugendhilfe
Drs. 17/21656, 17/23791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. SPD
Höheren Freibetrag bei Pflegekosten nicht auf kommunale Ebene abwälzen
Drs. 17/21757, 17/23810 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Eric Beißwenger u.a. CSU
Sammlung und Verwertung von gebrauchten Speisefetten und -ölen aus privaten Haushalten
Drs. 17/21760, 17/23489 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohlen u.a. SPD
Priorisierung und zeitliche Umsetzung von Verkehrsprojekten in Bayern
Drs. 17/21905, 17/23949 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Bayerische Bevölkerung über PFC-Umweltgifte endlich transparent informieren
Drs. 17/21907, 17/23490 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jetzt aktiv digitale Teilhabe und Demokratie gestalten:
Online-Hochschulwahlen auf sicherem Weg umsetzen
Drs. 17/21974, 17/23838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft unserer Kinder sichern II -
Betriebliche Kinderbetreuung vorantreiben!
Drs. 17/21977, 17/23818 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU
Betreuungsangebote in Waldkindergärten
Drs. 17/21991, 17/23820 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Digitale Inklusion auch im Alter – Förderung digitaler Teilhabe von Seniorinnen und Senioren durch Senioren-Internetcafés
Drs. 17/22034, 17/23929 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD
„Ausgezeichnete“ Panscherei in Wurstwaren – Qualität der Rohstoffe in verarbeiteten Produkten sicherstellen!
Drs. 17/22036, 17/23522 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorlegen
Drs. 17/22073, 17/23814 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Verantwortung für von Gewalt betroffene Frauen übernehmen und endlich Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorlegen
Drs. 17/22087, 17/23819 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Isabell Zacharias, Ruth Müller u.a. SPD
Alleinerziehende in Bayern bestmöglich unterstützen
Drs. 17/22129, 17/23930 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller u.a. SPD
Aufwendungen für Fundtiere – Umgehende Anpassung der Fundrechtsvorschriften im BGB auf der Grundlage des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts
Drs. 17/22213, 17/23734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den beantragten Bau einer „Bereitstellungshalle“ für radioaktiven Atommüll in Ohu
Drs. 17/22216, 17/23491 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulische Partizipation: Schülerinnen- und Schülervvertretung in Bayern stärken!
Drs. 17/22222, 17/23932 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtswidrige Sozialleistungssanktionen gegen Flüchtlinge beenden –
Entscheidung des Landessozialgerichts beachten
Drs. 17/22226, 17/23792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nahversorgung sichern I – Fehlentwicklungen in der Landesplanung beheben
Drs. 17/22238, 17/23945 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nahversorgung sichern II – Dorferneuerung für bürgerschaftliche Initiativen
öffnen
Drs. 17/22239, 17/23829 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nahversorgung sichern III – Gründung von Dorfläden besser fördern
Drs. 17/22240, 17/23857 (A)

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt,
Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Bericht zur Umsetzung des Mindestwasserleitfadens
Drs. 17/22242, 17/23492 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Familien bei ihrer Lebensgestaltung durch hauswirtschaftliche Dienstleistungen
besser unterstützen
Drs. 17/22243, 17/23928 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Alexander König,
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Versorgung staatseigener Liegenschaften des Freistaates Bayern mit
klimaneutralem Heizöl
Drs. 17/22301, 17/23488 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Alexander König,
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Austausch veralteter Heizungspumpen gegen Hocheffizienzpumpen in
staatseigenen Liegenschaften des Freistaates Bayern aktiv fördern
Drs. 17/22302, 17/23964 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Iona Deckwerth u.a. SPD
Potenziale nutzen, Zusammenhalt stärken: Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und Zugewanderten ergreifen
Drs. 17/22319, 17/23970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Initiative „Innen statt Außen“ auch für Privatinvestoren
Drs. 17/22329, 17/23832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Iona Deckwerth u.a. SPD
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern bestmöglich schützen – Beratungsstellen für mobile Beschäftigte ausbauen
Drs. 17/22331, 17/23154 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürger vor Fracking-Folgen schützen – Schließung von Gesetzeslücken im § 9 Wasserhaushaltsgesetz
Drs. 17/22345, 17/23965 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
NoPAG – Kein PAG-Unterricht durch die Polizei
Drs. 17/22370, 17/23756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

58. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Trassengebühren im Schienenverkehr reduzieren
Drs. 17/22371, 17/23946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

59. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. und Fraktion (SPD)
Wohnungs- und Obdachlosenhilfe in Bayern ausbauen
Drs. 17/22372, 17/23931 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Eberhard Rotter, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Ballungsraum-Offensive: Wohnungsbauprämie auf Bundesebene deutlich erhöhen
Drs. 17/22382, 17/23947 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

61. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Polizei nicht für CSU-Wahlkampf missbrauchen.
Sogenannte Informationsoffensive zum PAG unterlassen
Drs. 17/22394, 17/23757 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

62. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Geplante PAG-Kampagnen an Schulen und Hochschulen stoppen!
Drs. 17/22395, 17/23758 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

63. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine weiteren Versäumnisse durch die Staatsregierung – Unverzögliche Vorlage des Gesamtkonzeptes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
Drs. 17/22396, 17/23815 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

64. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen – Offene Behindertenarbeit weiter ausbauen
Drs. 17/22435, 17/23821 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

65. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD
Jugendpolitik vor Ort stärken, jugendgerechte Kommunen schaffen
Drs. 17/22441, 17/23923 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

66. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beendigung der Ungleichbehandlung der Anrainergemeinden in der Umgebung der Nato-Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels
Drs. 17/22598, 17/23833 (A)

Auf Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ehrenamt stärken, Vereine entlasten - Versammlungsstättenverordnung praxistauglich gestalten!
Drs. 17/22691, 17/23948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

68. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Situation der Tafeln in Bayern
Drs. 17/22692, 17/23924 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

69. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Die Besten für die Jüngsten – Alternative Form der Erzieherinnen- und
Erzieherausbildung zu einem Erfolg für alle machen!
Drs. 17/22725, 17/23933 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

70. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König,
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Medizinerangel in Bayern verhindern - Ärztenachwuchs gewinnen und
medizinische Versorgung auf dem Land sichern: Masterplan Medizinstudium
2020 rasch umsetzen
Drs. 17/22728, 17/23881 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

71. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath,
Ingrid Heckner u.a. CSU
Kinderwunschbehandlungen in Bayern unterstützen
Drs. 17/22729, 17/23822 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

72. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Eberhard Rotter,
Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Ballungsraum-Offensive: Entwicklung der Regional-S-Bahn zügig vorantreiben
Drs. 17/22732, 17/23950 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

73. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Günther Knoblauch u.a. SPD
PFC-Umweltgifte in den Landkreisen Altötting und Pfaffenhofen: Alle Fakten vor der Landtagswahl auf den Tisch – zügig Konsequenzen ziehen!
Drs. 17/22734, 17/23974 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Laubbläser und Artenschutz
Drs. 17/22746, 17/23735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

75. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Effizienz in den Stromnetzen: nukleare und fossile Netzverstoper vom Markt nehmen
Drs. 17/22747, 17/23951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ zugrunde zu legen.

76. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Öffentliche Vergabe Gemeinschaftsverpflegung
Drs. 17/22801, 17/23952 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

77. Antrag der Abgeordneten Verena Osgyan, Markus Ganserer
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umladehallen am Nürnberger Südbahnhof erhalten – Nicht voreilig Fakten schaffen!
Drs. 17/22814, 17/23163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

78. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU
Maßnahmen zum Erhalt bzw. zur Renaturierung von Mooren in Bayern
Drs. 17/22829, 17/23736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

79. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner, Norbert Dünkel u.a. CSU
Verstetigung von SPRINT („Sprachförderung intensiv“) an Realschulen und InGym („Sammelkurse Integration Gymnasien“) an Gymnasien
Drs. 17/22843, 17/23759 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

80. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt bedrohte Frauen und ihre Kinder umsetzen
Drs. 17/22847, 17/23823 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

81. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Durchfahrtsbeschränkung für Lkw auf Bundesstraßen zum 01.07.2018 entbehrlich?
Drs. 17/22857, 17/23953 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

82. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
„Lebensretter stärken“ – First Responder finanziell unterstützen!
Drs. 17/22858, 17/23834 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

83. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine verdeckte Steuererhöhung durch Tricks bei der Soli-Abschaffung
Drs. 17/22859, 17/23858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

84. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Substanzielle Finanztransaktionssteuer jetzt
Drs. 17/22860, 17/23859 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

85. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Die Technische Prüfstelle beibehalten, Qualitätseinbußen verhindern!
Drs. 17/22861, 17/23954 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

86. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Eisenbahnergenossenschaften langfristig schützen
Drs. 17/22862, 17/23955 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

87. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Machbarkeitsstudie: Barrierefreier Zugang zur Festung Marienberg
Drs. 17/22863, 17/23860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

88. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken I:
Bayern handelt – Maßnahmen auf Bundesebene umsetzen
Drs. 17/22865, 17/23863 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

89. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken II:
 Tarifwende in der Pflege – höhere Bezahlung für Pflegekräfte
 Drs. 17/22866, 17/23864 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

90. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken III:
 Verbesserung der Pflegepersonalschlüssel in Altenpflegeeinrichtungen
 Drs. 17/22867, 17/23865 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

91. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken IV:
 Menschlichkeit in der Pflege steigern – Bürokratie verringern
 Drs. 17/22868, 17/23870 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

92. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken V:
 Pflege der Pflegenden: Betriebliches Gesundheitsmanagement für die Pflegeberufe ausbauen und besser nutzen
 Drs. 17/22869, 17/23871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

93. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken VI:
 Bessere finanzielle Anerkennung für pflegende Angehörige
 Drs. 17/22870, 17/23872 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

94. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken VII:
 Medizinische Vorsorge und Leistungen zur medizinischen Rehabilitation pflegender Angehöriger ausbauen
 Drs. 17/22871, 17/23874 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

95. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken VIII:
 Entlastung pflegender Angehöriger in Bayern durch Pflegekurse
 Drs. 17/22872, 17/23875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

96. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken IX:
 Studie zu differenziertem Personaleinsatz in der Pflege – Berufsangebote für akademisierte Pflegekräfte
 Drs. 17/22873, 17/23876 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

97. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken X:
 Neue Kampagne für Berufsrückkehrer und Quereinsteiger für die Pflege
 Drs. 17/22874, 17/23877 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

98. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XI:
 Zugang zur Pflegeausbildung erleichtern durch mehr Berufsfachschulen für Altenpflege in Bayern
 Drs. 17/22875, 17/23878 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

99. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XII:
 Pflegebonus ausweiten
 Drs. 17/22876, 17/23879 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

100. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XIII:
 Mehr Bufdi-Stellen für Bayerns Pflegeheime
 Drs. 17/22877, 17/23880 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

101. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XIV:
 Stipendienprogramm zur Qualifizierung von Pflegehilfs- zu -fachkräften einführen
 Drs. 17/22878, 17/23914 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

102. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XV:
 Umlegung von Ausbildungskosten auf Pflegebedürftige verringern – Erhöhung des Anteils der Pflegeversicherung am Ausbildungsfinanzierungsfonds
 Drs. 17/22879, 17/23915 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

103. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XVI:
 Mehr Prävention in den Pflegeheimen
 Drs. 17/22880, 17/23917 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

104. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XVII:
Entlastung von Pflegekräften durch Digitalisierung
Drs. 17/22881, 17/23918 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

105. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XVIII:
Förderprogramm für die Einrichtung von Pflegestützpunkten
Drs. 17/22882, 17/23919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

106. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XIX:
Versicherungsleistungen stärker an den Bedürfnissen und Lebensumständen der Menschen ausrichten – Strenge Abgrenzung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung im Leistungsrecht auf den Prüfstand stellen
Drs. 17/22883, 17/23920 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

107. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
 Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen – Pflegequalität stärken XX:
 Abrechenbarkeit und Refinanzierung von IKT-Lösungen in der Pflege verbessern
 Drs. 17/22884, 17/23921 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

108. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Thomas Kreuzer, Tobias Reiß u.a. CSU
 Impulse für Existenzgründer zügig vorantreiben
 Drs. 17/22885, 17/23957 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

109. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Qualifizierte Ersthelferinnen und Ersthelfer vor Ort fördern
 Drs. 17/22897, 17/23835 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

110. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bezahlbaren Wohnraum erhalten – Eisenbahnergenossenschaften unterstützen
 Drs. 17/22898, 17/23956 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

111. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Bayerische Agrarumweltprogramme praktikabel ausgestalten – regionalen
Anforderungen Rechnung tragen
Drs. 17/22903, 17/23799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

112. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner,
Wolfgang Fackler u.a. CSU
Für eine lebendige Demokratie – Junge Menschen stärker beteiligen
Drs. 17/22904, 17/23925 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

113. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner,
Ruth Müller u.a. SPD
Verbesserung der Versorgung von Menschen mit rheumatischen Erkrankungen –
Einrichtung eines Lehrstuhls für Rheumatologie an der medizinischen Fakultät
der Universität Augsburg
Drs. 17/22905, 17/23840 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

114. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Dr. Otto Hünnerkopf,
Alexander König u.a. CSU
Erfolge bei der Anwendung der Bayerischen Kompensationsverordnung
(BayKompV)
Drs. 17/22907, 17/23737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

115. Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Peter Winter, Erwin Huber u.a. CSU
Fahrplan zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags
Drs. 17/22956, 17/23861 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

116. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer,
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
EU-Alpenstrategie (EUSALP): Einbindung der Menschen aus dem bayerischen
Alpenraum
Drs. 17/22957, 17/23483 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

117. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf,
Alexander König u.a. CSU
Lichtverschmutzung
Drs. 17/22959, 17/23738 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

118. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner,
Ruth Müller u.a. SPD
Pflegerische Angehörige besser unterstützen – Qualitätssiegel Pflegeberatung
etablieren
Drs. 17/22961, 17/23913 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

119. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Kommunen schützen: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sofort sichern
Drs. 17/22962, 17/23836 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

120. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Erhöhung der Zahl der psychologischen und psychiatrischen Sachverständigen -
Kapazitätsengpässe im Bereich der Begutachtung abbauen
Drs. 17/22963, 17/23862 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

121. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz,
Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Datenschutz-Grundverordnung: Schnelle Klarheit für unsere Vereine!
Drs. 17/22965, 17/23644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

122. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Arbeit von Feldgeschworenen weiter ermöglichen
Drs. 17/22975, 17/23811 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

123. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Palmölfreie Fütterung in den Kriterien für „Geprüfte Qualität – Bayern“ verankern
Drs. 17/22976, 17/23800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

124. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umladehallen am Nürnberger Südbahnhof – Landtag missbilligt Abriss
Drs. 17/22977, 17/23162 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

125. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechte Morde überprüfen
Drs. 17/22978, 17/23729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

126. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter u.a. SPD
Presseberichte über Verbindungen des NSU in den Raum Nürnberg
Drs. 17/22979, 17/23730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

127. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eichenzentrum Hochspessart stoppen!
Drs. 17/22989, 17/23883 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

128. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Alexander König u.a. CSU
Geschlossener Wasserkreislauf in der Industrie
Drs. 17/23046, 17/23827 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

129. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beitragsausfälle durch Abschaffung der Straßenausbaubeiträge jetzt kompensieren!
Drs. 17/23059, 17/23856 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

130. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Thomas Huber u.a. CSU
Gehörlose Menschen im Freistaat Bayern
Drs. 17/23079, 17/23926 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

131. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU
Digitalisierung: Kompetenzgutscheine für Land- und Forstwirte anbieten
Drs. 17/23080, 17/23802 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

132. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortiger Baustopp der B 303!
Drs. 17/23107, 17/23958 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

133. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht: Ausgestaltung der Deutschklassen zum Schuljahr 2018/2019
Drs. 17/23108, 17/23760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

134. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulprofil Inklusion auch für (Regel-)Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen
Drs. 17/23110, 17/23967 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

135. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht I
hier: Kriminologischer Dienst
Drs. 17/23128, 17/23897 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

136. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht II
hier: Einzelunterbringung von Strafgefangenen
Drs. 17/23129, 17/23898 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

137. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht III
hier: Besondere Situation älterer Gefangener
Drs. 17/23130, 17/23899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

138. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht IV
hier: Behandlung drogenabhängiger Gefangener
Drs. 17/23131, 17/23901 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

139. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht V
hier: Ausbau der Suchtberatung durch externe Suchtberater
Drs. 17/23132, 17/23903 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

140. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht VI
hier: Verhinderung von Suiziden im Strafvollzug und in der Untersuchungshaft
Drs. 17/23133, 17/23896 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

141. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht VII
hier: Erleichterung zur Führung von Telefongesprächen von Strafgefangenen
Drs. 17/23134, 17/23904 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

142. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht VIII
hier: Internetzugang für Strafgefangene
Drs. 17/23135, 17/23905 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

143. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht IX
hier: Seelsorgerische Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens in den
Justizvollzugsanstalten in Bayern ausbauen
Drs. 17/23136, 17/23906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

144. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht X
hier: Unterricht für Strafgefangene
Drs. 17/23137, 17/23907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

145. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht XI
hier: Ausbau von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Strafgefangene
Drs. 17/23138, 17/23908 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

146. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht XII
hier: Einbeziehung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in die
gesetzliche Rentenversicherung
Drs. 17/23139, 17/23910 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

147. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht XIII
hier: Einstellung von Bediensteten mit Migrationshintergrund
Drs. 17/23140, 17/23988 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

148. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht XIV
hier: Modellversuche freie Formen des Strafvollzugs
Drs. 17/23141, 17/23911 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

149. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht XV
hier: Straftaten in den Justizvollzugsanstalten
Drs. 17/23142, 17/23987 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

150. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für das Strafvollzugsrecht XVI
hier: JVA-Online-Shop „www.haftsache.de“
Drs. 17/23143, 17/23912 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

151. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonnenenergie in Bürgerhand – EU-Vorhaben jetzt umsetzen
Drs. 17/23194, 17/23962 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

152. Antrag der Abgeordneten Alexander König, Peter Winter, Oliver Jörg u.a. CSU
Entbürokratisierung für das Ehrenamt – GEMA-Verfahren auf Bundesebene vereinfachen
Drs. 17/23212, 17/23895 (G)

**Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß
§ 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

153. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Damoklesschwert der „Strebs“ abwenden – keine weitere Abrechnung älterer Straßen als Ersterschließung!
Drs. 17/23230, 17/23824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

154. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbildung muss Vorrang vor Abschiebung haben
Drs. 17/23231, 17/23892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

155. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Ingrid Heckner, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)
Förderung der Kinderbetreuung in Bayern – Tariferhöhung zügig abbilden
Drs. 17/23232, 17/23888 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

156. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Nachhaltige und strukturelle Verbesserungen bei der Finanzausstattung der bayerischen Kommunen
Drs. 17/23233, 17/23812 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

157. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kitas mit Integrationsaufgaben nicht allein lassen – Gewichtungsfaktor und Personalausstattung verbessern
Drs. 17/23234, 17/23934 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

158. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Made in Bavaria: Sauberer Strom aus Windenergie
Drs. 17/23235, 17/23961 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

159. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Gesundheit schützen – Belastung durch Ultrafeinstaub erforschen und minimieren
Drs. 17/23239, 17/23937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

160. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten sichern – Basiswert zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) deutlich erhöhen
Drs. 17/23252, 17/23916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

161. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Stefan Schuster u.a. und Fraktion (SPD)
Kitas und ihre Beschäftigten angemessen unterstützen, Qualität sichern: Zeitnahe Anpassung und Erhöhung staatlicher Fördergelder
Drs. 17/23253, 17/23887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

162. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schluss mit unsolider Haushaltspolitik der Staatsregierung – Keine Experimente und Ausgabensteigerung im Staatshaushalt zulasten der Kommunen
Drs. 17/23254, 17/23813 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

163. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johanna Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Möglichkeit zur Förderung bzw. Fristverlängerung zur Anschaffung neuer Betäubungsgeräte nach VO (EG) Nr. 1099/2009
Drs. 17/23258, 17/23938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

164. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Qualitätsorientierte Ganztagsbildung finanziell zukunftsfest machen!
Drs. 17/23260, 17/23968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

165. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Effektive Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners – Gesundheitsschutz für die bayerische Bevölkerung sicherstellen
Drs. 17/23263, 17/23803 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

166. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u.a. CSU
Rückführungen beschleunigen – Abschiebungshaftplätze erweitern
Drs. 17/23267, 17/23886 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

167. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ÖPNV seniorengerecht gestalten – Barrierefreie Busse in ganz Bayern!
Drs. 17/23270, 17/23963 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

168. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
„Sowohl als auch“ statt „weder noch“: Kostenfreiheit und Qualitätsoffensive in bayerischen Kitas endlich angehen!
Drs. 17/23293, 17/23935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

169. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Offensive gegen Callcenter-Betrug
Drs. 17/23294, 17/23825 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

170. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Entlastung der Kriminalpolizei
Drs. 17/23295, 17/23986 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

171. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Sicherstellung des Einsichtsrechts von Gemeindebürgern in Niederschriften öffentlicher Gemeinderatsitzungen durch zeitgemäße Auskunftform
Drs. 17/23550, 17/23826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

172. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
KZ-Steinbruch „Wurmstein“ in Gedenkstättenkonzept integrieren
Drs. 17/23580, 17/23854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

173. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Förderung des mehrjährigen Energiepflanzenanbaus installieren
Drs. 17/23709, 17/23808 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

174. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Alexander König, Volker Bauer u.a. CSU
Maßnahmen im Rahmen der Naturoffensive Bayern
Drs. 17/23711, 17/23939 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

175. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Education-Programm für das neue Konzerthaus München jetzt planen
Drs. 17/23716, 17/23855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

176. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU
Teilzeitausbildung stärken
Drs. 17/23733, 17/23884 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

177. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Franz Schindler, Bernhard Roos u.a. SPD
Schienenpersonennahverkehr Ostbayern –
Erbringung vertraglich vereinbarter Verkehrsleistungen sicherstellen!
Drs. 17/23746, 17/23960 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

178. Antrag der Abgeordneten Karl Straub, Dr. Otto Hünnerkopf, Alexander König u.a. CSU
PFC-Belastung im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm: Weitere Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwasser stoppen, Sanierung der belasteten Gebiete auf ein unbedenkliches Maß, Unterstützung der betroffenen Bürger
Drs. 17/23772, 17/23940 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

179. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Frauenhäuser: Statistische Erfassung der abgewiesenen und weitervermittelten Frauen
Drs. 17/23774, 17/23927 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

180. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sach- und Entwicklungsstand zur Sanierung des Deutschen Museums
Drs. 17/16175, 17/23867

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

181. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausgang des Petitionsverfahrens zum Ausbau der Staatsstraße 2036 zwischen Heretsried und Holzhausen abwarten
Drs. 17/21761, 17/23959

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

182. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Ingrid Heckner, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)
Sofortprogramm für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder
Drs. 17/22374, 17/23010 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

183. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Umladehallen am ehemaligen Nürnberger Südbahnhof in die planerischen Überlegungen der Universität Nürnberg einbeziehen!
Drs. 17/22421, 17/23159

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

184. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Martin Runge u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Das Projekt „Zweite Münchner S-Bahn-Röhre“ auf den Prüfstand stellen!
Drs. 17/22856, 17/23944 (A)

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho:
Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung

185. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Umfang und Auswirkungen von Duftstoffen in öffentlichen und staatlichen Einrichtungen
Drs. 17/22689, 17/23997 (E)

Votum des federführenden des Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

186. Antrag des Abgeordneten Anton Kreitmair (CSU)
Flächensparen durch Parkhäuser und Tiefgaragen
Drs. 17/22981, 17/23993 (E)

Votum des federführenden des Ausschusses für Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

187. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Versorgung von Lehrkräften privater Schulen nach beamtenrechtlichen
Grundsätzen
Drs. 17/23261, 17/23984 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

188. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Förderung von Bürgerbussen und Bürgerbusvereinen in Bayern
Drs. 17/23264, 17/23992 (E)

Votum des federführenden des Ausschusses für Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

189. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. (SPD)
Katastrophale Situation bei Organspenden endlich verbessern!
Drs. 17/23290, 17/23998 (A)

Votum des federführenden des Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

190. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. (SPD)
Fahrverbote in Bayerischen Großstädten verhindern – Autoindustrie disziplinieren – Masterplan Verkehrswende Bayern entwickeln
Drs. 17/23291, 17/23994 (A)

Votum des federführenden des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

191. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Pflegerische Angehörige – praxisnahe Unterstützung und Anerkennung
Drs. 17/23776, 17/23999 (A)

Votum des federführenden des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

192. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhöhung und Dynamisierung der Mehrarbeitsvergütung für die Bayerische Polizei!
Drs. 17/23777, 17/23985 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

193. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kleine Krankenhäuser und Geburtshilfestationen erhalten – wohnortnahe Gesundheitsversorgung sicherstellen
Drs. 17/23782, 17/23996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ zugrunde zu legen.

194. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann,
Volkmar Halbleib u.a. (SPD)
Entschädigungsfonds für GBW-Mieterinnen und -Mieter
Drs. 17/23745, 17/24004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

ENTH

GRÜ

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.09.2018 zu Tagesordnungspunkt 5: Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern - Bayerisches Klimagesetz (Drucksache 17/21585)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Fröschl Markus			
Füracker Albert			
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	47	74	14

Mitteilung

Bestellung eines Zwischenausschusses

Von den Fraktionen werden die nachstehend genannten Mitglieder des Landtags zur Bestellung in den Zwischenausschuss vorgeschlagen:

CSU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertretung
Thomas Kreuzer	Dr. Martin Huber
Karl Freller	Norbert Dünkel
Ingrid Heckner	Max Gibis
Alexander König	Klaus Holetschek
Tobias Reiß	Thomas Huber
Wolfgang Fackler	Bernd Kränzle
Petra Guttenberger	Otto Lederer
Jürgen W. Heike	Ludwig Freiherr von Lerchenfeld
Erwin Huber	Walter Nussel
Markus Blume	Eberhard Rotter
Oliver Jörg	Dr. Otto Hünnerkopf
Manfred Ländner	Johannes Hintersberger
Dr. Franz Rieger	Klaus Stöttner
Angelika Schorer	Karl Straub
Dr. Harald Schwartz	Gudrun Brendel-Fischer
Bernhard Seidenath	Eric Beißwenger
Joachim Unterländer	Dr. Thomas Goppel
Prof. Dr. Gerhard Waschler	Dr. Gerhard Hopp
Peter Winter	Klaus Steiner
Hans Herold	Reserl Sem
Berthold Rüth	Dr. Otmar Bernhard
Martin Schöffel	Christine Haderthauer
Dr. Ludwig Spaenle	Alfred Sauter
Walter Taubeneder	Petra Dettenhöfer
Dr. Ute Eiling-Hütig	Georg Winter

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertretung
Markus Rinderspacher	Georg Rosenthal
Dr. Simone Strohmayr	Alexandra Hiersemann
Margit Wild	Kathi Petersen
Horst Arnold	Günther Knoblauch
Natascha Kohnen	Doris Rauscher
Volkmar Halbleib	Stefan Schuster
Florian von Brunn	Klaus Adelt
Isabell Zacharias	Ruth Waldmann
Annette Karl	Arif Taşdelen
Harald Güller	Dr. Paul Wengert
Martin Güll	Ruth Müller

Fraktion FREIE WÄHLER

Mitglieder	Stellvertretung
Florian Streibl	Eva Gottstein
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer	Gabi Schmidt
Prof. Dr. Michael Piazolo	Joachim Hanisch
Hubert Aiwanger	Benno Zierer
Thorsten Glauber	Dr. Leopold Herz

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglieder	Stellvertretung
Dr. Sepp Dürr	Kerstin Celina
Thomas Gehring	Christine Kamm
Jürgen Mistol	Dr. Christian Magerl
Gisela Sengl	Rosi Steinberger